Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

17. Dezember 1979
Jg. 7 Nr. 51

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Weitere Handelsfreiheiten zur Entfaltung der Konkurrenz

z.brb. Am 17.12. steht das Hauptpaket des GATT (Zoll- und Handelsabkommen von über 100 Staaten) zur Unterzeichnung. Der Abbau von Handelshindernissen und die damit verbundene Entfaltung der Konkurrenz wurde nach 4-jährigen Verhandlungen im April festgelegt: Zollsenkungen zwischen 30 und 35% und nichttarifäre Vereinbarungen wie über Exportsubventionen. Bis zum 29.11. versuchten die imperialistischen Staaten eine erleichterte Anwendung der Schutzklausel, ein weiteres Mittel im Handelskrieg, durchzusetzen. Damit können sie einzelne Waren durch Importverbote von der Konkurrenz ausschließen. Dem widersetzten sich die Länder der Dritten Welt, deren Wirtschaftsaufbau mit einer hohen Abhängigkeit vom Export einzelner Waren dadurch geschädigt wird. Für die Schutzklausel mußten Nachfolgeverhandlungen vereinbart werden.

Vor der OPEC-Tagung: Heftige imperialistische Konkurrenz

z.pel.Paris. Eine Beschränkung ihrer Öleinfuhren um 1,2 Mio. Barrel/Tag sowie dreimonatliche Statistiken zur Kontrolle der Ausführung dieser Maßnahme haben die 20 in der Internationalen Energieagentur zusammengefaßten imperialistischen Staaten am 10.12. in Paris beschlossen. Auf Betreiben der BRD, Großbritanniens und Japans wies die Konferenz die Forderungen der US-Imperialisten nach stärkeren Importbeschränkungen und Strafen bei Verletzung der Beschlüsse zurück. Scheint ihnen doch die Gelegenheit günstig, sich auf Kosten der Supermacht bei den erdölexportierenden arabischen Staaten einzuschleimen. Brandt, Heath und Palme sind schon auf Rundreise durch die Arabischen Emirate. Die OPEC hingegen hat ihre Einheit mit den Preisangleichungen durch Saudi-Arabien, die Emirate und Venezuela stärken können.

Castros Vorschlag: „Ölländer“ und Imperialisten sollen zahlen

z.doj. Auf Fidel Castros Initiative soll sich vom 17. bis 21. Dezember – parallel zur OPEC-Konferenz in Venezuela – die „Gruppe der 77“ in Havanna treffen zur Vorbereitung der UNIDO-Konferenz (Unterorganisa-

bart werden.

Vor der OPEC-Tagung: Heftige imperialistische Konkurrenz

z.pel.Paris. Eine Beschränkung ihrer Öleinfuhren um 1,2 Mio. Barrel/Tag sowie dreimonatliche Statistiken zur Kontrolle der Ausführung dieser Maßnahme haben die 20 in der Internationalen Energieagentur zusammengefaßten imperialistischen Staaten am 10.12. in Paris beschlossen. Auf Betreiben der BRD, Großbritanniens und Japans wies die Konferenz die Forderungen der US-Imperialisten nach stärkeren Importbeschränkungen und Strafen bei Verletzung der Beschlüsse zurück. Scheint ihnen doch die Gelegenheit günstig, sich auf Kosten der Supermacht bei den erdölexportierenden arabischen Staaten einzuschleimen. Brandt, Heath und Palme sind schon auf Rundreise durch die Arabischen Emirate. Die OPEC hingegen hat ihre Einheit mit den Preisangleichungen durch Saudi-Arabien, die Emirate und Venezuela stärken können.

Castros Vorschlag: „Ölländer“ und Imperialisten sollen zahlen

z.doj. Auf Fidel Castros Initiative soll sich vom 17. bis 21. Dezember – parallel zur OPEC-Konferenz in Venezuela – die „Gruppe der 77“ in Havanna treffen zur Vorbereitung der UNIDO-Konferenz (Unterorganisa-

tion der UNO für industrielle Entwicklung) Januar-Februar 1980. Den UNIDO-Fond nutzen die Länder der 3. Welt als Ausgleichsfonds für den ungleichen Warenaustausch mit den Imperialisten und zur selbständigen Entwicklung ihrer Industrie. Castro hat am 12. Oktober vor der UNO-Generalversammlung die „reichen Nationen und die Ölländer“ aufgefordert, einen Fonds von 300 Mrd. Dollar für die armen Länder einzurichten. D.h. die OPEC-Länder, die sich gegen die imperialistische Plünderung zusammengetan haben, sollen statt der Imperialisten, die für den UNIDO-Fonds aufzukommen haben, zahlen.

FAO für eigene Getreidelager der Länder der Dritten Welt

z.ans.Rom. Anlage von Getreidereserven in der Dritten Welt und wesentliche Erhöhung der Nahrungsmittelhilfen der Industrieländer hat die 20. Plenarkonferenz der Welternährungsorganisation FAO (10.–29.11.) gefordert. Nach ihren Schätzungen beträgt die Welternte 1979 bei Weizen 420 Mio. t (1978 450 Mio.), bei den übrigen Getreidesorten außer Reis 735 Mio. t (1978 759 Mio.). Der Getreideimport der Länder der Dritten Welt ist 1978 gegenüber 1974 um 20 Mio. t auf 72 Mio. t gestiegen. Die US-Supermacht nutzt ihr Monopol auf Getreideexporte, um die Preise in die Höhe zu treiben und die Länder der Dritten Welt über wachsende Verschuldung in Abhängigkeit zu halten. Die Forderung nach eigenen Getreidereserven dieser Länder richtet sich gegen die Erpressung der US-Imperialisten mit der „Weizenwaffe“.

Bundeshaushaltsdebatte 1980

Ganz auf „Sicherung gegen die Forderungen der Arbeiterbewegung eingestellt“

z.her. Der Bundeshaushalt 1980, der Wahljahrhaushalt, wurde von der SPD ganz unter ihr Wahlkampfmotto für die Bundestagswahlen gestellt. Sicher in die 80er Jahre. Die CDU/CSU schickte den Kanzleramtskandidaten in den Ring. Zunächst einmal, der Haushalt selber stützt sich auf schon verabschiedete Gesetze, und im Haushaltsausschuß haben die Parlamentarier aller Fraktionen sich sowieso schon geeinigt. Das ist aber geheim, und es wird noch eine Rüge für den Abgeordneten Westphal (SPD) geben, der ausplauderte, im Ausschuß habe die CDU z.B. gegen 400 Mio. DM für den Steinkohlebergbau gestimmt. Wozu also die lange „Debatte“, wenn, wie die Welt es formuliert: „Wer den Bundestag debattieren sieht, rufe sich ins Gedächtnis: Würde man den Fraktions- und Koalitionszwang suspendieren, erhielt die gesamte deutsche Politik eine satte Mehrheit um die 90%.“ – Aber „das Volk“ ist beunruhigt, über die steigende Steuerlast, den Abbau der Renten, die mangelnde Ausbildung ihrer Kinder zum Beispiel. Und je unruhiger „das Volk“, umso mehr schwätzen die Parlamentarier von seinen Interessen, angeblich. Überlegt man es sich so recht, war die Debatte um den Haushalt nichts anderes als ein zungenfertiges Abtasten darüber, worüber man sich derzeit besser nicht streitet, nämlich solche Punkte, wo die Arbeiterbewegung schon Forderungen hat oder gerade dabei ist, konkrete Forderungen zu entwickeln, die von ihren Interessen handeln.

Paradebeispiel die Steuern. Ganz deutlich fordert die Arbeiterbewegung, und zwar ganz konkret als Sofortforderung, einen Steuerfreibetrag von 25% des Durchschnittlohnes. Auch beim Kindergeld gibt es deutlich die Forderung nach Erhöhung des Kindergeldes auf das, was die Minister für ihre Kinder erhalten. Seit Wochen schon hatte der Kanzlerkandidat mit seinen angeblichen Sofortforderungen zur Steuerentlastung SPD und FDP traktiert. In seiner sog. Starrede kein Wort mehr davon. Er hat seine steuerpolitischen Vorstellungen auf einer Pressekonferenz außerhalb der laufenden Haushaltsdebatte bekannt gemacht. Deutlicher konnte er der Regierungskoalition nicht sagen, daß er damit ein-

Koalitionszwang suspendieren, erhielt die gesamte deutsche Politik eine satte Mehrheit um die 90%.“ – Aber „das Volk“ ist beunruhigt, über die steigende Steuerlast, den Abbau der Renten, die mangelnde Ausbildung ihrer Kinder zum Beispiel. Und je unruhiger „das Volk“, umso mehr schwätzen die Parlamentarier von seinen Interessen, angeblich. Überlegt man es sich so recht, war die Debatte um den Haushalt nichts anderes als ein zungenfertiges Abtasten darüber, worüber man sich derzeit besser nicht streitet, nämlich solche Punkte, wo die Arbeiterbewegung schon Forderungen hat oder gerade dabei ist, konkrete Forderungen zu entwickeln, die von ihren Interessen handeln.

Paradebeispiel die Steuern. Ganz deutlich fordert die Arbeiterbewegung, und zwar ganz konkret als Sofortforderung, einen Steuerfreibetrag von 25% des Durchschnittlohnes. Auch beim Kindergeld gibt es deutlich die Forderung nach Erhöhung des Kindergeldes auf das, was die Minister für ihre Kinder erhalten. Seit Wochen schon hatte der Kanzlerkandidat mit seinen angeblichen Sofortforderungen zur Steuerentlastung SPD und FDP traktiert. In seiner sog. Starrede kein Wort mehr davon. Er hat seine steuerpolitischen Vorstellungen auf einer Pressekonferenz außerhalb der laufenden Haushaltsdebatte bekannt gemacht. Deutlicher konnte er der Regierungskoalition nicht sagen, daß er damit ein-

verstanden ist, diese Frage zu verschieben.

Es liegen jetzt zwar die Vorschläge aller drei Parteien für 1981 vor, aber sie befassen sich gerade nicht mit den Forderungen der Arbeiterbewegung. Eine Änderung des Steuerfreibetrages wird nicht einmal erwähnt. Beim Kindergeld macht lediglich die FDP den Vorschlag, das Kindergeld für das erste Kind um 20 DM zu erhöhen. SPD und CDU neigen eher zu allgemeinen Freibeträgen für Kinder. Dabei kommt immer heraus, die Höherverdienenden haben auch eine höhere Entlastung.

Heftig und entschieden sind die Volksmassen gegen die Ausbildungs- und Schulpolitik des bürgerlichen Staates. Und sie sind nicht nur dagegen, sie setzen sich auch zur Wehr. Bei den Lehrern zeichnet sich ebenfalls ab, daß sie nicht mehr weiter bereit sind, da mitzumachen. Jetzt hat man sich in der Frage, wie weiterfahren mit der Bildungspolitik, erstmal auf eine Verschiebung geeinigt. Das äußert sich etwas überzwerch in der Nichteinigung der Länder über die Fortschreibung des Bildungsgesamtplanes von Bundesminister Schmude. Hier glaubt man – anders als bei den Steuern – im Augenblick noch ohne eigene Vorschläge auskommen zu können. Denn obwohl die Angelegenheit unter den Nägeln brennt, gibt es zwar von der Arbeiterbewegung her eine ganze Reihe von Einzelforderungen, aber noch keine Einigung auf selbständige Forderungen nach einer Volksbildung in ihrem Interesse.

So verfuhr das Parlament auch ähnlich wie in der Bildungspolitik mit seiner Rentenpolitik, erstmal Aufschieben. Zwar bedauert man „die armen alten Menschen“, so Herr Sayn-Wittgenstein (CDU). Aber es ist ja schließlich kein Geheimnis, daß Regierung und Opposition gemeinsame Sache machen, was die beschlossenen Krankenkassenbeiträge der Rentner betrifft, ebenso wie bei der Aussetzung der Rentenerhöhung und dann der Erhöhung um 4%. Der Kanzler hat dafür nur die kurze Anmerkung „uns geht es ja allen gut“ am ersten Tag der Haushaltsdebatte übrig. Während dann am dritten Tag in der Verhandlung des Haushalts „Arbeit und Sozialordnung“ Ehrenberg die CDU/CSU war-

da mitzumachen. Jetzt hat man sich in der Frage, wie weiterfahren mit der Bildungspolitik, erstmal auf eine Verschiebung geeinigt. Das äußert sich etwas überzwerch in der Nichteinigung der Länder über die Fortschreibung des Bildungsgesamtplanes von Bundesminister Schmude. Hier glaubt man – anders als bei den Steuern – im Augenblick noch ohne eigene Vorschläge auskommen zu können. Denn obwohl die Angelegenheit unter den Nägeln brennt, gibt es zwar von der Arbeiterbewegung her eine ganze Reihe von Einzelforderungen, aber noch keine Einigung auf selbständige Forderungen nach einer Volksbildung in ihrem Interesse.

So verfuhr das Parlament auch ähnlich wie in der Bildungspolitik mit seiner Rentenpolitik, erstmal Aufschieben. Zwar bedauert man „die armen alten Menschen“, so Herr Sayn-Wittgenstein (CDU). Aber es ist ja schließlich kein Geheimnis, daß Regierung und Opposition gemeinsame Sache machen, was die beschlossenen Krankenkassenbeiträge der Rentner betrifft, ebenso wie bei der Aussetzung der Rentenerhöhung und dann der Erhöhung um 4%. Der Kanzler hat dafür nur die kurze Anmerkung „uns geht es ja allen gut“ am ersten Tag der Haushaltsdebatte übrig. Während dann am dritten Tag in der Verhandlung des Haushalts „Arbeit und Sozialordnung“ Ehrenberg die CDU/CSU war-

nend darauf hinweist, die Besteuerung der Renten sei *im Augenblick* nicht aktuell. Im übrigen wollen die Sozialdemokraten im Frühsommer 1980 ihre Pläne zur Reform des Rentenversicherungssystems verbindlich darlegen. Dies teilte Ehrenberg in der Haushaltsdebatte mit. Daß eine Besteuerung der Renten darin enthalten sein wird, weiß man spätestens aus den Verlautbarungen der sog. Wehner-Kommission vor dem SPD-Parteitag. Die Arbeiterbewegung kann diesen Angriffen nur wirklich beikommen, wenn sie die Forderung nach Selbstverwaltung der Versichertenkassen und Zahlung der Beiträge durch die Kapitalisten auf die Tagesordnung zwingt.

Auf 214,48 Mrd. DM beläuft sich dieser Haushalt aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, 24 Mrd. davon werden allerdings als Kredite aufgenommen. Obwohl mit 48,2 Mrd. DM für Arbeit und Sozialordnung der größte Einzelhaushalt, weist dieser Haushalt über die letzten vier Jahre gesehen mit die größte Schrumpfungstendenz auf. Auch ein gewisser Anhaltspunkt, wie es sich mit der Wirklichkeit verhält. Denn hat man die Debatte im Bundestag und die Berichterstattung in der bürgerlichen Presse verfolgt, würde man meinen müssen, das Parlament befasse sich mit nichts anderem als der Wohlfahrt der arbeitenden Bevölkerung. Schaut man dahinter, nichts als Sonntagsreden und dahinter verborgen die Einigung des bürgerlichen Lagers, alles zu tun, die Massen durch geeignete Manöver wie z.B. mit den Steuerentlastungsvorschlägen, von der Aufstellung und Durchsetzung ihrer eigenen politischen Forderungen im kommenden Wahlkampf mit vereinten Kräften abzuhalten.

nommen. Obwohl mit 48,2 Mrd. DM | einten Kräften abzuhalten.

US-Stahlarbeiter vor schweren Kämpfen gegen Massenentlassungen – „Löhne viel zu hoch“

Das führende Stahlmonopol der USA, U.S. Steel, hat eine brutale Rationalisierungs- und Lohnkürzungskampagne eingeleitet, um seine Stellung und Profite gegen die westeuropäischen und japanischen Stahlkonzerne zu behaupten. 13 Werke sollen Anfang nächsten Jahres auf einen Schlag geschlossen, 13000 Arbeiter, 8% aller Beschäftigten von U.S. Steel, auf die Straße gesetzt werden. Im Mai laufen die Tarifverträge der Stahlarbeiter aus. Die Löhne lägen 70% über Industriedurchschnitt und müßten dringend gesenkt werden, hat Carters Wirtschafts-

US-Stahlarbeiter vor schweren Kämpfen gegen Massenentlassungen – „Löhne viel zu hoch“

Das führende Stahlmonopol der USA, U.S. Steel, hat eine brutale Rationalisierungs- und Lohnkürzungskampagne eingeleitet, um seine Stellung und Profite gegen die westeuropäischen und japanischen Stahlkonzerne zu behaupten. 13 Werke sollen Anfang nächsten Jahres auf einen Schlag geschlossen, 13000 Arbeiter, 8% aller Beschäftigten von U.S. Steel, auf die Straße gesetzt werden. Im Mai laufen die Tarifverträge der Stahlarbeiter aus. Die Löhne lägen 70% über Industriedurchschnitt und müßten dringend gesenkt werden, hat Carters Wirtschafts-

minister verlautbart. – *Bild:* U.S. Steel-Arbeiter demonstrieren vor der Hauptverwaltung, 1. Dezember.

Vance verlangt Wirtschaftsboykott gegen den Iran

EG-Imperialisten zurückhaltend / Deutsche Bank wittert Geschäft / Carter droht

z.wig. Die US-Imperialisten sahen sich genötigt, Vance auf einen Blitzbesuch nach London, Paris, Rom und Bonn zu schicken, um den Wirtschaftskrieg gegen den Iran abzusichern und die NATO zu Beistand bei weitergehenden Maßnahmen zu verpflichten. Die „Verbündeten“ spurten in Sachen Wirtschaftsboykott nicht richtig. Nachdem die zur Sondierung der Lage vorgeschickte Delegation amerikanischer Staatssekretäre nur verbale Solidarität nach Washington kabeln konnte, trat Vance mit schärferen Geschützen an. Es sei noch die Frage, ob eine Isolierung von der Politik der US-Monopole nicht schlimmer sei als der Verlust der einen oder anderen Ölquelle, beunruhigte sich die westdeutsche Presse anläßlich des Vance-Besuchs. Trotz dieser Drohung herrschte bei den Vance-Visiten äußerste Zurückhaltung. Die französische und italienische Regierung lehnten eine Beteiligung an einem Wirtschaftsembargo diskret ab. Auf mehr als eine sanfte Verzögerung von Exporten in den Iran war auch Margaret Thatcher nicht festzulegen.

Bölling und Genscher erklärten, sie hegten große Bewunderung für die verantwortungsbewußte, maßvolle und gleichwohl bestimmte Haltung der USA, und Bonn werde in der UNO alles unterstützen, was notwendig sei, um die Geiseln freizubekommen. Vor allem stimmten sie mit den USA darin überein, daß die Iran-Krise nur international und mit weltweiten Reaktionen zu lösen sei. Auf diese Art und Weise deuteten sie Vance an, daß es ohnehin nicht viel werde mit dem internationalen Boykott, wie auch immer sich die Bundesregierung entscheidet, hatte doch Vance in Paris gerade den dort weilenden japanischen Außenminister wegen der japanischen Ölkäufe und der Umlenkung iranischer Guthaben auf japanische Banken getadelt.

Die westdeutschen Imperialisten setzen darauf, daß die Zeit für sie arbeitet. Die Schwierigkeiten der USA werden ihnen langfristig bessere Positionen im Iranhandel bringen und die westdeutschen Banken bei internationalen Geschäften stärken. Eine allmähliche Entwicklung der DM zu einer Art Nebenreservewährung, neben dem Dollar, käme den westdeutschen Monopolen schon gelegen, solange diese Enwicklung nicht durch einen massiven Drang von Dollar in DM entsteht, sondern Stück für Stück bei den Geschäften der westdeutschen Imperialisten mit anderen Ländern; wodurch das Fangen von wertlosen Dollar, die den Markt überschwemmen, verhindert werden könnte. Einer solchen maßvollen Entwicklung solle sich die Bundesregierung nicht widersetzen, erklärte Guth, der Vorstandssprecher der Deutschen Bank am selben Tage, an dem die Veba bekanntgab, in Zukunft alle Geschäfte mit dem Iran in DM abzuwickeln und derselbe Guth nach einem Besuch Saudi-Arabiens von ähnlichem sprach.

Die US-Imperialisten konnten auch auf der NATO-Tagung nur eine Erklärung zur Freilassung der Geiseln durchsetzen. In diese Erklärung hatten aber die übrigen NATO-Staaten einen Passus gezwängt, daß die NATO „nicht die Absicht“ habe, in die inneren Angelegenheiten des Iran einzugreifen (im englischen Text: „intervene“). Carters prompte Reaktion: Vom Tarifausschuß des Abgeordnetenhauses ließ er sich die Vollmacht ausstellen, Länder, die „nicht mit Amerika bei den Bemühungen zur Befreiung der Geiseln kooperieren“, mit höheren Handelstarifen zu bestrafen.

Hunderte von Polizisten pfeifen den nordrhein-westfälischen Innenminister aus

72% der Polizisten in NRW arbeiten in Wechselschicht, 90% machen Überstunden. Auf ihrem Delegiertenkongreß Ende Oktober beschloß die GdP bundesweite Aktionen. Beim FDP-Landesparteitag wurde Hirsch mit Pfiffen bedacht.

z.haj. **Zum 1. Januar 1980 tritt eine weitere Rentensenkung in Kraft.** Diese Rentensenkung findet dreifach statt: Zum ersten als direkte Folge des im Sommer 1978 beschlossenen 21. Rentenanpassungsgesetzes. Dieses Gesetz hat die nominale Erhöhung der Renten auf 4% zum 1. Januar 1980 im voraus begrenzt: Die Bemessungsgrundlage der Renten nach dem Rechtsstand vor diesem Gesetz berechnet würde eine Erhöhung um 5,8% verlangen. Zum zweiten findet die Rentensenkung statt gegenüber der Preisentwicklung. Diese wird in der Bilanz des Jahres 1979 mit einem Zuwachs von etwa 6% für den Rentnerhaushalt zu Buche stehen. Für die Rente eines Versicherten mit 40 anrechnungsfähigen Jahren und durchschnittlichem Lohn bedeutet diese Senkung: Seine Rente betrug 1979 1053 DM, sie beträgt im Januar 1980 also nominal 1095 DM und bei Berücksichtigung der gestiegenen Lebenshaltungskosten real nur noch 1033 DM. Nach dem Rechtsstand vor dem letzten Gesetz müßte die Rente im Januar 1114 DM betragen, also zwar immer noch wenig, würde aber doch etwas besser liegen. Zum dritten – und dies wiegt auf längere Sicht am schwersten – wird das *absolut schon viel zu niedrige* Rentenniveau noch weiter gegen das Lohnniveau abgesenkt. Im jetzigen Tarifkampf stehen in der Metallindustrie Forderungen auf 150 DM / 10% mindestens. Gelingt es den Industriearbeitern in diesem Tarifkampf, die von den Kapitalisten durchgesetzte Tendenz sinkender Zuwachsraten des Bruttolohns zu brechen, so würden doch die in Rente gegangenen Lohnabhängigen davon keinen Nutzen haben, noch nicht einmal verzögert. Denn: auch für 1981 ist mit 4% eine weitere Rentensenkung bereits beschlossen. Die Folge ist, daß 1982 eine Wiederherstellung der Bruttolohnbezogenheit der Berechnungsgrundlage für die Renten auf einer gegenüber dem Bruttolohnniveau entschieden abgesenkten Bemessungsgrundlage stattfinden würde. Ergebnis: 1977 lag die angegebene Durchschnittsrente auf 46,3% des Bruttolohnes. Inzwischen ist die Rate bereits auf 44,5% gesunken und sie wird in den beiden kommenden Jahren um jeweils 2 weitere Prozent sinken, wenn nicht ausgehend von den Gewerkschaften überfälliger Widerstand organisiert werden kann.

z.eve. **Mit Hilfe des 21. Rentenanpassungsgesetzes versuchen die Öffentlichen Dienstherren die Versorgungsbezüge der Arbeiter und Angestellten im Öffentlichen Dienst zu kürzen.** Die Alters- und Hinterbliebenenrente der Arbeiter und Angestellten im Öffentlichen Dienst setzt sich zusammen aus der gesetzlichen Rente und einer Zusatzversorgung (zusammen Gesamt-Versorgung). Die Zusatzversorgung wurde eingeführt, um die Arbeiter und Angestellten in ihrer Rente den Beamten gleichzustellen, die in der Regel 75% vom letzten Bruttolohn erhalten. Dazu wurde 1929 die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) gegründet. Nach dem 21. RAG sollen die Rentner ab 1982 Krankenversicherungsbeiträge zahlen, und die Rente soll einmalig um den Betrag (ca. 11%) erhöht werden. Da die Gesamt-Versorgung im Öffentlichen Dienst festgelegt ist, wird zwar die gesetzliche Rente der Beschäftigten um diese 11% erhöht, aber die Zusatzversorgung um genau denselben Betrag wieder gekürzt. Mit dem Hinweis auf diese „Erhöhung“ wird die Rentenbemessung grundsätzlich überprüft, um die Gesamt-Versorgung zu kürzen.

z.brp. **Urabstimmung für 4-stündigen Streik am 19.12. bei den Fernseh- und Rundfunkanstalten.** Die RFFU führt seit dem 13.12. gegen die massive Behinderung durch die Intendanten verschiedener Sender die Urabstimmung mit großer Beteiligung durch. Bei der Urabstimmung beim NDR beteiligten sich 92% der Mitglieder, 82,5% sprachen sich für den Streik aus. Bereits am 6.11. führten 1000 Beschäftigte des NDR gegen die geplanten Entlassungen beim NDR eine Protestdemonstration durch (Bild).

z.güv. **Ab nächstem Jahr soll Präsident i.R. Scheel Vorsitzender der „Bilderberg-Konferenz“ werden.** Hier trifft sich das „westliche Establishment“ einmal im Jahr „zum Gespräch über politische und wirtschaftliche Probleme“. Unser Schnappschuß stammt von der Konferenz im nächsten Jahr.

z.frb. **Der SPD-Abgeordnete Schöfberger, Sproß der „Schwabinger Linken“, beklagte sich dieser Tage bitterlich bei der Bundesregierung, daß sie einen fetten Auftrag aus der Entwicklungshilfe für sein Münchner Maschinenbau-Klientel habe durch die Lappen gehen lassen.** Also fragte er im Bundestag: „Trifft es zu, daß die Kreditanstalt für Wiederaufbau in Frankfurt den Erwerb von Oberbauerhaltungs- und -erneuerungsmaschinen seitens der jordanischen Staatsbahnen mit deutschen Krediten finanziert hat, diese Maschinen jedoch trotz Angebots qualifizierter deutscher Firmen von französischen Konkurrenten geliefert wurden, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit und in der Lage, dafür zu sorgen, daß deutsche Kredite nur gegeben werden, wenn sichergestellt ist, daß auch deutsche Anbieter die Aufträge bekommen?“ Die Regierungsantwort: „Herr Kollege Schöfberger, entsprechend den Richtlinien für die deutsche bilaterale Kapitalhilfe vom 9. Juni 1975 wurde eine internationale öffentliche Ausschreibung durchgeführt. Unter den neuen Angeboten war auch ein Angebot einer deutschen Firma. Da jedoch das deutsche Angebot kostenmäßig um ca. 40% höher lag, wurde der Zuschlag einer französischen Firma erteilt. Das Auftragsvolumen betrug rund 3 Mio. DM. Gleichzeitig jedoch erhielt die deutsche Firma den Zuschlag für Werkstatteinrichtungen in Höhe von 4 Mio. DM.“ Zuruf von der CDU/CSU: „Das ist doch immerhin etwas!“ Ja schon, aber 40% Extraprofit! Dr. Schöfberger, MdB, von den 40% besäuselt, bleibt hartnäckig. Die deutsche Firma habe nur einen Konkurrenten, ob man da nicht von der Richtlinie abweichen solle? Der Staatssekretär bleibt bei seinen Grundsätzen: „Herr Kollege, wenn der ausländische Konkurrent die gleiche Qualität zu niedrigeren Preisen liefern kann, dann ist das in Ordnung, daß er den Auftrag erhält. Die Nichtliefergebundenheit ist ein Markenzeichen deutscher Entwicklungspolitik.“ Der Profi weiß, wozu. Kann dies Prinzip durchgesetzt werden, so hoffen die westdeutschen Kapitalisten auf Aufträge auch aus Entwicklungskrediten von Konkurrenten. Bisher schneiden sie so besser ab, als mit dem Erpresser-Rezept Schöfbergers. Außerdem, wären sonst nicht die 4 Mio. auch flöten gewesen? Der „linke“ Heißsporn macht sich zwar als Lobby-Vertreter schon ganz ordentlich. Für einen Regierungsbeamtensessel aber fehlt noch der Blick fürs „Gesamtinteresse.“

z.ans.Rom. **Kanzlerkandidat Strauß hat sich in der letzten Woche zum Stellvertreter Gottes nach Rom begeben.** Außerdem hat er die italienische Lage sondiert. Im Interesse des „Zusammenhalts der katholischen Kirche in Deutschland“ wollte er den Papst auf die Beibehaltung der gegenwärtigen kirchenrechtlichen Verhältnisse in der DDR festlegen. Bisher gehören mehrere Gebiete der DDR zu westdeutschen Bistümern, das Bistum Berlin umfaßt auch Westberlin. Die Katholische Kirche verfolgt eigene Interessen in der DDR wie speziell auch in Polen. Sie will sich nicht vor den Karren eines einzelnen, noch dazu zweitrangigen, imperialistischen Landes spannen lassen. Dementsprechend hat Strauß sein Gespräch mit dem Papst als „sehr offen“ gekennzeichnet. Auch mit dem Kardinalstaatssekretär Casaroli ist es nur „fast“ herzlich gewesen. Straußens Behauptung, 47 Minuten bei Wojtyla verweilt zu haben, wird vom Vatikan bestritten: Es seien 35 Minuten gewesen.

Britische Regierung beendet Rhodesien-Konferenz

Kein Waffenstillstandsabkommen / Siedlergeneral legt Karte für Sammelplätze vor

z.hef.London, 15.12.1979. Die britische Regierung erklärte heute die Rhodesien-Konferenz für beendet. Außenminister Lord Carrington und der Vertreter des Marionettenregimes Mundawarara setzten ihre Initialen unter ein Schlußdokument. „Die Tür bleibt weit offen für die Patriotische Front“, sagte der britische Pressesprecher. Die Führer der Patriotischen Front Nkomo und Mugabe haben nicht unterzeichnet. Sie lehnen den britischen Plan für die Einzelheiten des Waffenstillstandes nach wie vor ab.

Die britische Regierung hat Karten für die Zwischensammlungs- und endgültigen Sammlungsplätze der Patriotischen Front sowie für die Basen der rhodesischen Siedlertruppen in der Übergangsperiode vorgelegt. Die Karten wurden vom Siedlerregime unter General Walls produziert. Die britische Regierung akzeptierte sie, ohne überhaupt mit der Patriotischen Front zu verhandeln, und forderte dann deren Zustimmung.

Die Befreiungskämpfer sollen sich in 14 endgültige Sammelplätze an den Grenzen zurückziehen. Imperialisten und Siedler gestehen ein, daß die Guerillas im ganzen Land operieren und große Teile befreit haben: Die 22 Zwischensammelplätze liegen vor allem im Landesinneren. Die rhodesischen Truppen werden in 42 Stützpunkten im ganzen Land bleiben. „Die britische Regierung steuert einen gefährlichen Kurs“, erklärte heute Mittag ein Sprecher der Patriotischen Front. „Sie glaubt, daß die Patriotische Front in die Zustimmung zu einer Situation getrieben werden kann, in der wir unsere militärischen Operationsstrukturen liquidieren, während die Rhodesier ihre eigenen Mittel in ihren Operationsbasen behalten ... Wir werden des weiteren aufgefordert, unsere Standorte zu wechseln, d.h. alles, was von Zimbabwe erobert wurde, für einen Dreck aufzugeben. Wir sind aufgefordert worden, uns in die Randgebiete zurückzuziehen, alles, wie die Karte zeigt, aufzugeben, so daß General Walls in der Lage ist, dort einzumarschieren und wiederzugewinnen, was sie verloren haben und auf dem Schlachtfeld nicht wiedergewinnen konnten. Wir antworten darauf mit Nein.“

In jedem Sammelpunkt sollten etwa 1000 Guerillas zusammengezogen werden. Das mache 14 Sammelpunkte, erklärte die britische Regierung. Nach dieser Rechnung brauche die Patriotische Front weit mehr als die 31 Sammelpunkte, die sie fordert, antwortete ihr Sprecher heute. Nach den jetzigen Plänen sollen die Befreiungskämpfer sich aus den befreiten und halbbefreiten Gebieten auf mehr als 300 km in unwegsame, auf Straßen nicht erreichbare Sammelplätze zurückziehen. Der von General Walls vorgelegte Plan ist darauf berechnet, den Siedlertruppen die Wiedereroberung der befreiten Gebiete zu ermöglichen. Unter Einsatz der „Hilfstruppen“ Muzorewas wird dann schon ein den Imperialisten, vor allem den US-Imperialisten, angenehmes Wahlergebnis sichergestellt werden. Die Truppen der Patriotischen Front wären zur selben Zeit auf dem Präsentierteller für Luftangriffe und andere Massaker.

Falls die vorgesehenen Sammelplätze nicht reichen, könne der Gouverneur zusätzliche bereitstellen, darin bestand heute das britische „Zugeständnis“. Die Patriotische Front läßt sich darauf nicht ein. Eine der ersten Amtshandlungen des britischen Gouverneurs in Salisbury war, den Polizeiüberfall auf das ZAPU-Büro und die Verhaftung der ZAPU-Führer in Salisbury zu billigen.

Die britische Regierung hat weiteren „Detailbesprechungen zwischen Militärexperten“ zugestimmt.

Britische Stahlarbeiter bereiten Streik vor

British Steel bietet 2% mehr Lohn / EG-Beratungen über Stahlkrisenplan

z.rua.London. Die größte Stahlarbeitergewerkschaft Großbritanniens, die ISTC, ruft ihre Mitglieder zu einem nationalen Streik ab dem 2. Januar gegen das provokative Lohnangebot des Staatskonzerns British Steel auf. Die ISTC fordert Lohnerhöhungen auf den Grundlohn von 22 bis 25%. Bei einer offiziellen Preissteigerungsrate von 18% bietet British Steel Lohnerhöhungen von 2% (12 Pf. auf den Stundenlohn) sowie bei neuen Produktivitätsabkommen auf der Ebene einzelner Werke Erhöhungen bis maximal 10%. Kurz zuvor hatte British Steel unter Berufung auf tägliche Verluste von 1 Mio. Pfund die Entlassung von 53000 Arbeitern – ⅓ der Gesamtbelegschaft – in den nächsten acht Monaten angekündigt.

Die Konkurrenzposition Großbritanniens gegenüber den anderen EG-Imperialisten in der Stahlproduktion ist geschwächt. Seit 1974 wurde es von Frankreich und Italien in der Rohstahlproduktion überholt; während die britischen Exporte in die EG seither jahresdurchschnittlich um 28,8% stiegen, wuchsen die Importe aus der EG um 33%. Die britischen Imperialisten strukturieren mit staatlicher Finanzierung den Produktionsprozeß um, um ihre Profite wieder zu steigern. Seit 1974 wurden durch Stillegung veralteter Hochöfen und verstärkte Anwendung von Elektrostahl- und Sauerstoffverfahren mehr als 80000 Arbeiter entlassen und unter den verbleibenden Arbeitern der jährliche Stahlausstoß pro Mann von 120 auf 141 t gesteigert. Aber noch liegen die britischen Imperialisten weit abgeschlagen hinter ihren französischen und westdeutschen Rivalen mit 180 bzw. 237 t pro Arbeiter. Durch die jetzt bekanntgegebenen Werksschließungen und Massenentlassungen v.a. in Südwales und die geplante Verdoppelung der Produktion in neu errichteten Werken in Schottland plant British Steel, bis 1981 die Produktivität auf 187 t pro Arbeiter im Jahr zu erhöhen.

Am 18.12. beraten die Wirtschaftsminister der EG-Staaten über die Änderung des 1977 beschlossenen Stahlkrisenplans. In diesen Beratungen schlägt sich die Konkurrenz um Absatzmärkte nieder. Die BRD-Imperialisten fordern die Aufhebung der obligatorischen Mindestpreise für Stahlprodukte und die Abschaffung des Preiskontrollapparates. Italien widersetzt sich der Forderung des EG-Kommissars Davignon nach Kürzung der staatlichen Subventionen in der Stahlindustrie. Großbritannien und Luxemburg fordern die Aufhebung der Mindestpreise für bestimmte Stahlprodukte. Einig sind sich die EG-Konkurrenten darin, daß sie Maßnahmen gegen das von den US-Imperialisten ab dem 1.1.80 in Kraft gesetzte Anti-Dumping-Gesetz ergreifen müssen.

Der für den 2.1.1980 angesetzte Streik der britischen Stahlarbeiter wird der erste seit dem Generalstreik 1926 sein. Jahrelang ist es der britischen Bourgeoisie gelungen, mit chauvinistischer Ideologie und Verweis auf die schlechte Lage der Industrie Lohnsenkungen und Arbeitsintensivierung gegen die Stahlarbeiter durchzusetzen. Ihre Erfahrungen haben die Stahlarbeiter eines Besseren belehrt. Die anderen Arbeiter unterstützen sie in ihrem Kampf. Die Gewerkschaft der Eisenbahnarbeiter erklärte am 13.12., daß während des Streiks keine Stahlprodukte transportiert werden.

noch nicht einmal verzögert. Denn: auch für 1981 ist mit 4% eine weitere Rentensenkung bereits beschlossen. Die Folge ist, daß 1982 eine Wiederherstellung der Bruttolohnbezogenheit der Berechnungsgrundlage für die Renten auf einer gegenüber dem Bruttolohnniveau entschieden abgesenkten Bemessungsgrundlage stattfinden würde. Ergebnis: 1977 lag die angegebene Durchschnittsrente auf 46,3% des Bruttolohnes. Inzwischen ist die Rate bereits auf 44,5% gesunken und sie wird in den beiden kommenden Jahren um jeweils 2 weitere Prozent sinken, wenn nicht ausgehend von den Gewerkschaften überfälliger Widerstand organisiert werden kann.

furt den Erwerb von Oberbauerhaltungs- und -erneuerungsmaschinen seitens der jordanischen Staatsbahnen mit deutschen Krediten finanziert hat, diese Maschinen jedoch trotz Angebots qualifizierter deutscher Firmen von französischen Konkurrenten geliefert wurden, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit und in der Lage, dafür zu sorgen, daß deutsche Kredite nur gegeben werden, wenn sichergestellt ist, daß auch deutsche Anbieter die Aufträge bekommen?“

British Steel bietet 2% mehr Lohn / EG-Beratungen über Stahlkrisenplan

z.rua.London. Die größte Stahlarbeitergewerkschaft Großbritanniens, die ISTC, ruft ihre Mitglieder zu einem nationalen Streik ab dem 2. Januar gegen das provokative Lohnangebot des Staatskonzerns British Steel auf. Die ISTC fordert Lohnerhöhungen auf den Grundlohn von 22 bis 25%. Bei einer offiziellen Preissteigerungsrate von 18% bietet British Steel Lohnerhöhungen von 2% (12 Pf. auf den Stundenlohn) sowie bei neuen Produktivitätsabkommen auf der Ebene einzelner Werke Erhöhungen bis maximal 10%. Kurz zuvor hatte British Steel unter Berufung auf tägliche Verluste von 1 Mio. Pfund die Entlassung von 53000 Arbeitern – ⅓ der Gesamtbelegschaft – in den nächsten acht Monaten angekündigt.

z.juh. **Im Nordeuropa-Argentinien-Seefrachtvertrag, der am 1.1.80 in Kraft tritt, haben die westeuropäischen Imperialisten hinnehmen müssen, daß ihr Anteil am Frachtverkehr Argentinien- (bzw. Brasilien-) Europa auf unter 50% gedrückt worden ist.** (Frachtwert des Argentinien-Europa-Seeverkehrs 1978: 400 Mio. Dollar) Die Reederei „Hamburg-Süd“ gesteht, daß „die 6 europäischen Reedereien keine andere Wahl hatten“, als Brasilien Anteile am Argentinien-Europa- und Argentinien am Brasilien-Europa-Verkehr zuzugestehen. Wegen dieser Abmachung mußten ebenfalls die Verträge über Frachtaufteilung zwischen Brasilien und den europäischen Ländern neu verhandelt werden und die Imperialisten auch hier Anteile abgeben. Den westdeutschen Imperialisten ist dies besonders schmerzlich: ⅓ (5,5 Mrd. DM) ihres Kapitalexports in Länder der Dritten Welt geht nach Brasilien und Argentinien. – Während die westeuropäischen Imperialisten im alten La-Plata-Nordeuropa-Abkommen (am 30.9.78 ausgelaufen) noch durchgesetzt hatten, daß die argentinischen bzw. brasilianischen Reeder nur „symbolische“ Anteile von 0,1 – 1% an dem Seeverkehr erhielten, der nicht Argentinien- bzw. Brasilien-Europa betraf, waren beide Länder in Beratungen vor Abschluß des neuen Abkommens zu einer „grundsätzlichen Übereinstimmung über eine gemeinsame Schiffahrtspolitik“ gelangt.

z.tit. **Die westeuropäischen Imperialisten hoffen, mit „Ariane“ in ein Billionengeschäft einzusteigen.** „Ariane“ ist eine Trägerrakete mit über 50 m Länge und einem Gewicht von 208 t, gebaut von der Europäischen Raumfahrtgesellschaft (ESA), geeignet zum Transport von Satelliten in ihre Umlaufbahn um die Erde. Nachdem das amerikanische „Space-Shuttle-Projekt“ ins Stocken geraten ist, verspricht ein gelungener Start der „Ariane“ (Ende Dezember) Westeuropa in die Lage zu versetzen, „die US-Vorherrschaft auf dem lukrativen Markt für zivile und Militärsatelliten“ (Harald Tribune, 1.11.79) anzuknacken. Finanziert wird das 550 Mio. $ Projekt zu 68% von Frankreich, zu 20% von der BRD und der Rest von den anderen europäischen Ländern. Die Vorherrschaft Frankreichs (bei den maritimen Informationssatelliten und Space-Lab schon gebrochen) gibt der CDU willkommenen Anlaß, die Bundesregierung mit einem Antrag „zur Realisierung eines nationalen Forschungs- und Entwicklungsprogramms für Raumfahrt“ noch zu übertrumpfen. Allerdings hat sich der BRD-Imperialismus mit MBB und der Erno-Gruppe für seinen Hegemoniefeldzug auf diesem Markt einen festen Grundstein gelegt.

z.ruo. **Am 8.12.79 hat die Bundestarifkommission Seehäfen der ÖTV einstimmig einem neuen Lohn- und Rahmentarifvertrag zugestimmt.** Danach sollen die Stundenlöhne um 7 – 6,8% erhöht werden, entspricht 0,75 DM in

Weltbank diktiert Ägypten Fünfjahresplan

USA fordern Wirtschaftsunion mit Israel / Kapitalexport: BRD knapp hinter USA

z.wig. Am 19. und 20.12. soll die seit Jahresbeginn schon dreimal verschobene Sitzung der ,,Konsultativgruppe für Ägypten'' unter Vorsitz der Weltbank in Paris stattfinden. Dieser Verein der größten imperialistischen Finanzbourgeois, dem 18 westliche Staaten angehören und in dem der IWF sowie die Afrikanische und Europäische Entwicklungsbank den Ton angeben, hat Ägypten durch Sperrung von bereits zugesagten Krediten dazu gezwungen, dem Konsortium einen überarbeiteten ägyptischen 5-Jahresplan vorzulegen, der den Imperialisten Tür und Tor für weitere Kapitalexporte und weitere Plünderung des Landes öffnet. Das ägyptische Planungsministerium mußte die neu zusammengestellten Planungsunterlagen persönlich der Weltbank vorlegen.

Ende November hatte eine Delegation des IWF der ägyptischen Regierung die Neufassung eines 1978 unterzeichneten Dreijahresabkommens über einen Kredit von 600 Millionen Sonderziehungsrechten aufgezwungen, durch das Ägypten verpflichtet wird, das Haushaltsdefizit durch Streichung von Subventionen für Grundnahrungsmittel und den Aufbau der Landwirtschaft weiter abzubauen. Die Auszahlung der Kredite, die bereits im Sommer 79 fällig gewesen wäre, wurde unter dem Hinweis auf Rückstände bei der ,,Reform'' der ägyptischen Wirtschaft verweigert.

Diese vom IWF diktierte Reform, die das Konsortium als ,,Gesundschrumpfung des öffentlichen Sektors'' beschreibt, soll alle noch bestehenden Rechte des ägyptischen Staates sowie die noch vorhandenen Teile eines ansatzweise bestandenen staatlichen Außenhandelsmonopols einreißen und damit die Schußlinien für die Kapitalexporte der imperialistischen Länder restlos freimachen.

Es gelte die schwerfällige bürokratische ägyptische Staatsmaschinerie umzugestalten. Jetzt da es einige sichtbare Fortschritte gebe, könne das Konsortium die Vergabe der Mittel des IWF beschließen, da vor allem die Reprivatisierung von ehemals staatlichen Unternehmen auf allen Gebieten der ägyptischen Wirtschaft genügend Spielraum für Kapitalexport geschaffen und Ägypten bei der Zahlung von Zinsen für die Kredite aufgeholt habe.

Der so diktierte 5-Jahresplan sieht vor allem eine Verbesserung der Infrastruktur für die ausländischen Kapitalisten vor. Das Fernmeldewesen soll ausgebaut, Eisenbahnen elektrifiziert, Autobahnen und Häfen gebaut werden. Der 5-Jahresplan sieht einen jährlichen Auslandskapitalbedarf von 3 Milliarden Dollar pro Jahr vor und basiert weiterhin auf privaten Investitionen der US-Imperialisten, Japans und der EG.

So erhielt z.B. ein europäisches Firmenkonsortium unter Führung der Siemens AG, Siemens Österreich und der Thomson CFS einen 1,8 Milliarden DM Auftrag der ägyptischen Fernmeldebehörde für den Ausbau des Fernmeldenetzes. Am Bau des Kraftwerkes Shubra El Kheima bei Kairo sind die Weltbank, Japan, die EG und die USA beteiligt. Konzessionsvergaben für den Bau von Häfen, die 20 Jahre im Besitz der imperialistischen Kapitalgeber bleiben sollen, Konzessionsvergabe von weiteren Erdölprojekten auf dem Sinai und in der Nähe des Suez-Kanals, an denen unter anderem die westdeutsche Deminex und die britische BP beteiligt sind, sollen die Erdölförderung auf 1 Million Barrel pro Tag (gegenwärtig 600000 Barrel) steigern, bei gleichzeitiger Einfrierung des ägyptischen Bedarfs auf 12 Millionen Barrel im Jahr und Steigerung der Ausfuhr.

Die erzwungene Öffnung Ägyptens für massive Kapitalexporte hat zu einer schwungvollen Ruinierung der ägyptischen Landwirtschaft geführt, die immer mehr auf die Ausfuhr von Baumwolle konzentriert wird. Der Einfuhrbedarf an Nahrungsmitteln ist kräftig gestiegen. Allein die US-Imperialisten haben 1978 Nahrungsmittel im Wert von 500 Millionen Dollar geliefert, und sind damit billig an die qualitativ hochwertige ägyptische Baumwolle gekommen. Hauptlieferanten Ägyptens waren im ersten Vierteljahr 1979 nach wie vor die US-Imperialisten mit Waren im Wert von 76,3 Mio. Ägyptischen Pfund, dicht gefolgt von den BRD-Imperialisten mit 70,3 Millionen (1 ägyptisches Pfund = ca. 2,60 DM).

Gestützt auf die größten Anteile am Kapitalexport haben vor allem die US-Imperialisten und die westdeutschen Imperialisten weitere Maßnahmen zur Unterjochung Ägyptens erzwungen. Eine Delegation des Bundestages hielt sich Ende November in Ägypten auf, um über neue Konzessionen für die Ausbeutung des ägyptischen Erdöls zu verhandeln. Am 4. Dezember veranstaltete die Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Köln eine ,,Investitionskonferenz'' mit einer ägyptischen Delegation aus Vertretern von Banken und Unternehmen des öffentlichen und privaten Sektors. Auf einer Ägyptenreise des Vorsitzenden der EG-Wirtschaftskommission Jankins, der die EG bei den Beratungen des Ägyptenkonsortiums nächste Woche in Paris vertritt, teilte der Staatsminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Gamar El Nazer, mit, daß die ägyptische Investitionsbehörde auf Grundlage neuer Gesetze, die den Kapitalexport und die Beteiligung an ägyptischen Unternehmen erleichtern, bereits Direktinvestitionen im Wert von 3 Milliarden ägyptischen Pfund zugelassen hätte.

Diese zunehmende Abhängigkeit von den Imperialisten, in die Ägypten nach dem Abschluß des Friedensvertrages mit Israel geraten ist, soll jetzt auf der Konferenz des Konsortiums in Paris perfekt gemacht werden.

Der überarbeitete Wirtschaftsplan für die nächsten 5 Jahre diene dort zur Diskussion über die Höhe der Kredite an Ägypten. Die bisher eingeleiteten Maßnahmen reichen den Imperialisten also keineswegs aus. Was sie auf der Konferenz durchsetzen wollen, hat der Staatssekretär des US-amerikanischen Landwirtschaftsministeriums auf seiner kürzlich durchgeführten Ägyptenreise herausgelassen. Er betonte, eine Zusammenarbeit von ägyptischen, israelischen und westlichen Unternehmen sei für alle Beteiligten von Vorteil.

Ägypten soll endgültig in eine Wirtschaftsunion mit Israel geprügelt werden und damit die Spaltung des arabischen Lagers perfekt gemacht werden. Die arabischen Staaten, die in ihrer Mehrzahl die Wirtschaftsbeziehungen zu Ägypten nach dem Friedensvertrag mit Israel abgebrochen hatten, hatten den Aufbau der ägyptischen Wirtschaft 1968–78 mit 5,5 Milliarden Dollar Wirtschaftshilfe sowie 5,2 Milliarden Dollar an rückzahlbaren Darlehen unterstützt.

Sadat erklärte dazu, vor der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu Israel, die für Februar 1980 geplant seien, könne man über eine solche Zusammenarbeit mit Israel und den westlichen Staaten nicht reden. Die US-Imperialisten werden auf der Konferenz in Paris mit der Kreditschraube nachhelfen.

der ,,Reform'' der ägyptischen Wirtschaft verweigert.

Diese vom IWF diktierte Reform, die das Konsortium als ,,Gesundschrumpfung des öffentlichen Sektors'' beschreibt, soll alle noch bestehenden Rechte des ägyptischen Staates sowie die noch vorhandenen Teile eines ansatzweise bestandenen staatlichen Außenhandelsmonopols einreißen und damit die Schußlinien für die Kapitalexporte der imperialistischen Länder restlos freimachen.

Es gelte die schwerfällige bürokratische ägyptische Staatsmaschinerie umzugestalten. Jetzt da es einige sichtbare Fortschritte gebe, könne das Konsortium die Vergabe der Mittel des IWF beschließen, da vor allem die Reprivatisierung von ehemals staatlichen Unternehmen auf allen Gebieten der ägyptischen Wirtschaft genügend Spielraum für Kapitalexport geschaffen und Ägypten bei der Zahlung von Zinsen für die Kredite aufgeholt habe.

Der so diktierte 5-Jahresplan sieht vor allem eine Verbesserung der Infrastruktur für die ausländischen Kapitalisten vor. Das Fernmeldewesen soll ausgebaut, Eisenbahnen elektrifiziert, Autobahnen und Häfen gebaut werden. Der 5-Jahresplan sieht einen jährlichen Auslandskapitalbedarf von 3 Milliarden Dollar pro Jahr vor und basiert weiterhin auf privaten Investitionen der US-Imperialisten, Japans und der EG.

tisches Pfund = ca. 2,60 DM).

Gestützt auf die größten Anteile am Kapitalexport haben vor allem die US-Imperialisten und die westdeutschen Imperialisten weitere Maßnahmen zur Unterjochung Ägyptens erzwungen. Eine Delegation des Bundestages hielt sich Ende November in Ägypten auf, um über neue Konzessionen für die Ausbeutung des ägyptischen Erdöls zu verhandeln. Am 4. Dezember veranstaltete die Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Köln eine ,,Investitionskonferenz'' mit einer ägyptischen Delegation aus Vertretern von Banken und Unternehmen des öffentlichen und privaten Sektors. Auf einer Ägyptenreise des Vorsitzenden der EG-Wirtschaftskommission Jankins, der die EG bei den Beratun-

den und damit die Spaltung des arabischen Lagers perfekt gemacht werden. Die arabischen Staaten, die in ihrer Mehrzahl die Wirtschaftsbeziehungen zu Ägypten nach dem Friedensvertrag mit Israel abgebrochen hatten, hatten den Aufbau der ägyptischen Wirtschaft 1968–78 mit 5,5 Milliarden Dollar Wirtschaftshilfe sowie 5,2 Milliarden Dollar an rückzahlbaren Darlehen unterstützt.

Sadat erklärte dazu, vor der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu Israel, die für Februar 1980 geplant seien, könne man über eine solche Zusammenarbeit mit Israel und den westlichen Staaten nicht reden. Die US-Imperialisten werden auf der Konferenz in Paris mit der Kreditschraube nachhelfen.

Auf Grund der wachsenden Abhängigkeit mußte Ägypten 1978 Weizen im Wert von 166,0 Mio. ägyptischen Pfund einführen (1977: 128,6 Mio.).

US-Flugzeugträger *Enterprise* im Mittelmeer. Seit 1974 operieren ca. 40 Einheiten der 6. Flotte im Mittelmeer. Die 3. sowjetische Eskadra, Basis im Schwarzen Meer, verfügt ebenfalls über 40 Einheiten, davon jedoch 20 Versorgungsschiffe.

Die Spaltung Zyperns soll den Imperialisten dauernde Einmischung sichern

z.ror. Die im Juni von den Führern der griechischen und türkischen Volksteile aufgenommenen Verhandlungen brachten bisher keine Fortschritte. Der Führer der türkischen Minderheit, Denktasch, erklärte im November, er warte nur auf die Zustimmung aus Ankara, um die Spaltung zu vollziehen und bezeichnete sich als Präsident des Turkish Federal State of Cyperus.

Die UNO-Generalversammlung hatte 1977 in der Resolution 32/15 erklärt: ,,Die Vollversammlung ... 2. wiederholt ihre Aufforderung an alle Staaten, die Unabhängigkeit, territoriale Integrität und Bündnisfreiheit der Republik Zypern zu achten und jede Form der Einmischung in die inneren Angelegenheiten zu beenden.'' Der US-Imperialismus hat sich wie die übrigen westlichen Imperialisten bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Griechenland stimmte für die Resolution, die Türkei dagegen.

Alle Imperialisten sind an der Spaltung Zyperns interessiert. Die britischen Imperialisten unterhalten auf Zypern zwei Luftwaffenstützpunkte mit 10 000 Mann Besatzung, die Stützpunkte werden auch von der NATO benutzt. Für die Überwachung des Mittelmeerraums ist Zypern ausgezeichnet geeignet. Die ,,Europäische Wehrkunde'' hebt hervor: ,,Zypern liegt im Schnittpunkt dreier Kontinente, in einem Radius von 1 000 km kann von dort aus der ganze Nahe Osten bis zum Persischen Golf, der Kaukasus und Bulgarien erreicht werden''.

Die sowjetischen Imperialisten verfügen in diesem Raum über keine vergleichbare Position. Ihnen fehlt der Luftschirm für ihre Mittelmeerflotte, umfaßt doch der zu überwachende Seeraum 2,5 Mio. Quadratkilometer. Um ihren Einfluß an der NATO-Süd-Flanke zu erhöhen, setzten die Sozialimperialisten erst auf die Türkei. Als diese den USA die Stützpunkte aufkündigte, boten die Sowjetunion im April 78 1,7 Mrd. $ und den Ausbau des Straßennetzes an, im Juni wurde das Angebot auf 5 Mrd. $ erhöht. Der Druck der USA auf die Türkei hatte jedoch Erfolg, worauf sich die Sowjetunion hinter dem Standpunkt Griechenlands versteckte und im Oktober während des Besuchs des griechischen Ministerpräsidenten Karamanlis nahm die SU ihren alten Standpunkt ein, dort wo sie keine Stützpunkte habe, müßten die fremden Truppen abziehen. Die sowjetische Regierung erklärte: ,,Wir treten für die Entmilitarisierung Zyperns ein, auf dessen Territorium sich weder ausländische Truppen noch ausländische Stützpunkte befinden sollten''. Um dennoch auf Zypern Einfluß zu gewinnen, tritt die SU für eine internationale Zypernkonferenz ein.

Da die Sowjetunion für ihre 3. Eskadra nur für die dazugehörigen Versorgungsschiffe seit kurzem Nutzungsrechte in einer griechischen Werft hat und in Latakia (Syrien) lediglich über Depots verfügt, würde eine Neutralisierung der britischen Stützpunkte auf Zypern ihren Infrastrukturnachteil gegenüber der 6. US-Flotte verringern. Dies befürchteten auch die US-Imperialisten, als sie den zypriotischen Regierungschef Makarios von Griechenland wegputschen ließen und damit den Einmarsch der türkischen Truppen hervorriefen. Mit dem türkisch-griechischen Konflikt sollte die weitere Schwächung der Süd-Flanke durch das Streben der Volksmassen dieser Region nach Unabhängigkeit aufgehalten werde, wozu sich die Imperialisten eine neue Einmischungsmöglichkeit schufen.

Die EG konnte Griechenland zum Beitritt in die EG zwingen und die Türkei mußte sich Umschuldungsverhandlungen durch ein 260 Banken umfassende Konsortium unterwerfen. Von der neuen Regierung Demirel erwarten die Imperialisten, die Spaltung Zyperns zu verewigen, um damit einen Dauerkonflikt zu schaffen. Auch die EG verstärkt ihren Druck auf die Regierung Demirel mit Erfolg. Sie hat am 14.12. erklärt, sie werde ihre Bedenken bezüglich der Beitrittsbedingungen zurückstellen.

Gegen die Spaltungsabsichten Zyperns hat die UNO-Generalversammlung im November 79 erklärt, daß die Einheit Zyperns nicht angetastet werden dürfe. Diese Erklärung hat sicherlich dazu beigetragen, daß Demirel erklärt hat, die Behandlung der Zypernfrage müsse zurückgestellt werden.

,,Die Vollversammlung ... 2. wiederholt ihre Aufforderung an alle Staaten, die Unabhängigkeit, territoriale Integrität und Bündnisfreiheit der Republik Zypern zu achten und jede Form der Einmischung in die inneren Angelegenheiten zu beenden.'' Der US-Imperialismus hat sich wie die übrigen westlichen Imperialisten bei der Abstimmung der Stimme enthalten. Griechenland stimmte für die Resolution, die Türkei dagegen.

Alle Imperialisten sind an der Spaltung Zyperns interessiert. Die britischen Imperialisten unterhalten auf Zypern zwei Luftwaffenstützpunkte mit 10 000 Mann Besatzung, die Stützpunkte werden auch von der NATO benutzt. Für die Überwachung des Mittelmeerraums ist Zypern ausgezeichnet geeignet. Die ,,Europäische Wehrkunde'' hebt hervor: ,,Zypern liegt im Schnittpunkt dreier Kontinente, in einem Radius von 1 000 km kann von dort aus der ganze Nahe Osten bis zum Persischen Golf, der Kaukasus und Bulgarien erreicht werden''.

Die sowjetischen Imperialisten verfügen in diesem Raum über keine vergleichbare Position. Ihnen fehlt der Luftschirm für ihre Mittelmeerflotte, umfaßt doch der zu überwachende Seeraum 2,5 Mio. Quadratkilometer. Um ihren Einfluß an der NATO-Süd-Flanke zu erhöhen, setzten die Sozial-

ein.

Da die Sowjetunion für ihre 3. Eskadra nur für die dazugehörigen Versorgungsschiffe seit kurzem Nutzungsrechte in einer griechischen Werft hat und in Latakia (Syrien) lediglich über Depots verfügt, würde eine Neutralisierung der britischen Stützpunkte auf Zypern ihren Infrastrukturnachteil gegenüber der 6. US-Flotte verringern. Dies befürchteten auch die US-Imperialisten, als sie den zypriotischen Regierungschef Makarios von Griechenland wegputschen ließen und damit den Einmarsch der türkischen Truppen hervorriefen. Mit dem türkisch-griechischen Konflikt sollte die weitere Schwächung der Süd-Flanke durch das Streben der Volksmassen dieser Region nach Unabhängigkeit aufgehalten werde, wozu sich die Imperialisten eine neue Einmischungsmöglichkeit schufen.

Die EG konnte Griechenland zum Beitritt in die EG zwingen und die Türkei mußte sich Umschuldungsverhandlungen durch ein 260 Banken umfassende Konsortium unterwerfen. Von der neuen Regierung Demirel erwarten die Imperialisten, die Spaltung Zyperns zu verewigen, um damit einen Dauerkonflikt zu schaffen. Auch die EG verstärkt ihren Druck auf die Regierung Demirel mit Erfolg. Sie hat am 14.12. erklärt, sie werde ihre Bedenken bezüglich der Beitrittsbedingungen zu-

---

LG II und 1,02 DM in LG VIII. Höhere Angestellte bei der Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG (HHLA) erhalten nur 6,4%. Der Urlaub steigt nur für die über 35jährigen auf 30 Tage bis 1985. Statt Verkürzung der Nachtschicht gibt es eine Freischicht für 40 Nachtschichten. Die Kampfentschlossenheit der Hafenarbeiter hätte in wesentlichen Forderungen ein besseres Ergebnis möglich gemacht. Auch im Lohn, wo sich die Hafenarbeiter einer knappen 11 zu 9 Stimmenmehrheit für 8 statt 10% in der Tarifkommission beugen mußten. Noch nicht abgeschlossen ist der Rahmentarif bei der HHLA (Haustarif). Die Kapitalisten wollen die Einführung der Contischicht auf dem Containerterminal. Vom Kaiarbeiter bis zum Lademeister wird das geschlossen abgelehnt. Am 17.12. soll darüber erneut verhandelt werden.

z.gih. **Mit 288 gegen 64 Stimmen hat das Europäische Parlament den Haushaltsentwurf der Gemeinschaft für 1980 abgelehnt.** Alle großen Fraktionen, Europäische Volkspartei, Sozialisten und Liberale haben gegen den Entwurf gestimmt. Jetzt muß ein neuer Haushalt vom Ministerrat vorgelegt werden, und bis dahin kann er über dieselben Geldmittel verfügen wie im Jahre 1979. ,,Das Parlament verlangt Kürzungen im Agrarbereich'', der 84% des 40 Mrd. DM-Haushaltes ausmacht. Worauf es hinausläuft, läßt sich erkennen. Die vereinigten europäischen Parlamentarier haben sich geeinigt, ihre nationalen Regierungen anzutreiben bei ihren Bauernlegungsprogrammen. ,,Die Bundesregierung bleibt bei ihrem Gesetzesentwurf für eine Neuregelung der Einkommensbesteuerung in der Land- und Forstwirtschaft'', was nach Aussagen des Deutschen Bauernverbandes auf Mehrbelastungen von 900 Mio. DM im Jahr hinausläuft. Zusätzlich fehlt den Bauernfamilien wegen der Buchführung Zeit für die Landarbeit, und der Effekt ist, daß etliche ihren Hof aufgeben müssen. Im europäischen Maßstab sieht der Vernichtungsfeldzug gegen die kleinen und mittleren Bauern so aus: ,,Das Parlament kann das neu anlaufende Haushaltsverfahren solange hinauszögern, bis im Agrarministerrat die Preisbeschlüsse für das nächste Wirtschaftsjahr (1980/1981) getroffen sind ... Bei den Preisbeschlüssen müßte dann schon darauf Rücksicht genommen werden, daß das Parlament das letzte Wort zu den Auswirkungen der Agrarbeschlüsse über den Haushalt in Anspruch nimmt.'' So kommt es mit Sicherheit zu Kürzungen im Agrarbereich, und das neu gewählte Europäische Parlament zeigt, daß es seine Aufgaben erfüllen kann.

z.bep. **,,Bunte'' und ,,Alternative'' Gruppierungen (Grüne Liste Hessen, Bunte Liste Hamburg u.a.) versuchen, durch Blockbildung ihren Einfluß in der künftigen ,,Grünen'' Partei zu sichern.** Zu diesem Zweck haben sie sich zu einem ,,Beratungskongreß'' vom 14.–16.12. in Frankfurt versammelt. Die Bundespartei der ,,Grünen'' soll am 12./13. Januar in Karlsruhe gegründet werden. Ein Programmentwurf auf den ,,Grundpfeilern'': ,,Ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei'' ist in der neuen Wochenzeitung ,,Die Grünen'' veröffentlicht. Die ,,Bunten'' sind gegen allzu offenherzige Treuebekundungen zur ,,FdGO'' und für einige zusätzliche Forderungen zwecks Einflußnahme auf ,,Linke'' und ,,Gewerkschaftsopposition''. Der eigentliche Kernpunkt des Streits ist aber die Satzungsfrage: wer kommt in die Vorstände und auf die Wahllisten? Die Grünen wollen Doppelmitgliedschaft verbieten, die ,,Bunten'' wollen ihren eigenen Laden erhalten, sind aber offenbar zu allen Zugeständnissen bereit, um nicht ausgebootet zu werden.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d · Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer · Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/730231 · Redakteur: Martin Fochler

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/72 08 76-77, Redakteur: Gerd Heinemann · *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/53 13 48, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst

Die Hefte 01 bis 11 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 12 monatlich, Preis 2,40 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2)**, Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3)**, Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4)**, Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5)**, Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6)**, Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7)**, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8)**, Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9)**, J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10)**, Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11)**, Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12)**, Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481

r.crw. Westberlin. **5000 beteiligten sich an der Demonstration der ÖTV am Samstag.** Demonstriert wurde für die Forderungen der Stadtreinigungsbelegschaft gegen Rationalisierung und Zulagenstreichungen. Ausdrücklich unterstützt wurde die Position des Personalrates der Stadtreinigung. Neben den Arbeitern der Stadtreinigung, die bereits zweimal in diesem Jahr einen Warnstreik durchführten und mit 2500 Mann, das sind 60% der Belegschaft, den größten Block der Demonstration stellten, beteiligten sich ÖTV-Mitglieder aus dem Bereich Gesundheitswesen, die sich auch gegen Krankenhausfinanzierungsgesetz und Bettenbedarfsplan wandten.

b.sug. **Am 12. Dezember hat der Hamburger Senat eine neue Gebührenordnung für die Abfallbeseitigung und eine Verordnung über die Größe der Abfallbehälter beschlossen.** Die Gebührenordnung sieht zum 1.1.80 eine Anhebung um durchschnittlich 15,7% vor. Nach der letzten Erhöhung im Oktober 74 um 40% wurden bis 78 Überschüsse von 21 Mio. erzielt. Obwohl auch 1978 Überschüsse von 2,59 Mio. erwirtschaftet wurden, behauptet der Senat, daß eine ,,Unterdeckung" von 14 Mio. erwartet wird. Begründet wird dies u.a. mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Benzinkosten. Ca. 30% der Haushalte sind z.Z. unzureichend mit Müllbehältern versorgt, weshalb der Hausmüllanteil im Sperrmüll 50% beträgt.

b.stb. Rendsburg. **Der schleswig-holsteinische Innenminister verbietet Bürgerfragestunden in Ratssitzungen.** Dies insbesondere in den Gemeinden Büdelsdorf und Rendsburg. Mit den Bürgerfragestunden, die in Büdelsdorf seit

hebung um durchschnittlich 15,7% vor. Nach der letzten Erhöhung im Oktober 74 um 40% wurden bis 78 Überschüsse von 21 Mio. erzielt. Obwohl auch 1978 Überschüsse von 2,59 Mio. erwirtschaftet wurden, behauptet der Senat, daß eine ,,Unterdeckung" von 14 Mio. erwartet wird. Begründet wird dies u.a. mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Benzinkosten. Ca. 30% der Haushalte sind z.Z. unzureichend mit Müllbehältern versorgt, weshalb der Hausmüllanteil im Sperrmüll 50% beträgt.

b.stb. Rendsburg. **Der schleswig-holsteinische Innenminister verbietet Bürgerfragestunden in Ratssitzungen.** Dies insbesondere in den Gemeinden Büdelsdorf und Rendsburg. Mit den Bürgerfragestunden, die in Büdelsdorf seit
1974 praktiziert werden, in Rendsburg seit Sommer 79, werden nur geringe Einflußmöglichkeiten auf den Stadtrat eingeräumt. In Büdelsdorf eine öffentliche Aussprache vor Abstimmung der einzelnen Tagesordnungspunkte von maximal 15 Minuten, in Rendsburg ein Fragerecht in einer ,,Bürgerfragestunde" pro Ratssitzung. Der Innenminister schreibt aber an den Rendsburger Stadtrat, damit ,,würde den Bürgern letztlich eine Teilnahme an der Beratung ermöglicht". Der Büdelsdorfer Rat will weiterhin die Sitzungen ggf. unterbrechen, die Rendsburger SPD vor das Verwaltungsgericht gehen.

b.lir. Schleswig. **Die Nachsorgeklinik Kappeln soll in den Krankenhausbedarfsplan aufgenommen werden,** fordert der Kreistag vom schleswig-holsteinischen Sozialministerium. Die Möglichkeit, aus der Einrichtung ein Altenheim zu machen, wurde einstimmig abgelehnt. Gegenüber einem allgemeinen Krankenhaus ist eine Nachsorgeklinik schon eine Billigeinrichtung, da dort keine komplizierten Fälle behandelt werden können. Die Patienten haben hauptsächlich Verschleißerkrankungen des Gefäßsystems. Das läßt sich auch an den Tagessätzen ablesen. Während ein Bett im Hochleistungskrankenhaus über 200 DM und im Allgemeinen Krankenhaus Schleswig 191,70 DM kostet, beträgt der Tagessatz in der Nachsorgeklinik nur 75,25 DM. Da die Gebühren für Altenheimbenutzung bei 880 bis 1260 DM liegen, würde das im Höchstfall einem Tagessatz von 41,50 DM entsprechen. Weil die Renten der Altenheimbewohner oft

nicht ausreichen, muß der Rest der Kosten in Form von Sozialhilfe von den Gemeinden getragen werden. Das mag auch einer der Gründe sein, weshalb alle Kreistagsabgeordneten am 6.12. für die Aufnahme in den Bedarfsplan stimmten. Schon jetzt ist die medizinische Versorgung in Kappeln nicht ausreichend, die nächsten Kliniken sind in Schleswig, Flensburg und Eckernförde.

b.sch. **In einem offenen Brief beklagt sich die Arbeitsgruppe der Sozialdemokraten im Bildungsbereich bei der SPD-Bundestagsfraktion über das Scheitern eines Gesetzentwurfes zur freiwilligen Teilzeitarbeit für Beamte.** Die Aktionen der Lehrer Mitte Nov. zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen sitzen den Sozialdemokraten tief in den Knochen. Die Möglichkeit für den Beamten, seine Arbeitszeit selbst zu regeln, soll diesem Kampf die Spitze nehmen. Ziel aber ist, die volle Arbeitskraft der Betroffenen für das halbe Gehalt einzukaufen.

b.hej. **Arbeiter und Angestellte bei der Morgenpost und Auerdruck sollen weiter hingehalten werden.** ,,Mit 5000 DM sind Sie dabei ...", lautet die neueste Parole der SPD. Ins Gespräch gebracht von Herbert Wehner und aufgegriffen von SPD-Schatzmeister Halstenberg, ist das jetzt der neueste Versuch, die Morgenpost zu ,,retten". Erklärte Halstenberg auf dem SPD-Parteitag, daß Verhandlungen über die Weiterführung der Morgenpost endgültig gescheitert seien und die Zeitung eingestellt werde, soll jetzt wieder alles offen sein für neue Verhandlungen. Die SPD setzt auf ihre Mitglieder, die Anteilsscheine von 5000 DM an der Morgenpost erwerben sollen. Aber welches einfache Mitglied wird sich für diese Boulevardzeitung, die wie alle anderen bürgerlichen Zeitungen gegen die Interessen der Arbeiter gerichtet ist, 5000 DM abluchsen lassen! – Für die Beschäftigten ist das nur eine neue Variante in der Hinhaltetaktik und in der weiteren Zerreibung der Interessen.

b.suk. **Kaum ein Rentner kann die Pflegesätze in Pflegeheimen zahlen.** Der Staat kassiert die Rente und gibt höchstens 20% vom Regelsatz eines Haushaltsvorstandes und ein Taschengeld zurück. 1979 haben die Rentner maximal 144 DM wiedergesehen.

% DM
DM Diff. zw.
Angest.-Rente u. Pflegesatz
Arbeiterrente u. Pflegesatz
%-Stg. des Pflegesatzes gegenüb. 1974
%-Stg. der Rente gegenüb. 1974
160 140 120 100
1000 800 600 400
74 75 76 77 78 79

eingestellt werde, soll jetzt wieder alles offen sein für neue Verhandlungen. Die SPD setzt auf ihre Mitglieder, die Anteilsscheine von 5000 DM an der Morgenpost erwerben sollen. Aber welches einfache Mitglied wird sich für diese Boulevardzeitung, die wie alle anderen bürgerlichen Zeitungen gegen die Interessen der Arbeiter gerichtet ist, 5000 DM abluchsen lassen! – Für die Beschäftigten ist das nur eine neue Variante in der Hinhaltetaktik und in der weiteren Zerreibung der Interessen.

b.suk. **Kaum ein Rentner kann die Pflegesätze in Pflegeheimen zahlen.** Der Staat kassiert die Rente und gibt höchstens 20% vom Regelsatz eines Haushaltsvorstandes und ein Taschengeld zurück. 1979 haben die Rentner maximal 144 DM wiedergesehen.

% DM
DM Diff. zw.
Angest.-Rente u. Pflegesatz
Arbeiterrente u. Pflegesatz
%-Stg. des Pflegesatzes gegenüb. 1974
%-Stg. der Rente gegenüb. 1974
160 140 120 100
1000 800 600 400
74 75 76 77 78 79

Durchschnittrenten nach stat. Jahrbuch und staatl. Pflegesätze HH

b.res.Hamburg. **Zum 1.1.80 erhöht die Phoenix-Betriebskrankenkasse die Beiträge.** Um wieviel ist noch nicht bekannt. Erst im Oktober waren die Leistungen für Zahnersatz und Kuren gesenkt worden. Der Geschäftsführer der BKK hat die Beitragserhöhung mit dem hohen Krankenstand von 10% begründet. Am häufigsten seien Überlastungskrankheiten sowie Magenerkrankungen, Kreislauf- und Durchblutungsstörungen. Hier schlagen sich die Maßnahmen des Vorstands zur Steigerung der Mehrarbeit nieder. In der Metallgummifertigung (Bild) liegen die Akkorde z.T. so hoch, daß trotz schwerer körperlicher Arbeit keine Pause gemacht werden kann. Besonders viele Unfälle passieren gerade hier. In der Profilfertigung sind kürzlich Akkordzeiten auf die Hälfte herabgesetzt worden. Während der Phoenix-Vorstand auf die Belegschaft hetzt, sie würde krankfeiern, wird er durch die Maßnahmen des BKK-Vorstands direkt unterstützt.

Arbeitsbedingungen in der Spanplattenindustrie

Kapitalisten wollen Contischicht / Festgeld- und Mindestforderungen gegen nackte Verelendung

r.heu. Im Herbst dieses Jahres kaufte die Glunz-Gruppe mit Werken hauptsächlich im Emsland 40% der Anteile an der Deutschen Novopan (Werke in Göttingen, Triangel bei Gifhorn und im Saarland). Glunz/Novopan ist damit der größte westdeutsche Spanplattenhersteller.

Sie sind es geworden durch enorme Steigerung der Ausbeutung, wie man aus der Tabelle sehen kann, die sich auf Novopan bezieht:

	1976	1977	1978
Zahl der Beschäftigten	1406	1360 (– 3%)	1282 (– 6%)
Spanplatten (in m³)	421,05	452,94 (+8%)	488,3 (+8%)
Furnierplatten (m³)	7,11	7,35 (+3%)	7,02 (–4%)
Tischlerplatten (m³)	14,94	13,97 (– 4%)	14,82 (+3%)
Betonschalungsplatten (m³)	4,27	3,68 (– 14%)	3,9 (+6%)
Umsatz in Tausend DM	167,14	177,94 (+6%)	187,21 (+6%)

Gerade 1978, wo die Beschäftigtenzahl am drastischsten von den Kapitalisten gesenkt wurde, haben sie also auch die kräftigste Steigerung der Produktionsleistung aus den Arbeitern herausgeholt. 16 Schichten pro Woche werden gefahren, von Montag bis Freitag drei Schichten rund um die Uhr, sowie eine Frühschicht am Samstag. Das Werk Triangel ist zu 98% ausgelastet. Wenn längere Stillstände entstehen, werden Sonderschichten angesetzt, wie z. B. am Samstag, den 27.10., als eine Spätschicht, deren Streichung der Betriebsrat bereits durchgesetzt hatte, kurzfristig wieder anberaumt wurde, um einen ca. 12stündigen Stillstand der Produktion aufzuholen. Die Handwerker müssen notwendige Reparaturen und Wartungsarbeiten häufig sonntags durchführen, um die laufende Produktion nicht unterbrechen zu müssen. Montags muß die Frühschicht eine Stunde eher anfangen, damit auch Maschinen, die eine längere Warmlaufzeit benötigen, beim Produktionsbeginn um 6 Uhr gleich einsetzbar sind.

Die Kapitalisten lechzen danach, die Spätschicht am Samstag als reguläre 17. Schicht einzuführen. Ein Sprecher der Glunz-Kapitalisten gab auf der letzten Betriebsversammlung bekannt, daß im Spanplattenwerk im Emsland bereits 19 Schichten gefahren würden und ein Antrag auf 21, also Contischicht, vorliege. Der Triangeler Betriebsrat hat die 17. Schicht als Regelarbeitszeit abgelehnt und sperrt sich häufiger gegen Sonderschichten. Das ist ein Ergebnis des wachsenden Widerstandes der Arbeiter gegen die Schichtarbeit. Auf der letzten Betriebsversammlung kam es erstmals zum offenen Krach um die Schicht- und Nachtarbeit, als ein Angestellter den Betriebsrat fragte, woher er die Berechtigung nähme, die 17. Schicht abzulehnen. Die Geschäftsleitung selber wagte diesen Vorstoß schon gar nicht mehr, sondern mußte diesen Günstling vorschicken. Die Arbeiter stellten eindeutig klar, daß es allmählich reicht.

Grundlage für die maßlose Ausdehnung der Arbeitszeit ist zum einen der Manteltarifvertrag (Novopan hat einen Haustarif), der die 48-Stunden-Woche als Regelarbeitszeit vorsieht. Zum anderen ist es der niedrige Tariflohn der Arbeiter, der zwischen 1450 und 1850 DM liegt. Durch ein ausgeklügeltes Zulagen- und Prämiensystem spalten die Kapitalisten die Arbeiter und erpressen Schicht und Überstunden. Für einen Handwerker z. B. macht der Unterschied zwischen Normalschicht in der Werkstatt und drei Schichten in der Produktion ca. 500 DM brutto aus, durch Produktionszulage, Schichtzulage, Nachtzulage, regelmäßige Überstunden. Bis zu 25% eines Monatslohns besteht aus Zulagen. Mit Zulagen erstreckt sich die Bruttolohnverteilung zwischen 1550 und 2270 DM. In den letzten drei Jahren haben die Triangler Arbeiter dagegen immer Festgeld- und Mindestforderungen erhoben. Daß das dieses Jahr auch geschieht, steht schon fest, es geht nur noch um die Höhe.

Winterbau verschärft die Arbeitsbedingungen

Reportage über einen Arbeitstag

r.hub. Die Baustelle liegt in Freden-/Leine, wir bauen an der Straße (Tiefbau). Sieben Mann arbeiten auf der Baustelle, es gibt einen kleinen Schaufellader. Es wird im Zeitlohn gearbeitet, beim Stundenlohn von 10,38 DM. Der Arbeitstag läuft wie folgt ab:

4.40 Uhr aufstehen, anziehen und frühstücken. 5.30 Uhr aus dem Haus gehen, damit der Bus, der um 6.00 Uhr nach Freden fährt, erreicht wird. 6.20 Uhr in Freden, 10 Minuten zu Fuß zur Baustelle, eine Stunde bei Wind und Wetter im Kalten warten, bis zum Arbeitsbeginn 7.30 Uhr. Die anderen Bauarbeiter wohnen 10 Minuten von der Baustelle entfernt in Wohnwagen, die Deutschen zu zweit und die Türken zu dritt in einem. Ein weiterer Wohnwagen für uns zwei ,,auswärtige" Bauarbeiter ist uns zugesagt, aber bisher nicht da. Einen Toilettenwagen gibt es, aber man kann sich nur waschen, da die Toiletten nicht angeschlossen sind. Also muß man im Freien seine Notdurft verrichten. Arbeitszeit ist von 7.30 – 17.00 Uhr (8,5 Std. täglich, Freitag bis 14.00 Uhr).

Gebaut werden Gartenmauern aus

27.10., als eine Spätschicht, deren Streichung der Betriebsrat bereits durchgesetzt hatte, kurzfristig wieder

standes der Arbeiter gegen die Schichtarbeit. Auf der letzten Betriebsversammlung kam es erstmals zum offe-

hoben. Daß das dieses Jahr auch geschieht, steht schon fest, es geht nur noch um die Höhe.

Winterbau verschärft die Arbeitsbedingungen

Reportage über einen Arbeitstag

r.hub. Die Baustelle liegt in Freden-/Leine, wir bauen an der Straße (Tiefbau). Sieben Mann arbeiten auf der Baustelle, es gibt einen kleinen Schaufellader. Es wird im Zeitlohn gearbeitet, beim Stundenlohn von 10,38 DM. Der Arbeitstag läuft wie folgt ab:

4.40 Uhr aufstehen, anziehen und frühstücken. 5.30 Uhr aus dem Haus gehen, damit der Bus, der um 6.00 Uhr nach Freden fährt, erreicht wird. 6.20 Uhr in Freden, 10 Minuten zu Fuß zur Baustelle, eine Stunde bei Wind und Wetter im Kalten warten, bis zum Arbeitsbeginn 7.30 Uhr. Die anderen Bauarbeiter wohnen 10 Minuten von der Baustelle entfernt in Wohnwagen, die Deutschen zu zweit und die Türken zu dritt in einem. Ein weiterer Wohnwagen für uns zwei ,,auswärtige" Bauarbeiter ist uns zugesagt, aber bisher nicht da. Einen Toilettenwagen gibt es, aber man kann sich nur waschen, da die Toiletten nicht angeschlossen sind. Also muß man im Freien seine Notdurft verrichten. Arbeitszeit ist von 7.30 – 17.00 Uhr (8,5 Std. täglich, Freitag bis 14.00 Uhr).

Gebaut werden Gartenmauern aus
Sichtbeton. An Arbeiten liegen an: Ausschachten, Einschalen, Eisenflechten und Ausschalen. Ausgeschachtet wird mit Spitzhacke und Schaufel. Danach folgt die Verschalung, das Eisenflechten, das Betonieren und das Ausschalen. Für das Zuschneiden des Stahls zu Eisenflechten ist ein kleiner Bolzenschneider da, mit dem man das 12er-Eisen aber nicht schneiden kann. Ebenso fehlt beim Betonieren ein Rüttler, so daß der Beton durch Schläge mit dem Gummihammer auf die Verschalbretter gesetzt wird. Daß das nichts bringt, sieht man nach der Ausschalung; die Löcher müssen zugeputzt werden, wozu der Zement mit der Karre rangeschafft werden muß. Auch bei Regen, wie gerade in den letzten Tagen, muß gearbeitet werden; z.B. wenn der Betonmischer kommt, muß betoniert werden. Winterschutzkleidung und Sicherheitsschuhe sind gestellt. Handschuhe und Bauhelm nicht. Das Frühstück von 9.00 – 9.30 Uhr und die Mittagspause von 12.30 – 13.00 Uhr werden im Freien eingenommen. Es gibt das mitgebrachte Brot. Um 17.00 Uhr: Feierabend, dann mit dem Auto zurück nach Hause (Frau holt ihn ab). Abendbrot gibt es warm (Mittagessen). So ab 22.00 Uhr muß man schlafen: sonst schafft man die Arbeit am nächsten Tag nicht.

Ab 1.12. bis 31.3. gibt es die Winterzulage, pro Stunde 2 DM. Diese Zulage gibt es Netto, es finden von ihr keine Abzüge statt. Gerade jetzt wird, wo's noch geht, gearbeitet. Viele melden sich nicht krank, obwohl sie es sind, um dieses Geld (monatlich bis 300 DM) noch mitzunehmen. Denn wenn Schlechtwettergeld nur gezahlt wird (beim Zeitlohn sind das 5,34 DM pro Stunde), dann braucht man das. Die Durchsetzung der Forderung der IG Bau-Steine-Erden nach einem garantierten Monatseinkommen wird immer dringender. Für den Lohnkampf hat die Kreismitgliederversammlung Hildesheim der IG BSE, neben fünf weiteren Ortsverwaltungen, eine Lohnforderung von 12% aufgestellt.

r.kea. **Der Erstattungsbetrag für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, der nach §10 Lohnfortzahlungsgesetz von allen Krankenkassen an Kapitalisten, die nicht mehr als 20 Personen beschäftigen, entrichtet werden muß, wird von der AOK Hannover ab 1980 von 80% auf 70% reduziert.** Diesen begrüßenswerten Beschluß faßte die letzte Vertreterversammlung der AOK Hannover, die nach §16 Lohnfortzahlungsgesetz das Recht hat, den gesetzlichen 80%-Satz zu beschränken. Wegen der erheblich gestiegenen Ausgaben bei der Lohnfortzahlungserstattung hätten andernfalls die Umlagesätze und damit die Beitragssätze überhaupt erhöht werden müssen. Kostendämpfungsminister Ehrenberg, der noch im Sommer vor der AOK-Vertreterversammlung Hannover geraten hatte, die Selbstverwaltungsrechte zur Reduzierung der Kassenleistungen zu benutzen, wird enttäuscht sein.

r.gör. **Die niedersächsische Landesregierung hat im Bundestag eine Initiative eingeleitet, damit der Grundsteuersatz für die Grundbesitzer von 7% auf 2% gesenkt wird.** Da mit Inkrafttreten zum 1.1.1980 nicht mehr gerechnet werden kann, soll jetzt die Verlängerung der bisherigen Steuervergünstigungen und -befreiungen für die Grundbesitzer im Eilverfahren im Landtag durchgesetzt werden. Seit 1971 gibt es insbesondere Grunderwerbssteuer*befreiung*, wenn Kapitalisten Grundstücke erwerben zwecks ,,Errichtung oder Erweiterung einer Betriebsstätte in einem Gebiet, dessen unzureichende Wirtschaftskraft oder dessen unausgewogene Wirtschaftsstruktur der Verbesserung bedarf" (NGVBl 1971, S.149). Die niedersächsische Landesregierung schätzt, daß den Kapitalisten in Niedersachsen dadurch 1980 Steuern in Höhe von 27 Millionen Mark geschenkt werden können. Daher die Eile.

b.thc. **Alle Fahrzeuge des Landesstrassenbauamtes sind mit Funkgeräten ausgerüstet worden.** Gleichzeitig wurde die Empfangs- und Sendeleistung von im Durchschnitt 12 bis 20 km auf teilweise 50 bis 70 km erhöht. Die Besatzungen der einzelnen Fahrzeuge sind angewiesen, sich immer in Hörweite der Funkgeräte aufzuhalten. 54 mobile Funkeinheiten sind für den Einsatz in privaten Fahrzeugen gedacht. Weitere 8,5 Mio. DM stellt die Landesregierung zu dem bereits 15 Mio. DM umfassenden Katastrophenschutzprogramm zur Verfügung. Im November fand die Übung ,,Herbstwind 79" statt, an der alle Katastrophenschutzverbände mit insgesamt 2500 Mitgliedern teilnahmen. Geprobt wurde der Einsatz des fernmeldetechnischen Materials. Die zivilen und militärischen Einsatzleitstellen sollen zusammengelegt werden. Vom DRK erging ein Aufruf, sich ein ,,Notfallset" (Kofferradio, Gasheizsonne, Grundnahrungsmittel, Wasser) zusammenzustellen. Als Vorbereitung auf den nächsten Winter sollen diese Maßnahmen verkauft werden. Ist der Winter vorbei, verbleibt natürlich das Funkgerät in den Fahrzeugen und die Beeschäftigten der Straßenbauämter haben die Dienstaufsicht weiter in der Kabine. Bereits in der letzten Woche waren die Schneeräumfahrzeuge angewiesen, nur die Straßen zu räumen, auf denen öffentliche Verkehrsmittel verkehren.

b.oeh. **Im Kreisverband Lübeck der GEW fand eine Mitgliederversammlung statt.** Es wurden Anträge beraten für die Landesvertreterversammlung

Metall: Anhebung der unteren Lohngruppen bekräftigt

r.wom. Die Tarifkommission der IG Metall für Westberlin hat in der letzten Woche folgende Lohnforderung aufgestellt: ab Lohngruppe 5 9,8% mehr Lohn, und für die Lohngruppen 1 – 4 eine Erhöhung um den Geldbetrag, der sich aus der Anhebung der Lohngruppe 5 ergibt (ca. 149 DM). Am Samstag hat die Tarifkommission für Osnabrück eine Lohnerhöhung um 9,6% und einen – allerdings unbestimmten – Festbetrag für die unteren Lohngruppen gefordert; außerdem soll der Ecklohn um 2 Pf. angehoben und der Lohngruppenschlüssel für die unteren Lohngruppen geändert werden. Auf einer Funktionärsversammlung für den Nordraum am Samstag in Hamburg, an der auch Loderer teilnahm, sprachen sich viele für einen hohen Festbetrag zur Absicherung der unteren Lohngruppen aus. Der Leiter eines Vertrauensleutekörpers berichtete auf der Versammlung von einem Brief an Finanzminister Matthöfer, in dem die Erhöhung des Grundfreibetrages gefordert wurde. Am 18.12. stellt die IG Metall für den Nordverbund (Tarifbezirke Nordwestliches Niedersachsen, Unterweser, Hamburg, Schleswig-Holstein) die endgültige Forderung auf, am 17.12. die Tarifkommission für Niedersachsen. Am 19.12. schließlich tagt die Tarifkommisssion für die VW-Werke. Auf verschiedenen Betriebsversammlungen wurde die Notwendigkeit der besonderen Anhebung der unteren Lohngruppen bekräftigt.

VFW Bremen. Ein Punkt der Betriebsversammlung am 12.12. war die durch den Spruch der Einigungsstelle erzwungene Schichtarbeit. Zum ersten Mal traten Werkschutzleute sowie Pförtner und Betriebsfeuerwehrleute auf und verlangten, zu den gleichen Konditionen bezahlt zu werden wie die übrigen Schichtarbeiter. Diese Forderung wurde von den Arbeitern und Angestellten lautstark unterstützt. Die Betriebsleitung lehnte das ab mit der Begründung, beim Werkschutz gehöre Schichtarbeit zum Berufsbild. Zur Tarifrunde wurde festgestellt, daß die Vertrauensleute von VFW 180 DM/ 12% beschlossen haben.

Bremer Vulkan. Auf der Betriebsversammlung am 4.12. gab der 1. IGM-Bevollmächtigte Weinkauf den Zeitplan für die Metalltarifauseinandersetzung bekannt. Ein Arbeiter verlangte von Weinkauf die Konkretisierung der Forderung und hob die 250 DM Festgeldforderung des Vertrauenskörpers hervor. Der größte Teil der Diskussionsredner griff das Entlohnungssystem im Akkord an. Die Vorgabezeiten seien nicht mehr zu bewältigen, was zu erheblichen Lohneinbußen führe.

Reinz Westberlin. Nachdem Betriebsführer Lüttig auf der Betriebsversammlung die Umsatz- und Auftragslage als gut bezeichnet hatte, folgte der unvermeidliche Jammer über die zu hohen Lohnkosten und die durch zu geringe Umsatzsteigerungen geschmälerten Profite. Dementsprechend forderte er eine Steigerung der Produktion um 15% für 1980, was zu erreichen wäre, ,,wenn alle ihrem Arbeitsvertrag gemäß mitarbeiten.'' Beifall erhielt das Referat des IGM-Sekretärs Krumpel, in dem die Lohnforderung bekanntgegeben wurde. Betriebsrat Witzmann bezeichnete die Forderung als gut, da sie mit den 86 Pfennig für die LG 1 – 4 nur um etwa 20 DM unter dem Vorschlag des Betriebsrats läge, der 170 DM / 8% mindestens gefordert hatte.

MF Hanomag Hannover. Etwa 2000 der 2800 Arbeiter und Angestellten nahmen an der Betriebsversammlung am 10.12. teil. Der BR-Vorsitzende Kassubowski griff die Geschäftsleitung wegen ihrer Taktik an, den Betriebsrat und die Belegschaft ständig über die Verkaufsverhandlungen im Unklaren gelassen bzw. garnicht erst informiert zu haben. Sogar den Abschluß des Verkaufsvertrages zwischen Massey Ferguson (MF) und der Internationalen Baumaschinenholding (IHB) mußte der größte Teil der Belegschaft aus der Presse erfahren. Der Betriebsratsvorsitzende kündigte entschlossenen Widerstand gegen jegliche Entlassung an. IGM-Bevollmächtigter Wagner sagte, der Schwerpunkt der kommenden Tarifauseinandersetzung sei der Lohn. Man müsse sich auf zunehmende Härte einrichten. Der erste Verhandlungstermin sei der 11.1.1980. Die Belegschaft solle sich darauf einrichten, daß ein Trommelfeuer der öffentlichen Meinung einsetzen werde, wenn die Forderung der IGM auf dem Tisch sei. Dagegen müsse man sich zur Wehr setzen. Alle sieben Diskussionsredner äußerten sich zur Lohnbewegung. Eine Betriebsrätin forderte die Anhebung der unteren Lohngruppen und sprach sich für eine Mischforderung aus.

Fuba Salzdetfurth. 420 in der IG Metall organisierte Belegschaftsmitglieder, 65% der Gewerkschaftsmitglieder, beteiligten sich an einer Umfrage. 398 sprachen sich für 170 DM / 8% mindestens als Forderung aus, 20 waren für eine Prozentforderung und zwei wollten Festgeld. Gleichzeitig wurden bei dieser Umfrage die Brutto- und Nettolöhne erhoben und die Anzahl der Kinder. Am 12.12. beschloß die Vertrauenskörperleitung, der Tarifkommission die Ergebnisse der Umfrage zuzuschicken mit der Empfehlung, 170 DM / 8% mindestens als Forderung aufzustellen.

VW Wolfsburg. Die Betriebsversammlung am 13.12. dauerte 4 Stunden. 12 Redner meldeten sich zu Wort. Der Betriebsratsvorsitzende Ehlers lobte die relativ gute Lage des VW-Konzerns in der weltweit abflauenden Automobilkonjunktur. Er zog eine positive Bilanz der Betriebsratsarbeit, speziell der Tarifverträge über den Lohnrahmen und die Lohndifferenzierung. Arbeitsdirektor Briam wetterte gegen die Preiserhöhungen der OPEC-Länder. Den Rückgang der Inlandsnachfrage von 10% bezeichnete er als ,,Tal im normalen Konjunkturverlauf'', dem in Europa und Amerika Verkaufssteigerungen um 20% gegenüberstehen. Die Kosten der 1979 abgeschlossenen Tarifverträge bezifferte er auf über 400 Mio. DM pro Jahr. Ein Redner trat für eine Tarifforderung von 185 DM / 8% mindestens ein und erhielt beim Verlassen des Rednerpults dafür von mehreren Arbeitern spontane Zustimmung.

Gericht sieht ,,gehässigen Gesamtzusammenhang''

Staatsschutzkammer will Urteil vorwegnehmen / KPD-Verbotsurteil als Stütze

b.clm. In der Behandlung von Beweisanträgen der Verteidigung hat die Staatsschutzkammer Flensburg im Wehrkraftzersetzungsprozeß immer erhebliche Unsicherheit an den Tag gelegt. Und zwar sowohl juristische als auch politische Unsicherheit. Das liegt daran, daß der Wahrheitsbeweis der in den angeklagten Schriften behaupteten Tatschen eigentlich zulässig ist, das Gericht sich aber darauf nicht einlassen kann, weil es den Beweisen nichts entgegenzusetzen hat. Wird erst einmal Beweis erhoben über Ausbildungsmethoden und -ziele der GSG 9, über deren Einsatzbefehle und Einsätze, über die imperialistischen Absichten der westdeutschen Bourgeoisie, über deren Militärpolitik und deren historische Vorbilder, über die Unterdrückung der einfachen Soldaten und das Sold- und Schindersystem, über den Einsatz von Polizei, Bundesgrenzschutz und Territorialheer als Bürgerkriegsarmee, hat auch ein hohes Urteil keine staatsschützende Wirkung mehr, wenn ein solches dann überhaupt noch möglich ist.

Zur Klärung der juristischen Linie hat die Staatsanwaltschaft eigens in Rendsburg ein Seminar von Richtern und Staatsanwälten mit dem Thema ,,Moderne Verteidigerstrategien'' durchgeführt. Wesentlicher Ratschlag für den Wehrkraftzersetzungsprozeß: Die Staatsanwaltschaft soll nach jedem Beweisantrag der Verteidigung den Prozeß unterbrechen lassen, um ,,Ermittlungen über die Zeugen anstellen zu können''. Getreu nach diesem Schema wird der Prozeß jetzt von Staatsanwalt und Gericht in die Länge gezogen. Ergebnis der letzten Ermittlung war ein Befangenheitsantrag gegen die Sachverständige der Verteidigung, weil ,,diese für den KBW zu den Bremer Bürgerschaftswahlen kandidiert habe''.

In den Verhandlungen am 13. und 14.12. hat das Gericht Beweisanträge abgelehnt, welche die imperialistischen Absichten der westdeutschen Bourgeoisie offenlegen. Die Ablehnungsbegründung zeigt, daß es glaubt, jetzt auch politisch einen Weg zur Verurteilung gefunden zu haben: ,,Es ist nicht Gegenstand dieses Verfahrens, über einen bestimmten Inhalt des Begriffs Imperialismus zu befinden. Es geht in diesem Verfahren vielmehr allein darum, ob mit dem inkriminierten Flugblatt im Sinne der Strafvorschriften ... verfassungsfeindlich auf die Bundeswehr und/oder öffentliche Sicherheitsorgane eingewirkt werden sollte, um deren pflichtgemäße Bereitschaft zum Schutze der Bundesrepublik Deutschland oder der verfassungsmäßigen Ordnung zu untergraben ... Nur nach einer Würdigung des Gesamtzusammenhanges kann beurteilt werden, ob die Tendenz des Flugblattes auch darauf zielt, auf Soldaten der Bundeswehr ... einzuwirken, damit sie ihren verfassungsbeziehungsweise gesetzmäßigen Auftrag nicht erfüllen ... Der Gesamtzusammenhang, in dem der Begriff des Imperialismus gebraucht wird, soll dem Leser der Druckschrift einen negativen Begriffsinhalt vermitteln. Und zwar unabhängig von einer möglichen anderen wissenschaftlichen Begriffsbestimmung. Diese negative Tendenz kommt zum Beispiel zum Ausdruck in den folgenden Passagen des Flugblattes, insbesondere auch bei Berücksichtigung der betont gehässigen Wortwahl ,Offizierspack', ,Unterdrückung und Schikane', ,Hungersold'.''

Im Kern meint diese Begründung folgendes: Die einzelnen behaupteten Tatsachen können vom Gericht nicht widerlegt werden. Es ist aber verboten, die Ursachen dieser einzelnen Erscheinungen zu analysieren, weil dann als Ursache die Ausbeuterherrschaft der Bourgeoisie zum Vorschein käme. Insbesondere ist es verboten, ,,den Gesamtzusammenhang'' so zu formulieren, daß der Leser daraus Schlüsse für Handlungen ziehen kann. Diese Begründung ist direkt aus dem Urteil gegen den presserechtlich Verantwortlichen der Volksmiliz, R. Lötzer, und aus dem KPD-Verbotsurteil abgeschrieben, welches unter Strafe stellt, den Tatbestand der Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten als Ausbeutung zu bezeichnen. Mit der Begründung soll eine Verurteilung vorweggenommen werden. Das ist ein recht kühner Schritt der Staatsschutzkammer, zu dem sie gezwungen wurde, weil sie die Beweisführung der Verteidigung anders nicht mehr unterdrücken konnte. Aber wie soll jetzt ein Beweisantrag über die Richtigkeit des ,,gehässigen Gesamtzusammenhangs'' abgelehnt werden?

Westphal eröffnet neue Märkte

Japan, Hongkong und Südkorea als Sprungbrett für ganz Asien

b.kav. Anfang November bereiste, unter der Führung des Wirtschaftsministers Westphal, eine Delegation schleswig-holsteiner Kapitalisten die Länder Japan, Südkorea und Hongkong. Anlaß der Reise war, wie Westphal es ausdrückte, ,,die Tür für neue Märkte zu öffnen''.

Wie die Tabelle zeigt, ist die Steigerung der Expansion gerade in die Länder der 3. Welt besonders groß. Im südostasiatischen Raum hat es hier erhebliche Einbrüche gegeben. So ist die Exportrate der schleswig-holsteinischen Kapitalisten nach Asien von 72 bis 77 'lediglich' um 293% gestiegen, während die Steigerung in die afrikanischen Länder 665% betrug. Von 76 nach 77 beträgt die Steigerung in Asien 'nur noch' 30%, während sie in Afrika noch 210% beträgt. Besonders in Japan und Südkorea sind die Verluste groß. Hat die Steigerung in Japan im Jahr zuvor noch 82,8% betragen, liegt sie von 76 nach 77 nur noch bei 3,6%, nach Südkorea sinkt der Export sogar von 42,2 Mio. DM um 6,2% auf 39,3 Mio. DM.

Boden gewinnen wollen die schleswig-holsteinischen Kapitalisten auf den Gebieten der Schiffsausrüstung, der Elektronik sowie beim Lebensmittelexport. Mit von der Partie waren deshalb auch Vertreter von Honeywell-Elac-Nautik, Anschütz (Schiffsausrüstung), Krupp-MaK (Maschinenbau), Sauer und Sohn (Hydraulikgetriebe und Waffen), sowie einige aus der Lebensmittelbranche. Die ,,Kieler Nachrichten'' faßten die Probleme der Kapitalisten am 7.12.79 zusammen: 'Zwar sind die besuchten Länder an Handelsbeziehungen interessiert, aber ungünstige Währungsparitäten, Konkurrenz durch Länder, die billiger produzieren können, und die große Entfernung beeinträchtigen die Zusammenarbeit'.

Überwinden wollen die Kapitalisten diese ungünstigen Bedingungen durch Kapitalexport. Jedoch müssen sie sich vorher durch Warenexport Bastionen verschaffen. Als Sprungbretter für die Expansion im gesamten asiatischen Raum sollen Japan, Südkorea und Hongkong dienen. Die schleswig-holsteinischen Kapitalisten finden hier billige Arbeitskraft und günstige Anlagesphären vor. Für die hiesige Arbeiterklasse bedeutet das eine schärfere Gangart der Kapitalisten in der Durchsetzung der weiteren Lohnsenkung und Vernutzung der Arbeitskraft. Unverzichtbar ist der Ausbau der Schichtarbeit nach Ansicht des Vorsitzenden der Vereinigung der schleswig-holsteinischen Unternehmerverbände, Klaus Murmann. Arbeitsmarktreserven könnten besser ausgenutzt werden (KN 1.12.79).

Export Schleswig-Holstein Steigerung in Prozent

in Mio. DM	1972	1973	1974	1975	1976	1977	in %
Europa	2326	2624	3198	3563	4002	3917	+ 68
Amerika	391	335	353	386	463	605	+ 54
Australien	13	13	26	20	44	30	+ 130
Afrika	129	154	258	448	317	985	+ 664
Asien	154	231	353	386	463	405	+ 293
Japan	29		87	43	78	81	+ 179
Südkorea					42	39	— 7
Singapur	6					18	+ 200
VR China			30			15	— 50
Vietnam						17	
Gesamt	**3013**	**3357**	**4411**	**4940**	**5395**	**6091**	**+ 102**

Quelle: Statistische Jahrbücher S-H

keit der besonderen Anhebung der unteren Lohngruppen bekräftigt.

VFW Bremen. Ein Punkt der Betriebsversammlung am 12.12. war die durch den Spruch der Einigungsstelle erzwungene Schichtarbeit. Zum ersten Mal traten Werkschutzleute sowie Pförtner und Betriebsfeuerwehrleute auf und verlangten, zu den gleichen Konditionen bezahlt zu werden wie die übrigen Schichtarbeiter. Diese Forderung wurde von den Arbeitern und Angestellten lautstark unterstützt. Die Betriebsleitung lehnte das ab mit der Begründung, beim Werkschutz gehöre Schichtarbeit zum Berufsbild. Zur Tarifrunde wurde festgestellt, daß die Vertrauensleute von VFW 180 DM/ 12% beschlossen haben.

Bremer Vulkan. Auf der Betriebsversammlung am 4.12. gab der 1. IGM-Bevollmächtigte Weinkauf den Zeitplan für die Metalltarifauseinandersetzung bekannt. Ein Arbeiter verlangte von Weinkauf die Konkretisierung der Forderung und hob die 250 DM Festgeldforderung des Vertrauenskörpers hervor. Der größte Teil der Diskussionsredner griff das Entlohnungssystem im Akkord an. Die Vorgabezeiten seien nicht mehr zu bewältigen, was zu erheblichen Lohneinbußen führe.

sei. Dagegen müsse man sich zur Wehr setzen. Alle sieben Diskussionsredner äußerten sich zur Lohnbewegung. Eine Betriebsrätin forderte die Anhebung der unteren Lohngruppen und sprach sich für eine Mischforderung aus.

Fuba Salzdetfurth. 420 in der IG Metall organisierte Belegschaftsmitglieder, 65% der Gewerkschaftsmitglieder, beteiligten sich an einer Umfrage. 398 sprachen sich für 170 DM / 8% mindestens als Forderung aus, 20 waren für eine Prozentforderung und zwei wollten Festgeld. Gleichzeitig wurden bei dieser Umfrage die Brutto- und Nettolöhne erhoben und die Anzahl der Kinder. Am 12.12. beschloß die Vertrauenskörperleitung, der Tarifkommission die Ergebnisse der Umfrage zuzuschicken mit der Empfehlung, 170 DM / 8% mindestens als Forderung aufzustellen.

VW Wolfsburg. Die Betriebsversammlung am 13.12. dauerte 4 Stunden. 12 Redner meldeten sich zu Wort. Der Betriebsratsvorsitzende Ehlers lobte die relativ gute Lage des VW-Konzerns in der weltweit abflauenden Automobilkonjunktur. Er zog eine positive Bilanz der Betriebsratsarbeit, speziell der Tarifverträge über den Lohnrahmen und die Lohndifferenzierung. Arbeitsdirektor Briam wetterte gegen die Preiserhöhungen der OPEC-Länder. Den Rückgang der Inlands-

durchgeführt. Wesentlicher Ratschlag für den Wehrkraftzersetzungsprozeß: Die Staatsanwaltschaft soll nach jedem Beweisantrag der Verteidigung den Prozeß unterbrechen lassen, um ,,Ermittlungen über die Zeugen anstellen zuwirken, damit sie ihren verfassungsbeziehungsweise gesetzmäßigen Auftrag nicht erfüllen ... Der Gesamtzusammenhang, in dem der Begriff des Imperialismus gebraucht wird, soll dem Leser der Druckschrift einen neweil sie die Beweisführung der Verteidigung anders nicht mehr unterdrücken konnte. Aber wie soll jetzt ein Beweisantrag über die Richtigkeit des ,,gehässigen Gesamtzusammenhangs'' abgelehnt werden?

Westphal eröffnet neue Märkte

Japan, Hongkong und Südkorea als Sprungbrett für ganz Asien

b.kav. Anfang November bereiste, unter der Führung des Wirtschaftsministers Westphal, eine Delegation schleswig-holsteiner Kapitalisten die Länder Japan, Südkorea und Hongkong. Anlaß der Reise war, wie Westphal es ausdrückte, ,,die Tür für neue Märkte zu öffnen''.

Wie die Tabelle zeigt, ist die Steigerung der Expansion gerade in die Länder der 3. Welt besonders groß. Im südostasiatischen Raum hat es hier erhebliche Einbrüche gegeben. So ist die Exportrate der schleswig-holsteinischen Kapitalisten nach Asien von 72 bis 77 'lediglich' um 293% gestiegen, während die Steigerung in die afrikanischen Länder 665% betrug. Von 76 nach 77 beträgt die Steigerung in Asien 'nur noch' 30%, während sie in Afrika noch 210% beträgt. Besonders in Japan und Südkorea sind die Verluste

port. Mit von der Partie waren deshalb auch Vertreter von Honeywell-Elac-Nautik, Anschütz (Schiffsausrüstung), Krupp-MaK (Maschinenbau), Sauer und Sohn (Hydraulikgetriebe und Waffen), sowie einige aus der Lebensmittelbranche. Die ,,Kieler Nachrichten'' faßten die Probleme der Kapitalisten am 7.12.79 zusammen: 'Zwar sind die besuchten Länder an Handelsbeziehungen interessiert, aber ungünstige Währungsparitäten, Konkurrenz durch Länder, die billiger produzieren können, und die große Entfernung beeinträchtigen die Zusammenarbeit'.

Überwinden wollen die Kapitalisten diese ungünstigen Bedingungen durch Kapitalexport. Jedoch müssen sie sich

vorher durch Warenexport Bastionen verschaffen. Als Sprungbretter für die Expansion im gesamten asiatischen Raum sollen Japan, Südkorea und Hongkong dienen. Die schleswig-holsteinischen Kapitalisten finden hier billige Arbeitskraft und günstige Anlagesphären vor. Für die hiesige Arbeiterklasse bedeutet das eine schärfere

Gangart der Kapitalisten in der Durchsetzung der weiteren Lohnsenkung und Vernutzung der Arbeitskraft. Unverzichtbar ist der Ausbau der Schichtarbeit nach Ansicht des Vorsitzenden der Vereinigung der schleswig-holsteinischen Unternehmerverbände, Klaus Murmann. Arbeitsmarktreserven könnten besser ausgenutzt werden (KN 1.12.79).

Export Schleswig-Holstein Steigerung in Prozent

in Mio. DM 1972 1973 1974 1975 1976 1977 in %

---

im März 1980. Ein großer Teil der Anträge beschäftigte sich mit der Lage der Lehrer in Ausbildung. U.a. wurden folgende Forderungen beschlossen: Kein bedarfsdeckender Unterricht, keine Benotung während der Ausbildung, Öffentlichkeit der Prüfungen, Abschaffung der Hausarbeit, Bewertung der Prüfung nach den Kriterien ,,bestanden – nicht bestanden''. Zusätzlich wurde gefordert, daß alle Bewerber mit 2. Staatsexamen in den Schuldienst eingestellt werden, alle Bewerber mit 1. Staatsexamen unverzüglich in den Vorbereitungsdienst übernommen werden. Die Vertreter der GEW in den Personalräten werden aufgefordert, der Vergabe von Stunden- und Angestelltenverträgen für Bewerber mit 1. Staatsexamen nicht mehr zuzustimmen. Alle Beschlüsse wurden vom AJLE eingebracht und mit großer Mehrheit von der Mitgliederversammlung verabschiedet.

b.kas. **,,Nicht alle Jugendträume reifen''**, Schlußworte des Ltd. Min.rats Scheliha auf einer GEW-Veranstaltung, auf der das ,,Pilot-Projekt Anglistik'' als ,,Revolution, die Studiengänge von Berufen zu lösen'' (Buchloh, Vors. d. neugegr. Stud.reformkomm. SL-H) diskutiert wurde. Mobil und flexibel sollen die Studenten aus differenzierten Studiengängen von der Uni kommen. Ziel: Schärfere Sieberei im Studium und ,,die Eingangsgehälter sollten von A13 auf A11 gekürzt werden'' (Prof. Kewenig).

r.sal. **Das Erprobungsschießen mit der Feldhaubitze von der Hubinsel in der Meldorfer Bucht ist abgeschlossen worden.** Zuvor hatten Fischer, Gemeindevertretung und eine Bürgerinitiative dafür gesorgt, daß sich zu den angegebenen Schießterminen Kutter oder Butterdampfer im Sicherheitsbereich befinden, um so die Bundeswehrführung an der Durchsetzung ihrer Testserie zu hindern. Gleichzeitig hatte die Gemeindevertretung Büsum eine Unterschriftenaktion gegen die Waffenerprobung eingeleitet. Trotzdem sind Schüsse abgegeben worden, allerdings außerhalb der festgelegten Termine. Das Ziel der Bundeswehrführung, mit allen Mitteln ihre Pläne durchzusetzen und die Bewegung dagegen in die Resignation zu treiben, ist nicht erreicht. Der Butterdampfereigner, der sich während der Schüsse im Sicherheitsbereich aufgehalten hatte, klagt gegen diesen Angriff, die Forderungen der Gemeindevertretung und der Fischer sind auch nicht vom Tisch.

Vorankündigung

Musiktage der Vereinigungen für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten

Die Vereinigungen für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten führen zusammen mit dem KBW am 27., 28. und 29. Dezember in Hamburg Musiktage durch. Die Musiktage stehen unter dem Thema:

Sofortiger Abzug der sowjetisch-vietnamesischen Aggressionstruppen aus Kampuchea! Sofortige Anerkennung des Demokratischen Kampuchea durch die Bundesrepublik!

Aufgeführt werden Lieder aus den Bauernkriegen, Arbeiterlieder und Lieder aus den Befreiungskriegen der Völker der Dritten Welt.

1. Tag: Liedgut der Bauerkriege und der Reformation

2. Tag: Lieder aus den Kämpfen der Arbeiterklasse zu Beginn des Kapitalismus

3. Tag: Internationaler Liederabend mit Liedern aus Kampuchea

Am Abend des 31. Dezember wird in Flensburg, Kiel und Hamburg ein Theaterstück über den Widerstandskrieg des chinesischen Volkes gegen die japanischen Aggressoren aufgeführt:

Die Finsternis vor dem Morgengrauen

Das Theaterstück wird mit einem Fackelzug abgeschlossen

Die Wirtschaft Kampucheas und seine Industrialisierungsprobleme von Khieu Samphan

Deutsche Übersetzung der Dissertation, die Khieu Samphan 1959 bei der Fakultät für Rechts- und Wirtschaftswissenschaften in Paris eingereicht hat.

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Reihe Kommunismus und Klassenkampf, Dokumentation · Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf (Best.Nr. 1850 / 3,50 DM).

Veranstaltungskalender

Karl Marx: ,,Lohn, Preis und Profit''

Bergedorf, 17. bis 21. Dezember, 20 Uhr, Lichtwarkhaus
Lüneburg, 17. bis 21. Dezember, 20 Uhr, Stucksaal an der Münze

Mao Zedong: ,,Fünf philosophische Monographien''

Preetz, 17. bis 21. Dezember, 20 Uhr, Gaststätte Schellhorner Berg, Preetz-Schellhorn

Fortsetzung der Berufungsverhandlung gegen J. Oberkampf u.a. wegen Angriff auf die Wahlkampfmanöver der bürgerlichen Parteien

Hamburg, Dienstag, 18.12., 9 Uhr, Jenkelhaus, Max-Brauer-Allee 134, Zi. 126

Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten

Hamburg, Donnerstag, 20. Dezember, 20 Uhr, Eimsbüttler Krug, Osterstraße 5, Lichtbildervortrag: Algerien. Gestützt auf seinen Sieg im nationalen Befreiungskrieg kämpft das Algerische Volk um eine vom Imperialismus unabhängige Entwicklung des Landes.

Fibrit Lüneburg: Nachtarbeit für Frauen, Überstunden und Akkordhetze

b.kas. Vor einem halben Jahr hat die Firma Fibrit die Produktion der Armaturenbretter für den neuen Opel Kadett und den VW Jetta aufgenommen. In diesem Zeitraum ist es den Kapitalisten gelungen, die Produktion von wenigen handgefertigten Teilen (20-30) auf 1000 pro Schicht zu erhöhen. Der Arbeitsprozeß ist so zerlegt, daß ein fertig gespritztes Rohteil von 20 Kollegen bearbeitet werden muß, ehe es fertig für den Versand ist. Übrig bleiben monotone Tätigkeiten, die sich unendlich wiederholen. Z.B. Lüftungsschlitze schneiden: Teil vom Tisch abnehmen, mit dem Skalpell 8 Schlitze in die Folie schneiden (9016 pro Schicht), Teil weitergeben. Nieten: Teil vom Band abnehmen, Teil in die Maschine einlegen, zwei Bedienungsknöpfe drücken, Teil aus der Maschine nehmen, Teil weitergeben – das ganze 982 mal pro Schicht. Nach ein paar Stunden schmerzen die Handgelenke und die Arme, das Kreuz tut weh vom ewigen Stehen. Stühle zum Ausruhen gibt es nicht, „denn wenn man Zeit zum Sitzen hat, ist der Akkord zu niedrig abgestoppt'.

Bis auf wenige Ausnahmen arbeiten alle Kollegen in Lohngruppe 1, 8,89 DM Grundlohn, worauf maximal eine Prämie von 135% erreicht werden kann. Außer den Schlossern gibt es bei Fibrit keine Facharbeiter. Den Meistern und Vorarbeitern ist es verboten, selber mitzuarbeiten. Die einzige Qualifikation, die sie haben müssen, ist, gut antreiben zu können. Da dies nur gegen heftigen Widerstand geht, sind viele dieser Antreiber nötig. Am Opel-Band in Halle 5 kommen auf 33 Kollegen 5 Vorarbeiter und Meister sowie der Produktionsleiter.

Ohne Rücksicht auf Verluste müssen die geplanten Stückzahlen erreicht werden. Die Frauen beim Lüftungsschlitzeumbiegen haben z.B. sämtlichst durchgescheuerte Fingerkuppen. Versetzt werden sie nicht, da sie auch mit kaputten Fingern noch schneller arbeiten können als ein Arbeiter, den man erst ein oder zwei Tage anlernen müßte.

Die Maschinen werden nur notdürftig zusammengeflickt, damit die Produktion auf keinen Fall ins Stocken gerät. Die Schlosser sind ständig im Einsatz. Über 200 Stunden im Monat sind keine Ausnahme. Teilweise werden sie nach Feierabend angerufen und in den Betrieb geholt. Seit Beginn der Produktion in Halle 5 wird regelmäßig samstags gearbeitet. Die Ausfälle, die es in der Woche gegeben hat durch Krankheit und kaputte Maschinen, müssen aufgearbeitet werden.

Durch Druck und Schikane versucht die Geschäftsleitung alle Kollegen zu Überstunden und Samstagsarbeit zu zwingen. Dabei versucht sie auch, die gesetzlichen Schranken einzureißen, die die Arbeiterbewegung erkämpft hat. Eine Woche lang haben die Frauen der Spätschicht mit Genehmigung des Gewerbeaufsichtsamtes bis 24 Uhr arbeiten müssen. Der Wechsel von Spät- auf Frühschicht kommt immer häufiger vor.

Gestützt auf die große ländliche Reservearmee können die Fibrit-Kapitalisten diese elende Schinderei durchsetzen. Regelmäßig am Ende der Probezeit werden die Kollegen entlassen, die mehr als einmal krank waren oder zu spät gekommen sind. 10 – 15 Kollegen werden auf diese Weise monatlich ausgewechselt.

Zwangsmitgliedschaft durchgesetzt – Beiträge zur landwirtschaftlichen Sozialversicherung steigen

b.mee. Kasseler Adventsgespräche haben wieder stattgefunden. Sie sind jährliche Gespräche der Spitzenverbände der landwirtschaftlichen Versicherungen, um herauszufinden, wie und wo die Daumenschraube der Beitragslast für die Bauern angezogen werden kann. Als Ergebnis dieser Adventsgespräche sollen in Schleswig-Holstein alle drei landwirtschaftlichen Versicherungen die Beiträge erhöhen, die Krankenkasse zwischen 8 und 20% ab 1.1.80, die Alterskasse von 66 auf 70,10 DM monatlich ab 1.1.80 und die Berufsgenossenschaft, das ist die Unfallversicherung, soll ab 1981 erhöhen (jetzt 39 DM monatlich, Beitragsstufe 6). Die Krankenkassenbeiträge (Beitragsstufe 6) sind erst Januar 1979 von 222.- auf 243.- DM mtl. gestiegen.

Die Alterskassenbeiträge sind für landwirtschaftliche Höfe aller Größenklassen gleich. 1975 betrugen sie 48 DM monatlich, d.h. sie sind bis 1980 jährlich um 9,2% gestiegen. Die Al-

te Altersversorgung der Altenteiler. Das geht schon aus der Höhe des Altersgeldes hervor: 1978 verh.: 398 DM mtl., unverh.: 265,60 DM mtl. Der Zweck ist, ältere Bauern schneller vom Land zu bekommen, denn der Altersgeldbezug ist gebunden an 15jährige Einzahlung und Abgabe des Landes an die Kinder oder Verkauf bzw. langfristige Verpachtung. Der ältere Bauer ist sein Land los, hat sein Leben lang eingezahlt und kann von der Rente trotzdem nicht leben. Wenn die Kinder den Hof übernommen haben, müssen sie eine doppelte Last, Unterstützung der Altenteiler und Zahlung von Alterskassenbeiträgen, aufbringen, was gerade kleinere Bauern besonders trifft.

Neben den klassischen Aufgaben Alters-, Kranken- und Unfallversicherung stellen alle drei Versicherungen Betriebs- und Haushaltshilfen im Krankheits- und Todesfall zur Verfügung, weil die ungeheure Intensivierung der Arbeit des Bauern einen Aus-

gut antreiben zu können. Da dies nur gegen heftigen Widerstand geht, sind viele dieser Antreiber nötig. Am Opel-Band in Halle 5 kommen auf 33 Kollegen 5 Vorarbeiter und Meister sowie der Produktionsleiter.

zen. Regelmäßig am Ende der Probezeit werden die Kollegen entlassen, die mehr als einmal krank waren oder zu spät gekommen sind. 10 – 15 Kollegen werden auf diese Weise monatlich ausgewechselt.

Zwangsmitgliedschaft durchgesetzt – Beiträge zur landwirtschaftlichen Sozialversicherung steigen

b.mee. Kasseler Adventsgespräche haben wieder stattgefunden. Sie sind jährliche Gespräche der Spitzenverbände der landwirtschaftlichen Versicherungen, um herauszufinden, wie und wo die Daumenschraube der Beitragslast für die Bauern angezogen werden kann. Als Ergebnis dieser Adventsgespräche sollen in Schleswig-Holstein alle drei landwirtschaftlichen Versicherungen die Beiträge erhöhen, die Krankenkasse zwischen 8 und 20% ab 1.1.80, die Alterskasse von 66 auf 70,10 DM monatlich ab 1.1.80 und die Berufsgenossenschaft, das ist die Unfallversicherung, soll ab 1981 erhöhen (jetzt 39 DM monatlich, Beitragsstufe 6). Die Krankenkassenbeiträge (Beitragsstufe 6) sind erst Januar 1979 von 222.- auf 243.- DM mtl. gestiegen.

Die Alterskassenbeiträge sind für landwirtschaftliche Höfe aller Größenklassen gleich. 1975 betrugen sie 48 DM monatlich, d.h. sie sind bis 1980 jährlich um 9,2% gestiegen. Die Alterskasse ist 1957 mit Bundesmitteln eingeführt worden, damit, so hieß es, auch die Bauern Rente beziehen können. Jeder Bauer wurde Zwangsmitglied mit anfänglich niedrigen Beiträgen. Das sollte beruhigen. Der Zweck, den die Bourgeoisie mit der Altersgeldregelung verfolgt, ist nicht die gesicherte Altersversorgung der Altenteiler. Das geht schon aus der Höhe des Altersgeldes hervor: 1978 verh.: 398 DM mtl., unverh.: 265,60 DM mtl. Der Zweck ist, ältere Bauern schneller vom Land zu bekommen, denn der Altersgeldbezug ist gebunden an 15jährige Einzahlung und Abgabe des Landes an die Kinder oder Verkauf bzw. langfristige Verpachtung. Der ältere Bauer ist sein Land los, hat sein Leben lang eingezahlt und kann von der Rente trotzdem nicht leben. Wenn die Kinder den Hof übernommen haben, müssen sie eine doppelte Last, Unterstützung der Altenteiler und Zahlung von Alterskassenbeiträgen, aufbringen, was gerade kleinere Bauern besonders trifft.

Neben den klassischen Aufgaben Alters-, Kranken- und Unfallversicherung stellen alle drei Versicherungen Betriebs- und Haushaltshilfen im Krankheits- und Todesfall zur Verfügung, weil die ungeheure Intensivierung der Arbeit des Bauern einen Ausfall einer Arbeitskraft auch nur für kurze Zeit nicht zuläßt. Die Bundesregierung läßt jetzt den Anteil an Bundesmitteln der Versicherungen immer weiter sinken, weil die Zwangsmitgliedschaft inzwischen durchgesetzt ist. Die Beitragslast der Bauern soll steigen.

Rettberg-Kaserne: Wachsende Einheit für Dienstausgleich und „Rheinländer-Wochenende"

b.reh. In der 1./PzAufklBtl 6, Eutin, haben die Mannschaften Ende August den Vertrauensmann u.a. aufgrund der Forderungen: Voller Dienstausgleich

Kollegen — Abfahrtzeiten vom Heimatort Sonntag — Autofahrten: Umriß — Bahn/Busfahrten: Raster — Uhr

Entfernung von Eutin zum Heimatort — km

für alle Zusatzdienste! – Rheinländerwochenende! Freitag 12 Uhr Feierabend! gewählt. Gleich auf der ersten Vertrauensleutebesprechung lehnte der Kommandeur diese Forderungen rundweg ab. Die Kollegen führten daraufhin eine Umfrageaktion durch. Die Ergebnisse: 77 Soldaten haben bei Fahrten mit dem PKW 4,2, bei Bahnfahrten 5,7 Std. Heimfahrtzeit; die Rheinländer (33) fahren mit dem PKW 6,6, mit der Bahn 8,1 Std. Zu den Sonntagsfahrzeiten und den Entfernungen siehe Grafik:

In knapp 2 Monaten mußten die Mannschaften für Zusatzdienste 4929 Überstunden leisten, wofür sie 374 Std. Dienstausgleich bekamen. Auf die Frage, ob sie am Abend in der Freizeit nach dem GvD schlafen würden, antworteten 54 mit ja, 10 mit nein; ob sie abends nach der Wache schlafen würden: 21 mit ja, 5 mit nein. Kommandeur OTL Rath sollte auf der nächsten Mannschaftsversammlung auf die Ergebnisse antworten. Der kniff, versuchte mit Druck (Drohungen bei Sicherheitsbelehrung) und Zucker (3 Tage Dienstausgleich für 12 Tage Übung) die Front aufzuweichen. Die Kollegen nutzten letzte Woche den „Lebenskundlichen Unterricht" (es kamen doppelt soviel wie üblich) zur Debatte um die Forderungen. Inzwischen mußte der Kommandeur sein Erscheinen auf einer Versammlung Anfang Januar zusichern.

Loderer: Tarifabschluß, der Nachschlag '80 erübrigt

IGM-Funktionärskonferenz: Kritik an Vorstandslinie von 10,5%/ Hoher Festbetrag gefordert

b.mis. Am 15.12. fand die Funktionärsversammlung der IG Metall für den Nordraum statt. Angereist waren an die 500 Funktionäre der Gewerkschaft, vorwiegend Vertrauenskörpermitglieder, um die Einleitung der Tarifbewegung 1980 mit zu beeinflussen. Referent war Eugen Loderer. Loderer wies in seinem Referat das Ansinnen der Kapitalisten zurück, die schon seit langem allerhöchstens 6% als Grenze für die Tariferhöhungen für vertretbar halten. Loderer setzte zum Ziel, daß Tariferhöhungen erkämpft werden müssen, die eine Nachschlagsforderung für 1980 erübrigen.

In der anschließenden heftigen Debatte meldeten sich 26 Vertrauensleute aus den Betrieben zu Wort. Von allen Rednern wurde der Beschluß des IG Metall-Vorstandes von 10,5% Volumen kritisiert. Viele Kollegen forderten um die 12-14% als Forderung. Viele Redner verlangten ausdrücklich, daß in der zu beschließenden Forderung für den Nordverbund die unteren Lohngruppen besonders berücksichtigt werden sollten und daß hierfür ein Festgeldbetrag nötig sei, wie ihn auch viele Betriebe gefordert hatten. Von einem Kollegen wurde darauf hingewiesen, daß bei den bisher beschlossenen Forderungen in Berlin und in Nordwürttemberg/Nordbaden die Festgeldseite der Forderung von 10% jeweils zu niedrig sei. Dort wird gefordert, ab Ecklohngruppe abwärts, eine Erhöhung um einen Festbetrag von 10% auf den Ecklohn, was 145 bzw. etwa 150 DM ausmacht. Gefordert wurde, daß der Betrag schon bei 170 DM liegen müsse. Auch 180 DM wurden vorgeschlagen.

Wie breit die Einheit der Arbeiter für einen Festbetrag mindestens für die unteren Lohngruppen oder gar für alle ist, zeigte auch die Übersicht der Forderungen der Bremer Betriebe, die vorgestellt wurde: 12 Betriebe hatten Festgeldforderungen aufgestellt, 9 Betriebe Mindestforderungen gekoppelt mit Prozenten, und nur 8 Betriebe sprachen sich für eine reine Prozentforderung aus.

Von Haller und Meurer Hamburg berichtete der VK-Leiter, daß im Betrieb bei der Aufstellung der Forderung von 170 DM / 8% mindestens ebenfalls die immer stärker werdende Steuerprogression angegriffen wurde und sie mit mehreren Vertrauensleuten und Kollegen einen Brief an Matthöfer geschrieben haben, der die Anhebung des Grundsteuerfreibetrages auf 25% vom Durchschnittslohn verlangt.

Die Versammlung hat den Kampfwillen der Belegschaften gezeigt, endlich Schluß zu machen mit den ständigen Lohnsenkungen der Kapitalisten. Einigkeit darüber, daß jede Forderung über 6% harten Kampf kosten wird. Es wurde von einem Redner auch hervorgehoben, daß sich die Versammlung im Volumen von 10,5% durchaus einig sein kann, wenn davon ausgegangen wird, daß dann kaum mehr Luft ist für Verhandlungsspielraum, der bei den höheren Forderungen herausgekommen wäre, und wenn der Mindestbetrag für die unteren Lohngruppen höher festgelegt wird als 150 Mark, etwa in der Richtung 170 DM.

Gestützt auf die Kraft der Versammlung kann die Tarifkommission des Nordverbundes auf ihrer Sitzung am Dienstag das Volumen des Hauptvorstandes etwa mit 170 DM/10% voll ausnutzen.

IGM Vertrauensleutekörper bei NRI organisiert kollektive Anträge auf Höhergruppierung

b.mis. Der Einstellungslohn für Frauen liegt bei NRI in Buxtehude bei 7,73 DM. Anstrengende Arbeit dafür an Stanzen, Bohrmaschinen oder beim Zusammenbauen der Münzprüfer. In der Maschinenhalle ist bei rund 30 Stanzen ein Höllenlärm. Einige tausend Teile müssen bei einigen Arbeitsgängen pro Tag gestanzt werden. Als die NRI-Kapitalisten in den Tarifvertrag gezwungen wurden, haben sie versucht, massenweise die Arbeiterinnen, aber auch einige Arbeiter, in die Lohngruppen 2 und 3 (Grundlohn 7,13 bzw. 7,44 DM) einzugruppieren. Der Betriebsrat hat dem nicht zugestimmt. In den Abteilungen gibt es gegen die niedrige Bezahlung schon immer Reibereien, die sich darin ausdrücken, daß einzelne dann und wann etwas mehr kriegen.

Die Leistungszulagen, die tarifvertraglich festgelegt im Durchschnitt der Lohngruppen 2 – 5 und 6 – 9 16% betragen sollen, sind bei den Frauen durch die Bank weit darunter, 2,4% beträgt die Leistungszulage bei Einstellung. Nachher vielleicht 4,6 oder mal 10%.

Der Vertrauenskörper der IG Metall bei NRI hat beschlossen, diese Lohnpolitik der NRI-Kapitalisten anzugreifen und zu dem Zweck kollektive Anträge auf Höhergruppierung sowie auf Ausweisung und Erstattung der 16%

triebsrat aufgefordert, den Bericht der VK-Leitung von der Tagesordnung zu setzen. Der Betriebsrat hat den Brief verlesen und das Ansinnen rundweg abgelehnt.

Die Hartnäckigkeit der Belegschaft im Kampf gegen die unteren Lohngruppen sowie die Nichtzustimmung des Betriebsrates zu den betreffenden Eingruppierungen hat dazu geführt, daß Verhandlungen über eine Betriebsvereinbarung zwischen der Geschäfts-

Arbeiterinnen und Arbeiter einen gemeinsamen Antrag auf die Eingruppierung in die Lohngruppe 4 gestellt. Auf den Verhandlungen wurde eine Betriebsvereinbarung beschlossen, die dem Auffüllen der unteren Lohngruppen Schranken setzt. Nach der Betriebsvereinbarung werden alle Arbeiter, die in den Lohngruppen zwei und drei beschäftigt sind, nach 4 Monaten neu eingruppiert, und es wird mit dem Betriebsrat geprüft, ob sie in die Lohn-

b.mis. Der Einstellungslohn für Frauen liegt bei NRI in Buxtehude bei 7,73 DM. Anstrengende Arbeit dafür an Stanzen, Bohrmaschinen oder beim Zusammenbauen der Münzprüfer. In der Maschinenhalle ist bei rund 30 Stanzen ein Höllenlärm. Einige tausend Teile müssen bei einigen Arbeitsgängen pro Tag gestanzt werden. Als die NRI-Kapitalisten in den Tarifvertrag gezwungen wurden, haben sie versucht, massenweise die Arbeiterinnen, aber auch einige Arbeiter, in die Lohngruppen 2 und 3 (Grundlohn 7,13 bzw. 7,44 DM) einzugruppieren. Der Betriebsrat hat dem nicht zugestimmt. In den Abteilungen gibt es gegen die niedrige Bezahlung schon immer Reibereien, die sich darin ausdrücken, daß einzelne dann und wann etwas mehr kriegen.

Die Leistungszulagen, die tarifvertraglich festgelegt im Durchschnitt der Lohngruppen 2 – 5 und 6 – 9 16% betragen sollen, sind bei den Frauen durch die Bank weit darunter, 2,4% beträgt die Leistungszulage bei Einstellung. Nachher vielleicht 4,6 oder mal 10%.

Der Vertrauenskörper der IG Metall bei NRI hat beschlossen, diese Lohnpolitik der NRI-Kapitalisten anzugreifen und zu dem Zweck kollektive Anträge auf Höhergruppierung sowie auf Ausweisung und Erstattung der 16% Leistungszulage mindestens für jeden zu stellen.

Dies hatte der VK in seinem Bericht auf der Betriebsversammlung letzte Woche Montag angekündigt. Die Geschäftsleitung hatte noch zwei Stunden vor der Betriebsversammlung den Betriebsrat aufgefordert, den Bericht der VK-Leitung von der Tagesordnung zu setzen. Der Betriebsrat hat den Brief verlesen und das Ansinnen rundweg abgelehnt.

Die Hartnäckigkeit der Belegschaft im Kampf gegen die unteren Lohngruppen sowie die Nichtzustimmung des Betriebsrates zu den betreffenden Eingruppierungen hat dazu geführt, daß Verhandlungen über eine Betriebsvereinbarung zwischen der Geschäftsleitung und dem Betriebsrat unter Hinzuziehung eines Vertreters der Bezirksleitung der IG Metall sowie eines Vertreters des Arbeitgeberverbandes Nordwestliches Niedersachsen stattfanden.

Zu der Verhandlung haben dreizehn Arbeiterinnen und Arbeiter einen gemeinsamen Antrag auf die Eingruppierung in die Lohngruppe 4 gestellt. Auf den Verhandlungen wurde eine Betriebsvereinbarung beschlossen, die dem Auffüllen der unteren Lohngruppen Schranken setzt. Nach der Betriebsvereinbarung werden alle Arbeiter, die in den Lohngruppen zwei und drei beschäftigt sind, nach 4 Monaten neu eingruppiert, und es wird mit dem Betriebsrat geprüft, ob sie in die Lohngruppe 4 kommen.

Für die Arbeiter schafft es die Möglichkeit, sich direkt in diese Neueingruppierungen einzumischen und zu verhindern, daß Kollegen jahrelang in den unteren Lohngruppen ausgebeutet werden.

Gemeinde Trappenkamp: Jugendliche ABM-Arbeiter werden nach Förderungshöchstdauer gekündigt

b.söh. Seit 1977 läßt sich die Gemeinde Trappenkamp über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) gartenbauliche Anlagen erstellen. 1978 gab es dafür 780000 DM „Fördermittel" vom Staat, wovon u.a. durchschnittlich 20 ABM-Zwangsarbeiter gehalten wurden. Höchstdauer der einzelnen ABM-Verträge ist ein halbes Jahr. Die Trappenkamper ABM-Beschäftigten haben sich gegen die Schikane und Unterdrückung durch die Gemeinde zusammengeschlossen und mit Flugblättern und einem Theaterstück, das 500 sahen, ihre Forderungen propagiert. Sie wenden sich gegen die offizielle Bezeichnung als „Notstandsarbeiter" und fordern eine Erschwerniszulage. Bürgermeister Grosser wurde das zuviel: Vorab 12 Arbeiter wurden zum 30.11., ein sie unterstützender Sozialarbeiter zum 31.12.79 gekündigt. Die Begründung lautet „schlechte Wetterlage", obwohl die restlichen ABM-Beschäftigten weiterarbeiten müssen. Vier Kollegen haben geklagt. Bei der Güteverhandlung am 13.12. ließ Kollwitz (stellv. Bürgerm.) heraus, daß die Verträge, Laufzeit z.T. noch bis Februar 1980, nicht eingehalten werden und die restlichen ABM-Arbeiter auch noch rausfliegen sollen.

Wegen der Haushaltslage will und kann die Gemeinde die Stammarbeiterzahl nicht erhöhen, um notwendige Arbeiten durchzuführen: 4,9 Mio. DM betrug das Haushaltsvolumen 1978. Rechnet man dagegen die beiden größten von der Gemeinde eingezogenen Steuersummen zusammen (Einkommens- und Gewerbesteuer), ergeben sich schon 10,7 Mio. DM. Hätte die Gemeinde Trappenkamp demokratische Selbstverwaltung und Finanzhoheit, d.h. müßte sie nicht den übergroßen Teil ihres Steuereinkommens an Bund und Land abführen, so könnte sie die notwendigen Arbeiten durchführen lassen ohne Zwangsarbeit und „Zuschüsse" vom Staatsapparat.

ABM-Arbeiter beim Bau der Freilichtbühne, dem sogenannten „Forum".

„Das Notwendigste möglich machen ..."

Haushalt der Konsolidierung in Schleswig-Holstein verabschiedet

b.hek. In seiner Regierungserklärung im Mai dieses Jahres betonte Stoltenberg: „Wir müssen das Notwendige möglich machen und zugleich bereit sein, manche Forderungen abzulehnen. Ich appelliere an alle Fraktionen dieses Hauses, sich auch der Verantwortung für die Zukunft der jungen Generation bewußt zu sein." Forderungen abzulehnen, darin haben sich alle Fraktionen seitdem gut geübt, sei es die Forderung nach kostenlosen Lernmitteln und Schülerbeförderung, sei es Stellenvermehrung in den Krankenhäusern oder Schulen. Lediglich, als es um die Erhöhung der Wahlkampfpauschale ging, waren sie sich alle einig, die fließt ja auch in ihre eigenen Taschen.

Was „notwendig" bedeutet, das zeigt der Haushalt, der in der vergangenen Woche im schleswig-holsteinischen Landtag verabschiedet worden ist.

Abbau der Staatsverschuldung Erhöhung der Zinszahlungen

Nachdem in den letzten Jahren die Landesregierung in immer stärkerem Umfang Schulden aufgenommen hat, um über direkte oder indirekte Zahlungen an die Kapitalisten deren Profit zu erhöhen, geht sie jetzt daran, die Zinszahlungen zu verstärken, um die aus den Volksmassen herausgepreßten Steuereinnahmen den Kapitalisten für ihre Expansion zur Verfügung zu stellen. Der Anteil der Zinszahlungen am Gesamthaushalt stieg seit 76 von 9,3% auf 14% 1980 und beträgt damit fast ein Viertel der gesamten Steuereinnahmen des Landes. Und der Anteil soll weiter steigen.

„Haushalt der Konsolidierung" nennt der Finanzminister das 8,5 Mrd.-Projekt. Solide daran ist überhaupt nichts. Denn während auf der einen Seite bereits die ungeheuren Zahlungen an die Kapitalisten geplant sind, für die nächsten vier Jahre, ist die Deckung dieser Ausgaben durch die Volksmassen noch lange nicht durchgesetzt. So sind für die Krankenhausfinanzierung für die nächsten vier Jahre 147,4 Mio. DM eingeplant, für die Werfthilfe werden allein 1980 100 Mio. den Kapitalisten gezahlt. 18.4 Mio. DM sind für die Schülerbeförderung im nächsten Jahr veranschlagt, 26 Mio. DM sollen für die Forschung der Kapitalisten im Weltwirtschaftsinstitut und im Institut für Meereskunde gezahlt werden.

Lohnraub für das Volk Steuersenkung für die Kapitalisten

„Steuersenkung" ist das allgemeine Schlagwort aller bürgerlichen Politiker gegenwärtig. Aufgehoben worden ist zunächst einmal die Lohnsummensteuer, die die Kapitalisten zu entrichten hatten, und wegen der Steuergerechtigkeit soll zum 1.1.80 dann auch von den Gemeinden die Gewerbesteuer gesenkt werden. Gleichzeitig wurden jetzt vom Landtag die Vergnügungs-, Getränke- und Schankerlaubnissteuer, sowie die Abgaben nach § 9 des Kommunalabgabengesetzes (Zahlungen des Volkes für Schulneubau und Einrichtungen im Sozialbereich) abgeschafft, „Bagatellsteuern", deren Eintreibung fast ebensoviel verschlang, wie sie einbrachte.

Vorgeplant ist jedoch bereits die stärkere Ausplünderung des Volkes durch Abgaben im Bereich der Kommunen. Zwar stellt die Regierung stolz fest, daß der kommunale Ausgleichsfonds um 15% erweitert wurde, dies ist jedoch nichts weiter als ein billiger Taschenspielertrick.

Das Gesamtvolumen des Fonds ist noch nicht einmal so hoch wie die Zinszahlungen an das Finanzkapital, nämlich nur 900 Mio. DM. Zum anderen sind allein 6% der Steigerung dadurch zustande gekommen, daß der Schulbaufonds in den Finanzausgleichsfonds integriert wurde. Die restlichen 9% kommen einfach durch die Steuermehreinnahmen der Gemeinden zustande, die ihnen dann teilweise wieder durch den Finanzausgleich zurückfließen. Es entsteht ihnen jedoch durch den Wegfall der Vergnügungssteuer und der anderen Steuern ein Defizit von 15 Mio. DM im Jahr, das zwar zunächst durch Ausgleichszahlungen der Landesregierung ein Jahr lang ausgeglichen wird, bis 1983 jedoch ganz von den Gemeinden selbst gedeckt werden soll. Wie das zu geschehen hat, ist bereits in der Änderung des Gemeindewirtschaftsrechts 1972 festgelegt: „Dabei ist darauf zu achten, daß die gesetzlich zulässigen Einnahmequellen ausgeschöpft werden ... insbesondere ist darauf zu achten, daß die kostenrechnenden Einrichtungen kostendeckende Gebühren erheben."

„Die weitere gesamtwirtschaftliche Entwicklung und der künftige Verlauf der Konjunktur werden sicherlich durch die Einkommens- und Tarifpolitik im nächsten Jahr beeinflußt. Gelingen hier maßvolle Abschlüsse, so besteht die berechtigte Hoffnung, daß sich der derzeitige Preisanstieg weiter abschwächt," so Titzck in der Haushaltsdebatte. Der Lohnraubabschluß 79 im Öffentlichen Dienst hat alleine 28 Mio. DM freigesetzt, die von der Regierung eingeplant waren, dann aber nicht ausgezahlt worden sind, das sind pro Beschäftigten 450 DM pro Jahr, die jetzt den Kapitalisten zugeschanzt werden konnten. Ähnliches schwebt ihm auch für 1980 vor. Doch nicht nur durch Lohnsenkung und Stellenstreichung in den Öffentlichen Diensten will die Regierung die Zinszahlungen für das Finanzkapital aufbringen.

Die Landesregierung denkt sich das folgendermaßen: Die Abgaben und Gebühren auf der Ebene der Kommunen sollen erhöht werden, „Stärkung der Eigenverantwortung der Bürger" heißt das Stichwort.

Doch ob das so einfach vonstatten

Tsd. | Plätze d. Jugendhilfe | landw. Betriebe | Jugendl. im BGJ
60, 40, 30, 1
71 77 71 77 71 77

geht, ist noch lange nicht klar. Denn diese Regelung ermöglicht es den Volksmassen, wenn sie sich auf Ebene der Kommunen für kostenlose Kindergärten, bessere Schulausstattung und insgesamt für die Gebührenfreiheit der kommunalen Dienste einsetzen, durch den Kampf für diese Regelung die Widersprüche im Staatsapparat auszunutzen. Denn daß dort einiges möglich ist, zeigt sich bereits jetzt bei der Senkung der Gewerbesteuer, die ja von den Gemeinden beschlossen werden müssen. Die Gemeinde Norderstedt hat sich als erste geweigert, die Steuer zu senken und die IHK Lübeck hat eine Beschwerde bei der Kommunalaufsicht, dem Innenministerium, eingeleitet.

Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates

„Der Schutz des Bürgers und die Sicherung der Herrschaft des Rechts gehören zu den vornehmsten Aufgaben des Rechtsstaates," erklärte Stoltenberg vor dem Landesparteitag der CDU in Kiel. Ganz im Sinne der Sicherung der Herrschaft der Ausbeuterordnung sieht dann auch der Haushalt zur Absicherung der Ausplünderung den Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates vor, Vermehrung der Stellen bei der Polizei um 419, bei der Steuerverwaltung um 157 seit 1978, Neubau der Jugendvollzugsanstalt, Straffung der Amtsgerichte durch die Neuordnung (s. KVZ 50). Die Richtung für das nächste Jahr steht fest für die Regierung, ob sie dieses Paket von Maßnahmen jedoch durchsetzen kann, steht auf einem anderen Blatt.

Mrd. DM
Verschuldung
Haushaltsvolumen
Steuereinnahmen
8, 7, 6, 5, 4, 3, 2, 1
71 72 73 74 75 76 77 78 79 80

Demonstration gegen die Oberstufenreform

b.uws. 2000 Schüler aus ganz Schleswig-Holstein haben am 15.12. in Kiel gegen die geplante Studienstufenverordnung für Gymnasien demonstriert. Das Kultusministerium will mit der Oberstufenreform die Auslese und Unterdrückung weiter verschärfen. Zur Demonstration hatten die Landesschülervertretungen der Gymnasien und Berufsschulen gemeinsam aufgerufen. Ihre Forderung: „Weg mit dem Studienstufenentwurf" wie auch Forderungen zum Selbstbestimmungsrecht der SV wurden breit gerufen.

Kloses Lobreden auf die „Privilegien der Beamten" – Fesseln für die Lehrer

b.het. In den höchsten Tönen preist Klose die angeblichen Privilegien der Hamburger Lehrer. Sie seien sozial abgesichert bis an ihr Lebensende, ganz und gar ungerechtfertigt seien jegliche Kampfaktionen. Aber schon mal zum einen: Unkündbar sind die Lehrer nicht. Mittels der §§ 28 (Diensteidverweigerung) und 48 (Verurteilung wegen Straftaten;Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates) aus dem Bundesbeamtengesetz (BBG) kann der bürgerliche Staat Beamte aus politischen Gründen entlassen.

Einen sicheren Lohn haben die Lehrer nicht. Er wird vom Dienstherrn diktiert und ist damit beliebig angreifbar. „Einen verfassungsrechtlichen Anspruch auf Erhaltung des Besitzstandes in bezug auf ein einmal erreichtes Einkommen gibt es nicht" (vergl. „Alimentationsurteil" des Bundesverfassungsgerichts 1977). So wurden seit 1974 den Hamburger Lehrern durch Gesetz oder Verordnung u.a. folgende Besoldungsverschlechterungen aufgezwungen: der Sonderzuschlag von 3% wurde gestrichen, ebenso die A13-Besoldung für Grund- und Hauptschullehrer, die Regelbeförderung ist weggefallen.

FÜR STREIKRECHT
40 Std.-Woche für Lehrer!
Weg mit dem Beamtengesetz!
Ich verbiete meinen Beamten, sich wie Proleten aufzuführen!!

Der Lehrer zahlt keine Arbeitslosenversicherungsbeiträge. Wird er arbeitslos, bekommt er keinen Pfennig. Geht er endlich in die wohlverdiente Pension, müssen er und seine Familie sich staatstreu verhalten oder die Pension – bzw. Hinterbliebenenrente – wird gestrichen, versteuert wird sie sowieso.

zahlungen zu verstärken, um die aus den Volksmassen herausgepreßten Steuereinnahmen den Kapitalisten für ihre Expansion zur Verfügung zu stellen. Der Anteil der Zinszahlungen am Gesamthaushalt stieg seit 76 von 9,3% auf 14% 1980 und beträgt damit fast ein Viertel der gesamten Steuereinnahmen des Landes. Und der Anteil soll weiter steigen.

„Haushalt der Konsolidierung" nennt der Finanzminister das 8,5 Mrd.-Projekt. Solide daran ist überhaupt nichts. Denn während auf der einen Seite bereits die ungeheuren Zahlungen an die Kapitalisten geplant sind, für die nächsten vier Jahre, ist die Deckung dieser Ausgaben durch die Volksmassen noch lange nicht durchgesetzt. So sind für die Krankenhausfinanzierung für die nächsten vier Jahre 147,4 Mio. DM eingeplant, für die Werfthilfe werden allein 1980 100 Mio. den Kapitalisten gezahlt. 18.4 Mio. DM sind für die Schülerbeförderung im nächsten Jahr veranschlagt, 26 Mio. DM sollen für die Forschung der Kapitalisten im Weltwirtschaftsinstitut und im Institut für Meereskunde gezahlt werden.

Schulbaufonds in den Finanzausgleichsfonds integriert wurde. Die restlichen 9% kommen einfach durch die Steuermehreinnahmen der Gemeinden zustande, die ihnen dann teilweise wieder durch den Finanzausgleich zurückfließen. Es entsteht ihnen jedoch durch den Wegfall der Vergnügungssteuer und der anderen Steuern ein Defizit von 15 Mio. DM im Jahr, das zwar zunächst durch Ausgleichszahlungen der Landesregierung ein Jahr lang ausgeglichen wird, bis 1983 jedoch ganz von den Gemeinden selbst gedeckt werden soll. Wie das zu geschehen hat, ist bereits in der Änderung des Gemeindewirtschaftsrechts 1972 festgelegt: „Dabei ist darauf zu achten, daß die gesetzlich zulässigen Einnahmequellen ausgeschöpft werden ... insbesondere ist darauf zu achten, daß die kostenrechnenden Einrichtungen kostendeckende Gebühren erheben."

„Die weitere gesamtwirtschaftliche Entwicklung und der künftige Verlauf der Konjunktur werden sicherlich durch die Einkommens- und Tarifpolitik im nächsten Jahr beeinflußt. Gelingen hier maßvolle Abschlüsse, so besteht die berechtigte Hoffnung, daß

geht, ist noch lange nicht klar. Denn diese Regelung ermöglicht es den Volksmassen, wenn sie sich auf Ebene der Kommunen für kostenlose Kindergärten, bessere Schulausstattung und insgesamt für die Gebührenfreiheit der kommunalen Dienste einsetzen, durch den Kampf für diese Regelung die Widersprüche im Staatsapparat auszunutzen. Denn daß dort einiges möglich ist, zeigt sich bereits jetzt bei der Senkung der Gewerbesteuer, die ja von den Gemeinden beschlossen werden müssen. Die Gemeinde Norderstedt hat sich als erste geweigert, die Steuer zu senken und die IHK Lübeck hat eine Beschwerde bei der Kommunalaufsicht, dem Innenministerium, eingeleitet.

Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates

„Der Schutz des Bürgers und die Sicherung der Herrschaft des Rechts gehören zu den vornehmsten Aufgaben des Rechtsstaates," erklärte Stoltenberg vor dem Landesparteitag der CDU in Kiel. Ganz im Sinne der Sicherung der Herrschaft der Ausbeuterordnung sieht dann auch der Haushalt zur Absicherung der Ausplünderung den Ausbau des staatlichen Unter-

Beamten" – Fesseln für die Lehrer

b.het. In den höchsten Tönen preist Klose die angeblichen Privilegien der Hamburger Lehrer. Sie seien sozial abgesichert bis an ihr Lebensende, ganz und gar ungerechtfertigt seien jegliche Kampfaktionen. Aber schon mal zum einen: Unkündbar sind die Lehrer nicht. Mittels der §§ 28 (Diensteidverweigerung) und 48 (Verurteilung wegen Straftaten;Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates) aus dem Bundes-

tes Einkommen gibt es nicht" (vergl. „Alimentationsurteil" des Bundesverfassungsgerichts 1977). So wurden seit 1974 den Hamburger Lehrern durch Gesetz oder Verordnung u.a. folgende Besoldungsverschlechterungen aufgezwungen: der Sonderzuschlag von 3% wurde gestrichen, ebenso die A13-Besoldung für Grund- und Hauptschullehrer, die Regelbeförderung ist weggefallen.

FÜR STREIKRECHT
40 Std.-Woche für Lehrer!
Weg mit dem Beamtengesetz!
Ich verbiete meinen Beamten, sich wie Proleten aufzuführen!!

Hamburger Haushalt: Über die Verschuldung sichert sich das Finanzkapital einen immer größeren Teil der geplünderten Lohngelder

b.peb. Sichtlich angeschlagen soll Klose am Mittwoch letzter Woche seine Grundsatzrede in der Haushaltsdebatte gehalten haben, Stoltzenberg, Lehrerstreik und Berufsschülerprozeß saßen ihm in den Knochen. Klose hatte einen Haushalt vorzustellen, der mit einem Volumen von 11,3 Mrd. DM um 0,5% über dem von 1979 liegt. 10,9 Mrd. DM sollen die Einnahmen des Landes Hamburg sein, wovon rund 11% durch Neuverschuldung auf dem „freien Kreditmarkt" gedeckt werden sollen. Anlaß genug für die CDU, sich mit über 150 Änderungsanträgen in die „Haushaltsschlacht" zu werfen, um damit im wesentlichen einen Abbau der Personalkosten um jährlich 1% durch Rationalisierung und Altersschwund zu erreichen.

Seit 1974 ist die Verschuldung des Hamburger Staates auf dem „freien Kreditmarkt" von 4,8 Mrd. DM 1974 über 6,1 Mrd. DM 1976 auf 7,6 Mrd. DM 1980 um 58% angewachsen. Entsprechend dieser gestiegenen Schulden stieg auch der prozentuelle Anteil an den Krediten, die der öffentliche Haushalt am Gesamtkreditvolumen der Hamburger Landesbank einnimmt, von 10,3% 1974 auf 23,1% 1978. Für 1980 plant der Senat eine erneute Kreditaufnahme von über 1,2 Mrd. DM.

Erhöhung verschiedener Gebühren in Mio. DM

	Müll-geb.	Siel-geb.	Bau-geb.	Verwarn-gelder
1974	91,0	60,3	20,1	2,8
1980	145,8	133,8	26,8	5,3
Erhöh. 74/80	60,2%	121,9%	33,3%	89,3%

Die Bourgeoisie sieht diese Entwicklung sowohl mit einem lachenden wie mit einem weinenden Auge, die allerdings beide auf den Geldbeutel der Arbeiterklasse schielen. Ein weinendes, weil „kaum noch ein finanzpolitischer Handlungsspielraum für die nähere Zukunft in Sicht.." ist (Handelskammerbericht 1977), was heißt, daß der Haushalt, würde er vollständig von den Massen finanziert, nur bei zusätzlicher Subventionierung der Kapitalisten auf die Kredite zurückgreifen müßte. Ein lachendes, weil mit den Steuern und Gebühren den Kapitalisten die Zinsen für die Staatsschuld bezahlt werden.

650 Mio. DM müssen 1980 an Zinsen für die Kredite bezahlt werden, 703 Mio. DM an Tilgung, was für die Zinsen eine Steigerung von 94% gegenüber 1974 und bei der Tilgung von 296% ausmacht. „So betrachtet, ist die Empfehlung des Finanzplanungsrats, etwaige Steuermehreinnahmen vorrangig zum Abbau der Kreditaufnahme zu verwenden, nicht nur weiterhin gültig; die jüngsten Entwicklungen unterstreichen sie sogar noch", weiß die Bundesbank dazu zu vermerken. 165 Mio. DM Lohnsteuerüberschuß gehen 1980 in den Hamburger Haushalt ein. Überhaupt wird der Haushalt zu einem großen Teil aus der Lohnsteuer gedeckt. 24% der Einnahmen sind aus der Lohnsteuer, 1974 waren es noch 20%. Die Vermögens- und Erbschaftssteuer hielten sich dagegen für den gleichen Zeitraum konstant bei 3 %.

Für die Deckung der Zinszahlungen hat der Senat konsequent die Gebühren an die Zinsen angepaßt. Insgesamt belaufen sich die Einnahmen aus Gebühren ohne die Krankenhauspflegesätze, die 1980 erstmals nicht mehr als Gebühren im Haushalt angeführt werden, auf 684,4 Mio. DM, was einer Erhöhung von 114% entspricht.

Mio. DM — **Neuverschuldung, Tilgung und Zins des Hamburger Haushalts verglichen mit Einnahmen aus Gebühren**
1200, 1000, 800, 600, 400, 200
1 2 3 4
1974 1976 1978 1980

(1) jeweilige Neuverschuldung aus Krediten; (2) Tilgung; (3) Zinsen; (4) Gebühreneinnahmen ohne Krankenhauspflegesätze.

Daß die Massen für die Zinsen der Kapitalisten aufkommen, darüber herrscht bei CDU und SPD Einigkeit; den Vorschlag, die Vermögens- und Erbschaftssteuern um 100% zu erhöhen, womit die Zinsen auch bezahlt werden könnten, hat keiner gemacht.

2000 Schüler haben am 15. Dezember in Kiel gegen die geplante Verordnung zur Studienstufe in Schleswig-Holstein demonstriert (Bild links). Aufgerufen hatten die Landesschülervertretungen der berufsbildenden Schulen und der Gymnasien zusammen. U.a. wurden folgende Forderungen vertreten: Abschaffung der Zulassungsbeschränkungen für Fachgymnasien, Erweiterung der Wahlmöglichkeiten im Leistungs- und Grundkursbereich. Stoffbegrenzung. 5-Tage-Woche an allen Fachgymnasien. Erhöhung der BAföG-Sätze auf mindestens 700 Mark. Weg mit dem Punkte- und Zensurensystem. Für die Schülervertretungen wurden Selbstbestimmungsrecht und politisches Mandat gefordert. – Bild rechts: Fachschüler in Göttingen führen anläßlich des bundesweiten Aktionstages der Fachschulen für Sozialpädagogik gegen den Kultusministerkonferenzentwurf zur Erziehungsausbildung am 12. Dezember einen Informationsstand durch.

Landesregierungen einigen sich auf Küstenstrukturprogramm

Kohleveredelungsanlage / Industriezentren an der Küste / billige Arbeitskräfte

r.scm. Unter ihrer Federführung sei das gemeinsame Strukturprogramm der norddeutschen Küstenländer und Westberlins entwickelt worden, teilte die niedersächsische Ministerin für Wirtschaft und Verkehr, Birgit Breuel, der Presse mit. Das Programm war von der Bundesregierung als Voraussetzung für weitere Bundesmittel (von 1 Mrd. DM ist die Rede) gefordert worden, nachdem im Januar ein 660-Millionen-Programm von der Bundesregierung zur „Förderung von Schiffbau und Schiffahrt" beschlossen worden war, das zu 2/3 von ihr finanziert wird. Bei dem nun von den fünf Landesministern und Senatoren offenbar einmütig verabschiedeten Konzept gehe es – so Breuel – um „Neuentwicklungen" im norddeutschen Raum und nicht wie beim Programm fürs Ruhrgebiet um „die Erhaltung überholter Strukturen".

Im Bereich Forschung und Technologie sollen eine Reihe von „wirtschaftsnahen Einrichtungen" geschaffen werden, so zum Beispiel ein „Erfinderzentrum". Die Technologieberatung der Kapitalisten soll verbessert, die Forschung auf dem Gebiet der Kohleveredlung aufgenommen werden. Entsprechend ist im Bereich Energieversorgung der Bau einer Kohleveredelungsanlage auf Importkohlebasis vorgesehen, und entsprechend wird die Erhöhung des Importkohlekontingents von derzeit 5 Mio. Tonnen im Jahr auf 10 Mio. Tonnen gefordert. Eine andere Maßnahme auf dem Gebiet der Energieversorgung soll der Bau der Fernwärmeschiene Gröpelingen-Sebaldsbrück in Bremen sein. Im Bereich des Umweltschutzes geht es um die Weserentsalzung, um den Kapitalisten die Wasseraufbereitungskosten zu senken.

Auch wenn das Programm als Ganzes noch geheimgehalten wird und nur Bruchstücke durch die Pressestellen gezielt bekanntgegeben werden, so wird angesichts der bereits in Angriff genommenen Projekte die Richtung klar. An der Küste sollen Industriezentren als Basis für die Expansion aufgebaut werden: Dollarthafen, Eisenschwammwerk und Erdgasterminal in Emden, wo auch vermutlich die Kohleveredelungsanlage gebaut werden soll. Oder Wilhelmshaven, schon jetzt mit einem Jahresumschlag von 30 Mio. Tonnen Rohöl wichtigster Öleinfuhrhafen der Bundesrepublik, wo durch den Bau des Jadehafens für die Kapitalisten Ex- und Import verbilligt werden soll. Notwendige Ergänzung ist die Schaffung der entsprechenden Verkehrsinfrastruktur. Schon 1978 gab die Bundesregierung allein in Niedersachsen 693 Mio. DM für Bundesfernstraßen aus.

Als Antwort auf eine Kleine Anfrage zur Arbeitsmarktpolitik hat der niedersächsische Sozialminister Schnipkoweit die ländliche Struktur der Gebiete mit höherer Arbeitslosigkeit für die Arbeitslosenquote verantwortlich gemacht (Emden 5,5%; Leer 5,5%; Wilhelmshaven 5,2%; Braunschweig 5,1%; Uelzen 4,0% – Juni 1979; Bundesdurchschnitt 3,5% – 2. Quartal 1979). Was daran wahr ist, ist die Ruinierung zahlloser Bauern, die durch die bisherige Strukturpolitik nur beschleunigt worden ist, und woran auch nichts geändert wird. Schnipkoweit empfiehlt vielmehr die Arbeitslosigkeit in doppelter Hinsicht auszunutzen: erstens durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen den Kapitalisten billige Arbeitskräfte zuzuführen und zum zweiten die Infrastrukturmaßnahmen, die den Kapitalisten die Kosten abnehmen und von den Volksmassen bezahlt werden sollen, zu rechtfertigen. Vom 1,6-Milliarden-Etat des Wirtschaftsressorts seien allein 1979 900 Mio. auf investive Aufgaben entfallen, berichtet Schnipkoweit, wodurch in den fünf „Problemregionen" Niedersachsens zwischen 1976 und 1979 den Kapitalisten die Anlage von 4,45 Mrd. DM profitabel gemacht worden sei.

Westberliner CDU: Mehr Privatschulen. Recht auf Ausbildung wird eingeschränkt

r.jup. Die Westberliner CDU hat einen Antrag zur Änderung des § 8 des Privatschulgesetzes eingebracht, der die Zuschüsse durch das Land Berlin festlegt. Erreicht werden soll nach Angaben der CDU, daß die Personalkosten, die bisher nur in Höhe von 70% bezuschußt wurden, ganz aus dem Landeshaushalt aufgebracht werden. Bereits jetzt erhalten nach dem PrivSchulG 100% der Personalkosten die Steiner-Schulen sowie solche, die als Sonder-, Gesamt- und Internatsschulen zugelassen sind. In den Angaben der Schulstatistik werden 45 private gegenüber 470 öffentlichen allgemeinbildenden Schulen aufgeführt, darunter 6 Sonder- und 2 Gesamtschulen. 237775 Schüler besuchten im Schuljahr 78/79 öffentliche Schulen, 11052 eine private, also fast 5% der beschulten Schüler. Die Zahl der Vollzeitlehrer betrug im Oktober 78 an privaten Schulen 465 (13011 an öffentlichen), teilzeitbeschäftigt waren 227 (1875), 213 arbeiteten als Stundenlehrer, Praktikanten und Studienreferendare.

Die Möglichkeit, teilzeitähnliche und Teilzeitarbeit in großem Maße an privaten Schulen einzuführen, wurde bereits 1959 mit der 2. Durchführungsverordnung geschaffen, derzufolge die vollbeschäftigten Lehrer mindestens 75% des Unterrichtsbedarfs decken sollen. Das Gehalt der Lehrer muß 75% des vergleichbaren an öffentlichen Schulen betragen, für Lehraufträge bis zu 11 Stunden kann es 10% niedriger sein als bei staatlichen. Mit der 3. Durchführungsverordnung von 1971 konnten die Privatschulen in den Genuß weiterer Bezuschussung gelangen; so müssen „zweckgebundene Spenden für nichtbauliche Beschaffungen, die nicht der Erfüllung der vom Schulträger üblicherweise wahrzunehmenden Aufgaben dienen" bei der Berechnung des Zuschusses durch das Land Berlin nicht in Betracht gezogen werden; der Landeszuschuß selber gilt nicht als Einnahme. Die CDU will des Guten noch mehr, damit der „wichtige Beitrag der Berliner Privatschulen, den sie in sinnvoller Ergänzung des Schulangebotes erbringen", gewürdigt werde.

Sinnvolle Ergänzung des Schulangebotes? Genaueres hat sie nicht verlauten lassen, aber das Schulangebot spricht ja auch für sich. Etwa nach der 14. Änderung des Schulgesetzes vom November 78, mit dem die 12-jährige Schulpflicht um 1 Jahr gekürzt wurde und Schulpflichtige nach dem 10. Schuljahr von der Berufsschulpflicht befreit werden, wenn sie ein Arbeitsverhältnis annehmen oder an 1-jährigen, geförderten, berufsvorbereitenden Maßnahmen teilnehmen. Gegen diese Maßnahmen zur Senkung der Schulpflicht bietet auch die Einführung des 10. Pflichtschuljahres keinen ausreichenden Schutz, wie die Einführung der BB 10-Lehrgänge (berufsbefähigende Lehrgänge) zeigt: bekommt man damit einen erfolgreichen Hauptschulabschluß für die 9. oder für die 10. Klasse und ist er dem normalen Hauptschulabschluß gleichwertig? 500 ausländische Schüler wurden erst gar nicht eingeschult in Westberlin, für sie hat der Senat „als sinnvolle Ergänzung" ein Sofortprogramm in Aussicht gestellt mit verkürztem Unterricht am Nachmittag und Busverschickung in andere Bezirke. Der „Tagesspiegel" denkt inzwischen darüber nach, ob die ausländischen Jugendlichen, die über 14 Jahre alt sind, überhaupt noch in „die Schule zu pressen" seien. – Die Einhaltung der Schulpflicht kann nicht über die Dauer der Schulzeit allein erreicht werden, wenn man nicht für eine einheitliche Ausbildung eintritt, die an öffentlichen Schulen durchgeführt werden muß.

legt. Erreicht werden soll nach Angaben der CDU, daß die Personalkosten, die bisher nur in Höhe von 70% bezuschußt wurden, ganz aus dem Landeshaushalt aufgebracht werden. Bereits jetzt erhalten nach dem PrivSchulG 100% der Personalkosten die Steiner-Schulen sowie solche, die als Sonder-, Gesamt- und Internatsschulen zugelassen sind. In den Angaben der Schulstatistik werden 45 private gegenüber 470 öffentlichen allgemeinbildenden Schulen aufgeführt, darunter 6 Sonder- und 2 Gesamtschulen. 237775 Schüler besuchten im Schuljahr 78/79 öffentliche Schulen, 11052 eine private, also fast 5% der beschulten Schüler. Die Zahl der Vollzeitlehrer betrug im Oktober 78 an privaten Schulen 465 (13011 an öffentlichen), teilzeitbeschäftigt waren 227 (1875), 213 arbeiteten als Stundenlehrer, Praktikanten und Studienreferendare.

Die Möglichkeit, teilzeitähnliche und Teilzeitarbeit in großem Maße an privaten Schulen einzuführen, wurde bereits 1959 mit der 2. Durchführungsverordnung geschaffen, derzufolge die vollbeschäftigten Lehrer mindestens 75% des Unterrichtsbedarfs decken sollen. Das Gehalt der Lehrer muß 75% des vergleichbaren an öffentlichen Schulen betragen, für Lehraufträge bis zu 11 Stunden kann es 10% niedriger sein als bei staatlichen. Mit

„wichtige Beitrag der Berliner Privatschulen, den sie in sinnvoller Ergänzung des Schulangebotes erbringen", gewürdigt werde.

Sinnvolle Ergänzung des Schulangebotes? Genaueres hat sie nicht verlauten lassen, aber das Schulangebot spricht ja auch für sich. Etwa nach der 14. Änderung des Schulgesetzes vom November 78, mit dem die 12-jährige Schulpflicht um 1 Jahr gekürzt wurde und Schulpflichtige nach dem 10. Schuljahr von der Berufsschulpflicht befreit werden, wenn sie ein Arbeitsverhältnis annehmen oder an 1-jährigen, geförderten, berufsvorbereitenden Maßnahmen teilnehmen. Gegen diese Maßnahmen zur Senkung der Schulpflicht bietet auch die Einführung des 10. Pflichtschuljahres keinen ausreichenden Schutz, wie die Einführung der BB 10-Lehrgänge (berufsbefähigende Lehrgänge) zeigt: bekommt man damit einen erfolgreichen Hauptschulabschluß für die 9. oder für die 10. Klasse und ist er dem normalen Hauptschulabschluß gleichwertig? 500 ausländische Schüler wurden erst gar nicht eingeschult in Westberlin, für sie hat der Senat „als sinnvolle Ergänzung" ein Sofortprogramm in Aussicht gestellt mit verkürztem Unterricht am Nachmittag und Busverschickung in andere Bezirke. Der „Tagesspiegel" denkt inzwischen darüber nach, ob die ausländischen Jugendlichen, die über

Tiefwasserhafenprojekt Scharhörn aufgegeben

Unstetige Entwicklung des Weltseeverkehrs

r.obj. Nach 10 Jahren Planung an dem Tiefwasserhafen Scharhörn steht fest: Er wird nicht gebaut. Scharhörn war gedacht als großer Industriehafen. Senatsdirektor Spilker aus Hamburg, Mitglied der Tiefwasserhäfenkommission des Bundesverkehrsministeriums, sah das 1972 so: „In einem außerordentlich intensiven nationalen und internationalen Wettbewerb um neue Industrien müssen die besonderen Standortvorteile ausgebaut werden, die für den Küstenraum vor allem durch die günstige Lage an bzw. zu seeschiffstiefem Wasser gegeben sind. Sie ermöglichen den Einsatz großer Schiffe beim Rohstoff- und Produktentransport mit der Folge verminderter Transportkosten." Es wird dann weiter ausgeführt, daß aus den Bereichen der Stahlindustrie und der chemischen Industrie Bedarf an Grundstücken an besonders tiefem Wasser vorliegen könnte. Bei der Stahlindustrie, weil der Bezug von Rohstoffen durch Schiffe erfolgt, die nirgends an der deutschen Nordseeküste voll abgefertigt werden können, und von der chemischen Industrie, weil günstige Lösungsmöglichkeiten für die Energie-, Abwasser- und Kühlprobleme bestehen.

Als Ölhafen wurde Scharhörn ausdrücklich nicht geplant, weil durch den Ausbau von Wilhelmshafen dort 250000 tdw-Tanker löschen können und es sich herausgestellt hat, daß für die Mineralölindustrie hinsichtlich des Standortes nicht der Ölhafen maßgeblich ist, sondern der Absatz der Ölprodukte.

Daß dieser Industriehafen nicht gebaut wird, liegt an der krisenhaften Entwicklung der Weltwirtschaft, die ihren Ausdruck findet im Weltseeverkehr und in der Folge dann auch in den Schiffsgrößen. Die Steigerungsraten im Weltseeverkehr entwickelten sich ab 1960 immer zwischen +6% und +13%. Die mit Seeschiffen transportierte Gütermenge erreichte so im Jahre 1973 3120 Mio. t. Dann begann die unstetige Entwicklung von +4,1%, -6,3%, +9,1%, +2,7% und schließlich 0,6% im Jahre 1978. Vor allem der Rückgang der Erztransporte von -6,1% (1977) und -4,0% (1978) beweist, wie eine Änderung im Weltgüterverkehr auf eine Hafenplanung durchschlägt. Denn die Tiefwasserkommission hat ja Scharhörn gerade auch für die Stahlindustrie gedacht.

Der Rückgang im Weltseeverkehr bei wichtigen Massengütern einerseits und die nicht im erwarteten Umfang weiter ausgedehnten Transporte bei Massengütern wie Getreide und Öl andererseits hat dazu geführt, daß bereits bestellte Großtanker oder Bulker in kleinere Einheiten umbestellt wurden. In einer norwegischen und britischen Untersuchung über den Bulker- und Tankermarkt wurde den Tankern über 175000 tdw bis über 1980 hinaus keine großen Möglichkeiten eingeräumt. Dagegen den kleineren unter 70000 tdw gute Einsatzmöglichkeiten. Der Einsatz von Schiffen in der Größenklasse von 500000 bis 700000 tdw jedoch, die gar nicht mehr durch den Ärmelkanal kommen, sondern um Schottland herum einen westdeutschen Tiefwasserhafen Scharhörn anlaufen müssen, worauf Klose spekulierte, ist gegenwärtig, von Ausnahmen abgesehen, nicht in Sicht.

Transportkosten für trockene Massengüter nach deutschen Tiefwasserhäfen in Abhängigkeit von der Schiffsgröße

(in v.H. der Transportkosten je t Ladegewicht bei einem 30000 tdw-Schiff)

Schiffsgröße in tdw	Kohle v. Hampton Roads	Erz von Narwik	Erz von Buchanan	Erz von Tubarao	Bauxit von Weipa	Getreide v. Port Cartier
30000	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
50000	73,78	74,08	73,13	72,72	73,01	83,47
80000	64,16	60,30	58,45	58,03	58,18	71,42
100000	60,86	55,75	54,07	53,50	53,95	67,80
150000	58,60	55,63	50,89	49,42	48,80	66,06
175000	56,62	53,48	48,79	47,38	46,62	63,99
200000	56,13	52,72	48,09	46,67	45,88	63,32
250000	54,26	50,19	45,81	44,41	43,64	61,31

(Zwischenbericht der Tiefwasserhäfenkommission, Juli 1970)

Unstetige Entwicklung des Weltseeverkehrs

r.obj. Nach 10 Jahren Planung an dem Tiefwasserhafen Scharhörn steht fest: Er wird nicht gebaut. Scharhörn war gedacht als großer Industriehafen. Senatsdirektor Spilker aus Hamburg, Mitglied der Tiefwasserhäfenkommission des Bundesverkehrsministeriums, sah das 1972 so: „In einem außerordentlich intensiven nationalen und internationalen Wettbewerb um neue Industrien müssen die besonderen Standortvorteile ausgebaut werden, die für den Küstenraum vor allem durch die günstige Lage an bzw. zu seeschiffstiefem Wasser gegeben sind. Sie ermöglichen den Einsatz großer Schiffe beim Rohstoff- und Produktentransport mit der Folge verminderter Transportkosten." Es wird dann weiter ausgeführt, daß aus den Bereichen der Stahlindustrie und der chemischen Industrie Bedarf an Grundstücken an besonders tiefem Wasser vorliegen könnte. Bei der Stahlindustrie, weil der Bezug von Rohstoffen durch Schiffe erfolgt, die nirgends an der deutschen Nordseeküste voll abgefertigt werden können, und von der chemischen Industrie, weil günstige Lösungsmöglichkeiten für die Energie-, Abwasser- und Kühlprobleme bestehen.

Als Ölhafen wurde Scharhörn ausdrücklich nicht geplant, weil durch den

baut wird, liegt an der krisenhaften Entwicklung der Weltwirtschaft, die ihren Ausdruck findet im Weltseeverkehr und in der Folge dann auch in den Schiffsgrößen. Die Steigerungsraten im Weltseeverkehr entwickelten sich ab 1960 immer zwischen +6% und +13%. Die mit Seeschiffen transportierte Gütermenge erreichte so im Jahre 1973 3120 Mio. t. Dann begann die

und die nicht im erwarteten Umfang weiter ausgedehnten Transporte bei Massengütern wie Getreide und Öl andererseits hat dazu geführt, daß bereits bestellte Großtanker oder Bulker in kleinere Einheiten umbestellt wurden. In einer norwegischen und britischen Untersuchung über den Bulker- und Tankermarkt wurde den Tankern über 175000 tdw bis über 1980 hinaus keine

Transportkosten für trockene Massengüter nach deutschen Tiefwasserhäfen in Abhängigkeit von der Schiffsgröße

(in v.H. der Transportkosten je t Ladegewicht bei einem 30000 tdw-Schiff)

Schiffsgröße in tdw	Kohle v. Hampton Roads	Erz von Narwik	Erz von Buchanan	Erz von Tubarao	Bauxit von Weipa	Getreide v. Port Cartier
30000	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
50000	73,78	74,08	73,13	72,72	73,01	83,47
80000	64,16	60,30	58,45	58,03	58,18	71,42
100000	60,86	55,75	54,07	53,50	53,95	67,80
150000	58,60	55,63	50,89	49,42	48,80	66,06
175000	56,62	53,48	48,79	47,38	46,62	63,99
200000	56,13	52,72	48,09	46,67	45,88	63,32
250000	54,26	50,19	45,81	44,41	43,64	61,31

(Zwischenbericht der Tiefwasserhäfenkommission, Juli 1970)

unstetige Entwicklung von +4,1%, -6,3%, +9,1%, +2,7% und schließlich 0,6% im Jahre 1978. Vor allem der Rückgang der Erztransporte von

großen Möglichkeiten eingeräumt. Dagegen den kleineren unter 70000 tdw gute Einsatzmöglichkeiten. Der Einsatz von Schiffen in der Größenklasse

Das Innenministerium informiert (III)

Meine Herren Direktoren, Bürger zu schützen, ihr **Eigentum** zu sichern, ist nur noch möglich, wenn alle Räder reibungslos ineinandergreifen – die neue Einsatzleitstelle ist von höchstem Nutzen:

Sie sorgt für schnellste Verbindung bei Alarmfahndungen der Kriminalpolizei, bei allen Einsätzen der Schutzpolizei, zwischen dem Innenministerium und den Polizeibehörden, zwischen den beweglichen Sprechfunkstellen und den Datenstationen, zwischen dem Innenministerium, der Polizei und Kreisen bei der Bekämpfung von Katastrophen … (Titzck)

Der einzelne Bürger steht der Katastrophe schutzlos gegenüber. Er braucht die Hilfe jener Mitbürger, die sich entschlossen haben, freiwillig für den anderen dazusein, die sich z.B. in der Freiwilligen Feuerwehr zusammengefunden haben. Die Feuerwehren schützen aber nicht nur Leben und Eigentum, sie bilden auch das Rückgrat des Katastrophenschutzes, fordern Einsatzbereitschaft, Mut und manches Opfer an Freizeit … (Titzck)

NOTRUF 112

Katastrophenalarm! … Fahrverbot auf allen Strassen! … Die seit 4 Tagen in den Dörfern und im Zug eingeschneite Bevölkerung soll Ruhe bewahren – und durchhalten! … Ständige Verfügungsbereitschaft aller Beschäftigten im Öffentlichen Dienst! … – Übrigens, Rudi, wo bleibt denn unser Fahrer? (Stoltenberg)

ein alter Auftrag modern verstanden

„Der Tatbestand des Landfriedensbruchs muß auf diejenigen ausgedehnt werden, die sich trotz vorheriger Warnung einer gewalttätigen Menge anschließen oder sich nicht aus ihr entfernen."

Mensch, für den Schichtdienst und den Hungerlohn sich auch noch für diesen Henker rumprügeln

NIEDER MIT DEM SCHAH-REGIME!

An jedem Ort zu jeder Zeit sind wir bereit zur Hilfe

„Mit Material und Einsatzkräften dieser in Schleswig-Holstein stationierten Hilfszugabteilung wurde in den vergangenen 10 Jahren z.B. bei Katastrophen und Konflikten auf Sizilien, in Nigeria, der Türkei, in Rumänien, Peru, Jordanien, Bangla Desch und Vietnam geholfen."

Übrigens – Ihr kriegt jetzt jeder 2500 mehr im Jahr. Es ist für die Polizei nicht nur eine Frage, wie man 2 Leute besser bezahlt, sondern es geht um die Gesamtbewertung der Polizei.

Verdammt! Wo ist denn hier der Anlasser?

Der Ausbau des Dollarthafens greift die Existenzgrundlage der Fischer an

r.bia. Über das Dollarthafenprojekt heißt es in der Zeitschrift ,,Binnenschiffahrt und Wasserstraße'' 10/1977: ,,...der drittgrößte deutsche Seehafen kann zwar auf eine lange und teilweise glanzvolle Vergangenheit zurückblicken, hat aber immer wieder unter ungünstigen und sich laufend verändernden Wasserverhältnissen als auch unter politischen Instabilitäten gelitten, die seine an sich vorhandene Standortgunst verdunkelt hatten.'' Damit sich das nun ändert, werden 937 Mill. DM zum Ausbau des Dollarthafens investiert, wovon 53% das Land Niedersachsen übernimmt und 47% der Bund. Die Verhandlungen über den Ausbau des Dollarts sind für die westdeutsche Bourgeoisie mit einigen Schwierigkeiten verbunden, da zur Vergrößerung des Hafens die Ems verlegt werden muß und Land aufgespült wird, das in niederländisches Staatsgebiet hineinreicht. Die Ostfriesenzeitung vom 18.10.1979 schreibt dazu: ,,Dollart: Umweltfragen noch offen, Modell für die Grenzfragen in Sicht. ...klar scheint zu sein, daß die Aufspülung, die auf deutscher Seite neues Ansiedlungsland schafft, als deutsches Staatsgebiet zu betrachten ist.''

Die westdeutsche Bourgeoisie treibt unter Hochdruck den Ausbau ihrer Hafenkapazitäten voran, im Frühjahr soll der Bau des Dollarthafens schon eingeleitet werden. Zudem wird in Emden die Verflüssigungsanlage für Importkohle entstehen. Es soll ein Teil des Warenstromes, der jetzt über den niederländischen Hafen Rotterdam in das Ruhrgebiet geht, über Emden transportiert werden. Mit diesem Hinweis sind die beiden Ems-Jade-Häfen in den vergangenen Jahren ausgebaut worden.

Gegen den Bau des Dollartprojekts und der Umlegung des Unterlaufs der Ems entwickelt sich Widerstand, weil sich das Leben im Dollart und der Ems verändern wird. Hauptsächlich die Fischer an der Emsmündung sind davon betroffen.

Fischanlandungen in Ostfriesland

	Frischfisch			Krabben		Muscheln	
	Seezunge	Scholle	Kabeljau	Speise-	Futter-	Herz-	Mies-
1977							
in t	180,2	191,3	213,9		4853,3		3117,0
in 1000 DM	1498,4	307,8	269,6				641,0
1978							
in t	192,3	227,0	381,6	1866,2	3392,1	418,0	4363,0
in 1000 DM	1534,6	311,8	419,1	6974,3		503,2	1181,4

Quelle: Der Niedersächsischen Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

An die 80% der Fische, die im Dollart gefangen werden, müssen von den Fischern wieder ins Wasser geworfen werden, weil sie zu große Geschwüre aufweisen. Der Dollart verschmutzt zusehends durch Öltankerunfälle. Die Fischer in der Weser-Ems-Region haben sich schon mehrfach zusammengeschlossen, um gegen die Folgen der Industrieansiedlung in Wilhelmshaven und Emden anzugehen.

Gehässige Betrügereien und Schikanen der Nordsee-Fischindustrie

z.ruz. Bei der Nordsee-Fischindustrie in Bremerhaven müssen die Arbeiter bei jeder unregelmäßigen Nachtüberstunde erst hinter der tariflich unstrittigen Nachtzulage von 50% (statt 20% bei Nachtschicht und Regelmäßigkeit) herlaufen, Wochenzettel beim Lohnbüro reklamieren und berichtigen lassen, ehe korrekt gezahlt wird. Läuft man nicht hinterher, schert sich die Werksdirektion einen Teufel um ihre kleinlich genaue Definition von Regelmäßigkeit und läßt auch eindeutig unregelmäßige Nachtüberstunden nur mit 20% Zuschlag zahlen, wohl nach dem Motto: Solange keiner was merkt, betrügen wir ja nicht, sondern ,,irren'' uns nur. Im Bemühen, die Lohnzahlung so klein als möglich zu halten, entwickeln sie sogar Definitionen von Regelmäßigkeit, daß eine alle 14 Tage montags von 5 bis 6 Uhr gemachte Überstunde, weil regelmäßig, nur mit 20% Nachtzulage zu zahlen ist. Einige Schichtschlosser kommentieren diese Verlautbarung damit, daß man ja bestraft würde, wenn man jetzt noch regelmäßig früher käme. Die Forderung nach 75% Zulage bei Nachtüberstunden findet breite Unterstützung.

Fischverarbeitung an Bord eines Fabrikschiffes (links); Reederei-Großbetrieb für Netzmacherei (rechts)

Kreditprogramm nutzt den kleinen Bauern nichts

z.elf. Die Landesregierung Baden-Württemberg hat für 1980 ein Agrarkreditprogramm beschlossen. Voraussetzungen: ein ,,wesentlicher Teil'' des Erwerbs muß aus Tätigkeit im landwirtschaftlichen Bereich stammen. Das Vorhaben darf noch nicht begonnen sein, es dürfen keine Mittel aus anderer Förderung verwendet werden. Die Einzelinvestition muß mindestens 10000 DM betragen, die Eigenleistung bei Maschinen 50%. Geflügelzüchter erhalten keine Förderung, Schweinehalter keine Zinsverbilligung. Die Zinsverbilligung liegt zwischen 2% in nicht benachteiligten und 4% in benachteiligten Gebieten. Die ersten zwei Jahre sind tilgungsfrei. Die Bauern mit einem Einkommen unter 30000 DM jährlich, 76% aller Bauern, sind mit durchschnittlich 29% (berechnet auf den Besitz an Boden) verschuldet. Die Steuerreformpläne bedeuten nach Berechnung des deutschen Bauernverbandes für diese Betriebe eine Kostenmehrbelastung von bis zu 3000 DM, mit Buchhaltungskosten bis zu 5000 DM und damit 33% des Konsumeinkommens. Kredite nutzen da höchstens, um den unmittelbaren Ruin abzuwehren und treiben die Bauern in Konkurrenz zueinander. Gegen steigende Zinslasten und die Steuerreformpläne haben die bayrischen Bauern als Auftakt zu bundesweit geplanten Aktionen am 8. Dezember in den Städten Aufklärungsaktionen durchgeführt.

Mit einer 7,5%-Forderung verhandelt die NGG den Molkerei-Tarif

z.kup. 7,5% mindestens für alle Löhne und Gehälter fordert die NGG (Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten) für ca. 3000 Beschäftigte in 100 Molkereibetrieben im Bezirk Weser-Ems. In diesem Jahr hat die NGG u.a. in folgenden Tarifgebieten der Molkereiindustrie Tarife abgeschlossen: mit 4,5% ab 1. März in Nordrhein-Westfalen und ab 1. Juni in Nord- und Südwürttemberg. In der Molkereiindustrie von Bayern ist ab 1. Juni 1979 eine Tariferhöhung von 4,8% in Kraft getreten. Für die 430000 Beschäftigten der Nahrungs- und Genußmittelindustrie hat die NGG eine Lohn- und Gehaltsforderung von 9% aufgestellt. Die 47000 Werktätigen der Molkereiindustrie sind in kleine Tarifbezirke aufgeteilt. Seit 1970 sind die Molkereibetriebe auf rund die Hälfte geschrumpft. Die Monopolbetriebe breiten sich über die Grenzen der Tarifgebiete aus. Einen völlig neuen Tarifvertrag fordert die NGG für die Molkereiangestellten in Niedersachsen. Die Tätigkeit der Angestellten soll umfassend in acht Bewertungsgruppen eingruppiert werden. Zwischen 1500 DM und 3200 DM werden je nach Qualifikation gefordert. Durch die Einführung neuer Techni-

Landarbeitertarif läuft aus: Anschluß an Industrielöhne nötig

Agrarkapitalisten zahlen Niedrigstlöhne / Enorme Überarbeit / Lohnverteilung von 42040 Landarbeitern

z.gük. Am 31.12.79 laufen die Lohntarife in der Landwirtschaft aus. Die Bedingungen, den Kampf gegen die Agrarkapitalisten zu führen, sind für die Landarbeiter und ihre Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft schwierig. Niedrige Löhne, unmäßige Überarbeit, große Zersplit-

kommt die Masse der Landarbeiter nur bis auf 200 DM Differenz an die Masse der Metallarbeiter heran. Über 600 DM im Rückstand liegen die Landarbeiter im Lohnverteilungsvergleich bei Normalarbeitszeit 8-Stundentag / 40-Stundenwoche. (Schaubild 02). Bei der Landarbeiterlohnverteilung sind keine

% der Beschäftigten
512 1024 2048
-20%-
01 Lohnverteilung Landarbeiter 1975
ständig beschäft. brutto, ohne Kost und Wohnung (Säulen) Verteilung Metallindustrie 1979 (Umriß)

regelmäßige Nachtüberstunden nur mit 20% Zuschlag zahlen, wohl nach dem

nach 75% Zulage bei Nachtüberstunden findet breite Unterstützung.

An die 80% der Fische, die im Dollart gefangen werden, müssen von den Fischern wieder ins Wasser geworfen werden, weil sie zu große Geschwüre aufweisen. Der Dollart verschmutzt zusehends durch Öltankerunfälle. Die Fischer in der Weser-Ems-Region haben sich schon mehrfach zusammengeschlossen, um gegen die Folgen der Industrieansiedlung in Wilhelmshaven und Emden anzugehen.

Fischverarbeitung an Bord eines Fabrikschiffes (links); Reederei-Großbetrieb für Netzmacherei (rechts)

Mit einer 7,5%-Forderung verhandelt die NGG den Molkerei-Tarif

z.kup. 7,5% mindestens für alle Löhne und Gehälter fordert die NGG (Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten) für ca. 3000 Beschäftigte in 100 Molkereibetrieben im Bezirk Weser-Ems. In diesem Jahr hat die NGG u.a. in folgenden Tarifgebieten der Molkereiindustrie Tarife abgeschlossen: mit 4,5% ab 1. März in Nordrhein-Westfalen und ab 1. Juni in Nord- und Südwürttemberg. In der Molkereiindustrie von Bayern ist ab 1. Juni 1979 eine Tariferhöhung von 4,8% in Kraft getreten. Für die 430000 Beschäftigten der Nahrungs- und Genußmittelindustrie hat die NGG eine Lohn- und Gehaltsforderung von 9% aufgestellt. Die 47000 Werktätigen der Molkereiindustrie sind in kleine Tarifbezirke aufgeteilt. Seit 1970 sind die Molkereibetriebe auf rund die Hälfte geschrumpft. Die Monopolbetriebe breiten sich über die Grenzen der Tarifgebiete aus. Einen völlig neuen Tarifvertrag fordert die NGG für die Molkereiangestellten in Niedersachsen. Die Tätigkeit der Angestellten soll umfassend in acht Bewertungsgruppen eingruppiert werden. Zwischen 1500 DM und 3200 DM werden je nach Qualifikation gefordert. Durch die Einführung neuer Techniken, den Einsatz der Datenverarbeitung sowie die Ausweitung der Produktpalette werden immer höhere Qualifikationen gefordert, ohne daß die Bezahlung entsprechend ist.

Österreich: Molkereikapital will Lohnerhöhung nicht zahlen

z.anb.Wien. Seit Juli bereits lag der staatlichen Preiskommission die Forderung der Milchbauern nach Erhöhung des Erzeugerpreises um 52,5 Groschen (rund 7 Pf.) vor. Die mit voller Brutalität durchschlagenden Betriebsmittelpreiserhöhungen, die verschärften Steuertribute an das Finanzkapital, dies bei einem Milchpreis von 1,71 S (ca. 23 Pf.) für die über das Kontingent hinausgehenden Lieferungen, machen keinerlei Auffangen des Würgegriffs für die Kleinbauern mehr möglich. 560 Mio. S staatliche Preisstützung strich Finanzminister Androsch Ende November aus dem Budget. Als Zwangsverband der ,,Arbeitnehmerinteressen'' empörte sich die ,,Arbeiterkammer'' gegen die Forderung der Bauern und verlangte kategorisch die Begrenzung auf 7 Groschen. Die Preiskommission war zerstritten. Den Ausschlag gab das Molkereikapital: als die Gewerkschaft der Molkereiarbeiter auf der Forderung nach 4,4% Tariferhöhung – dem Durchschnitt der diesjährigen Lohnbewegung – beharrte, schloß man ab, ,,vorbehaltlich der Regelung des Milchpreises'', schließlich müsse man 140 Mio. S Mehrkosten an Lohn abdecken. Der Preis *wurde* geregelt (KVZ 50/79, S.11). Die Kluft zwischen Verbraucherpreis und Erzeugerpreis (3:1) ist der Extraprofit, den das Molkereikapital für drastische Konzentration und Rationalisierung konfisziert.

Landarbeitertarif läuft aus: Anschluß an Industrielöhne nötig

Agrarkapitalisten zahlen Niedrigstlöhne / Enorme Überarbeit / Lohnverteilung von 42040 Landarbeitern

z.gük. Am 31.12.79 laufen die Lohntarife in der Landwirtschaft aus. Die Bedingungen, den Kampf gegen die Agrarkapitalisten zu führen, sind für die Landarbeiter und ihre Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft schwierig. Niedrige Löhne, unmäßige Überarbeit, große Zersplitterung, vergleichsweise geringe Zusammenballung von Arbeitermassen, das System von Naturalverköstigung und Abhängigkeit vom Grundherren kennzeichnen die Lage der Landarbeiter. 100000 ständige Landarbeiter führt die Agrarstatistik 1978, dazu kommen 235000 nichtständige Landarbeiter und ,,Saisonarbeiter''. 1967 waren es noch 137000 nichtständige Landarbeiter und 181000 ständige Landarbeiter. Wurden 1967 noch 11,1 Arbeiter von Höfen über 50 ha Größe auf 100 ha eingesetzt, waren es 1976/77 nur noch 3,7. Die Konzentration von landwirtschaftlichen Betrieben ging in gleichem Maße voran. 1968 gab es noch 738300 Betriebe mit 1 – 10 ha, 1978 nur noch 442500. Dagegen stieg die Zahl der Betriebe mit 50 ha und mehr, von 17500 auf 29200 an. Allein von 1977 auf 78 um 3%.

Der zunehmende Konzentrationsprozeß der Großagrarierbetriebe verbessert die Bedingungen der Landarbeiter, die Anbindung ihrer Löhne an die Industrielöhne zu erreichen, wie sie es seit ihrem Streik 1950 immer wieder fordern. 213 Stunden arbeiteten 1978 die Landarbeiter durchschnittlich im Monat. Die 1979er Tariflöhne schwanken regional unterschiedlich zwischen 5,10 DM in Rheinland/Nassau und 6,45 DM in Baden-Württemberg für angelernte Arbeiter bei leichter Arbeit. Der Facharbeitertarif geht von 8,39 DM in Rheinland/Nassau bis 9,17 DM in Westfalen-Lippe. Der Ecklohn liegt bei 8,31 DM. Bei Metall liegt der Ecklohn bei 8,75 DM. Der Vergleich der Effektivlohnstatistik zeigt, wo der Hase im Pfeffer liegt.

Selbst bei enormer Überarbeit mit 216 Stunden im Monat (Schaubild 01) kommt die Masse der Landarbeiter nur bis auf 200 DM Differenz an die Masse der Metallarbeiter heran. Über 600 DM im Rückstand liegen die Landarbeiter im Lohnverteilungsvergleich bei Normalarbeitszeit 8-Stundentag / 40-Stundenwoche. (Schaubild 02). Bei der Landarbeiterlohnverteilung sind keine Angestellten enthalten. Ihre Funktionen übernehmen z.T. der Großbauer oder der Verwalter des Agrarkapitalisten, die aber nicht erfaßt sind. 46,8% aller ständigen Lohnarbeiter in der Landwirtschaft werden in Betrieben über 50 ha ausgebeutet. Gegen die Absicht der Großagrarier, den Lohn der Landarbeiter möglichst niedrig zu halten, schließen sich die Landarbeiter zusammen. Das drückt sich aus in der seit 1974 wieder anwachsenden Zahl der Mitglieder in der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, von 39859 auf 41311 1978. Eine Forderung der GGLF im letzten Tarifkampf war die 40-Stundenwoche an 5 Tagen bei vollem Lohnausgleich.

Für diesen Tarifkampf haben die Landesbezirke der GGLF beim Vorstand in Kassel ihre Forderungen angemeldet. Die Forderungen zum Lohn liegen im Volumen um einiges über der Forderungsrichtlinie von 10,5% des IGM-Vorstandes (nach Auskunft GGLF-Vorstand am 13.12.). Dabei soll die Struktur der Forderung die Niedriglöhne stärker anheben und insgesammt ein Schritt gemacht werden in Richtung Anbindung der Landarbeiterlöhne an die Industrielöhne. Außerdem werden mehr Urlaub und Urlaubsgeld gefordert. Der GGLF-Vorstand hat die genauen Forderungen noch nicht bekanntgegeben.

Jetzt, nachdem die IGM-Tarifkommission Baden-Württemberg 10%, mindestens 150 DM aufgestellt hat und diese Forderung sich auch in den anderen Metallbezirken abzeichnet, verbessern sich die Bedingungen für den Lohnkampf der Landarbeiter.

01 Lohnverteilung Landarbeiter 1975
ständig beschäft. brutto, ohne Kost und Wohnung (Säulen)
Verteilung Metallindustrie 1979 (Umriß)

% der Beschäftigten
512 1024 2048
-20%-
-15%-
-10%-
-5%-
Durchschnittslohn 1979
in Preisen von 1979
4096 8192 DM

02 Lohnverteilung Landarbeiter 1975
ständig beschäft. brutto, ohne Kost und Wohnung bei 173 Std./Monat (Säulen)
Verteilung Metallindustrie 1979 (Umriß)

% der Beschäftigten
512 1024 2048
-20%-
-15%-
-10%-
-5%-
Durchschnittslohn 1979
in Preisen von 1979
4096 8192 DM

Der Ausbau des Dollarthafens greift die Existenzgrundlage der Fischer an

r.bia. Über das Dollarthafenprojekt heißt es in der Zeitschrift „Binnenschiffahrt und Wasserstraße" 10/1977: „...der drittgrößte deutsche Seehafen kann zwar auf eine lange und teilweise glanzvolle Vergangenheit zurückblicken, hat aber immer wieder unter ungünstigen und sich laufend verändernden Wasserverhältnissen als auch unter politischen Instabilitäten gelitten, die seine an sich vorhandene Standortgunst verdunkelt hatten." Damit sich das nun ändert, werden 937 Mill. DM zum Ausbau des Dollarthafens investiert, wovon 53% das Land Niedersachsen übernimmt und 47% der Bund. Die Verhandlungen über den Ausbau des Dollarts sind für die westdeutsche Bourgeoisie mit einigen Schwierigkeiten verbunden, da zur Vergrößerung des Hafens die Ems verlegt werden muß und Land aufgespült wird, das in niederländisches Staatsgebiet hineinreicht. Die Ostfriesenzeitung vom 18.10.1979 schreibt dazu: „Dollart: Umweltfragen noch offen, Modell für die Grenzfragen in Sicht. ...klar scheint zu sein, daß die Aufspülung, die auf deutscher Seite neues Ansiedlungsland schafft, als deutsches Staatsgebiet zu betrachten ist."

Die westdeutsche Bourgeoisie treibt unter Hochdruck den Ausbau ihrer Hafenkapazitäten voran, im Frühjahr soll der Bau des Dollarthafens schon eingeleitet werden. Zudem wird in Emden die Verflüssigungsanlage für Importkohle entstehen. Es soll ein Teil des Warenstromes, der jetzt über den niederländischen Hafen Rotterdam in das Ruhrgebiet geht, über Emden transportiert werden. Mit diesem Hinweis sind die beiden Ems-Jade-Häfen in den vergangenen Jahren ausgebaut worden.

Gegen den Bau des Dollartprojekts und der Umlegung des Unterlaufs der Ems entwickelt sich Widerstand, weil sich das Leben im Dollart und der Ems verändern wird. Hauptsächlich die Fischer an der Emsmündung sind davon betroffen.

Fischanlandungen in Ostfriesland

	Frischfisch			Krabben		Muscheln	
	Seezunge	Scholle	Kabeljau	Speise-	Futter-	Herz-	Mies-
1977							
in t	180,2	191,3	213,9		4853,3		3117,0
in 1000 DM	1498,4	307,8	269,6				641,0
1978							
in t	192,3	227,0	381,6	1866,2	3392,1	418,0	4363,0
in 1000 DM	1534,6	311,8	419,1	6974,3		503,2	1181,4

Quelle: Der Niedersächsischen Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Gehässige Betrügereien und Schikanen der Nordsee-Fischindustrie

z.ruz. Bei der Nordsee-Fischindustrie in Bremerhaven müssen die Arbeiter bei jeder unregelmäßigen Nachtüberstunde erst hinter der tariflich unstrittigen Nachtzulage von 50% (statt 20% bei Nachtschicht und Regelmäßigkeit) herlaufen, Wochenzettel beim Lohnbüro reklamieren und berichtigen lassen, ehe korrekt gezahlt wird. Läuft man nicht hinterher, schert sich die Werksdirektion einen Teufel um ihre kleinlich genaue Definition von Regelmäßigkeit und läßt auch eindeutig unregelmäßige Nachtüberstunden nur mit 20% Zuschlag zahlen, wohl nach dem Motto: Solange keiner was merkt, betrügen wir ja nicht, sondern „irren" uns nur. Im Bemühen, die Lohnzahlung so klein als möglich zu halten, entwickeln sie sogar Definitionen von Regelmäßigkeit, daß eine alle 14 Tage montags von 5 bis 6 Uhr gemachte Überstunde, weil regelmäßig, nur mit 20% Nachtzulage zu zahlen ist. Einige Schichtschlosser kommentieren diese Verlautbarung damit, daß man ja bestraft würde, wenn man jetzt noch regelmäßig früher käme. Die Forderung nach 75% Zulage bei Nachtüberstunden findet breite Unterstützung.

Kreditprogramm nutzt den kleinen Bauern nichts

z.elf. Die Landesregierung Baden-Württemberg hat für 1980 ein Agrarkreditprogramm beschlossen. Voraussetzungen: ein „wesentlicher Teil" des Erwerbs muß aus Tätigkeit im landwirtschaftlichen Bereich stammen. Das Vorhaben darf noch nicht begonnen sein, es dürfen keine Mittel aus anderer Förderung verwendet werden. Die Einzelinvestition muß mindestens 10000 DM betragen, die Eigenleistung bei Maschinen 50%. Geflügelzüchter erhalten keine Förderung, Schweinehalter keine Zinsverbilligung. Die Zinsverbilligung liegt zwischen 2% in nicht benachteiligten und 4% in benachteiligten Gebieten. Die ersten zwei Jahre sind tilgungsfrei. Die Bauern mit einem Einkommen unter 30000 DM jährlich, 76% aller Bauern, sind mit durchschnittlich 29% (berechnet auf den Besitz an Boden) verschuldet. Die Steuerreformpläne bedeuten nach Berechnung des deutschen Bauernverbandes für diese Betriebe eine Kostenmehrbelastung von bis zu 3000 DM, mit Buchhaltungskosten bis zu 5000 DM und damit 33% des Konsumeinkommens. Kredite nutzen da höchstens, um den unmittelbaren Ruin abzuwehren und treiben die Bauern in Konkurrenz zueinander. Gegen steigende Zinslasten und die Steuerreformpläne haben die bayrischen Bauern als Auftakt zu bundesweit geplanten Aktionen am 8. Dezember in den Städten Aufklärungsaktionen durchgeführt.

An die 80% der Fische, die im Dollart gefangen werden, müssen von den Fischern wieder ins Wasser geworfen werden, weil sie zu große Geschwüre aufweisen. Der Dollart verschmutzt zusehends durch Öltankerunfälle. Die Fischer in der Weser-Ems-Region haben sich schon mehrfach zusammengeschlossen, um gegen die Folgen der Industrieansiedlung in Wilhelmshaven und Emden anzugehen.

Fischverarbeitung an Bord eines Fabrikschiffes (links); Reederei-Großbetrieb für Netzmacherei (rechts)

Landarbeitertarif läuft aus: Anschluß an Industrielöhne nötig

Agrarkapitalisten zahlen Niedrigstlöhne / Enorme Überarbeit / Lohnverteilung von 42040 Landarbeitern

z.gük. Am 31.12.79 laufen die Lohntarife in der Landwirtschaft aus. Die Bedingungen, den Kampf gegen die Agrarkapitalisten zu führen, sind für die Landarbeiter und ihre Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft schwierig. Niedrige Löhne, unmäßige Überarbeit, große Zersplitterung, vergleichsweise geringe Zusammenballung von Arbeitermassen, das

kommt die Masse der Landarbeiter nur bis auf 200 DM Differenz an die Masse der Metallarbeiter heran. Über 600 DM im Rückstand liegen die Landarbeiter im Lohnverteilungsvergleich bei Normalarbeitszeit 8-Stundentag / 40-Stundenwoche. (Schaubild 02). Bei der Landarbeiterlohnverteilung sind keine Angestellten enthalten. Ihre Funktionen übernehmen z.T. der Großbauer

% der Beschäftigten 512 1024 2048 -20% 01 Lohnverteilung Landarbeiter 1975 ständig beschäft. brutto, ohne Kost und Wohnung (Säulen) Verteilung Metallindustrie 1979 (Umriß)

Mit einer 7,5%-Forderung verhandelt die NGG den Molkerei-Tarif

z.kup. 7,5% mindestens für alle Löhne und Gehälter fordert die NGG (Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten) für ca. 3000 Beschäftigte in 100 Molkereibetrieben im Bezirk Weser-Ems. In diesem Jahr hat die NGG u.a. in folgenden Tarifgebieten der Molkereiindustrie Tarife abgeschlossen: mit 4,5% ab 1. März in Nordrhein-Westfalen und ab 1. Juni in Nord- und Südwürttemberg. In der Molkereiindustrie von Bayern ist ab 1. Juni 1979 eine Tariferhöhung von 4,8% in Kraft getreten. Für die 430000 Beschäftigten der Nahrungs- und Genußmittelindustrie hat die NGG eine Lohn- und Gehaltsforderung von 9% aufgestellt. Die 47000 Werktätigen der Molkereiindustrie sind in kleine Tarifbezirke aufgeteilt. Seit 1970 sind die Molkereibetriebe auf rund die Hälfte geschrumpft. Die Monopolbetriebe breiten sich über die Grenzen der Tarifgebiete aus. Einen völlig neuen Tarifvertrag fordert die NGG für die Molkereiangestellten in Niedersachsen. Die Tätigkeit der Angestellten soll umfassend in acht Bewertungsgruppen eingruppiert werden. Zwischen 1500 DM und 3200 DM werden je nach Qualifikation gefordert. Durch die Einführung neuer Techniken, den Einsatz der Datenverarbeitung sowie die Ausweitung der Pro-

20% Zuschlag zahlen, wohl nach dem | den findet breite Unterstützung.

An die 80% der Fische, die im Dollart gefangen werden, müssen von den Fischern wieder ins Wasser geworfen werden, weil sie zu große Geschwüre aufweisen. Der Dollart verschmutzt zusehends durch Öltankerunfälle. Die Fischer in der Weser-Ems-Region haben sich schon mehrfach zusammengeschlossen, um gegen die Folgen der Industrieansiedlung in Wilhelmshaven und Emden anzugehen.

Fischverarbeitung an Bord eines Fabrikschiffes (links); Reederei-Großbetrieb für Netzmacherei (rechts)

Landarbeitertarif läuft aus: Anschluß an Industrielöhne nötig

Agrarkapitalisten zahlen Niedrigstlöhne / Enorme Überarbeit / Lohnverteilung von 42040 Landarbeitern

z.gük. Am 31.12.79 laufen die Lohntarife in der Landwirtschaft aus. Die Bedingungen, den Kampf gegen die Agrarkapitalisten zu führen, sind für die Landarbeiter und ihre Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft schwierig. Niedrige Löhne, unmäßige Überarbeit, große Zersplitterung, vergleichsweise geringe Zusammenballung von Arbeitermassen, das System von Naturalverköstigung und Abhängigkeit vom Grundherren kennzeichnen die Lage der Landarbeiter. 100000 ständige Landarbeiter führt die Agrarstatistik 1978, dazu kommen 235000 nichtständige Landarbeiter und „Saisonarbeiter". 1967 waren es noch 137000 nichtständige Landarbeiter und 181000 ständige Landarbeiter. Wurden 1967 noch 11,1 Arbeiter von Höfen über 50 ha Größe auf 100 ha eingesetzt, waren es 1976/77 nur noch 3,7. Die Konzentration von landwirtschaftlichen Betrieben ging in gleichem Maße voran. 1968 gab es noch 738300 Betriebe mit 1 – 10 ha, 1978 nur noch 442500. Dagegen stieg die Zahl der Betriebe mit 50 ha und mehr, von 17500 auf 29200 an. Allein von 1977 auf 78 um 3%.

Der zunehmende Konzentrationsprozeß der Großagrarierbetriebe verbessert die Bedingungen der Landarbeiter, die Anbindung ihrer Löhne an die Industrielöhne zu erreichen, wie sie es seit ihrem Streik 1950 immer wieder fordern. 213 Stunden arbeiteten 1978 die Landarbeiter durchschnittlich im Monat. Die 1979er Tariflöhne schwanken regional unterschiedlich zwischen 5,10 DM in Rheinland/Nassau und 6,45 DM in Baden-Württemberg für angelernte Arbeiter bei leichter Arbeit. Der Facharbeitertarif geht von 8,39 DM in Rheinland/Nassau bis 9,17 DM in Westfalen-Lippe. Der Ecklohn liegt bei 8,31 DM. Bei Metall liegt der Ecklohn bei 8,75 DM. Der Vergleich der Effektivlohnstatistik zeigt, wo der Hase im Pfeffer liegt.

Selbst bei enormer Überarbeit mit 216 Stunden im Monat (Schaubild 01) kommt die Masse der Landarbeiter nur bis auf 200 DM Differenz an die Masse der Metallarbeiter heran. Über 600 DM im Rückstand liegen die Landarbeiter im Lohnverteilungsvergleich bei Normalarbeitszeit 8-Stundentag / 40-Stundenwoche. (Schaubild 02). Bei der Landarbeiterlohnverteilung sind keine Angestellten enthalten. Ihre Funktionen übernehmen z.T. der Großbauer oder der Verwalter des Agrarkapitalisten, die aber nicht erfaßt sind. 46,8% aller ständigen Lohnarbeiter in der Landwirtschaft werden in Betrieben über 50 ha ausgebeutet. Gegen die Absicht der Großagrarier, den Lohn der Landarbeiter möglichst niedrig zu halten, schließen sich die Landarbeiter zusammen. Das drückt sich aus in der seit 1974 wieder anwachsenden Zahl der Mitglieder in der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, von 39859 auf 41311 1978. Eine Forderung der GGLF im letzten Tarifkampf war die 40-Stundenwoche an 5 Tagen bei vollem Lohnausgleich.

Für diesen Tarifkampf haben die Landesbezirke der GGLF beim Vorstand in Kassel ihre Forderungen angemeldet. Die Forderungen zum Lohn liegen im Volumen um einiges über der Forderungsrichtlinie von 10,5% des IGM-Vorstandes (nach Auskunft GGLF-Vorstand am 13.12.). Dabei soll die Struktur der Forderung die Niedriglöhne stärker anheben und insgesammt ein Schritt gemacht werden in Richtung Anbindung der Landarbeiterlöhne an die Industrielöhne. Außerdem werden mehr Urlaub und Urlaubsgeld gefordert. Der GGLF-Vorstand hat die genauen Forderungen noch nicht bekanntgegeben.

Jetzt, nachdem die IGM-Tarifkommission Baden-Württemberg 10%, mindestens 150 DM aufgestellt hat und diese Forderung sich auch in den anderen Metallbezirken abzeichnet, verbessern sich die Bedingungen für den Lohnkampf der Landarbeiter.

01 Lohnverteilung Landarbeiter 1975
ständig beschäft. brutto, ohne Kost und Wohnung (Säulen)
Verteilung Metallindustrie 1979 (Umriß)

% der Beschäftigten – 20% – 15% – 10% – 5%
512 – 1024 – 2048 – 4096 – 8192 DM
Durchschnittslohn 1979
in Preisen von 1979

02 Lohnverteilung Landarbeiter 1975
ständig beschäft. brutto, ohne Kost und Wohnung bei 173 Std./Monat (Säulen)
Verteilung Metallindustrie 1979 (Umriß)

% der Beschäftigten – 20% – 15% – 10% – 5%
512 – 1024 – 2048 – 4096 – 8192 DM
Durchschnittslohn 1979
in Preisen von 1979

Mit einer 7,5%-Forderung verhandelt die NGG den Molkerei-Tarif

z.kup. 7,5% mindestens für alle Löhne und Gehälter fordert die NGG (Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten) für ca. 3000 Beschäftigte in 100 Molkereibetrieben im Bezirk Weser-Ems. In diesem Jahr hat die NGG u.a. in folgenden Tarifgebieten der Molkereiindustrie Tarife abgeschlossen: mit 4,5% ab 1. März in Nordrhein-Westfalen und ab 1. Juni in Nord- und Südwürttemberg. In der Molkereiindustrie von Bayern ist ab 1. Juni 1979 eine Tariferhöhung von 4,8% in Kraft getreten. Für die 430000 Beschäftigten der Nahrungs- und Genußmittelindustrie hat die NGG eine Lohn- und Gehaltsforderung von 9% aufgestellt. Die 47000 Werktätigen der Molkereiindustrie sind in kleine Tarifbezirke aufgeteilt. Seit 1970 sind die Molkereibetriebe auf rund die Hälfte geschrumpft. Die Monopolbetriebe breiten sich über die Grenzen der Tarifgebiete aus. Einen völlig neuen Tarifvertrag fordert die NGG für die Molkereiangestellten in Niedersachsen. Die Tätigkeit der Angestellten soll umfassend in acht Bewertungsgruppen eingruppiert werden. Zwischen 1500 DM und 3200 DM werden je nach Qualifikation gefordert. Durch die Einführung neuer Techniken, den Einsatz der Datenverarbeitung sowie die Ausweitung der Produktpalette werden immer höhere Qualifikationen gefordert, ohne daß die Bezahlung entsprechend ist.

Österreich: Molkereikapital will Lohnerhöhung nicht zahlen

z.anb.Wien. Seit Juli bereits lag der staatlichen Preiskommission die Forderung der Milchbauern nach Erhöhung des Erzeugerpreises um 52,5 Groschen (rund 7 Pf.) vor. Die mit voller Brutalität durchschlagenden Betriebsmittelpreiserhöhungen, die verschärften Steuertribute an das Finanzkapital, dies bei einem Milchpreis von 1,71 S (ca. 23 Pf.) für die über das Kontingent hinausgehenden Lieferungen, machen keinerlei Auffangen des Würgegriffs für die Kleinbauern mehr möglich. 560 Mio. S staatliche Preisstützung strich Finanzminister Androsch Ende November aus dem Budget. Als Zwangsverband der „Arbeitnehmerinteressen" empörte sich die „Arbeiterkammer" gegen die Forderung der Bauern und verlangte kategorisch die Begrenzung auf 7 Groschen. Die Preiskommission war zerstritten. Den Ausschlag gab das Molkereikapital: als die Gewerkschaft der Molkereiarbeiter auf der Forderung nach 4,4% Tariferhöhung – dem Durchschnitt der diesjährigen Lohnbewegung – beharrte, schloß man ab, „vorbehaltlich der Regelung des Milchpreises", schließlich müsse man 140 Mio. S Mehrkosten an Lohn abdecken. Der Preis *wurde* geregelt (KVZ 50/79, S.11). Die Kluft zwischen Verbraucherpreis und Erzeugerpreis (3:1) ist der Extraprofit, den das Molkereikapital für drastische Konzentration und Rationalisierung konfisziert.

Negativliste: Haarscharf auf die Beseitigung der lebenswichtigsten Medikamente gezielt

z.wob. Nach zweijährigen Windungen hat der Bundesausschuß der Kassenärzte und Krankenkassen eine Negativliste mit 322 Medikamenten, die nicht mehr verordnet werden dürfen, vorgelegt. (s. KVZ Nr. 46/97) Jetzt gibt es Krach um die Liste. Ehrenberg hat sie noch nicht unterschrieben. Nach Berechnungen der Arzneifirma Thomae belaufen sich die Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherungen für Arzneien 1979 auf 10,588 Mrd. DM, das sind 14,7% der Gesamtausgaben. Wie diese Milliarden in Kapital für die Kapitalistenklasse verwandeln? Einiges ist schon erreicht: 1977 betrug der Anteil der Arzneimittelkosten an den Gesamtausgaben noch 18,592 Mrd. DM oder 26,62%.

Mit dem immer rascheren Verschleiß der Arbeitskraft wächst der Widerstand gegen die Streichung der Medikamente. „Ausgabesteigerungen von über zehn bis 20% (bei den Medikamenten) geben Anlaß, auf Folgendes hinzuweisen: (...) Nicht jede Behandlung erfordert ein Rezept!" (Wartezimmerplakat der RVO-Kassen und der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns)

Bundesweit rollt eine Propagandawelle gegen „Wunschverordnungen" der Versicherten, die sich angeblich Unsummen von wirkungslosen und schädlichen Medikamenten verschreiben lassen, und gegen die Kassenärzte, die sich den Wünschen wider besseres Wissen unterwerfen. Auf die Liste solcher nicht mehr zu verschreibenden „Bagatell"-Medikamente wurden solche gesetzt, für die Publikumswerbung betrieben wird und bei denen ein hoher Anteil an „Selbstmedikation" besteht. Im Klartext: Die Medikamente, die die Versicherten am häufigsten benötigen und die sie gezwungen sind, trotz immer höherer Versicherungsbeiträge jetzt schon selbst zu kaufen, sollen gestrichen werden. Trotz Selbstmedikation: Die vorgelegte Liste würde den Kassen Einsparungen von 360 Mio. DM bringen für 1979.

Die Liste enhält Leimruten: „Superpep Reisekaugummidragees, Zwiebelkurkapseln, Mücken-Gel." Das muß ja nicht alles von der Kasse bezahlt werden, soll man denken. Wir haben nachgezählt: 235 der insgesamt 322 Medikamente stehen in der Roten Liste, dem Arzneiverzeichnis, nach dem die Ärzte verschreiben. 72% dieser in der Roten Liste erfaßten Medikamente konzentrieren sich auf elf Anwendungsgebiete. In der Häufigkeit von Streichungen ergäbe sich folgende Rangfolge:

1. 63 Medikamente (=24,2%) für Erkrankungen der Atmungsorgane; 2. 31 (=12,5%) für Verdauungserkrankungen; 3. 30 (=12,3%) für Schmerzen und Rheuma; 4. 16 (=5,5%) für psychische Erkrankungen; 5. 8 (=2%) für Kreislauferkrankungen. Daß bei diesen Mitteln der Anteil der Selbstmedikation hoch ist, hat seinen Grund: Laut Statistischem Jahrbuch 1979 ergibt sich bei Ortskrankenkassenmitgliedern folgende Reihenfolge der Häufigkeit von Arbeitsunfähigkeit:

1. Erkrankungen der Atemwege; 2. Erkrankungen von Skelett, Muskeln, Bindegewebe einschließlich Rheuma; 3. Krankheiten der Verdauungsorgane; 4. Kreislauf; 5. Psychische Erkrankungen. Eine repräsentative Zusammenstellung der Verordnungen durch einen Allgemeinarzt nach Häufigkeit und Kosten ergab:

11,57% Kreislaufmittel, 6,98% für Erkrankungen der Atmungsorgane, 5,99% für Psychopharmaka, 4,91% für Verdauungsmittel. Die Reihenfolge nach Kosten: 1. Psychopharmaka; 2. Kreislaufmittel; 3. Schmerzmittel; 4. Zuckermittel; 5. Hustenmittel. („Moderne Medizin", 14.12.79)

Die Negativliste entpuppt sich als haarscharf gezielter Angriff auf die Medikamentengruppen, die die Versicherten am dringendsten benötigen und die einen hohen Kostenanteil haben. Sie werden sowohl am häufigsten verschrieben, als auch selbst gekauft. Zur Durchsetzung zielt die Liste auf eine weitere Spaltung zwischen Versicherten in Arbeit und Rentner: Im Schnitt kosten die kleinsten Packungen der Medikamente, die auch in der Roten Liste stehen, vier bis acht Mark. Das kann sich ein Arbeiter gerade noch leisten, ein Rentner nicht. Weit über die Hälfte aller Verdauungsmittel z.B. wird an Patienten über 50 Jahre verschrieben.

„Der Bundesausschuß (...) wird die beschlossene Liste in regelmäßigen Abständen überprüfen". (Richtlinien des Bundesausschusses) Ist sie erst einmal durchgesetzt, kann sie immer weiter ausgedehnt werden.

Die Liste ist nicht durchgesetzt. Der DGB fordert die Besetzung der Selbstverwaltungsorgane ausschließlich durch Vertreter der Versicherten. Der Personalratsvorsitzende der Uniklinik in Erlangen hat die Studenten zum Kampf gegen die Kostendämpfung aufgerufen. „Für Ärzte und Patienten unzumutbar", stellt der Hartmannbund, Verband der Ärzte Deutschlands, fest. Die Privat- und Ersatzkassen wittern Konkurrenzvorteile, wenn sie die Liste nicht anerkennen. Nur wenn die Ärzte nicht mehr behaupteten, die Negativliste zerstöre das Vertrauen zwischen Arzt und Patienten, werde er unterschreiben, hat Ehrenberg erklärt. Ein Jahr Regreßwelle mag da günstig sein, außerdem sind dann die Bundestagswahlen vorbei, wird er spekulieren. Währenddessen läßt er über Alternativen zur Negativliste, z.B. über die generelle Selbstbeteiligung, debattieren, die Packungen verkleinern, die Regreßbestimmungen verschärfen und verspricht den Pharmakapitalisten neue Subventionen. Kommt er nicht durch mit der Liste, war die Debatte darüber doch gut als Rauchvorhang für neue Angriffe auf die Sozialversicherungen.

Entscheidend kommt es auf den Kampf der Gewerkschaften an, ob der Angriff zurückgeschlagen wird. Bei den Sozialwahlen im Juni 1980 sollten nur solche Vertreter gewählt werden, die für die Beseitigung der Negativliste und für die Rücknahme der Rezeptgebühr eintreten.

schädlichen Medikamenten verschreiben lassen, und gegen die Kassenärzte, die sich den Wünschen wider besseres Wissen unterwerfen. Auf die Liste solcher nicht mehr zu verschreibenden „Bagatell"-Medikamente wurden solche gesetzt, für die Publikumswerbung betrieben wird und bei denen ein hoher Anteil an „Selbstmedikation" besteht. Im Klartext: Die Medikamente, die die Versicherten am häufigsten benötigen und die sie gezwungen sind, trotz immer höherer Versicherungsbeiträge jetzt schon selbst zu kaufen, sollen gestrichen werden. Trotz Selbstmedikation: Die vorgelegte Liste würde den Kassen Einsparungen von 360 Mio. DM bringen für 1979.

Die Liste enhält Leimruten: „Superpep Reisekaugummidragees, Zwiebelkurkapseln, Mücken-Gel." Das muß ja nicht alles von der Kasse bezahlt werden, soll man denken. Wir haben nachgezählt: 235 der insgesamt 322 Medikamente stehen in der Roten Liste, dem Arzneiverzeichnis, nach dem die Ärzte verschreiben. 72% dieser in der Roten Liste erfaßten Medikamente konzentrieren sich auf elf Anwendungsgebiete. In der Häufigkeit von Streichungen ergäbe sich folgende Rangfolge:

1. 63 Medikamente (=24,2%) für Erkrankungen der Atmungsorgane; 2. 31 (=12,5%) für Verdauungserkrankungen; 3. 30 (=12,3%) für Schmerzen und Rheuma; 4. 16 (=5,5%) für psychische Erkrankungen; 5. 8 (=2%)

„Der Bundesausschuß (...) wird die beschlossene Liste in regelmäßigen Abständen überprüfen". (Richtlinien des Bundesausschusses) Ist sie erst einmal durchgesetzt, kann sie immer weiter ausgedehnt werden.

Die Liste ist nicht durchgesetzt. Der DGB fordert die Besetzung der Selbstverwaltungsorgane ausschließlich durch Vertreter der Versicherten. Der Personalratsvorsitzende der Uniklinik in Erlangen hat die Studenten zum Kampf gegen die Kostendämpfung aufgerufen. „Für Ärzte und Patienten unzumutbar", stellt der Hartmannbund, Verband der Ärzte Deutschlands, fest. Die Privat- und Ersatzkassen wittern Konkurrenzvorteile, wenn sie die Liste nicht anerkennen. Nur wenn die Ärzte nicht mehr behaupteten, die Negativliste zerstöre das Vertrauen zwischen Arzt und Patienten, werde er unterschreiben, hat Ehrenberg erklärt. Ein Jahr Regreßwelle mag da günstig sein, außerdem sind dann die Bundestagswahlen vorbei, wird er spekulieren. Währenddessen läßt er über Alternativen zur Negativliste, z.B. über die generelle Selbstbeteiligung, debattieren, die Packungen verkleinern, die Regreßbestimmungen verschärfen und verspricht den Pharmakapitalisten neue Subventionen. Kommt er nicht durch mit der Liste, war die Debatte darüber doch gut als Rauchvorhang für neue Angriffe auf die Sozialversicherungen.

Entscheidend kommt es auf den

Eine brauchbare Forderung mit Schönheitsfehlern

IGM-Tarifkommission in Baden-Württemberg fordert 150 DM / 10% mindestens

Letzte Woche hat der Hauptvorstand der IG-Metall die Lohnbewegung 1980 durch die Veröffentlichung seiner Rahmenrichtlinie eröffnet. Die Rahmenrichtlinie war: Ein Gesamtvolumen von 10,5% sollte nicht überschritten werden. In diesem Gesamtvolumen sollten überproportionale Anhebungen für die unteren Lohngruppen und Gehaltsgruppen enthalten sein.

Baden-Württemberg hat letzten Donnerstag daraufhin – als erster der IG-Metallbezirke – die Forderung aufgestellt. Gefordert wurden: Bis einschließlich Ecklöhne Festgeld und zwar in Höhe 10% vom Ecklohn. Ab dann 10%.

Die baden-württembergische Forderung nutzt den Spielraum, den der Hauptvorstandbeschluß läßt, nicht aus. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" gibt das Volumen mit knapp 10,3% an, wobei die Angestellten eingerechnet wären. Berechnet man das Volumen auf Grundlage der neuesten Effektivlohnstatistik des Statistischen Bundesamtes, so kommt man auf ein Gesamtvolumen von bloß knapp 10,2%.

Die baden-württembergische Forderung ist, auf den Tariflohn gerechnet, etwa 150 DM Festgeld wert. Hätte man das vom Hauptvorstand als Maximum gesetzte Volumen von 10,5% ausgelotet, so wäre man bei einer Forderung von 170 DM / 10% mindestens gelandet. Dies wäre zweifellos günstiger gewesen. Wahrscheinlich hätten so die immerhin 60 Delegierten, die gegen die Forderung gestimmt haben, auch positiv gestimmt.

Interessant am Rande: Hätte man sich für eine reine Festgeldforderung entschlossen, so wäre – innerhalb des 10,5%-Volumens – ein Betrag von ziemlich genau 204 DM auf den *Tariflohn* möglich gewesen. Effektiv also ein Gegenwert von rund 270 DM pro Monat. Es wäre also mit gutem Nutzen möglich, die Festgeldseite höher aufzustellen, als dies in Baden-Württemberg geschah.

Die Veröffentlichung der für den Monat Juli erhobenen Effektivlöhne ermöglicht die Berechnung der Lohndrift, die gegenüber dem Vorjahr stattgefunden hat. Man errechnet dabei einen ziemlichen Skandal. Die Kapitalisten haben den niedrigen Vorjahresabschluß genutzt, um die Gehälter der höheren Angestellten ganz unverschämt zu steigern. Auch unter diesem Gesichtspunkt wäre es nicht töricht gewesen, mit der Festgeldseite so hoch zu gehen, daß ein Ausgleich erfolgt.

Die Forderung, die für die Jugend mit 80 DM akzeptabel ist, hat ansonsten schon gewisse Nachteile. Sie reizt die Kapitalisten schwer, ohne dem Großteil der Belegschaften einschneidende Vorteile zu sichern. Denn der Prozentsatz, der von der Festgeldseite vor der Benachteiligung durch Prozentforderungen geschützt ist, ist zu niedrig.

Mit einer geschickten Verhandlungsführung würde sich da aber schon noch etwas ändern lassen. Man weiß, z.B. von den Tarifkämpfen der ÖTV, daß die Festgeldseite einer solchen Forderung besser gehalten werden *kann* in den Verhandlungen als die Prozentseite. Würde man z.B. auf einen Abschluß von 150 DM / 7% mindestens peilen, so hätte man bereits weit über die Hälfte, genauer gesagt, den ganzen Belegschaftsteil, der durch die Effektivlohndrift des letzten Jahres betrogen worden ist, gesichert.

Wenn man die Schönheitsfehler der Forderung, Festgeldseite zu niedrig, Prozentseite eindeutig auf Verhandlungsspielraum berechnet, mindern will, so müßte man versuchen, die Festgeldseite auf dem *Betrag* zu *halten*, der jetzt steht, und Verhandlungen nur noch über die Prozentseite führen.

Wie genau sind Lohnverteilungen? Bei Berechnung aller unregelmäßigen, einmaligen usw. Zahlungen als 13. Monatslohn ergibt die nebenstehende Lohnverteilung eine Lohnsumme von 108,3 Mrd. DM in Baden-Württemberg 1978. Amtlich ausgewiesen: 107 Mrd. DM (Differenz: + 1,23%). – Die Lohndrift aufgrund der Verteilungen berechnet: 5,37% im Durchschnitt. Amtliche Statistik: 5,31% (Differenz + 1,13%). – Bei Berechnung der Nettolohnsumme ist diese Genauigkeit noch nicht erreicht: 74,9 Mrd. gegen 79,8 Mrd. amtlich (– 6,1%).

Verteilung aller Lohnabhängigen in Baden-Württemberg nach ihren Effektivlöhnen 1978 (100% = 3,55 Mio.) Schwarze Fläche: Anteil der Lohnabhängigen in der Metallindustrie (870 Tsd. = 24,4%)

Forderungsertrag 150 DM / 10% auf Effektivlohn

Effektivl. Vertlg. Metallind. Baden-Württbg. Juli 1979

Lohndrift Juli 1978 auf Juli 1979 in der Metallindustrie in Baden-Württbg.

von 170 DM / 10% mindestens gelandet. Dies wäre zweifellos günstiger gewesen. Wahrscheinlich hätten so die immerhin 60 Delegierten, die gegen die Forderung gestimmt haben, auch positiv gestimmt.

Interessant am Rande: Hätte man sich für eine reine Festgeldforderung entschlossen, so wäre – innerhalb des 10,5%-Volumens – ein Betrag von ziemlich genau 204 DM auf den *Tariflohn* möglich gewesen. Effektiv also ein Gegenwert von rund 270 DM pro Monat. Es wäre also mit gutem Nutzen möglich, die Festgeldseite höher aufzustellen, als dies in Baden-Württemberg geschah.

Die Veröffentlichung der für den Monat Juli erhobenen Effektivlöhne ermöglicht die Berechnung der Lohndrift, die gegenüber dem Vorjahr stattgefunden hat. Man errechnet dabei einen ziemlichen Skandal. Die Kapitalisten haben den niedrigen Vorjahresabschluß genutzt, um die Gehälter der höheren Angestellten ganz unverschämt zu steigern. Auch unter diesem Gesichtspunkt wäre es nicht töricht gewesen, mit der Festgeldseite so hoch zu gehen, daß ein Ausgleich erfolgt.

Die Forderung, die für die Jugend mit 80 DM akzeptabel ist, hat ansonsten schon gewisse Nachteile. Sie reizt die Kapitalisten schwer, ohne dem Großteil der Belegschaften einschneidende Vorteile zu sichern. Denn der Prozentsatz, der von der Festgeldseite vor der Benachteiligung durch Prozentforde-

Wie genau sind Lohnverteilungen? Bei Berechnung aller unregelmäßigen, einmaligen usw. Zahlungen als 13. Monatslohn ergibt die nebenstehende Lohnverteilung eine Lohnsumme von 108,3 Mrd. DM in Baden-Württemberg 1978. Amtlich ausgewiesen: 107 Mrd. DM (Differenz: + 1,23%). – Die Lohndrift aufgrund der Verteilungen berechnet: 5,37% im Durchschnitt. Amtliche Statistik: 5,31% (Differenz + 1,13%). – Bei Berechnung der Nettolohnsumme ist diese Genauigkeit noch nicht erreicht: 74,9 Mrd. gegen 79,8 Mrd. amtlich (– 6,1%).

den Verhandlungen als die Prozentsei-

Wenn man die Schönheitsfehler der

z.inl. **30000 Sekundarschullehrer aus ganz Frankreich beteiligten sich am 12.12. am „Marsch auf Paris".** Aufgerufen von einer breiten Front der Lehrergewerkschaften, demonstrierten sie am Sitz der Regierung für ihre Forderungen: Festanstellung der Hilfslehrer, kleinere Klassen, bessere Arbeitsbedingungen und die Respektierung der gewerkschaftlichen Rechte. Tags zuvor hatten sie dafür gestreikt, nach Gewerkschaftsangaben über 70% der fast 300000 Lehrer der Ober-, Fachober- und Berufsschulen des Sekundarbereichs. Erziehungsminister Beullac schloß aus der Vielzahl der Forderungen nur auf Schwäche der Bewegung, tönte „Routinestreik" und ließ offiziell 48% zählen. Tatsächlich drückt die Vielfalt vor allem aus, daß es überall in der Lehrerschaft gärt. 4500 Vor- und Grundschulklassen sind zu Schuljahresbeginn im September geschlossen worden, an den Oberschulen müssen sich 40 Schüler in überfüllte Räume zwängen. Mit Zehntausenden von Hilfslehrern, das sind nichtverbeamtete, mit Zeitverträgen angestellte und/oder teilzeitbeschäftigte Lehrer, will die Regierung einen Spaltkeil in den Sekundarbereich treiben; 6000 Hilfslehrer hält sie als Reserve arbeitslos. Die Streikenden forderten ihre Einstellung

z.rül.London. **400 der 2000 Dubliner Müllarbeiter streiken seit zwei Wochen gegen eine Ausweitung ihrer Fahrtrouten.** Die Stadtverwaltung hatte im November die Fahrtrouten ausgeweitet und sich geweigert, den Arbeitern dafür einen Lohnzuschlag zu zahlen. Daraufhin waren 70 Arbeiter in einem Mülldepot – Mitglieder der Gewerkschaft AGEMOU – in einen Bummelstreik getreten. Als die Stadtverwaltung diese Arbeiter vor zwei Wochen entließ, traten sofort alle 400 AGEMOU-Mitglieder bei der Stadtverwaltung in den Streik. Letzte Woche erklärte das Oberste Gericht auf Antrag der Stadtverwaltung den Streik für illegal. Dennoch setzen die Arbeiter ihren Streik fort. Ihre Gewerkschaft fordert die sofortige Zurücknahme des Urteils.

z.dab. **Der Gewerkschaftskongreß der Bauarbeiter, der am 9. und 10.12. in Gent (Belgien) stattfand, hat für die Tarifverhandlungen im nächsten Frühjahr u.a. folgende Forderungen aufgestellt:** 38-Stundenwoche; Überstunden und Einstellung von Rentnern nur bei ausdrücklicher Genehmigung der Gewerkschaften; Überbrückungsrente ab 58 Jahren für Arbeiter, die arbeitsunfähig geschrieben wurden; Bezahlung der Sozialabgaben vollständig durch die Kapitalisten; Erhöhung aller Löhne ab 1. April 1980 um 2,25%, mindestens 5 bfr pro Stunde (etwa 32 Pf.; der durchscnittliche Bruttostundenlohn lag im April 1978 bei 198,96 bfr = 12,40 DM); Erhöhung der Schichtzulage bei Nachtarbeit von 25 auf 30%; 25% Zulage bei Arbeiten in und an Kernkraftwerken; Erhöhung des Anteils der Kapitalisten an den Transportkosten mit eigenen Mitteln um 25% und des Kilometergeldes von 1 auf 1,5 bfr; verstärkte Kontrolle der Sicherheitsbestimmungen, da bei z.Z. 196000 beschäftigten Bauarbeitern 40000 Arbeitsunfälle pro Jahr stattfinden, pro Woche zwei tödliche.

z.scc. **Zuerst hatte die niederländische Regierung für die Tarifauseinandersetzungen 1980 eine Lohnerhöhung von ½% zur obersten Richtmarke erklärt.** Dann hatten die Kapitalisten im „zentralen Lohngespräch" mit den Gewerkschaften das Angebot auf 1% plus auf weitere Lohnspreizung angelegte Zulagen erhöht. Jetzt, nach dem Scheitern des „Lohngesprächs" – der Gewerkschaftsbund FNV hielt an seiner Forderung nach 2% Lohnerhöhung fest, die Kapitalisten zogen daraufhin ihr Angebot zurück –, bereitet die Regierung unter Berufung auf das „Lohngesetz" halbjähriges „Einfrieren" der Löhne vor. Schon vorher hatte sie den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Lohn*kürzungen* angekündigt: Erstens würden ihre Löhne 1980 nicht an die Lohnentwicklung in der Bauindustrie, an die sie gebunden sind, angepaßt. Zweitens will der Dienstherr die Zulagen für unregelmäßige Arbeit und Überstunden streichen – eine Lohnsenkung von durchschnittlich mehr als 2%. Die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst beraten gemeinsame Aktionen; die Postarbeiter haben bereits Streik gefordert. Die Antwort des FNV steht noch aus. Mit seiner 2%-Forderung werden es die rund vier Millionen Lohnabhängigen unnötig schwer haben, den Angriff abzuwehren.

z.bag.Aarhus. **Der größte Zeitungskonzern und der größte Verlag Dänemarks versuchen momentan, mit scharfen Rationalisierungsmaßnahmen fallende Profite wettzumachen.** Das Pressehaus Berlingske entließ von 3000 Beschäftigten 1974 300 Mann, 1977, nach einem fünfmonatigen Streik gegen die Einführung neuer Lichtsatztechnik, noch einmal 200. Jetzt sollen weitere 163 Stellen überflüssig gemacht werden. Drucker und Setzer verhinderten aus Protest dagegen letzte Woche die Produktion der Zeitung „Billed-Bladet". Der Verlag Gyldendal will 1980 die Buchproduktion um 20% drosseln und von 410 Beschäftigten 31 Mann entlassen. Begründung: die staatlichen Sparmaßnahmen reduzierten die Bücherkäufe der Kommunen für Schulen und Bibliotheken.

z.ulg.Rom. **Zur Mobilisierung der industriellen Reservearmee hat die italienische Regierung die Kurzarbeiterkasse reformiert.** Kurzarbeitergeld in Höhe

Weitere Streikmaßnahmen für die Durchsetzung der 40-Stundenwoche bei den Lehrern geplant

z.eve. Die Tagung der Ministerpräsidenten in Celle hat einigen Lehrergruppen in einigen Bundesländern Arbeitszeitverkürzung von einer Unterrichtsstunde zugestanden. Keinesfalls ist die 40-Stunden-Woche durchgesetzt, die 20 bis 25 Unterrichtsstunden für die Lehrer heißen würde. So planen in verschiedenen Bundesländern die Landesverbände Streiks und Aktionstage, um gegen die Disziplinierungen vorzugehen und endlich ihre Forderung durchzusetzen. Die GEW Westberlin führt am 13.12. eine Demonstration durch, die GEW NRW will vom 1.2. bis 25.2. eine Unterschriftensammlung durchführen mit dem Ziel, am 5.3. zu streiken. Mitte Januar soll in Baden-Württemberg eine Funktionärskonferenz stattfinden, auf der entschieden wird, ob schon im Februar gestreikt werden soll. Auch für den 5.3.80 ist ein Aktionstag vorgesehen.

Es hat sich herausgestellt, daß die GEW durch den Streik gestärkt worden ist. In Hameln gab der Ortsvorsitzende auf einer Mitgliederversammlung bekannt, daß vor und während des Streiks 185 Lehrer in die Gewerkschaft eingetreten sind. In Hamburg waren es über 500. Ähnliches war auch aus anderen Landesverbänden zu hören. Wichtig für die GEW war auch, daß verschiedene DGB-Gewerkschaften ihre Unterstützung für den Lehrerstreik ausgesprochen haben. 32 Arbeiter der Firma Fibrit in Lüneburg haben Ende November an Remmers geschrieben und die Rücknahme der Suspendierung des GEW-Vorstandes in Niedersachsen gefordert. Sie schreiben u.a.: ,,Ihre Reaktion auf die Kampfmaßnahmen der Lehrer zeigt deutlich, wie nötig die Durchsetzung von gewerkschaftlichen und politischen Freiheiten im öffentlichen Dienst ist, denn ohne diese Rechte können auch wir unsere Forderungen in den Tarifkämpfen nicht durchsetzen."

Auch der GEW-Landesvorsitzende von Niedersachsen, Galas, hat sich auf einer Podiumsdiskussion in Hannover gegen das Beamtenrecht ausgesprochen. Das Beamtenrecht stamme aus Kaisers Zeiten, und es sei zu überlegen, ob nicht Tarifautonomie und andere gewerkschaftliche Rechte den sogenannten Privilegien vorzuziehen seien.

Demonstration der GEW in Stuttgart, 15.9.79, mit 20000 Teilnehmern

Gießereiarbeiter fordern: Senkung des Rentenalters auf 58 Jahre

z.gah. ,,Zur Durchsetzung unserer Forderung fordern wir deshalb den Deutschen Bundestag auf, das Rentenalter auf 58 Jahre herabzusetzen, um den 100000 Gießereiarbeitern in der Bundesrepublik echt eine Chance auf eine Altersruhe zu ermöglichen." So heißt es in einem Brief des Betriebsrates von MAG Geislingen an die Bundestagskandidaten des Wahlkreises, in dem diese aufgefordert werden, die Gießereien an Ort und Stelle anzusehen und zu der Forderung Stellung zu beziehen.

Bei MAG arbeiten von 870 Arbeitern 430 in der Gießerei. Im Mai hatten sofort 370 einen Aufruf unterschrieben und diesen dann zusammen mit der IGM-Verwaltungsstelle an alle Gießereien in Baden-Württemberg geschickt, die Ausdehnung der Aktion auf Bundesebene wurde auf später geplant. Inzwischen haben von den knapp 11 000 Gießereiarbeitern in Baden-Württemberg 9120 aus 102 Betrieben unterschrieben. Die Gießereiarbeiter haben diese Aktion begonnen, weil die Arbeitsbedingungen mörderisch sind. Die bisherigen tariflichen Abkommen nach 2 Tagen mehr Urlaub für Gießereiarbeiter und einem Zuschlag von 42 Pfennig/Stunde auf LG 7 und für die anderen Lohngruppen in Relation zum Lohngruppenschlüssel mehr oder weniger (bei MAG sind 20% der Arbeiter in LG 6, 18 % in LG 5) bieten keinen ausreichenden Schutz.

Die Arbeitsbedingungen der Gießereiarbeiter zeichnen sich aus durch ständigen Lärm von über 90 db, die ultravioletten Strahlen beim Gießen machen die Augen kaputt, die Hitze ist am schlimmsten beim Gießen, aber auch die Formen kommen mit 200 Grad aus dem Trockenofen. Die Berufsgenossenschaft schrieb 1976: ,,Bei Formern, Gießern und Putzern ist die Staubbelastung in den letzten Jahren und damit die Gefahr der Erkrankungen höher geworden. 28 % aller Gießereiarbeiter leiden unter der Staubbelastung." Das alles außerdem in Schicht- und Nachtarbeit. Der bei den Sandstrahlern verwendete Quarzsand verursacht die Staublunge oder Silikose, die inzwischen auch in Gießereien als Berufskrankheit anerkannt werden mußte. Der Arbeitsmediziner Valentin schreibt: ,,Auch das 50. Lebensjahr spielt eine entscheidende Rolle, da oberhalb dieser Grenze schon das mittlere Stadium ... erhebliche respiratorische Ausfallerscheinungen bewirken kann." Die Unfallquote ist ebenfalls deutlich: 1976 wurden bei Formern, Formgießern und Gußputzern 4,745 Unfälle auf 10000 Arbeiter gemeldet.

Die Aktion hat große Wucht entwickelt. Die Bundestagsabgeordneten Wörner (CDU) und Rapp (SPD) mußten inzwischen – nach der Betriebsbesichtigung – die Forderung nach Senkung des Rentenalters auf 58 Jahre als vollkommmen berechtigt bezeichnen.

Fortschritte in der Gewerkschaftseinheit

Wahlen zu französischen Arbeitsgerichten: Sieg für gewerkschaftliches Kampfprogramm

z.pel.Paris. Am 12. Dezember waren 12,5 Mio. Lohnabhängige und einige tausend Kapitalisten in ganz Frankreich aufgerufen, ihre Vertreter für die knapp 300 ,,Conseils de Prudhommes" zu wählen. Das sind paritätisch besetzte Arbeitsgerichte, die für Schlichtung und Beurteilung aller aus dem Lohnarbeitsverhältnis entspringenden *individuellen* Arbeitsstreitigkeiten zwischen Kapitalist und Lohnabhängigen zuständig sind. Wahlvorschläge können nur von Gewerkschaften bzw. Kapitalistenverbänden eingereicht werden. Höhere Angestellte und Meister sind abgetrennt von der Masse der Lohnabhängigen in einer eigenen Sektion zusammengefaßt, der öffentliche Dienst ist ausgenommen.

Entstanden in den Klassenkämpfen Anfang des Jahrhunderts und von der Arbeiterklasse als zusätzliches Mittel zur Verteidigung erkämpfter Rechte genutzt, haben die französischen Kapitalisten diese Gerichte jahrzehntelang bekämpft. Hunderte von gesetzlichen Ausnahmen und Sonderbestimmungen reduzierten bis Anfang 1979 ihren Geltungsbereich auf ca. 4,5 Mio. Lohnabhängige. Auf 400 Mio. FF belief sich 1975 die Summe, die ,,Prudhommes" Arbeitern und Angestellten in ca. 80000 Streitfällen als Entschädigung bzw. Abfindung v.a. nach Entlassungen zuerkannten; bei einer Gesamtlohnsumme von 800 Mrd. FF sicherlich lächerlich wenig für die Kapitalistenklasse angesichts der erzielten Rationalisierungserfolge, aber genug, um die ,,Prudhommes" nicht gerade zu lieben; für die Arbeiter andererseits kein Grund, auf die *kollektive* Kraftentfaltung der Klasse zu verzichten. Bürokratische Schikanen bei der Eintragung in die Wählerverzeichnisse, Wahlen am Sonntag, Wahllokale zum Teil weit entfernt vom Wohnort taten das ihre, daß die Wahlbeteiligung des letzten Jahrzehnts bei nicht einmal 10% lag. Am 12. Dezember jedoch gingen 7,4 Mio. Lohnabhängige wählen, 63,2% der Wahlberechtigten. Mit Gesetz vom Januar des Jahres hatte die Regierung Barre den Geltungsbereich der Gerichte auf die gesamte Privatindustrie ausdehnen lassen, die Wahl in die Arbeitszeit gelegt, die Wahllokale in die Nähe der Fabriken und Büros. Ein Zugeständnis an die Arbeiter, an die Gewerkschaftsbewegung?

Mit Zähigkeit und vorher nicht gekannter Schärfe führt die französische Finanzbourgeoisie seit Antritt der Regierung Barre 1977 den Angriff auf den Lohnstandard der Arbeiter und Angestellten. Lohnsenkung mit Hilfe des Drucks der industriellen Reservearmee sollte helfen, dann auf Grundlage elender Niedrigstlöhne und eines gespaltenen Lohnniveaus den Angriff auf die Facharbeiter führen zu können. Mit durchschnittlichen ,,Lohnerhöhungen" von 11,2% und 11,3% 1977 und '78 in der Nähe bzw. knapp unter der amtlichen Preissteigerungsrate für diese Jahre konnte sie bis Ende 1978 26% der Arbeiter der Metallindustrie, 40% der Arbeiter aller Industriezweige unter einen Lohn von 2500 FF drücken (1 FF heute 0,42 DM), während der staatlich festgelegte Mindestlohn zur gleichen Zeit bei 2150 FF lag. ,,Was immer die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sein mögen, es ist immer möglich, den am meisten benachteiligten Lohnabhängigen etwas mehr zu geben", nur ,,wenn das Wachstum schwach ist, wird es nicht gleichzeitig die Verbesserung der Niedrigstlöhne und die Erhaltung der Kaufkraft der anderen erhalten können", drohte Staatspräsident Giscard d'Estaing vor einigen Tagen den nächsten Schlag an.

Die französische Arbeiterklasse hat auf diese Angriffe 1979 mit großen Streiks geantwortet. Sie hat statt des von den Reformisten beschworenen ,,Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit" den Kampf um einen ausreichenden Lohn geführt. In allen Bereichen sind fast durchgängig Festgeldforderungen erhoben worden. Die Forderung nach 2700 FF Mindestlohn wurde neben der Forderung nach 35-Stundenwoche zur Grundlage der am 17. September zwischen den beiden größten Gewerkschaften CGT und CFDT geschlossenen Aktionseinheit. Gegen die ideologischen Zersetzungsversuche der revisionistischen CGT-Führer, den Kampf chauvinistisch zu verdrehen gegen ,,diejenigen, die unser Industriepotential zerstören und Frankreich in eine Nation zweiten Ranges verwandeln", gegen die Vorschläge des reformistischen Vorsitzenden der CFDT Maire ,,für Änderungen der Art zu produzieren und zu konsumieren zu kämpfen", gegen die die Aktionseinheit ständig bedrohende Konkurrenz von Sozialdemokraten und Revisionisten, wurde sie in den letzten Monaten gefestigt und bis weit in die Reihen der rechtssozialdemokratischen Gewerkschaft FO ausgedehnt.

Die Bourgeoisie braucht eine schwache und gespaltene Gewerkschaftsbewegung für die Durchsetzung ihres Programms. Mit der Ausdehnung der ,,Prudhommes" und einer verstärkten Unterstützung der den ,,sozialen Dialog" befürwortenden sozialdemokratischen FO wie der christlichen CFTC hoffte sie, die Kampfbewegung der Arbeiter in die Kanäle der Zusammenarbeit lenken zu können. Die erstmalige Zulassung sogenannter autonomer, tatsächlich nur verkappter gelber Gewerkschaften sollte die Gewerkschaftseinheit noch tiefer spalten, ein schwaches Ergebnis der CGT und CFDT bei schwacher Wahlbeteiligung hätte Munition für die Propaganda geliefert.

Die französischen Arbeiter und Angestellten haben trotz der Rivalität der revisionistischen und reformistischen Gewerkschaftsführer, die eine gemeinsame CFDT/CGT-Liste verhinderte, beide auf das oben skizzierte Kampfprogramm auch zu den Wahlen zwingen können. Das Wahlergebnis ist Ausdruck der gefestigten Einheit: 43% für die CGT, 23% für die CFDT, doppelt so viel Wähler wie Gewerkschaftsmitglieder. Die Finanzbourgeoisie muß mit noch schärferem Kampf gegen ihr Programm der verschärften Ausbeutung und Lohnsenkung rechnen.

ten ihre Unterstützung für den Lehrerstreik ausgesprochen haben. 32 Arbeiter der Firma Fibrit in Lüneburg haben Ende November an Remmers geschrieben und die Rücknahme der Suspen-

Demonstration der GEW in Stuttgart, 15.9.79, mit 20000 Teilnehmern

Gießereiarbeiter fordern: Senkung des Rentenalters auf 58 Jahre

z.gah. ,,Zur Durchsetzung unserer Forderung fordern wir deshalb den Deutschen Bundestag auf, das Rentenalter auf 58 Jahre herabzusetzen, um den 100000 Gießereiarbeitern in der Bundesrepublik echt eine Chance auf eine Altersruhe zu ermöglichen." So heißt es in einem Brief des Betriebsrates von MAG Geislingen an die Bundestagskandidaten des Wahlkreises, in dem diese aufgefordert werden, die Gießereien an Ort und Stelle anzusehen und zu der Forderung Stellung zu beziehen.

Bei MAG arbeiten von 870 Arbeitern 430 in der Gießerei. Im Mai hatten sofort 370 einen Aufruf unterschrieben und diesen dann zusammen mit der IGM-Verwaltungsstelle an alle Gießereien in Baden-Württemberg geschickt, die Ausdehnung der Aktion auf Bundesebene wurde auf später geplant. Inzwischen haben von den knapp 11 000 Gießereiarbeitern in Baden-Württemberg 9120 aus 102 Betrieben unterschrieben. Die Gießereiarbeiter haben diese Aktion begonnen, weil die Arbeitsbedingungen mörderisch sind. Die bisherigen tariflichen Ab-

Die Arbeitsbedingungen der Gießereiarbeiter zeichnen sich aus durch ständigen Lärm von über 90 db, die ultravioletten Strahlen beim Gießen machen die Augen kaputt, die Hitze ist am schlimmsten beim Gießen, aber auch die Formen kommen mit 200 Grad aus dem Trockenofen. Die Berufsgenossenschaft schrieb 1976: ,,Bei Formern, Gießern und Putzern ist die Staubbelastung in den letzten Jahren und damit die Gefahr der Erkrankungen höher geworden. 28 % aller Gießereiarbeiter leiden unter der Staubbelastung." Das alles außerdem in Schicht- und Nachtarbeit. Der bei den Sandstrahlern verwendete Quarzsand verursacht die Staublunge oder Silikose, die inzwischen auch in Gießereien als Berufskrankheit anerkannt werden mußte. Der Arbeitsmediziner Valentin schreibt: ,,Auch das 50. Lebensjahr spielt eine entscheidende Rolle, da oberhalb dieser Grenze schon das mittlere Stadium ... erhebliche respiratorische Ausfallerscheinungen bewirken kann." Die Unfallquote ist ebenfalls deutlich: 1976 wurden bei Formern, Formgießern und Gußputzern 4,745 Unfälle auf 10000 Arbeiter gemeldet.

bzw. Abfindung v.a. nach Entlassungen zuerkannten; bei einer Gesamtlohnsumme von 800 Mrd. FF sicherlich lächerlich wenig für die Kapitalistenklasse angesichts der erzielten Rationalisierungserfolge, aber genug, um die ,,Prudhommes" nicht gerade zu lieben; für die Arbeiter andererseits kein Grund, auf die kollektive Kraftentfaltung der Klasse zu verzichten. Bürokratische Schikanen bei der Eintragung in die Wählerverzeichnisse, Wahlen am Sonntag, Wahllokale zum Teil weit entfernt vom Wohnort taten das ihre, daß die Wahlbeteiligung des letzten Jahrzehnts bei nicht einmal 10% lag. Am 12. Dezember jedoch gingen 7,4 Mio. Lohnabhängige wählen, 63,2% der Wahlberechtigten. Mit Gesetz vom Januar des Jahres hatte die Regierung

zu geben", nur ,,wenn das Wachstum schwach ist, wird es nicht gleichzeitig die Verbesserung der Niedrigstlöhne und die Erhaltung der Kaufkraft der anderen erhalten können", drohte Staatspräsident Giscard d'Estaing vor einigen Tagen den nächsten Schlag an.

Die französische Arbeiterklasse hat auf diese Angriffe 1979 mit großen Streiks geantwortet. Sie hat statt des von den Reformisten beschworenen ,,Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit" den Kampf um einen ausreichenden Lohn geführt. In allen Bereichen sind fast durchgängig Festgeldforderungen erhoben worden. Die Forderung nach 2700 FF Mindestlohn wurde neben der Forderung nach 35-Stundenwoche zur Grundlage der am 17. September zwi-

werkschaften sollte die Gewerkschaftseinheit noch tiefer spalten, ein schwaches Ergebnis der CGT und CFDT bei schwacher Wahlbeteiligung hätte Munition für die Propaganda geliefert.

Die französischen Arbeiter und Angestellten haben trotz der Rivalität der revisionistischen und reformistischen Gewerkschaftsführer, die eine gemeinsame CFDT/CGT-Liste verhinderte, beide auf das oben skizzierte Kampfprogramm auch zu den Wahlen zwingen können. Das Wahlergebnis ist Ausdruck der gefestigten Einheit: 43% für die CGT, 23% für die CFDT, doppelt so viel Wähler wie Gewerkschaftsmitglieder. Die Finanzbourgeoisie muß mit noch schärferem Kampf gegen ihr Programm der verschärften Ausbeutung und Lohnsenkung rechnen.

Am 25. Oktober streikten 200000 Postbeschäftigte für 3000 FF Mindestlohn und 400 FF für alle. Es war der größte Streik bei der Post seit November 1974. Aufgerufen hatten alle Gewerkschaften.

---

von 80% des Lohns wird in Italien auch bei (faktischen) Massenentlassungen und zeitweiliger Stillegung des Betriebs gezahlt. Bisher zahlte die durch Beiträge der Kapitalisten finanzierte Kasse oft jahrelang. Praktisch stellt sie – und nur für einen kleinen Teil der Arbeitslosen – die einzige wirkliche Arbeitslosenversicherung dar. Denn das eigentliche Arbeitslosengeld beträgt nur 800 Lire (1,70 DM) pro Tag. Nach dem am Dienstag verabschiedeten und sofort in Kraft gesetzten Dekret wird jetzt das Kurzarbeitergeld zeitlich (auf ein bzw. zwei Jahre) und der Höhe nach (auf maximal 500000 Lire brutto, 1065 DM) begrenzt. Zur rascheren Vermittlung werden die ,,Kurzarbeiter" auf besonderen Listen erfaßt. Wer sich weigert, Arbeit in 50 km Umkreis anzunehmen, oder zum zweiten Mal nicht über die Probezeit kommt, kriegt die Leistungen gestrichen. Vor allem aber ist Einzug zum Arbeitsdienst vorgesehen: Die ,,Kurzarbeiter" werden verpflichtet, ohne Lohn ,,sozial nützliche Arbeiten" zu verrichten. Wer nach Ablauf der Höchstdauer noch nicht vermittelt ist, hat keinen Anspruch auf Wiederbeschäftigung im alten Betrieb. Vor allem dagegen haben die Gewerkschaften, die ein solches Recht kürzlich mit den Metallkapitalisten vereinbart hatten, scharf protestiert.

z.pel. **,,Gegen die Freiheit zu entlassen, für volle gewerkschaftliche Rechte im Betrieb, für freie Kollektivverhandlungen in Euskadi!"** Unter diesen Forderungen eines Aufrufs aller Gewerkschaften außer der sozialdemokratisch beherrschten UGT streikten am 7.12. über 500000 Arbeiter im Baskenland gegen den ins Madrider Parlament eingebrachten Gesetzentwurf für ein neues Arbeitsstatut. Der auch von den baskischen Parteien einschließlich der christlichen PNV unterstützte Generalstreik – der größte seit 40 Jahren – wurde in den Provinzen Guipuzcoa, Vizcaya, Alava von 90% der Lohnabhängigen, in Navarra von 60% durchgeführt. Minenarbeiter wie Zeitungsverkäufer und Profifußballer streikten. Ist der Kampf für nationale Selbstbestimmung zusätzliche Triebkraft in Euskadi, so entwickelt sich die Bewegung gegen das Statut in ganz Spanien. 100000 demonstrierten am 13.12. in Madrid.

z.urb. **Als Bedingung für einen 1,25 Mrd.-Dollar-Kredit an Chrysler Corp. will der Bankenausschuß des US-Senats einen 3-jährigen Lohnstopp für die Chrysler-Arbeiter durchsetzen.** Mit einem von 10,4% (Nov. 78) auf 8,9% (Nov. 79) gesunkenen Marktanteil ist Chrysler in der Konkurrenzschlacht angeschlagen. Um 15% sind die Käufe von Neuwagen infolge der Lohnsenkungen 1979 zurückgegangen. Jetzt kündigte Chrysler die Entlassung von 5665 Arbeitern an, Ford die Schließung von 11 Werken, so daß Anfang 1980 115000 Automobilarbeiter arbeitslos sein werden. Nachdem die Chrysler-Arbeiter im Tarifkampf bereits eine Senkung ihrer Löhne um 1 $ unter die der Ford- und GM-Arbeiter hinnehmen mußten, sind sie jetzt entschlossen, das ,,Einfrieren" zu verhindern. Auch der Präsident der Automobilarbeitergewerkschaft Fraser erklärte: ,,Sollte das Überleben des Unternehmens allein von einem dreijährigen Lohnstopp abhängen, sagen wir nein, das tun wir nicht."

z.dab. **Drei Wochen, nachdem die Arbeiter und Bauern den Putsch des Oberst Natusch Busch in Bolivien zurückgeschlagen haben, sind sie in mindestens fünf Städten Nordboliviens erneut in den Generalstreik getreten.** Mit Demonstrationen protestieren sie gegen das von der neuen Regierung beschlossene Sparprogramm und die Preissteigerungen. Die Imperialisten haben die Regierung Gueiler gezwungen, den Peso um 25% abzuwerten. Die dadurch verbilligten Reichtümer Boliviens eignen sich v.a. die US-Imperialisten an, deren Anteil an der Ausfuhr bolivianischer Bergbauprodukte wie Zinn, Silber etc. 1978 bei 37% lag. Die Verschuldung Boliviens, die nach dem Haushalt von 1978 bis 79 um 26% auf 2,26 Mrd. $ stieg, wird durch die Abwertung erneut in die Höhe schnellen, der Zins an die Imperialisten soll dem Volk abgepreßt werden.

z.mat.Sydney. **Am 14. September hatte der Kongreß des australischen Gewerkschaftsbundes ACTU mit 512 gegen 318 Stimmen einen Antrag des Vorstands abgelehnt, den 1977 beschlossenen Boykott des Abbaus, der Bearbeitung und des Transports von Uran aufzuheben.** Am 30. November fand auf Betreiben der Hafenarbeitergewerkschaft WWF eine Konferenz zur Durchführung des Beschlusses statt. Mit 13 gegen 11 Stimmen lehnten die betroffenen 24 Gewerkschaften Aktionen in der Uranindustrie ab und beschlossen stattdessen, ,,in angemessener Zeit" eine weitere Konferenz einzuberufen. Nachdem der Boykott schon vor dem ACTU-Kongreß von kleineren Gewerkschaften mißachtet worden war, haben jetzt auch große Gewerkschaften wie die WWF und die Metallarbeitergewerkschaft AMWSU erklärt, daß sie allein keine Aktionen durchführen werden. Diese Niederlage ist das Ergebnis heftiger Auseinandersetzungen verschiedener bürgerlicher Linien in der Bewegung gegen Uranabbau. Die Forschungsabteilung der von den Revisionisten beherrschten AMWSU hat zwar in verschiedenen Broschüren aufgezeigt, daß Uran nicht das einzige ist, was die Imperialisten aus dem Land an sich reißen. Ihr Vorschlag eines Aktionsprogramms enthält aber kein Wort über die politische Abhängigkeit Australiens von den Imperialisten und kann deshalb den Kampf gegen Uranabbau nicht einordnen in den demokratischen Kampf für die Zerschlagung des Kolonialgebildes. So haben es die Reformisten leicht, gegen Parolen wie ,,Nie wieder Harrisburg" aufzutreten, wie ACTU-Präsident Hawke, der dem Kongreß im September sagte: ,,Das bedeutet, daß ihr (den Uranproduzenten) Südafrika, Kanada und den Vereinigten Staaten Aufschwung gebt, und ich bin sicher, daß euch das moralisch mächtig befriedigen wird."

Westberliner Schüler demonstrieren für die Abberufung von drei unerwünschten Lehrern

z.ads. Am 14.11. beschlossen ca. 600 Schüler der Westberliner Erzieherfachschule ,,Friedrich-Fröbel Haus" einen zweitägigen Streik für die Abberufung von drei unerwünschten Lehrern. Verhaßt sind diese Lehrer unter den Schülern durch unverschämte und arrogante Maßnahmen. Nichtanwesenheit wird z.B. mit ,,6" zensiert. Wenn es einer wagen sollte, während einer Klausur zu sprechen, wird diese eingezogen und eine ,,5" ist fällig. Einzelne Klassen haben sich gegen diese Schikanen gewehrt und besprochen, im Unterricht geschlossen zu schweigen. Daraufhin unternahm einer dieser verhaßten Lehrer den Versuch, die ganze Klasse als nicht anwesend ins Klassenbuch einzutragen. Die Vertrauenslehrerin der Schüler, die wegen dieses Vorfalls von den Klassensprechern geholt wurde, wies den Lehrer zurecht: ,,Sind Sie denn blind, die Klasse ist doch anwesend." Am 26.11. fand eine Demonstration von 400 Schülern zum Senator für Schulwesen statt. Der zuständige Schulrat Meyer wurde durch eine Delegation aufgefordert, auf einer Schülervollversammlung zu den Forderungen der Schüler Stellung zu nehmen.

Der Schulbehörde bereiten diese Forderungen offensichtlich Unbehagen. Durch Nichtbeachtung sollten die Schüler zur Ruhe gebracht werden. Der Schulleiter war wochenlang krank. Während des Streiks mußte er nach Westdeutschland. Schulrat Meyer sagte seinen angekündigten Besuch kurzfristig ab mit der Begründung, er fühle sich nicht zuständig.

Andererseits wurden aber auch offene Drohungen ausgesprochen. Volksbildungsstadtrat Körting wies die Schüler darauf hin, daß das ,,öffentliche Anprangern von Lehrern" rechtliche Auswirkungen haben könne. Schließlich sollte den Schülern gezeigt werden, daß sie überhaupt keine Berechtigung haben, solche Forderungen zu stellen. Auf einer Konferenz, auf der auch der Stadtrat und Schulrat anwesend waren, wurde eine von den Schülern geplante ,,antifaschistische Woche" mit der Begründung verboten, daß der zweitägige Streik der Schüler schon zuviel Unterrichtsausfall verursacht habe. Das gänzliche Verbot dieses Vorhabens konnte nicht durchgesetzt werden. Allerdings wurde die Ausstellung unter die Zensur der Schulleitung gestellt.

Streik dänischer Pädagogen gegen Überbelegung von Kinderkrippen

z.bag.Aarhus. Fast 3000 Pädagogen und pädagogische Hilfskräfte in den 260 Kindertagesstätten von Aarhus legten vom 5. bis 12.12. die Arbeit nieder. Wegen der ständig wachsenden Belastung hatten die Pädagogen mehr Stellen gefordert und nach harten Verhandlungen durchgesetzt, daß die Kommune ab dem 1.1.1980 125 zusätzliche Lehrer bewilligte. Bereits im September wurde jedoch klar, wie die Sozialdemokraten im Stadtrat diese Zusage drehen wollten: mit Hilfe der Stimmen der revisionistischen DKP machten sie die Bereitstellung der Arbeitsplätze davon abhängig, daß die Kinderkrippen rund 150 Kinder mehr aufnehmen sollten. Pädagogen und Eltern protestierten. Die Pädagogen beschlossen Streik vor der nächsten Sitzung des Stadtrats, auf der der Haushaltsplan verabschiedet wird.

Derfor siger vi NEJ til overbelægning

Die Lage war nicht einfach: bürgerliche Politiker und ein großer Teil der Medien versuchten, Spaltung zwischen die Pädagogen und die Eltern zu treiben; eine Warteliste von 2000 Kindern übte Druck aus; in den eigenen Reihen sabotierte die im Vorstand der Pädagogengewerkschaft stark vertretene DKP den Kampf. Nach kurzem Schwanken haben die Eltern den Kampf unterstützt, haben die Betreuung der rund 8000 Kinder an den Arbeitsplätzen oder bei Freunden und Verwandten organisiert und am Ende mit der Einstellung der Bezahlung der Gebühren gedroht, wenn der Stadtrat seinen Beschluß nicht rückgängig macht. Am 19.12. muß er erneut Stellung nehmen.

Der Kampf geht nicht nur dagegen, daß in einer Reihe von Kinderkrippen in Aarhus die Gruppenstärke von 10 auf 12 Kinder heraufgesetzt werden soll. In Flugblättern und Annoncen

Ausstellung unter die Zensur der Schulleitung gestellt.

Streik dänischer Pädagogen gegen Überbelegung von Kinderkrippen

z.bag.Aarhus. Fast 3000 Pädagogen und pädagogische Hilfskräfte in den 260 Kindertagesstätten von Aarhus legten vom 5. bis 12.12. die Arbeit nieder. Wegen der ständig wachsenden Belastung hatten die Pädagogen mehr Stellen gefordert und nach harten Verhandlungen durchgesetzt, daß die Kommune ab dem 1.1.1980 125 zusätzliche Lehrer bewilligte. Bereits im September wurde jedoch klar, wie die Sozialdemokraten im Stadtrat diese Zusage drehen wollten: mit Hilfe der Stimmen der revisionistischen DKP machten sie die Bereitstellung der Arbeitsplätze davon abhängig, daß die Kinderkrippen rund 150 Kinder mehr aufnehmen sollten. Pädagogen und Eltern protestierten. Die Pädagogen beschlossen Streik vor der nächsten Sitzung des Stadtrats, auf der der Haushaltsplan verabschiedet wird.

Derfor siger vi NEJ til overbelægning

Die Lage war nicht einfach: bürgerliche Politiker und ein großer Teil der Medien versuchten, Spaltung zwischen die Pädagogen und die Eltern zu treiben; eine Warteliste von 2000 Kindern übte Druck aus; in den eigenen Reihen sabotierte die im Vorstand der Pädagogengewerkschaft stark vertretene DKP den Kampf. Nach kurzem Schwanken haben die Eltern den Kampf unterstützt, haben die Betreuung der rund 8000 Kinder an den Arbeitsplätzen oder bei Freunden und Verwandten organisiert und am Ende mit der Einstellung der Bezahlung der Gebühren gedroht, wenn der Stadtrat seinen Beschluß nicht rückgängig macht. Am 19.12. muß er erneut Stellung nehmen.

Der Kampf geht nicht nur dagegen, daß in einer Reihe von Kinderkrippen in Aarhus die Gruppenstärke von 10 auf 12 Kinder heraufgesetzt werden soll. In Flugblättern und Annoncen wenden sich Pädagogen und Eltern dagegen, daß mit Aarhus ein Anfang für landesweite Rationalisierungen bei den Kindertagesstätten versucht werden soll.

Zeitungsannonce der Pädagogengewerkschaft gegen Überbelegung.

Konzertierte Aktion für NHG-Wahlen an der Universität Hannover gescheitert

r.wol. Der Minister rief auf, der Präsident rief auf, und die gesamte Presse rief auf, und doch ist der erste Versuch, NHG-Wahlen an der Universität Hannover durchzuführen, gescheitert. Trotz nochmaliger Verlängerung der Meldefrist ist es Unipräsident Seidel bis Freitag nicht gelungen, ausreichend viele reaktionäre Studenten als Kandidaten für die NHG-Wahlen zusammenzukratzen: Nur 25 von 34 mindestens notwendigen Kandidaten (bei 67 Sitzen der studentischen Kammer) fanden sich. 'Prof. Seidel nannte drei mögliche Gründe für die geringe Beteiligung an der Kandidatenaufstellung: "Entweder haben die Studenten überhaupt kein Interesse mehr an ihren Belangen, oder die Mehrheit hat sich zum Boykottaufruf des AStA gegen die Wahlen überzeugen lassen. Es besteht auch noch die Möglichkeit, daß die sechswöchige Ausschreibungsfrist zu kurz war, um qualifizierte Kandidaten zu nennen". (Hannoversche Allgemeine Zeitung, 11.12.) Ob es Seidel gelingt, ,,noch die letzten Mannen zu aktivieren" (Seidel in der HAZ v. 11.12.), wird sich am Montag herausgestellt haben, wenn die Kandidatenliste – diesmal wohl endgültig – geschlossen werden muß.

Anfang Dezember hatte das Verwaltungsgericht Hannover versucht, Tauwetter für die Wahlen zu schaffen. Wegen ,,Unangemessenheit der Mittel" wurde das Raumverbot gegen die AStA-Mitglieder aufgehoben und der Staatskommissar zurückgezogen. Dem AStA wurde aber die Ausübung seiner Funktionen als Vertretungsorgan untersagt, er dürfe sich höchstens um ,,die Förderung des freiwilligen Studentensports" (Urteilsbegründung) u.ä. kümmern. Die Beteiligung der Studenten an den NHG-Wahlen – so der Tenor des Urteils – sei der Ausweg aus der Lage.

Nachdem dieser Ausweg durch die Geschlossenheit der Studenten vereitelt wurde, besteht jetzt erneut die Möglichkeit, von einer gestärkten Position aus mit dem Ministerium über eine Wahlordnung, die den Interessen der Studenten entspricht, zu verhandeln. Seidel hat dem AStA angeboten, er könne über die ihm zustehenden Gelder verfügen, falls der AStA ein Dienstverhältnis mit der Hochschule eingehe. Diesen Vorschlag, daß sich die Studenten einen dem besonderen Dienstrecht unterliegenden studentischen Staatskomissar schaffen, kann er wohl selbst nicht ganz ernst gemeint haben. Der AStA lehnte dankend ab. In der dritten Januarwoche werden an der Universität Aktonstage stattfinden.

Illustrierte Nachrichten aus den Schulen

(Nach Meldungen des Nachrichtendienstes ,,Ausbildung, Schulen, Schüler" aus 12 Ausgaben)

Dr. Werner Remmers aus Papenburg/Ems – Fachmann für Akkord und Refa

r.frd. ,,Als zu Beginn eines Gesprächs einmal die Frage gestellt wurde, was das Betriebsklima am meisten belaste, Einklang bringen mit der Forderung nach Berücksichtigung der elementaren Bedürfnisse des sich hinter der rei- Vorurteil, die Arbeiter selbst wollten Akkordlohn, falsch sei. Das ist freilich etwas dünn, und so bestehen seine

Dr. Werner Remmers aus Papenburg/Ems – Fachmann für Akkord und Refa

r.frd. ,,Als zu Beginn eines Gesprächs einmal die Frage gestellt wurde, was das Betriebsklima am meisten belaste, rief eine Teilnehmerin spontan ‚Akkord'. Auf die Frage, wer dieser Meinung zustimme, meldeten sich 18 der insgesamt 22 jungen Arbeiterinnen." – Das ereignete sich bei einer der Sitzungen, die der junge Volkswirt Remmers mit insgesamt 4052 Arbeitern aus der westfälischen Textilindustrie im Franz Hitze-Haus in Münster, einem ,,katholisch-kirchlichen Institut für staatspolitische Bildung" 1959 durchführte. Ebenso das Ergebnis bei den direkt mit Fragebogen Befragten: 8% der in Zeitlohn Stehenden wollen lieber Akkord, aber 28% der Akkordarbeiter wollen Zeitlohn; bei den Frauen 33%. Was in den zahlreichen Äußerungen zum Ausdruck kommt, die der Doktorand unauffällig aufgezeichnet hatte: Die ganzen Erfahrungen mit der Akkord-Antreiberei, Mißtrauen gegenüber den undurchsichtigen Zeitfestsetzungen nach Refa-Methodik, Angst vor Lohnrückstufung und neuer Zeitbemessung nach Rationalisierungen; aber keine Ansatzpunkte für Spaltungsargumente, mit denen Akkord und Refa durchzusetzen wären.

Dabei hatte der Mann durch sozialwissenschaftlich wirklich originelle Stichprobenbildung dafür gesorgt, daß eine *bestimmte* Einseitigkeit vermieden würde: Eingeladen wurde zur Befragung von den Kapitalisten selbst bzw. auf deren Empfehlung Arbeiter ausgewählt, und dann die von den so ausgewählten Arbeitern empfohlen! Auch war die Fragestellung, von der der Doktorand ausging, gut durchdacht: ,,Läßt sich die betriebswirtschaftliche Forderung nach möglichst wirtschaftlicher Verwendung der Arbeitskraft in Einklang bringen mit der Forderung nach Berücksichtigung der elementaren Bedürfnisse des sich hinter der reinen Arbeitskraft verbergenden Menschen als Einzel- und Gemeinwesen?" (Werner Remmers, ,,Die Auswirkungen der Lohnformen und Lohnermittlungsmethoden auf die persönliche und soziale Zufriedenheit der Arbeitnehmer unter besonderer Berücksichtigung des Akkordlohnes mit arbeitswissenschaftlicher Vorgabeermittlung", Münster 1962, S. 12) Und mit der betriebspsychologischen Erkenntnis hatte sich Remmers bewaffnet, daß die Arbeiter eben nicht reine Arbeitskraft sind, die vermittels Arbeit bloß nach Geld strebt, sondern Menschen mit Bedürfnis nach höherem, nach Gerechtigkeit; die sich nicht bloß für die Lohn*höhe* interessieren, sondern für die Lohn*gerechtigkeit*. Diesbezüglich ist eben der Nachteil des Zeitlohnes: ,,Die Leistung wird nicht unmittelbar entlohnt, sondern die Zeit ... Anwesenheitsgeld..." Beim Akkord dagegen wird die Leistung gezahlt, wie ,,Leistungslohn" ja auch schon verrät... Remmers hat dabei tiefschürfend darüber hinweggesehen, daß bei Berechnung des Akkordlohnes von der Produktions*zeit* ausgegangen wird, daß der Zeitlohn sich, tariflich ausgehandelt, auf die Reproduktionskosten bezieht; sowie, daß bei erfolgreicher Antreiberei durch Akkord die Vorgabezeiten verringert und damit die alte Leistung niedriger bezahlt wird. Dabei ist seine Doktorarbeit voll von solchen Erfahrungen.

Da er keine Ansatzpunkte für Spaltungsargumente in den Äußerungen der Befragten gefunden hat, verlegt er sich darauf, den Kapitalisten realistisch nahezubringen, daß doch ihr Vorurteil, die Arbeiter selbst wollten Akkordlohn, falsch sei. Das ist freilich etwas dünn, und so bestehen seine größten wissenschaftlichen Anstrengungen darin, aus den Antworten praktische Tips zu schöpfen, wie erstens bestimmte plumpe Fehler in der Neuvorgabe der Akkordzeiten vermieden werden, und wie zweitens tarifliche Vereinbarungen zu umgehen und auszuhöhlen sind. – ,,Warum verdiene ich nicht viel mehr, wo doch die Maschinen, die ich bediene, immer mehr geworden sind?", sagt eine Arbeiterin. Remmers: Da wird nicht verstanden, daß die Produktivitätssteigerung über Preisverringerung allen zugute kommt! ,,Eine allgemeine und grundsätzliche Information ist notwendig." (S. 162)

Günstig ist, bei dem undurchsichtigen System der Zeitermittlung und Lohnbestimmung eine ,,Kontroll- und Beschwerdestelle" zu schaffen! Mit einem gewissen Dietz ist Remmers darauf gestoßen, daß tarif*rechtlich* überhaupt nichts dagegen zu sagen ist, wenn bei Tariferhöhungen die Zeiten neu berechnet werden und die Tariferhöhung aufgefangen wird. *Praktisch* ist das aber nicht schlau. ,,Es ist besser, wenn schon ein übertariflicher Lohn gezahlt werden soll, dies in Form klar erkennbarer Zuschläge zu tun, die dann mit entsprechender Begründung bei einer Tariferhöhung wieder abgebaut werden können." (S. 233) –

Mit scheelem Augenaufschlag schließt der junge Doktorand, heutiger oberster Schulherr der Arbeiterjugend und Dienstherr der Lehrer und sozusagen Unternehmensberater seinen Stahlkoffer. ,,Es geht um den ganzen Menschen... Seine nicht in Geld wägbaren persönlichen und sozialen Bedürfnisse... " (S. 237)

Lohnfortzahlung durch die Kapitalisten!

Zum ersten Mal erhoben die Arbeiter in Deutschland die Forderung nach allgemeiner Volksbewaffnung in der bürgerlichen Revolution 1848. Durchgesetzt wurde die allgemeine Volksbewaffnung, die die Frauen einschloß, von den französischen Arbeitern in der Pariser Commune.

Lenin faßte die Erfahrungen während der russischen Revolution zusammen: „Zweitens nennt die Regierung diese Miliz eine ‚Volksmiliz', um dem ‚Volk' Sand in die Augen zu streuen, in *Wirklichkeit* aber fordert sie das Volk nicht auf, sich ausnahmslos an dieser Miliz zu beteiligen, *verpflichtet* sie die Unternehmer und die Kapitalisten *nicht*, den Angestellten und Arbeitern für die *Stunden und Tage*, die sie dem öffentlichen Dienst, d.h. der Miliz widmen, den üblichen Lohn auszuzahlen. Hier liegt der Hund begraben ... Petrograd hat eine Bevölkerung von etwa 2 Millionen, davon über die Hälfte im Alter von 15 bis 65 Jahren. Sagen wir, die Hälfte, eine Million. Ziehen wir noch ein gutes Viertel ab: Kranke und andere, die sich zur Zeit aus triftigen Gründen nicht dem öffentlichen Dienst widmen können. Es bleiben 750000 Menschen, die, wenn sie z.B. jeden 15. Tag in der Miliz arbeiteten (und für diese Zeit vom Unternehmer ihren Lohn weiter erhielten), eine Armee von 50000 Mann bilden würden. Ein Staat von *solchem* Typus ist es, was wir brauchen! Eine solche Miliz wäre in Wirklichkeit – und nicht nur dem Namen nach – eine ‚Volksmiliz'. Das ist der Weg, den wir einschlagen müssen, damit keine besondere Polizei und keine besondere, vom Volk getrennte Armee wiederhergestellt werden kann." (Lenin, Briefe aus der Ferne, Bd. 23, S. 341, 1917)

In den letzten Jahren haben die Soldaten in den imperialistischen Armeen verschiedener Länder begonnen, die Forderung nach Lohnfortzahlung während ihres Dienstes in der Armee zu erheben.

Sturm des Zeughauses, Berlin, 1848

Aus einem Plakat der Nationalgardisten, Paris 1871

Demonstration am 18. Juni in Petrograd unter bolschewistischen Losungen

Demonstration in Hannover, 1975

Am 21.6.79 demonstrierten 400 Soldaten in Seeland/Dänemark für einen Lohn in Höhe des Durchschnittslohns für ungelernte Arbeiter

15000 Zeit- und Berufssoldaten im September in Brüssel für einen Sold in Höhe der Löhne im öffentlichen Dienst

„Manöverkalender" 1980: 60 bis 70 Tage Zusatzdienste rund um die Uhr

r.pit. Der Soldat ist 24 Stunden im Dienst – diesen Grundsatz lernt jeder Rekrut auswendig. Er umschreibt den staatlichen Anspruch auf Vernutzung der Arbeitskraft der Soldaten. Die konkrete Höhe dieses Anspruches erfahren die Soldaten aus den Dienstplänen, die meist am Freitag am Schwarzen Brett ausgehängt werden und die jeweils für die kommende Woche Geltung haben. Monatliche oder gar jährliche Dienstpläne werden nicht bekannt gegeben. Andernfalls könnten sich die Soldaten ja viel besser zusammenschließen und ausrechnen, was die Offiziere vorhaben, an Dienstbelastung und Zusatzdiensten im nächsten Jahr durchzusetzen.

In der Panzergrenadierbrigade 19, die in Ahlen und Münster-Handorf stationiert ist, ist jetzt ein Rahmenplan für 1980 bekannt geworden. Inoffiziell, versteht sich. Er umfaßt Manöver, Übungen und Zusatzdienste, die auf der Ebene der Division, Brigade und Bataillione bereits jetzt beschlossen sind. Völlig offen, was sonst noch dazu kommen soll.

1. Vom 28. bis 31.1.1980 findet auf Brigadeebene eine Rahmenübung statt. In Rahmenübungen wird vom Zugführer aufwärts das Führungspersonal geschult. Die Übung findet in Norddeutschland statt, teilnehmen werden: die Kompanie-Chefs, alle Zugführer der Kampfzüge, alle Richt- und Ladeschützen der Zugtrupps, alle Kradmelder der Kompanien, die Wartungstrupps sowie Teile der Versorgung. Die Bedingungen während der Übung sind in jeder Hinsicht extrem: kampiert wird ausschließlich im Panzer, da man andauernd unterwegs ist. Schlafen darf man maximal zwei Stunden, was in der Vergangenheit zu zahlreichen Unfällen geführt hat. Die Verpflegung ist zufällig und immer kalt.
2. Anfang März bis Mitte März fährt die Brigade zum Schießplatzaufenthalt nach Bergen-Hohne, der 14 Tage dauern soll. Unterkunft in Stein- oder Holzbaracken, der Rest im Biwak (= Zweimannzelt). Feldmäßige Verpflegung, pro Woche zweimal Nachtschießen, am Wochenende eine 36-Stunden-Übung. Zwei bis drei Wochenende sind auf alle Fälle kaputt.
3. Divisionsrahmenübung zwischen dem 5. und 9.5. Teilnehmer und Bedingungen wie unter 1.
4. Anfang bis Mitte Juni (10 Tage) findet eine Brigadevolltruppenübung statt. Teilnehmen sollen alle, die Bedingungen sind wie unter 1., 2 bis 3 verlorene Wochenenden.
5. Noch nicht bekannt ist der Termin der Korps-Übung, die jedenfalls im Herbst stattfinden wird.
6. Jedes Quartal fährt jede Einheit mindestens einmal zum Truppenübungsplatzaufenthalt nach Haltern oder Senne-Lager. Dauer 4 bis 5 Tage, teils in der Woche, teils übers Wochenende.
7. Mindestens quartalsweise eine 36-Stunden-Übung pro Einheit.
8. Eine Bereitschaft (von Freitag bis Freitag) pro Quartal.
9. Alle drei Monate „normaler Wachdienst" pro Bataillion.
10. Ca. zweimal im nächsten Jahr eine Munitionsverladeübung.
11. Zweimal „NATO-Alarm", der bis zu einer Woche dauern kann.

Aus dieser Übersicht, in der die individuellen Zusatzdienste wie GvD und UvD nicht enthalten sind, ergibt sich, daß kein Bataillion und keine Kompanie der Brigade unter 60 bis 70 Tagen Zusatzdienste davonkommen soll. Die Bedingungen, diesen Manöverkalender durcheinanderzubringen, sind nicht schlecht. Die Soldaten der Brigade haben bereits Erfahrungen im Kampf um die 40-Stunden-Woche. Als im Herbst, während der Übung „Harte Faust" in Handorf ein Wach- und Bereitschaftszug aufgestellt wurde und die Wachsoldaten bis zu 30 Tage hintereinander Dienst machen mußten, haben sich 25 von ca. 50 betroffenen Soldaten beschwert.

Spaniens Regierung fordert Rückgabe Gibraltars Seit 275 Jahren britische Kolonialfestung

z.rül.London. Spanien hat seine Forderung nach Rückgabe des britischen Marine- und Luftstützpunktes Gibraltar erneuert. Außenminister Oreja erklärte am 6.12. vor dem spanischen Senat: „Die Situation ist ein koloniales Problem und muß durch direkte Verhandlungen zwischen Spanien und Großbritannien beendet werden." Bereits 1966 hatten Großbritannien und Spanien über die Rückgabe Gibraltars verhandelt. Nachdem sich die britische Regierung weigerte, ihre Festung Gibraltar zurückzugeben, hatte das Franco-Regime die Landgrenze zwischen Gibraltar und Spanien gesperrt und kurz darauf auch die Telefon- und Fährverbindungen abgebrochen.

Seit 1704 halten die Briten diese strategisch bedeutende Militärfestung besetzt und kontrollieren damit die zwischen 17 und 44 km breite Meerenge zwischen Mittelmeer und Atlantik. In sämtlichen Kolonialkriegen gegen die afrikanischen Völker und den Nahen Osten, vor allem aber im Kampf gegen die europäischen Imperialisten um die Vorherrschaft in Europa war die Festung ein wichtiges Nachschublager und Flottenstützpunkt der britischen Imperialisten. Entsprechend haben sie ihre Kolonie gegen jeden Rückgewinnungsversuch Spaniens verteidigt.

Heute sind auf der Festung neben Einheiten der britischen Mittelmeerflotte ein Infanteriebataillon und eine Pioniereinheit stationiert. Der 1,8 km² große Kriegshafen wird vor allem von der sechsten Flotte im Mittelmeer der US-Imperialisten als regelmäßiger Nachschubhafen genutzt. Zusammen mit dem Flughafen dient die Festung damit als Basis für die Kontrolle des gesamten westlichen Mittelmeerraums einschließlich Nordafrikas durch die Flotten und die Luftwaffen der Imperialisten.

Seit dem Hinauswurf der Imperialisten aus Malta ist die Bedeutung Gibraltars für die westlichen Imperialisten weiter gestiegen, als Einfallstor ins Mittelmeer wie auch als Sperriegel gegen die Flotte der Sozialimperialisten. Die britischen Imperialisten lehnen jede Rückgabe der Festung ab, solange nicht „die Bevölkerung zustimme". Die „Bevölkerung", das sind die britischen Truppeneinheiten und die etwa 27000 Einwohner, fast alle Lohnabhängige bei der britischen Militär- und Hafenverwaltung und zum großen Teil ebenfalls Briten.

Seit 1970 haben die US-Imperialisten bis zu 10000 Mann in Spanien stationiert und benutzen vier Luft- und einen Marinestützpunkt sowie ein Treibstoff- und Munitionslager in Spanien. In Rota, nördlich von Madrid, befindet sich eine der Befehlszentralen für die Mittelmeerflotte. Gleichzeitig setzten sie durch, daß Spanien an das NATO-Luftabwehrsystem NADGE angeschlossen wird. Diese Verträge laufen im nächsten Jahr aus. Die US-Imperialisten wollen nicht nur ihre Stützpunkte weiter benutzen, sondern Spanien ganz in die NATO hineinknüppeln. Bisher haben die Völker Spaniens das verhindern können.

Hauptstraßen
0 1 km
Flughafen
Schiffswerft
Treibstofftanks
Mittelmeer
Straße von Gibraltar

was wir brauchen! Eine solche Miliz wäre in Wirklichkeit – und nicht nur dem Namen nach – eine ‚Volksmiliz'. Das ist der Weg, den wir einschlagen müssen, damit keine besondere Polizei und keine besondere, vom Volk getrennte Armee wiederhergestellt werden kann." (Lenin, Briefe aus der Ferne, Bd. 23, S. 341, 1917)

In den letzten Jahren haben die Soldaten in den imperialistischen Armeen verschiedener Länder begonnen, die Forderung nach Lohnfortzahlung während ihres Dienstes in der Armee zu erheben.

Demonstration am 18. Juni in Petrograd unter bolschewistischen Losungen

Demonstration in Hannover, 1975

Am 21.6.79 demonstrierten 400 Soldaten in Seeland/Dänemark für einen Lohn in Höhe des Durchschnittslohns für ungelernte Arbeiter

15000 Zeit- und Berufssoldaten im September in Brüssel für einen Sold in Höhe der Löhne im öffentlichen Dienst

z.rül.London. Spanien hat seine Forderung nach Rückgabe des britischen Marine- und Luftstützpunktes Gibraltar erneuert. Außenminister Oreja erklärte am 6.12. vor dem spanischen Senat: „Die Situation ist ein koloniales Problem und muß durch direkte Verhandlungen zwischen Spanien und Großbritannien beendet werden." Bereits 1966 hatten Großbritannien und Spanien über die Rückgabe Gibraltars verhandelt. Nachdem sich die britische Regierung weigerte, ihre Festung Gibraltar zurückzugeben, hatte das Franco-Regime die Landgrenze zwischen Gibraltar und Spanien gesperrt und kurz darauf auch die Telefon- und Fährverbindungen abgebrochen.

Seit 1704 halten die Briten diese strategisch bedeutende Militärfestung besetzt und kontrollieren damit die zwischen 17 und 44 km breite Meerenge zwischen Mittelmeer und Atlantik. In sämtlichen Kolonialkriegen gegen die afrikanischen Völker und den Nahen Osten, vor allem aber im Kampf gegen die europäischen Imperialisten um die Vorherrschaft in Europa war die Festung ein wichtiges Nachschublager und Flottenstützpunkt der britischen Imperialisten. Entsprechend haben sie ihre Kolonie gegen jeden Rückgewinnungsversuch Spaniens verteidigt.

Heute sind auf der Festung neben Einheiten der britischen Mittelmeerflotte ein Infanteriebataillon und eine Pioniereinheit stationiert. Der 1,8 km² große Kriegshafen wird vor allem von der sechsten Flotte im Mittelmeer der US-Imperialisten als regelmäßiger Nachschubhafen genutzt. Zusammen mit dem Flughafen dient die Festung damit als Basis für die Kontrolle des gesamten westlichen Mittelmeerraums einschließlich Nordafrikas durch die Flotten und die Luftwaffen der Imperialisten.

Seit dem Hinauswurf der Imperialisten aus Malta ist die Bedeutung Gibraltars für die westlichen Imperialisten weiter gestiegen, als Einfallstor ins Mittelmeer wie auch als Sperriegel gegen die Flotte der Sozialimperialisten. Die britischen Imperialisten lehnen jede Rückgabe der Festung ab, solange nicht „die Bevölkerung zustimme". Die „Bevölkerung", das sind die britischen Truppeneinheiten und die etwa 27000 Einwohner, fast alle Lohnabhängige bei der britischen Militär- und Hafenverwaltung und zum großen Teil ebenfalls Briten.

bis zu 10000 Mann in Spanien stationiert und benutzen vier Luft- und einen Marinestützpunkt sowie ein Treibstoff- und Munitionslager in Spanien. In Rota, nördlich von Madrid, befindet sich eine der Befehlszentralen für die Mittelmeerflotte. Gleichzeitig setzten sie durch, daß Spanien an das NATO-Luftabwehrsystem NADGE angeschlossen wird. Diese Verträge laufen im nächsten Jahr aus. Die US-Imperialisten wollen nicht nur ihre Stützpunkte weiter benutzen, sondern Spanien ganz in die NATO hineinknüppeln. Bisher haben die Völker Spaniens das verhindern können.

Mittelstreckenraketen: von der „Abschreckung" zur Einsatzplanung!

Schmidts Militärstrategie: Für die USA, mit den USA, anstatt der USA

z.maf. Die gestern beschlossene Mittelstreckenraketenrüstung der Nato hat die Sowjetunion zu einer ziemlich hektischen diplomatischen Aktivität an die Adresse der westeuropäischen Mächte veranlaßt. Falls sie diese Aufrüstung unterließen, würde man sich bei Abrüstungsverhandlungen geschmeidig zeigen und Truppen aus dem RGW abziehen. Falls nicht, ginge die Aufrüstung eben weiter. Man braucht keine besonders ausgeprägte Nase, um aus den mit Drohungen verkoppelten Angeboten der Sowjetunion die Kriegslust zu riechen. Gleichwohl wäre es falsch, aus dem Raketenrüstungsbeschluß etwa auf gesteigerten Selbstbehauptungswillen der westeuropäischen Mächte gegenüber den beiden Supermächten zu schließen. Die Lage ist leider ganz anders, der Mittelstreckenraketenrüstungsbeschluß drückt aus, daß die westeuropäischen imperialistischen Mächte sich den strategischen Interessen der USA stärker unterordnen als bisher schon der Fall gewesen ist.

Die USA entwickeln langsam und stetig ein wachsendes Interesse an einem Waffengang mit der UdSSR, und zwar in Europa. Die USA arbeiten an einer militärischen Stellung, die es ihnen gestattet, der Sowjetunion ohne direkte Gefährdung des eigenen Staatsgebietes einen heftigen Schlag versetzen zu können. Genauer: Versetzen lassen zu können durch Einsatz der westeuropäischen Verbündeten. Das Streben der US-Strategie ist, die wirtschaftlich starken militärischen Verbündeten im Krieg gegen die Sowjetunion zu verschleißen und diese womöglich auch noch zu besiegen. So daß im Effekt die wirtschaftliche Vormachtstellung der USA gesteigert würde für einen langen Zeitraum und die gegenwärtig weltweit wirkende Expansionskraft der Sowjetunion für ebenfalls einen langen Zeitraum geschmälert, wo nicht gar vernichtet würde.

In diesem Kalkül ist die Stationierung einer stattlichen Anzahl von den neuen Mittelstreckenraketen in Westeuropa ein unbedingtes Muß. Die Stationierung dieser Raketen vermindert für die Sowjetunion das Risiko eines strategischen Schlagabtausches mit den USA; aber dies war noch nie besonders hoch zu schätzen, und deswegen herrscht darüber auch keine Freude seitens der UdSSR. Dennoch ist dies Risiko jetzt praktisch ganz weg, und das bedeutet schon ein Signal der USA an die UdSSR, daß man sich auf einen „begrenzten" Krieg in Europa und um Europa einlassen würde. Es ist eine dezente Einladung zum Angriff. Allerdings, wenn auch das strategische Risiko des Interkontinentalraketenkrieges gemindert ist für die Sowjetunion, das Risiko einer schweren Schlappe im Kontinentalkrieg nimmt gleichzeitig zu. Daher der Wutschrei der Sowjetdiplomatie.

Die Mittelstreckenraketenrüstung der NATO und auf europäischem Boden hat erhebliche Wirkungen auf die denkbare Entwicklung des Kriegsbildes und auch des denkbaren Verlaufs eines europäischen Kontinentalkrieges.

1. Die UdSSR würde nicht mehr gut in der Lage sein, relativ weit im „eigenen" Hinterland große Stoßverbände aufzustellen. Das Risiko der Vernichtung im Aufstellungsraum wäre durch die Zielgenauigkeit, welche die neuen Waffensysteme auch auf erhebliche Entfernungen erreichen, zu groß. Die UdSSR würde aber solche Stoßverbände brauchen, um einen Überrumplungserfolg zu erzielen.

2. Ein Angriff müßte also mit relativ kleinen Verbänden auf der ganzen Breite der denkbaren Front versucht werden. Er müßte gewiß verlustreich sein und könnte schwerlich zu raschen Ergebnissen führen. Die in den Angriff hineingetriebenen RGW-Länder hätten schwere Verluste zu tragen. Die Regierungen dieser Länder könnten nicht durch schnelle Anfangserfolge bei der Stange gehalten werden. Das militärische Risiko wäre also von einem sehr erheblichen politischen Risiko begleitet.

3. Zu allem Überdruß könnten die Westalliierten den Nachschub aus der UdSSR schwer beeinträchtigen, und zwar durch direkte Angriffe auf das Staatsgebiet der UdSSR, sozusagen unter möglichst weitgehender Aussparung der dazwischen liegenden RGW-Länder.

4. Im Endeffekt würde für die UdSSR nicht nur das Risiko der Niederlage wachsen, sondern das Ausmaß der denkbaren Niederlage würde ziemlich gigantisch werden können.

Ganz trügerisch wäre die Annahme, diese ungünstigen Faktoren würden auf die UdSSR in Richtung gesteigerter Friedfertigkeit wirken. Vielmehr wird die UdSSR ihre Kriegsplanung auf diese neuen Faktoren abstimmen. Da in dieser Mittelstreckenraketenrüstung ein Moment von Aggression seitens der USA zweifellos enthalten ist, mag es sogar sein, daß es der UdSSR leichter gemacht wird, die unterjochten Länder zusammenzuhalten und die erstarkenden Klassengegensätze im Inneren zu unterdrücken. Die Sowjetunion muß etwa das folgende tun:

Sie muß ihre Schwarzmeerflotte aufrüsten und ihre diplomatischen Aktivitäten im Nahen Osten so weit verstärken, daß sie sowohl die Türkei überrumpeln, wie, auf Landbasen gestützt, die US-Flotte im Mittelmeer vernichten kann, so daß von da kein Nachschub mehr möglich ist. Sie muß gleichzeitig versuchen, den erheblichen Teil der Flottenkampfkraft der NATO im Nordmeer zu binden. Für den Landkrieg braucht die UdSSR eine wachsende Masse von mit schwerem Material ausgerüsteten Luftlandeverbänden, so daß eine rasche Verzahnung der Fronten erzwungen werden kann und der eine oder andere schnelle Coup vielleicht doch noch gelingt.

Einen Einsatz von Mittelstreckenraketen gegen das Staatsgebiet der UdSSR würde diese gewiß mit Beschuß der Nordsee- und Atlantikhäfen beantworten. (Nicht grundlos hat Holland relativ heftigen Widerstand gegen diese Raketenrüstung geleistet.) Diese ganze Entwicklung tendiert dahin, praktisch ganz Europa in ein einziges Schlachtfeld zu verwandeln. Einen sicheren Vorteil hiervon haben bloß die USA-Imperialisten zu erwarten. Diese haben abgeschätzt, daß die UdSSR ihre Interessen durch Angriff auf Westeuropa verfechten wird. Hiervon ausgehend haben sie die Falle aufgebaut, in der sie sowohl die UdSSR wie auch die westeuropäischen Konkurrenten zu fangen anstreben.

Die internationale Presse schreibt einmütig Helmut Schmidt die Vaterschaft an der Sache zu. Tatsächlich vertritt dieser großmannssüchtige Weltkrieg-II-Leutnant in der SPD die risikobeladenen Interessen der westdeutschen Monopolbourgeoisie. Diese nämlich könnte sich von einem optimalen Verlauf des Krieges ein neues „Reich" erhoffen, mit dem man dann im Kampf um die Weltherrschaft abermals ins Geschäft kommen könnte und nicht auf vierte, fünfte und sechste Plätze festgelegt bliebe, wie es jetzt ja der Fall ist. Die geschichtliche Erfahrung lehrt, daß schlechte Erfolgsaussichten für die deutschen Monopolbourgeois noch nie ein Grund waren, nicht doch einen Versuch zu wagen.

Anstrengungen aller Imperialisten, das Demokratische Kampuchea zu isolieren

z.hku. Die vietnamesischen Aggressoren haben drei Elitedivisionen in das nordwestliche Grenzgebiet Kampucheas geworfen, um zu Erfolgen in ihrem Ausrottungsfeldzug zu kommen. Sie haben außerdem damit begonnen, die Grenze zu Thailand zu verminen. Die Verbindungen zwischen der Revolutionären Armee und den Kampucheanern, die sich zeitweilig nach Thailand zurückgezogen haben, sollen unterbrochen werden. Die Vietnamesen, die den Großteil der internationalen Hilfslieferungen an sich raffen, spucken Gift und Galle, die Truppen Pol Pots würden aus den Lagern in Thailand mit Lebensmitteln versorgt. Natürlich unterstützen die Vertriebenen den Widerstandskrieg nach ihren Kräften.

Die USA bemühten sich in letzter Zeit um die Einrichtung einer ,,neutralen Schutzzone", um die Flüchtlinge, die ,,zwischen die Fronten" geraten seien, außer Gefahr zu bringen (Süddeutsche Zeitung, 28.11.). ,,Zwischen die Fronten geraten"? Die Absicht der US-Imperialisten ist es, die Flüchtlinge zwischen die Fronten zu *ziehen*, sie von der Revolutionären Armee zu trennen und unter *ihren* Schutz zu zwingen, um so nach Möglichkeit das Demokratische Kampuchea und Vietnam gleichzeitig zu schwächen. Die Imperialisten arbeiten fieberhaft an der Etablierung einer ,,Dritten Kraft".

Großbritannien hat die Beziehungen zum Demokratischen Kampuchea abgebrochen, ohne jedoch Beziehungen zum Marionettenregime Heng Samrin aufzunehmen; das Volk von Kampuchea sei ,gegenwärtig ohne legitime Vertretung'. Australien und Neuseeland werden gedrängt, diesem Schritt zu folgen, um so Druck auf die ASEAN-Staaten auszuüben, ihren Standpunkt der Unterstützung des Demokratischen Kampuchea gegen die vietnamesische Aggression aufzugeben. In der Feindschaft gegenüber dem Volk von Kampuchea und seiner Führung sind sich die Imperialisten allesamt einig.

Äthiopische Offensive in Eritrea gescheitert – Gegenoffensive der EPLF

z.ans.Rom. 2. Dezember 1979, 5.30 Uhr: Die äthiopisch-sowjetischen Truppen beginnen auf der rechten Flanke der 70 km langen Frontlinie um Nacfa die sechste Offensive seit Juli 1978. Nacfa ist das Zentrum des Hauptstützpunktgebiets der Volksbefreiungsfront von Eritrea EPLF in der Sahel-Provinz im Nordosten Eritreas. Ziel der Offensive der Kolonialarmee ist, Nacfa einzuschließen und das zentrale Stützpunktgebiet der EPLF vom Rest Eritreas abzuschneiden.

Die eritreische Befreiungsarmee EPLA geht bereits in der ersten halben Stunde zur Gegenoffensive über. 18 Stunden dauern die Kämpfe. Die rechte Flanke der äthiopischen Okkupationstrupppen wird vollständig überrannt. Die EPLA nimmt die entscheidenden feindlichen Positionen ein. In den folgenden Tagen muß sich der Gegner immer weiter nach Süden zurückziehen. Bis zum 7.12. ist die gesamte Nacfa-Front zerschlagen.

10.12.: In einem Überraschungsangriff zwingt die EPLA die Kolonialtruppen, die sich südlich von Nacfa in Beyan neu gruppiert haben, zum weiteren Rückzug in den Süden der Sahel-Provinz nach Afabet, wo sie sich verschanzen. Die EPLA hat den Belagerungsring um Afabet geschlossen. Die Kämpfe dauern an.

Die Befreiungsarmee erbeutet eine große Anzahl von Waffen und Militärfahrzeugen. Dazu 16 T-54- und T-55-Panzer. 10000 Soldaten der Okkupationsarmee, in der nach wie vor sowjetische Offiziere und Techniker das Kommando führen, werden getötet oder verwundet; 500 Soldaten werden gefangengenommen. Im Sommer 1978, zu Beginn der Offensive, war die äthiopische Armee 120000 Mann stark, jetzt sind es nur noch 50000.

Der Widerstand der äthiopischen Soldaten gegen den Kolonialkrieg wächst. Bereits Anfang September wurden 45 Soldaten hingerichtet, weil sie sich geweigert hatten, an die Nacfa-Front zu gehen. Ende September wurden 200 äthiopische Soldaten verhaftet; sie hatten die barbarische Behandlung der eritreischen Bevölkerung angegriffen.

Der strategische Rückzug der Befreiungsarmee im Winter 1978/79 hat es ermöglicht, zunächst die Bewegungen des Gegners genau zu kontrollieren und im Sommer 1979 die Kolonialtruppen bei ihrer fünften Offensive schwer zu treffen. Jetzt geht die EPLF im nationalen Befreiungskampf erneut zur konventionellen Kriegführung über.

Äthiopische Offensive in Eritrea gescheitert – Gegenoffensive der EPLF

z.ans.Rom. 2. Dezember 1979, 5.30 Uhr: Die äthiopisch-sowjetischen Truppen beginnen auf der rechten Flanke der 70 km langen Frontlinie um Nacfa die sechste Offensive seit Juli 1978. Nacfa ist das Zentrum des Hauptstützpunktgebiets der Volksbefreiungsfront von Eritrea EPLF in der Sahel-Provinz im Nordosten Eritreas. Ziel der Offensive der Kolonialarmee ist, Nacfa einzuschließen und das zentrale Stützpunktgebiet der EPLF vom Rest Eritreas abzuschneiden.

Die eritreische Befreiungsarmee EPLA geht bereits in der ersten halben Stunde zur Gegenoffensive über. 18 Stunden dauern die Kämpfe. Die rechte Flanke der äthiopischen Okkupationstrupppen wird vollständig überrannt. Die EPLA nimmt die entscheidenden feindlichen Positionen ein. In den folgenden Tagen muß sich der Gegner immer weiter nach Süden zurückziehen. Bis zum 7.12. ist die gesamte Nacfa-Front zerschlagen.

10.12.: In einem Überraschungsangriff zwingt die EPLA die Kolonialtruppen, die sich südlich von Nacfa in Beyan neu gruppiert haben, zum weiteren Rückzug in den Süden der Sahel-Provinz nach Afabet, wo sie sich verschanzen. Die EPLA hat den Belagerungsring um Afabet geschlossen. Die Kämpfe dauern an.

Die Befreiungsarmee erbeutet eine große Anzahl von Waffen und Militärfahrzeugen. Dazu 16 T-54- und T-55-Panzer. 10000 Soldaten der Okkupationsarmee, in der nach wie vor sowjetische Offiziere und Techniker das Kommando führen, werden getötet oder verwundet; 500 Soldaten werden gefangengenommen. Im Sommer 1978, zu Beginn der Offensive, war die äthiopische Armee 120000 Mann stark, jetzt sind es nur noch 50000.

Der Widerstand der äthiopischen Soldaten gegen den Kolonialkrieg wächst. Bereits Anfang September wurden 45 Soldaten hingerichtet, weil sie sich geweigert hatten, an die Nacfa-Front zu gehen. Ende September wurden 200 äthiopische Soldaten verhaftet; sie hatten die barbarische Behandlung der eritreischen Bevölkerung angegriffen.

Der strategische Rückzug der Befreiungsarmee im Winter 1978/79 hat es ermöglicht, zunächst die Bewegungen des Gegners genau zu kontrollieren und im Sommer 1979 die Kolonialtruppen bei ihrer fünften Offensive schwer zu treffen. Jetzt geht die EPLF im nationalen Befreiungskampf erneut zur konventionellen Kriegführung über.

Weitere Maßnahmen des Pariser Clubs zur Rückverwandlung Zaires in eine Kolonie

z.elb. Nachdem die Gläubiger Zaires, der Pariser Club, im letzten Jahr die Schaltstellen der zairischen Wirtschaft und des Staatsapparates in eigene Regie genommen hatten, brüteten sie am 10./11.12. weitere Maßnahmen zur Unterjochung des Landes aus. Verschärfte Steuerplünderung des Volkes von Zaire, Lohnstopp *aller* Lohnabhängigen haben die Imperialisten bereits erzwingen können. Über diesen Weg sind zusätzliche Zahlungen der insgesamt ca. 4 Mrd. $ Schulden kaum noch zu erpressen. Der Pariser Club, vertreten sind u.a. Belgien als Geschäftsführer wegen einschlägiger Erfahrungen, die USA, BRD, Frankreich, Großbritannien, Japan, wird die Laufzeit von 80 bis 90% der '78, '79 und '80 fälligen Kredite um zehn Jahre verlängern, die '79 verfallenen kurzfristigen Kredite innerhalb der nächsten fünf Jahre eintreiben, was ihnen einen weiteren dicken Batzen Zinsen einbringt. 400 Mio. $ müssen in den nächsten zwei Jahren in Form von Übertragung eines Großteils des zairischen Exporterlöses an die Gläubiger beglichen werden. 1977 betrug der Wert des Gesamtexports von Zaire 988,2 Mio. $. Nachdem die Imperialisten die Währung Zaires um 120% im Verhältnis zum $ gedrückt, den Preis für Kupfer drastisch gesenkt, durch die Ruinierung der Landwirtschaft Zaire zu hohen Importen von Lebensmitteln gezwungen haben, wollen sie jetzt durch praktisch kostenlose Aneignung der reichen Rohstoffvorkommen an Kupfer, Kobalt, Diamanten usw. einen weiteren Schritt vorankommen in der Rückverwandlung Zaires in ihre Kolonie.

Auf ihrer Sitzung 1978 war dem Pariser Club der bis dahin größte Coup auf diesem Weg gelungen. Sie setzten durch, daß Zaire die 1973 verstaatlichten imperialistischen Betriebe, für deren Entschädigung die Regierung die ersten großen Kredite aufnehmen mußte, an die Imperialisten zurückgab. Ein Bundesbankbeamter wurde als IWF-Beauftragter in die Leitung der Zentralbank Zaires geschickt; die Zollverwaltung sicherten sich die belgischen, die Steuerverwaltung die französischen Imperialisten; das Finanzministerium steht auch unter Führung des IWF. Anfang 1980 wird die Weltbank einen von Mobutu vorgelegten Sanierungsplan der Wirtschaft den Interessen der Imperialisten anpassen.

Die Imperialisten teilen Zaire auf.

RGW-Preisformel verschärft Widersprüche zur SU

Am Lohnfonds der Arbeiter wollen sich die Vasallen schadlos halten

z.anb. 1980 werden sich die Austauschbeziehungen zwischen dem RGW und der Sowjetunion um 40% zugunsten der UdSSR verbessert haben, dies gemessen an 1975. Es bedeutet, daß für jede Werteinheit sowjetischen Exports der RGW im Durchschnitt 40% mehr liefern muß. Tatsächlich beinhaltet dieser Durchschnitt ein ausgefeiltes System von Abstufungen, es ergänzt das Riesengaunerstück von 1975: während bis 1974 für die Exportpreise die Weltmarktpreise 1966–70 herangezogen wurden, verordnete die Sowjetunion 1975, daß ab sofort eine Angleichung stattfinden müsse, da die Produktionskosten nicht mehr gedeckt seien. Das ,,billige" Jahr 1971 wurde übersprungen, 1975 galten die Weltmarktpreise von 1972, 1973, 1974 und seither die der jeweils letzten fünf Jahre.

Bis 1977 hat die Sowjetunion auf diese Weise ein Außenhandelsplus – bei *Senkung* ihrer Liefermengen in den RGW – von über 2,576 Mrd. Rubel erstohlen. Am schlechtesten kommen dabei die Mitgliedsstaaten weg, die Maschinerie liefern und Rohstoffe beziehen. Dies deshalb, weil die Sowjetunion den auf Dollarbasis bezogenen Preis für ihre Maschinenimporte durch ständige Änderung der Parität Dollar/Transferrubel entwertete, während sie ihre eigenen in Rubel berechneten Öllieferungen aus demselben Grund rasant verteuerte.

Die Widersprüche zwischen den RGW-Staaten und der sozialimperialistischen Supermacht sind beträchtlich in Bewegung geraten. Und zwar in unterschiedlicher Schärfe. Polen hat z.B. auf den Wucher der Sowjetunion schon 1975 mit der Verteuerung seiner hochwertigen Kohlelieferungen um 32% reagiert. Ungarn und Bulgarien haben in der gleichen Zeit Preisaufschläge von 30 bzw. 35% für ihre wachsenden Agrarlieferungen gegen die Sowjetunion durchsetzen können. Sie machten sich dabei als Vorteil nicht nur die Verrottung der sowjetischen Landwirtschaft und deren Produktionsniedergang zunutze, sondern auch die Tatsache, daß ihre Austauschbeziehungen mit der UdSSR vielseitig sind und den direkten Vergleich der wertmäßigen Verrechnung qualitativ gleicher Warenströme hin und zurück ermöglichen. Draufgezahlt haben vor allem die ,,treuesten" Verbündeten.

Auf der letzten Tagung des RGW-Exekutivkomitees Ende Juni 1979 hat Kossygin den Revisionisten in der DDR und der CSSR einen weiteren massiven Dämpfer verpaßt: Hauptkettenglied für die Umsetzung des RGW-Komplexprogramms sei der Maschinenbau. ,,. . . von diesem Zweig hängt die erfolgreiche Erfüllung aller ausgearbeiteten Zielprogramme ab. Das technische Niveau der Maschinenbauerzeugnisse bestimmt in entscheidendem Maße die Steigerung der Arbeitsproduktivität und folglich auch den gesamten Verlauf des ökonomischen Wettbewerbs mit dem Kapitalismus." (Archiv der Gegenwart 22683)

Das ZK der Kommunistischen Partei der CSSR hat Ende letzter Woche die Planziele für 1980 festgelegt: Steigerung der Industrieproduktion um 4%, des *Maschinenbaus um 5,8%*, des Einkommens der Massen um 2,2%. Der Begleitkommentar des Generalsekretärs, Gustav Husak, konzentrierte sich auf die unhaltbare ,,Energieverschwendung" in der Produktion, ablesbar an dem im Vergleich mit den westlichen Industriestaaten höchsten Energieverbrauch pro Kopf. (1976: BRD 5,9 t SKE, CSSR 7,4 t, DDR 6,8 t.) Eine weitere Steigerung der Importe an Erdöl aus der UdSSR sei ab 1980 ,,nur noch für nichtsozialistische Länder" möglich, schon daraus ergebe sich zwingend die Notwendigkeit drastischer Rationalisierung. Um es vorweg zu klären: der hohe Pro-Kopf-Energieverbrauch in der CSSR ist vorrangig Ausdruck der Aufblähung der energieintensiven Produktionszweige (Stahl, Maschinenbau, Chemie), daneben wirkt sich erhöhter Energieeinsatz aufgrund der technologisch veralteten Produktionsanlagen aus. Tatsächlich geht es der revisionistischen Bourgeoisie aber nicht um Reduzierung des Energie*einsatzes* – immerhin Kennzeichen des hohen Ausbeutungsstandards – sie hat zweierlei vor: Lockerung der Importabhängigkeit von der Sowjetunion (ab 1981 will die CSSR 50% ihres gesamten Erdgasimports aus dem Iran beziehen), Organisierung einer ,,Energieeinsparungskampagne", deren Scheitern zur Lohnkürzung herhalten soll.

In der DDR untersuchen Fachzeitschriften der politischen Ökonomie seit Monaten intensiv die ,,Prinzipien der sozialistischen Lohn- und Einkommenspolitik". Der Versuch, den Grundlohn bereits an die Übererfüllung des Plans zu binden (siehe KVZ 44/79), bringt offensichtlich größere Schwierigkeiten. Die Alternative setzt am anderen Ende an: die Entwertung des Arbeitslohns wird nicht nur durch direkte Lohnkürzung erreicht, sondern auch durch die Verteuerung der Reproduktionsmittel, die der Lohn erst zugänglich macht. Die Preissteigerungen, die in den letzten Monaten in praktisch allen RGW-Staaten in beträchtlichem Umfang verordnet wurden (KVZ 33/79, S. 15), entfalten diese Wirkung. Mehr noch. Das bei der imperialistischen Konkurrenz im Westen sorgsamer Prüfung unterzogene ,,Netz der sozialen Sicherheit" beginnt die Aufmerksamkeit der neuen Bourgeois auf sich zu ziehen: ,,. . . ergibt sich daraus die sozialpolitische Konsequenz, den Werktätigen Möglichkeiten der zusätzlichen Vorsorge einzuräumen, deren Realisierung in der Verantwortung des *einzelnen Bürgers* liegt", resumiert die DDR-Zeitschrift ,,Wirtschaftswissenschaft" nach Bilanzierung der Ausgaben der Versicherungskassen, in die aus dem Konsumtionsfonds 1978 nurmehr 47% (11,2 Mrd. Mark) zugeschossen wurden, den ,,Rest" deckten bereits direkte Lohnabzüge (3/79).

In der gleichen Zeitschrift entdecken die Ökonomen den Nutzen des Steuerabzuges (im Durchschnitt 20% auf den Grundlohn), er sei kein Widerspruch zum ,,entwickelten Sozialismus", sondern ,,festige die sozialistischen Produktionsverhältnisse" und die ,,typische Sozialstruktur", indem die Progression die Einkommen schärfer besteuere, die ,,nicht auf eigener Arbeitsleistung allein beruhen können" – wie Lohnbestandteile auf Grundlage von Gruppenakkord, nicht etwa die Revenue der neuen Bourgeois.

Die ,,Pfeiler" des bulgarischen Außenhandels: Maschinen und Konserven. Zu vier Fünfteln unter das Monopol der Sowjetunion gepreßt.

RGW-Preise für UdSSR-Öl (1976)

	Rubel pro Tonne
Bulgarien	37,5
CSSR	34,1
DDR	32,1
Polen	42,0
Ungarn	44,7
Kuba	32,7
RGW insges.	36,8

Preisentwicklung seit 1974

	in Rubel
1974	18,1
1975	33,5
1976	36,7
1977	46,9
1978	57,9
1979	67,6
1980	74,1

rasant verteuerte.
Kuba 32,7
RGW insges. 36,8
1979 67,6
1980 74,1

EG-ASEAN-Vertrag: EG will verlorenen Boden wiedergutmachen

z.scc. Rund ein Jahr nach dem ersten Ministertreffen haben die EG und die ASEAN-Länder Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand einen Vertrag über industrielle, landwirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit vereinbart. Am 14. bzw. 18.12. wird er auf dem Ministertreffen der ASEAN und der EG abschließend beraten. – Verbittert hatte die EG Anfang des Jahres konstatiert, daß sie den ,,historischen Verbindungen" zum Trotz – die Niederlande waren Kolonialmacht Indonesiens, GB von Malaysia und Singapur – gegenüber der US-Supermacht und Japan weiter ins Hintertreffen geraten waren. Der Anteil der EG-Importe am ASEAN-Außenhandel sank von 21,2% 1960 auf unter 15%, während Japan und die USA ihren Zugriff auf die ,,außergewöhnlich umfangreichen natürlichen Ressourcen", v.a. Naturkautschuk, Abacafasern, tropische Harthölzer, Palmöl, Kokosnuß, Öl, Zinn, Kupfer usw., stärken konnten. Gleichzeitig sanken die EG-Exporte in die südostasiatische Region und fiel der Kapitalexport auf 14% des imperialistischen Kapitals in den ASEAN-Ländern zurück, gegenüber 30% Japans und 23% der USA. Diese ,,enttäuschende Entwicklung" versuchen die westeuropäischen Imperialisten mit dem neuen Vertrag zu wenden. Sie mußten dabei Zugeständnisse, v.a. in der Ausweitung des allgemeinen Präferenzsystems, machen. Vor allzu enger Umarmung also wußten sich die ASEAN-Länder zu bewahren; zumindest teilweise konnten sie die imperialistische Konkurrenz zu eigenem Vorteil nutzen.

UNO: Vertrag gegen militärische Nutzung des Mondes beschlossen

z.dab. Anfang Dezember hat die Generalversammlung der UNO einen Vertrag über die ,,Aktivitäten der Staaten auf dem Mond und anderen Himmelskörpern" verabschiedet. Darin heißt es: ,,Die Errichtung von militärischen Stützpunkten, die Schaffung von Befestigungsanlagen, das Testen aller Art von Waffen und das Abhalten von Manövern auf dem Mond sind zu verbieten." Jede Inbesitznahme des Mondes wird zurückgewiesen. Das richtet sich gegen die beiden Supermächte, die den Weltraum als ihr angestammtes Herrschaftsgebiet betrachten und zu Aggressionsvorbereitungen nutzen. Carter sagte im Oktober 1978: ,,Wir werden die Führung der Vereinigten Staaten im Weltraum nicht aufgeben." Mit 7,9 Mrd. $ für die Weltraumforschung stockten die US-Imperialisten 1979 ihren Kriegshaushalt (119,71 Mrd. $) weiter auf.

Polizeiliche Säuberungsaktionen in Ungarn

z.krk. ,,Die von Fall zu Fall entstehenden Widersprüche zwischen individuellen, Gruppen- und gesellschaftlichen Interessen, ... die von den gemeinschaftlich nützlichen Tätigkeiten unabhängig entstehenden Vermögensunterschiede erzeugen auch innerhalb der sozialistischen Gesellschaft Interessenkonflikte", so begründete Benke András, ungarischer Innenminister, in einem Interview, weshalb die Zahl der Straftaten in den letzten 5 Jahren in Ungarn angestiegen ist. Nicht Sozialismus sondern Kapitalistenherrschaft, sonst hat er recht. 60% der Straftaten waren Eigentumsdelikte, ¼ richteten

Den US-Imperialismus schlagen und das Eindringen des Sozialimperialismus verhindern

z.lup. ,,Der Rechtsputsch von Marcos wurde durchgeführt, um dem US-Imperialismus zu garantieren, daß die Verfassung von 1972 – inzwischen passenderweise Marcos-Verfassung genannt – seine Interessen sichert und sogar noch ausweitet. Von diesen Interessen bestimmt, hat Marcos seine autokratische Macht erhalten und die Möglichkeit, sich in noch größerem Umfang persönlich zu bereichern.

Seit der Errichtung des faschistischen Regimes auf den Philippinen hat der US-Imperialismus seine Unterstützung und Hilfe für die Marcos-Bande aufgestockt. Ausländische Darlehen und militärische Hilfe haben das autoritäre Regime auf Kosten der breiten Massen gestützt. Es ist klar, daß die ,,Menschenrechtskampagne" der Carter-Regierung darauf abzieit, die Völker über die Natur und die Praktiken des US-Imperialismus zu täuschen.

Alle Vorrechte, die der US-Imperialismus und sein Junior-Partner, der japanische Imperialismus, durch die faschistische Dikatur erlangt haben, müssen beseitigt werden. Die Marcos-Verfassung und alle proimperialistischen Proklamationen, allgemeinen Anordnungen und Dekrete müssen außer Kraft gesetzt werden.

Das Vorbereitungskomitee für die Nationale Demokratische Front der Philippinen hat in einer Erklärung im April 1979 die sowjetisch-vietnamesische Aggression gegen Kampuchea verurteilt und ihre Unterstützung für den gerechten Kampf des kampucheanischen Volkes für die Wiedergewinnung seiner nationalen Unabhängigkeit und staatlichen Souveränität ausgedrückt. In der Stellungnahme wird festgestellt, daß der sowjetische Sozialimperialismus und die vietnamesischen Führer über 105 500 vietnamesische Truppen in Kampuchea haben eindringen lassen und große Gebiete des Landes, einschließlich Phnom Penh, unter militärische Besatzung gestellt haben. Weiter heißt es in der Stellungnahme: ,,Die sowjetischen Sozialimperialisten und globalen Hegemonisten haben die US-Imperialisten als die größten Unruhestifter in Indochina ersetzt. Indem sie die vietnamesischen Führer und ihre bewaffneten Streitkräfte als Schachfiguren einsetzen, führen die sowjetischen Sozialimperialisten einen großangelegten Krieg, um das Volk von Kampuchea und den Rest von Indochina zu unterjochen. Ihre Absicht ist es, ihren vorgeschobenen Posten in Indochina zu konsolidieren und auszuweiten, um von da aus subversive Akte gegen ganz Südostasien vortragen zu können, die Volksrepublik China von der südlichen Flanke her einzukreisen und mit dem US-Imperialismus um so wirksamer um die Vorherrschaft im gesamten asiatisch-pazifischen Raum ringen zu können.

Die Verlängerung und Ausweitung der amerikanischen und japanischen Privilegien in allen ungleichen Verträgen und Vereinbarungen und alle antinationalen, antidemokratischen Akte der faschistischen Diktatur müssen beendet werden.

Das souveräne Recht auf Nationalisierung und Enteignung ausländischer Unternehmen darf niemals aufgegeben werden. Industrien von grundlegender Bedeutung sollten nationalisiert werden. Es ist besser, wenn die lebenswichtigen Industrien in den Händen von philippinischen Unternehmen liegen als in den Händen von ausländischen Investoren.

Die amerikanischen Militärbasen müssen aufgelöst werden und in einer neuen Verfassung als Verletzung unserer nationalen Souveränität und territorialen Integrität erklärt werden. Die amerikanische Kontrolle über die bewaffneten Streitkräfte der Philippinen muß ebenfalls beendet werden. Das amerikanische Vorrecht auf Einmischung in unsere Angelegenheiten muß ebenfalls abgeschafft werden. Die amerikanische Militärkontrolle über die Philippinen bedeutet eine Einladung an die Sowjetunion, sich in die Angelegenheiten der Philippinen einzumischen. Die amerikanischen Militärbasen sind keine Verteidigung, sondern in Wirklichkeit ein Magnet, der Aggressionen des sowjetischen Sozialimperialismus anzieht, vor allem in Form eines Nuklearangriffs. Wir müssen uns hauptsächlich und in jeder Hinsicht auf unser Volk stützen, seine nationalen Interessen verteidigen und in internationalen Angelegenheiten einen unabhängigen Standpunkt einnehmen. Die Philippinen können Beziehungen mit anderen Ländern einschließlich der Vereinigten Staaten unterhalten, aber nur auf der Basis der Unabhängigkeit, der Gleichheit und des gegenseitigen Vorteils."

(Vorbereitungskomitee für die Nationale Demokratische Front der Philippinen, Über das 10-Punkte-Programm, 12. November 1977)

Weiter heißt es: ,,Aber das heroische Volk von Kampuchea ist nicht bereit, sich unterjochen zu lassen. Unbeugsam und gestählt in früheren Kriegen gegen Kolonialismus und Imperialismus hat es einen gerechten und heiligen Krieg für die nationale Befreiung aufgenommen, um sein Vaterland von den neuen Aggressoren und Invasoren zu befreien."

Weiter heißt es: ,,Die sowjetischen Sozialimperialisten streben nach Welthegemonie und werden es nicht bei der bewaffneten Aggression gegen Kampuchea bewenden lassen. Während sie die vietnamesischen Führer immer fester im Griff haben und de facto große Teile von Kampuchea und Laos durch Vietnam militärisch besetzt haben, haben die sowjetischen Sozialimperialisten tatsächlich vorläufig einen zuverlässigen vorgeschobenen Posten im Herzen Südostasiens errich-

gien in allen ungleichen Verträgen und Vereinbarungen und alle antinationalen, antidemokratischen Akte der faschistischen Diktatur müssen beendet werden.

Das souveräne Recht auf Nationalisierung und Enteignung ausländischer Unternehmen darf niemals aufgegeben werden. Industrien von grundlegender Bedeutung sollten nationalisiert werden. Es ist besser, wenn die lebenswichtigen Industrien in den Händen von philippinischen Unternehmen liegen als in den Händen von ausländischen Investoren.

Die amerikanischen Militärbasen müssen aufgelöst werden und in einer neuen Verfassung als Verletzung unserer nationalen Souveränität und territorialen Integrität erklärt werden. Die amerikanische Kontrolle über die bewaffneten Streitkräfte der Philippinen muß ebenfalls beendet werden. Das amerikanische Vorrecht auf Einmischung in unsere Angelegenheiten muß ebenfalls abgeschafft werden. Die amerikanische Militärkontrolle über die Philippinen bedeutet eine Einladung an die Sowjetunion, sich in die Angelegenheiten der Philippinen einzumischen. Die amerikanischen Militärbasen sind keine Verteidigung, sondern in Wirklichkeit ein Magnet, der Aggressionen des sowjetischen Sozialimperialismus anzieht, vor allem in Form eines Nuklearangriffs. Wir müssen uns hauptsächlich und in jeder Hinsicht auf unser Volk stützen, seine nationalen Interessen verteidigen und in internationalen Angelegenheiten einen unabhängigen Standpunkt einnehmen. Die Philippinen können Beziehungen mit anderen Ländern einschließlich der Vereinigten Staaten unterhalten, aber nur auf der Basis der Unabhängigkeit, der Gleichheit und des gegenseitigen Vorteils."

(Vorbereitungskomitee für die Nationale Demokratische Front der Philippinen, Über das 10-Punkte-Programm, 12. November 1977)

Weiter heißt es: ,,Aber das heroische Volk von Kampuchea ist nicht bereit, sich unterjochen zu lassen. Unbeugsam und gestählt in früheren Kriegen gegen Kolonialismus und Imperialismus hat es einen gerechten und heiligen Krieg für die nationale Befreiung aufgenommen, um sein Vaterland von den neuen Aggressoren und Invasoren zu befreien."

Weiter heißt es: ,,Die sowjetischen Sozialimperialisten streben nach Welthegemonie und werden es nicht bei der bewaffneten Aggression gegen Kampuchea bewenden lassen. Während sie die vietnamesischen Führer immer fester im Griff haben und de facto große Teile von Kampuchea und Laos durch Vietnam militärisch besetzt haben, haben die sowjetischen Sozialimperialisten tatsächlich vorläufig einen zuverlässigen vorgeschobenen Posten im Herzen Südostasiens errich-

tet. Der sowjetisch-vietnamesische Aggressionskrieg hat bereits die Situation in ganz Asien unsicher gemacht und ist ein Vorspiel für weitere kriegerische Aktivitäten der globalen Hegemonisten. Die sowjetischen Sozialimperialisten sind so die Hauptquelle für Unruhe, Unordnung und Krieg in diesem Teil der Welt geworden."

Anschließend heißt es in der Stellungnahme, daß die Vorbereitungskommission für die Nationale und Demokratische Front der Philippinen entschlossen den gerechten Kampf des kampucheanischen Volkes unterstützt. (nach: Xinhua, 22.4.1979)

Die philippinische Revolution hat eine feste Grundlage

Organisationserfolge der NPA unter den Bauern

z.hev. Wie ein Sperriegel liegt die Inselkette der Philippinen vor Südostasien, je eine Düsenflugstunde von Kanton in China, Hanoi in Vietnam und deren zwei von Singapur entfernt – für die US-Imperialisten ein strategischer Schlüssel für die Beherrschung des gesamten ostasiatischen Raums. Als solcher war er in der Geschichte auch schon mehrere Male in Erscheinung getreten. 1950 als Aggressionsbasis gegen das koreanische Volk, 1954 als Gründungsort der SEATO (Southeast Asia Treaty Organisation) und zuletzt im Krieg gegen die Völker Vietnams, Laos' und Kampucheas.

Wie ein roter Faden zieht sich diese hervorragende strategische Bedeutung durch die Geschichte der Beziehungen zwischen den USA und den Philippinen. Bis zum Ende des zweiten Weltkriegs regierten die USA als Kolonialmacht, und obwohl sie es verstanden hatten, den von der sog. Hukbalahap (Antijapanische Volksarmee) geführten Befreiungskampf gegen die japanische Besetzung zu lenken und selbst relativ ungeschoren aus dem Weltkrieg hervorzugehen, konnten sie die alten kolonialen Verhältnisse nicht mehr aufrecht erhalten. Geändert wurde die Form imperialistischer Ausbeutung, und festgeschrieben wurde sie in einer ganzen Kette ungleicher Verträge, die die Philippinische Zentralbank zu einer Filiale der US-Banken machte, die Kontrolle der wichtigsten Schlüsselindustrien durch amerikanisches Monopolkapital festschrieb und US-Militärstützpunkte mit einer Gesamtfläche von 200000 Hektar garantierte.

Rund 45 Mio. Einwohner haben die Philippinen heute. Sie leben auf einer Fläche von 300000 qkm, verstreut auf zahlreiche Inseln, deren wichtigste und größte Luzon im Norden, Samar in der Mitte und Mindanao im Süden sind. Nach Angaben der Regierung Marcos waren 1978 nur noch knapp die Hälfte der 16,8 Mio. ,,aktiven Arbeitskräfte" in der Landwirtschaft beschäftigt und etwas über die Hälfte in Industrie und Dienstleistungen. 1972 war das Verhältnis noch umgekehrt, die absolute Zahl der Bauern ist seither allerdings von 6,9 Mio. auf knapp 8 Mio. gestiegen. Diese Bauern, besitzlose Landarbeiter und Pächter sind inzwischen zur Hauptkraft im Kampf für vollständige nationale Unabhängigkeit geworden. Und auch Marcos, der seit 1972 unter Kriegsrecht regiert, weiß, daß dies so ist: ,,Die Landreform ist der einzige Maßstab für Erfolg oder Fehlschlag der ,Neuen Gesellschaft'. Wenn die Landreform scheitert, wird es keine ,Neue Gesellschaft' geben." Nicht nur die hier angesprochene Reform aus dem Jahre '72 ist gescheitert, sondern auch alle Versuche vor- und nachher. Sie sind an den Großgrundbesitzern gescheitert, die, wenn überhaupt, zur Landabgabe nur bereit waren, wenn sie dadurch Geldkapital in die Hände bekamen. Sie sind an der Unmöglichkeit gescheitert, florierende Höfe mit einer Größe von 6 – 7 Hektar unter Bedingungen zu schaffen, wo US- oder japanische Im- und Exportfirmen für landwirtschaftliche Produkte (vor allem Zucker, Hanf und Kokos) und Düngemittel die Preise diktieren. Diese Programme, die von vorneherein nur einer kleinen Zahl Bauern Pachtland zur Verfügung stellen konnten, mußten auch an den ständig leeren Staatskassen bei einer immer schneller steigenden Auslandsverschuldung scheitern.

Die Philippinen stecken so tief in dem Teufelskreis von imperialistischer Auspowerung und ständiger Neuverschuldung, daß der Weg, den Bauern über Auskaufen der Großgrundbesitzer Land zu verschaffen, schon von dieser Seite her illusorisch ist, ganz abgesehen vom Interesse der Großgrundbesitzer an der Aufrechterhaltung der für sie vorteilhaften Besitzverhältnisse.

Nach einer grundlegenden Untersuchung des damaligen Sekretärs der Kommunistischen Partei der Philippinen (ML), Amado Guerrero, gab es 1968 rund 10000 Großgrundbesitzer, die 50 bis etwas über 1000 Hektar Land besaßen, 204 Großgrundbesitzer hatten sogar mehr als 1000 Hektar. Zu letzteren gehören viele ausländische Konzerne und die katholische Kirche. In jeder Provinz existiert eine Handvoll Großgrundbesitzer, und eine Masse armer Bauern und Landarbeiter sind feudalen oder halbfeudalen Ausbeutungsverhältnissen unterworfen. Die Großgrundbesitzer herrschen über die Bauern mit einer von ihnen ausgehaltenen Bande Bewaffneter, die jeden Widerstand durch maßlosen Terror im Keim ersticken. Landpacht und Wucher sind die feudalen Übel, die den Bauern praktisch keinen Peso zum Leben lassen. Die an die Großgrundbesitzer zu zahlenden Pachten sind extrem hoch, sie betragen zwischen 50 und 80% der Ernte, 60% im Schnitt.

,,Stellt der Grundbesitzer Saatgut, Kunstdünger, Pestiziden und dergleichen, so verlangt er für deren Benutzung weit überhöhte Summen, überzieht damit unmittelbar seinen 50%igen Anteil der vom Pächter eingebrachten Ernte. Er kann dem Pächter auch Maschinen zur Kultivierung eines Teils des Landes zur Verfügung stellen und – sagen wir – das Bewässerungssystem verbessern lassen, wobei er jedesmal die dafür notwendigen Kosten überhöht auf den Pächter abwälzt ... Untersuchungen haben ergeben, daß der Zinsfuß auf die von Großgrundbesitzern an Pächter geliehenen Gelder 100% für drei Monate und 50% für einen Monat beträgt. Ist der Pächter, der dieses Geld zur Ernährung seiner Familie oder zur Verbesserung der Produktion benötigt, außerstande, die betreffende Summe rechtzeitig zurückzuzahlen, so setzt der Großgrundbesitzer die Höhe des vom Pächter erwirtschafteten Erntebetrages eigenmächtig neu fest." (Amado Guerrero: Philippinische Gesellschaft und Revolution) Spezielle Kredit- und Ernteertragsverteilungsgesetze sind von der Regierung zugunsten der Feudalherren durch den Kongreß gepaukt worden. Zwar haben die sog. Landreformen immer auch ei-

Filiale der US-Banken machte, die Kontrolle der wichtigsten Schlüsselindustrien durch amerikanisches Monopolkapital festschrieb und US-Militärstützpunkte mit einer Gesamtfläche von 200000 Hektar garantierte.

Rund 45 Mio. Einwohner haben die Philippinen heute. Sie leben auf einer Fläche von 300000 qkm, verstreut auf zahlreiche Inseln, deren wichtigste und größte Luzon im Norden, Samar in der Mitte und Mindanao im Süden sind. Nach Angaben der Regierung Marcos waren 1978 nur noch knapp die Hälfte der 16,8 Mio. ,,aktiven Arbeitskräfte" in der Landwirtschaft beschäftigt und etwas über die Hälfte in Industrie und

Die Philippinen stecken so tief in dem Teufelskreis von imperialistischer Auspowerung und ständiger Neuverschuldung, daß der Weg, den Bauern über Auskaufen der Großgrundbesitzer Land zu verschaffen, schon von dieser Seite her illusorisch ist, ganz abgesehen vom Interesse der Großgrundbesitzer an der Aufrechterhaltung der für sie vorteilhaften Besitzverhältnisse.

Nach einer grundlegenden Untersuchung des damaligen Sekretärs der Kommunistischen Partei der Philippinen (ML), Amado Guerrero, gab es 1968 rund 10000 Großgrundbesitzer, die 50 bis etwas über 1000 Hektar

sitzern an Pächter geliehenen Gelder 100% für drei Monate und 50% für einen Monat beträgt. Ist der Pächter, der dieses Geld zur Ernährung seiner Familie oder zur Verbesserung der Produktion benötigt, außerstande, die betreffende Summe rechtzeitig zurückzuzahlen, so setzt der Großgrundbesitzer die Höhe des vom Pächter erwirtschafteten Erntebetrages eigenmächtig neu fest." (Amado Guerrero: Philippinische Gesellschaft und Revolution) Spezielle Kredit- und Ernteertragsverteilungsgesetze sind von der Regierung zugunsten der Feudalherren durch den Kongreß gepaukt worden. Zwar haben die sog. Landreformen immer auch ei-

Links: Demonstranten während des Wahlkampfes 1978: ,,Nieder mit dem Kriegsrecht!" Rechts: Ein Kämpfer der Neuen Volksarmee (NPA) wird gegen Malaria geimpft. Medizinische Vorsorgeprogramme unter den Bauern spielen eine große Rolle im Befreiungskampf.

Zehn-Punkte-Programm der Nationalen Demokratischen Front der Philippinen

,,1. Zusammenschluß aller antiimperialistischen und demokratischen Kräfte, um die US-Marcos-Diktatur zu stürzen und eine Koalitionsregierung zu errichten, die sich auf ein wirklich demokratisches System der Vertretung stützt.

2. Enthüllung und Bekämpfung des US-Imperialismus als Drahtzieher, der hinter der Errichtung der faschistischen Diktatur steht, Kampf für die Annullierung aller ungleichen Verträge und Vereinbarungen mit dieser imperialistischen Macht, Nationalisierung des gesamten Eigentums dieser Macht in unserem Land.

3. Kampf für die Verwirklichung aller demokratischen Rechte des Volkes, insbesondere der Freiheit der Rede, der Pressefreiheit, der Versammlungs- und Organisationsfreiheit, der Freizügigkeit, Religionsfreiheit, des Rechts auf gesetzmäßiges Gerichtsverfahren.

4. Breitestmögliche politische und materielle Unterstützung für die bewaffnete Revolution und die Untergrundbewegung gegen die US-Marcos-Diktatur.

5. Unterstützung eines wirklichen Landreformprogramms, das die Bauernmassen von der feudalen und halbfeudalen Ausbeutung befreit und das die landwirtschaftliche Produktion durch Kooperation entwickelt.

6. Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes, Garantie des Rechts auf Arbeit und Schutz des nationalen Kapitals gegen das ausländische Monopolkapital.

7. Förderung einer nationalen, wissenschaftlichen und Massenkultur und Kampf der imperialistischen, feudalen und faschistischen Kultur.

8. Unterstützung der nationalen Minderheiten, insbesondere derjenigen in den Mindanao- und den Bergprovinzen, in ihrem Kampf für Selbstbestimmung und Demokratie.

9. Bestrafung der Rädelsführer der faschistischen Marcos-Bande nach einem öffentlichen Gerichtsverfahren für ihre Verbrechen an dem Volk, Beschlagnahmung ihrer gesamten unrechtmäßig erworbenen Reichtümer.

10. Zusammenschluß mit allen Völkern, die gegen Imperialismus und jede Reaktion kämpfen, Gewinnung ihrer Unterstützung für den revolutionären Kampf der Philippinen."

Dieses 10-Punkte-Programm wurde durch das Vorbereitungskomitee für die Nationale Demokratische Front der Philippinen am 24. April 1973 veröffentlicht. Dieses Komitee schließt die Kräfte der Kommunistischen Partei der Philippinen, der Moro – Nationale Befreiungsfront und der Christen für die Nationale Befreiung zusammen. In Anwendung dieses 10-Punkte-Programms auf die weitere Entwicklung des Kampfes und die darin gemachten Erfahrungen hat das Vorbereitungskomitee im November 1977 zzu dem Punkt 5 (Landreform) u.a. festgestellt:

,,Das Landreformprogramm, für das die US-Marcos-Diktatur Werbung macht, ist ein Betrug. Die Masse der Pächter kann sich kein Land von ihren Grundherren kaufen zu Preisen, die durch die Grundherren diktiert werden.

Kein einziger armer Bauer hat einen Landkaufvertrag aufgrund des Präsidentendekrets No. 27 (1) mit seinem Grundherren abgeschlossen. Dieses Dekret zielt exakt darauf ab, die Verantwortung für Enteignungsaktionen von der reaktionären Regierung zu nehmen und die Pächter ihrer Pachtrechte zu berauben, insbesondere dort, wo die Imperialisten und die Faschisten an dem Land interessiert sind.

In den wenigen Fällen, wo die Landbank (2) den Landkauf vermittelt hat, hat kein Bauer auch nur eine einzige Jahresrate vollständig bezahlt, wegen der unerschwinglichen Kosten, die die Grundherren und die korrupten Beamten der Landbank ausgehandelt haben.

Monopolisierung des Landes und nicht Landreform ist durch die faschistische Diktatur gefördert worden. Landraub wird noch zügelloser als vorher betrieben, wobei der faschistische Diktator und seine Familie die Bande der Landräuber anführen. Die allgemeine Anordnung No. 47 (3) ermutigt die großen ausländischen und einheimischen Gesellschaften, die Verwaltung und Kontrolle großer Landgüter zu übernehmen. Gelder der Landbank fließen ihnen zu und fördern den Kauf moderner landwirtschaftlicher Ausrüstungen. Gegenwärtig sind wir für eine Politik der Senkung der Rente und der Beseitigung des Wuchers als einem realistischen Schritt zur wirklichen Befreiung der Bauern. Wir fordern die Grundherren nachdrücklich auf, diesen Reformen zuzustimmen, wie es die Aufgeklärten unter ihnen gemacht haben.

Wir fördern die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktivität durch einfachen Tausch von Arbeit, gegenseitige Hilfe und Kooperative. Angemessene Preise sollten zwischen den Bauern und den Händlern vereinbart werden. In den Grenzgebieten sollte den nationalen Minderheiten und den Kleinbauern das Eigentum an ihrem Land gesichert werden. Landraub durch die großen Grundherren und die großen Kapitalisten sollte entschieden bekämpft werden.

Auf Farmen, die kapitalistisch betrieben werden, sollten die Landarbeiter Gewerkschaften haben und bessere Arbeits- und Lebensbedingungen verlangen. Die Landarbeiter auf nichtkapitalistischen Farmen sollten sich organisieren oder den Vereinigungen der armen Bauern anschließen, um angemessene Löhne zu erreichen. Sie sollten auch für eine wirkliche Landreform kämpfen. Arbeitslosigkeit ist auf

ne gesetzliche Minderung der Pacht gebracht – bis auf 25% – de facto konnte dies dann nur in den Gegenden wirklich durchgesetzt werden, wo die Bauernmassen organisiert und zu einer gewissen Kraft geworden waren. Antiwuchergesetze scheiterten ebenfalls an den Tatsachen der feudalen Ausbeutung.

Sämtliche Landreformen liefen nach dem Muster ab: Die Regierung kauft Land von den Großgrundbesitzern zu exzellenten Preisen, das dann zwei bis drei Hektarweise an landlose Bauern verpachtet wurde. In einem Zeitraum von 15 bis 25 Jahren sollten sie es dann schließlich besitzen, abgegolten durch die Pacht. Das sichere Ergebnis dieser Reformen war, daß die neuen Pächter in wenigen Jahren so verschuldet waren, daß sie das bißchen Land wieder verloren und die Slums der Städte bevölkerten oder als Landarbeiter in Großfarmen endeten. Wegen der überhöhten Ankaufpreise für das Reformland waren die jeweiligen Fonds schnell erschöpft, zwischengeschaltete und wie Pilze aus dem Boden schießende landwirtschaftliche Kreditbanken sahnten den Rest ab.

Die Landreformen sind zwar gescheitert – seitdem dies klar ist, setzen die US-Imperialisten auf die bürgerlich-klerikale Opposition des Kardinal Sin, des höchsten Würdenträgers des katholischen Grundbesitzes, und ein bißchen auf den geplanten Papstbesuch – aber eine ,,neue Gesellschaft" wird es geben. Seit der Gründung der ,,New People's Army" (NPA), des bewaffneten Arms der Kommunistischen Partei, nach einer gründlichen Kritik und Trennung von der revisionistischen KP vor 10 Jahren, sind den Bauern große Fortschritte gelungen. Die NPA kämpft gegen die bewaffneten Banden der Großgrundbesitzer, wie z.B. seit 1976 im Cagayan-Tal: ,,Der verhaßte Hacendero-Gangster ,verschwand' im Mai 1977. In den folgenden Monaten ,verschwanden' acht weitere Gangster, einer nach dem anderen. Die örtlichen kleinen Gauner und Diebe änderten sich allmählich oder hauten in Gegenden ab, wo die NPA noch nicht operierte. Das Land, das die Banden der Großgrundbesitzer geraubt hatten, wurde wieder von den Bauern bestellt, teils kollektiv, und die Erträge wanderten in einen gemeinsamen Fonds. Unter der Führung der Parteikader in der Volksarmee wurden geheime und legale Massenorganisationen unter den Bauern aufgebaut ... Projekte gegenseitiger Hilfe, Kooperativen und politische Kurse wurden organisiert und populär. In gemeinsamer Anstrengung errichteten die Leute, deren Land durch Vieh ruiniert worden war, Zäune und schlachteten heimlich das Vieh des Großgrundbesitzers, wenn es auf ihren Feldern weidete. So blieben dem Haziendero von den 80 Stück Vieh, das den größten Schaden auf ihren Feldern angerichtet hatte, nur noch 10. An den Orten, wo die Bauern durch extrem hohe Pacht gedrückt wurden, unternahmen die lokalen Organisation der Bauern gemein-

,,New People's Army" (NPA), des bewaffneten Arms der Kommunistischen Partei, nach einer gründlichen Kritik und Trennung von der revisionistischen KP vor 10 Jahren, sind den Bauern große Fortschritte gelungen. Die NPA kämpft gegen die bewaffneten Banden der Großgrundbesitzer, wie z.B. seit 1976 im Cagayan-Tal: ,,Der verhaßte Hacendero-Gangster ,verschwand' im Mai 1977. In den folgenden Monaten ,verschwanden' acht weitere Gangster, einer nach dem anderen. Die örtlichen kleinen Gauner und Diebe änderten sich allmählich oder hauten in Gegenden ab, wo die NPA noch nicht operierte. Das Land, das die Banden der Großgrundbesitzer geraubt hatten, wurde wieder von den Bauern bestellt, teils kollektiv, und die Erträge wanderten in einen gemeinsamen Fonds. Unter der Führung der Parteikader in der Volksarmee wurden geheime und legale Massenorganisationen unter den Bauern aufgebaut ... Projekte gegenseitiger Hilfe, Kooperativen und politische Kurse wurden organisiert und populär. In gemeinsamer Anstrengung errichteten die Leute, deren Land durch Vieh ruiniert worden war, Zäune und schlachteten heimlich das Vieh des Großgrundbesitzers, wenn es auf ihren Feldern weidete. So blieben dem Haziendero von den 80 Stück Vieh, das den größten Schaden auf ihren Feldern angerichtet hatte, nur noch 10. An den Orten, wo die Bauern durch extrem hohe Pacht gedrückt wurden, unternahmen die lokalen Organisation der Bauern gemein-

sam mit der NPA Aktionen, um diese Praxis zu ändern." Das Ergebnis war eine deutliche Reduktion der Pacht um fast 65%.

In geschickt geplanten und ausgeführten Überfällen auf Militärkommandos der Regierung beschaffen sich die NPA-Kämpfer die Waffen, die sie brauchen. Nach westlichen Presseberichten wird ihre Stärke auf 20000 bis 30000 Mann geschätzt. In Samar kontrolliert die NPA jetzt nicht nur große Teile des Landes, sondern auch rund 150 Kleinstädte. Auch in Luzon hat sie festen Fuß fassen können, und in Mindanao unterstützen sich die Befreiungsorganisation der islamischen Minderheit, die MNLF (Moro National Liberation Front) und die NPA gegenseitig – weniger durch direkte Absprachen der Führungen als durch die Intensivierung der Angriffe auf die Einheiten der Regierung, was gegenseitige Entlastung bringt. Das Bedürfnis nach koordinierten Aktionen wächst auf beiden Seiten.

Die Reaktion des Marcos-Regimes ist brutal. Sie geht von der Liquidation einzelner Bauern über Massenfolterungen bis zu Zwangsarbeit an Bewässerungsprojekten und völliger Vernichtung von Ernte und Saatgut. In Samar wurden Zigtausende von Bauern zwangsumgesiedelt. Einzelne Gebiete werden zu ,,Feuer-frei-Zonen" erklärt und erbarmungslos bombardiert. Aber offensichtlich wächst der Widerstand der Bauern gerade dort, und die Regierung sieht sich immer größeren Schwierigkeiten gegenüber. Durch den anhaltenden Terror werden auch gerade niedere katholische Priester in den Kampf gegen das Regime getrieben, ein Teil von ihnen auch in den bewaffneten Kampf.

In den Städten formiert sich, ausgehend von den Universitäten, eine starke demokratische Opposition. Die Studenten hatten im Oktober große Streikaktionen gegen die steigenden Studiengebühren und miserablen Ausbildungsbedingungen verbunden mit der Forderung nach Abschaffung des Kriegsrechts, mit dem Marcos seit 1972 regiert. Trotz dieses Kriegsrechts streikten im Sommer des letzten Jahres 3300 Arbeiter von Litton Mills, 130 Arbeiter von Uniwear Inc., 800 bei Hooven Comalco, 200 bei Polymers Inc. und die Arbeiter auf den US-Stützpunkten. Selbst regierungsoffiziell wurden im Jahre '76 mindestens 45 Pesos pro Tag angegeben, die ein Arbeiter braucht, um seine Familie zu ernähren. Aber 1978 lag der tägliche Durchschnittslohn bei 15,40 Pesos. Seit Beginn des Kriegsrechts 1972 ist der Reallohn um ⅓ gesunken.

Selbst wenn die Regierung wollte, so könnte sie nicht den Forderungen der Bauern, der Arbeiter und Studenten nachgeben. Die ,,Terms of Trade", das ist das Verhältnis der Preise für den Import aus den imperialistischen Ländern und den Export dorthin, haben sich drastisch verschlechtert. Sie liegen weit unter denen von 1972. Die Philippinen müssen heute 20% mehr ausführen, um doch nur die Warenmenge von 1972 einführen zu können. Dieser Extraprofit geht an die Imperialisten in der Reihenfolge USA, Japan, EG, die an der Aufrechterhaltung dieses Zustandes natürlich das größte Interesse haben. Jetzt, wo auch noch er-

hend von den Universitäten, eine starke demokratische Opposition. Die Studenten hatten im Oktober große Streikaktionen gegen die steigenden Studiengebühren und miserablen Ausbildungsbedingungen verbunden mit der Forderung nach Abschaffung des Kriegsrechts, mit dem Marcos seit 1972 regiert. Trotz dieses Kriegsrechts streikten im Sommer des letzten Jahres 3300 Arbeiter von Litton Mills, 130 Arbeiter von Uniwear Inc., 800 bei Hooven Comalco, 200 bei Polymers Inc. und die Arbeiter auf den US-Stützpunkten. Selbst regierungsoffiziell wurden im Jahre '76 mindestens 45 Pesos pro Tag angegeben, die ein Arbeiter braucht, um seine Familie zu ernähren. Aber 1978 lag der tägliche Durchschnittslohn bei 15,40 Pesos. Seit Beginn des Kriegsrechts 1972 ist der Reallohn um ⅓ gesunken.

Selbst wenn die Regierung wollte, so könnte sie nicht den Forderungen der Bauern, der Arbeiter und Studenten nachgeben. Die ,,Terms of Trade", das ist das Verhältnis der Preise für den Import aus den imperialistischen Ländern und den Export dorthin, haben sich drastisch verschlechtert. Sie liegen weit unter denen von 1972. Die Philippinen müssen heute 20% mehr ausführen, um doch nur die Warenmenge von 1972 einführen zu können. Dieser Extraprofit geht an die Imperialisten in der Reihenfolge USA, Japan, EG, die an der Aufrechterhaltung dieses Zustandes natürlich das größte Interesse haben. Jetzt, wo auch noch er-

ste Ölvorkommen entdeckt und viel größere vermutet werden, werden sie ihre Positionen mit allen Mitteln verteidigen. Die Supermacht USA hat darüber hinaus eine wichtige strategische Position im Kampf gegen die Sowjetunion zu verlieren.

---

dem Land noch weiter verbreitet als in den Städten. Feudale und halbfeudale Beziehungen beschneiden die Möglichkeiten für produktive Beschäftigung. Gegenwärtig führt die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft dazu, daß die Arbeitslosigkeit noch zugenommen hat, daß die Lohnarbeiter auf den Haziendas, die Getreide für den Export produzieren, ebenso wie im Bergbau entlassen wurden.

Das Landproblem, insbesondere das Problem des Eigentums, kann nur im gesamten Land nach dem vollständigen Sturz der Herrschaft der US-Imperialisten und der Herrschaft der Feudalherren und Komparadoren gelöst werden. Dann sind die Grundlagen geschaffen für eine ungehinderte industrielle Entwicklung und eine ausgeglichene wirtschaftliche Entwicklung des Landes, und eine Ausgleichung zwischen dem Weideland und dem Land, auf dem Getreide für den Export angepflanzt wird, kann vorgenommen werden.

Nur verstockte und despotische Großgrundbesitzer fürchten die wachsende politische Stärke der Bauernmassen. Nach dem Sieg der nationaldemokratischen Revolution wird es weitere Möglichkeiten für eine fruchtbare Betätigung der ehemaligen Großgrundbesitzer geben, die durch anständiges Verhalten aufgeklärt und nichtdespotisch geworden sind.

Die Lösung der Landfrage ist der wesentliche Inhalt einer wirklich demokratischen Revolution. Sie ist das entscheidende Kettenglied, um die Bauernschaft aufzurütteln, zu organisieren und zu mobilisieren. Die Bauernschaft stellt die große Masse des Volkes unseres Landes, die gegen die faschistische Diktatur und alle Feinde des Fortschritts kämpft. Sie bildet die Grundlage einer lichten Zukunft."

(1) Landreformgesetz, das am 29.9.1972 proklamiert wurde.
(2) von Marcos 1973 gegründet, um das Landreformprogramm des Regimes zu finanzieren. Tatsächlich wurden nur äußerst geringe Mittel für Landreform verwandt. Stattdessen wurde die Bank von Marcos und seinen Verwandten genutzt, um Luzteveco, eine Handelsbank in Manila, und eine Bank in Californien zu erwerben.
(3) verpflichtet Gesellschaften mit 500 und mehr Lohnabhängigen, Reis für ihre Lohnabhängigen durch Import oder durch Herstellung in mechanisierten Betrieben in ihrem Besitz zu liefern.

Die Eroberung der Philippinen durch Spanien – Sprungbrett nach China und Südostasien

z.hef. Am 27. April 1521 tötete ein Kämpfer aus Mactan den spanischen Kapitän Ferdinand Magellan mit einem Giftpfeil. Die Bewohner Mactans schlugen die Truppen Magellans in die Flucht. Damit war der erste Versuch Spaniens, die später nach Philipp II. ,,Philippinen" genannten Inseln zu erobern, gescheitert.

Magellan war im Auftrag der spanischen Krone, mit Kapital von Jacob Fugger aus Nürnberg und mit dem Segen der katholischen Kirche unterwegs, um den vom Kapital langersehnten Seeweg um Südamerika herum nach Asien zu erforschen und damit das Monopol Venedigs auf den Gewürz- und sonstigen Asienhandel zu durchbrechen.

1565 landeten erneut spanische Truppen. Die Handelskapitalisten brauchten dringend einen Vorposten für den Handel mit China. Die Dominikaner, Franziskaner und Jesuiten waren eifrige Verfechter der Kolonisierung der Philippinen als Sprungbrett für China und Südostasien.

Trotz grausamer Eroberungs- und Ausrottungsfeldzüge konnte Spanien nicht das ganze Land erobern. Die inneren Gebiete der Inseln Mindanao und Sulu wurden von den Spaniern nie vollständig erobert.

Mit Silber aus Mexiko gegen Seide, Porzellan und Gewürze aus China, Waren, die nach Europa weiterverschifft wurden, machten die Handelskapitalisten mit den Philippinen als Stützpunkt horrende Profite. Die großteils von Mönchsorden getragene spanische Kolonialmacht ging daran, gleichfalls riesige Profite aus den Volksmassen herauszupressen.

Zwangsarbeit und Steuern waren die Hauptmaßnahmen. Jeder Mann zwischen 16 und 60 wurde zu mindestens 40 Tagen Zwangsarbeit im Jahr verpflichtet, z.B. zum Galeerenrudern, Kirchenbau, als Dienstbote, als Kanonenfutter bei Expeditionen gegen andere Völker und gegen Konkurrenten. Sie wurden wie Sklaven gehalten und ohne Rücksicht auf Ernte- und Pflanzzeiten eingezogen. Mit hohen Lösegeldern konnten sich einige wenige von der Zwangsarbeit freikaufen. Die Spanier erhoben Kopfsteuer und eine Unzahl anderer Steuern, Gemeinde- und Kirchensteuern. Das Land war in ,,Encomiendas" eingeteilt, eine halbfeudale Einrichtung, die dem Inhaber das Recht der Steuereinziehung gab. Steuerpächter und Mönche trieben ein. Für jedes Glockenläuten ließen die Pfaffen die Massen zahlen. Die Regierung verpflichtete die Bauern, bestimmte Mengen ihrer Produkte an den Kolonialstaat zu ,,verkaufen" – und ,,bezahlte" mit wertlosen Papierzetteln, auf denen spätere Zahlung versprochen wurde

Ruinierung der Landwirtschaft und rasche Verelendung der Massen waren die Folge. Seit Beginn der Kolonisation bekämpften die Massen die spanische Kolonialherrschaft in bewaffneten Aufständen, die aber immer auf einzelne Regionen oder Inseln beschränkt blieben. Trotzdem konnten die Spanier sie nur mit Mühe unterdrücken. Z.B. brauchten sie 85 Jahre, um den 1744 von Dagohoy in Bohol begonnenen Aufstand niederzuschlagen.

Der Conquistador Magellan findet beim Landungsversuch auf Mindanao sein verdientes Ende von der Hand des Moro-Prinzen Lapu-Lapu, 17. April 1521

1896 – 1942: Die alten Invasoren werden vertrieben, die neuen Invasoren werden bekämpft

z.mat. Mit mehr als 200 örtlichen Aufständen seit der Landung der spanischen Kolonialisten hatte das philippinische Volk bis 1896 ununterbrochen für seine Befreiung gekämpft. Mit der Gründung des ,,Obersten ehrwürdigen Bundes der Söhne der Heimat" Katipunan 1896 erreichte der Kampf eine neue Stufe. Der spanische Kolonialhandel hatte in den Hafenstädten die Anfänge eines modernen Proletariats hervorgebracht, das jetzt die Führung des Kampfes um nationale Befreiung übernahm. Während der Führer der bürgerlichen Kräfte der nationalen Bewegung, Aguinaldo, sich in Hongkong im Exil aufhielt, rief der von dem Lagerarbeiter Bonifacio gegründete Bund Katipunan am 23. August 1896 den bewaffneten Aufstand aus.

Auch in anderen spanischen Kolonien nahmen die Kämpfe größeren Umfang an. 1895 erhob sich das kubanische Volk gegen die Kolonialherrschaft. Die Bourgeoisie der USA ergriff die Gelegenheit, unter dem Schlachtruf ,,Amerika den Amerikanern" Spanien den Krieg zu erklären, um dem kubanischen Volk ,,zu Hilfe

Porzellan und Gewürze aus China, Waren, die nach Europa weiterverschifft wurden, machten die Handelskapitalisten mit den Philippinen als Stützpunkt horrende Profite. Die

Der Conquistador Magellan findet beim Landungsversuch auf Mindanao sein verdientes Ende von der Hand des Moro-Prinzen Lapu-Lapu, 17. April 1521

1896 – 1942: Die alten Invasoren werden vertrieben, die neuen Invasoren werden bekämpft

z.mat. Mit mehr als 200 örtlichen Aufständen seit der Landung der spanischen Kolonialisten hatte das philippinische Volk bis 1896 ununterbrochen für seine Befreiung gekämpft. Mit der Gründung des ,,Obersten ehrwürdigen Bundes der Söhne der Heimat" Katipunan 1896 erreichte der Kampf eine neue Stufe. Der spanische Kolonialhandel hatte in den Hafenstädten die Anfänge eines modernen Proletariats hervorgebracht, das jetzt die Führung des Kampfes um nationale Befreiung übernahm. Während der Führer der bürgerlichen Kräfte der nationalen Bewegung, Aguinaldo, sich in Hongkong im Exil aufhielt, rief der von dem Lagerarbeiter Bonifacio gegründete Bund Katipunan am 23. August 1896 den bewaffneten Aufstand aus.

Auch in anderen spanischen Kolonien nahmen die Kämpfe größeren Umfang an. 1895 erhob sich das kubanische Volk gegen die Kolonialherrschaft. Die Bourgeoisie der USA ergriff die Gelegenheit, unter dem Schlachtruf ,,Amerika den Amerikanern" Spanien den Krieg zu erklären, um dem kubanischen Volk ,,zu Hilfe

zu kommen". Noch vor dem Einfall in Kuba schickten sie ihre in Hongkong liegenden Flotteneinheiten nach Manila, um die Philippinen einzunehmen, die sie als Flottenstützpunkt für Südostasien schon längst im Auge gehabt hatten. Mit Versprechungen für philippinische Unabhängigkeit konnten sie Aguinaldo gegen die revolutionäre Erhebung im Land gewinnen und noch vor dem Einmarsch ihrer Truppen Bonifacio durch ihn ermorden lassen. Nachdem die spanischen Truppen unter den Schlägen der Katipunan zusammengebrochen waren, übernahmen sie die Philippinen 1898 für die Summe von 20 Mio. $ und erklärten die Inseln zu ihrer Kolonie.

Die revolutionären Truppen der Katipunan führten den Kampf gegen die neuen Invasoren fort. Auch die bürgerlichen Kräfte versuchten erneut, den Kampf für nationale Befreiung aufzunehmen. Im Januar 1899 riefen sie in Malolos die Republik der Philippinen aus, mit Aguinaldo als Präsident. Für die US-Imperialisten war das erneuter Anlaß, die Offensive gegen die revolutionären Truppen zu eröffnen. Bis 1901 hielten sie das Land mit einer Militärregierung und Konzentrationslagern unter ihrer Herrschaft. Trotz 600000 gefallener Kämpfer weitete sich der bewaffnete Widerstand der revolutionären Guerilla-Einheiten und der im Süden des Landes operierenden Moslem-Minderheiten weiter aus, und aus den Kämpfen der Gewerkschaften entstand 1930 die Kommunistische Partei der Philippinen. Mit dem Setzer Cristanto Evangelista, der 1920 den ersten politischen Streik der Drucker geleitet hatte, als erstem Sekretär. 1934 mußten die USA der Errichtung eines philippinischen Staates zustimmen, dessen Außen- und Militärpolitik aber bis 1946 unter Aufsicht der USA bleiben sollte. 1942 fanden diese Pläne ein vorzeitiges Ende.

Aguinaldo gegen die revolutionäre Erhebung im Land gewinnen und noch vor dem Einmarsch ihrer Truppen Bonifacio durch ihn ermorden lassen. Nachdem die spanischen Truppen unter den Schlägen der Katipunan zusammengebrochen waren, übernahmen sie die Philippinen 1898 für die Summe von 20 Mio. $ und erklärten die Inseln zu ihrer Kolonie.

Die revolutionären Truppen der Katipunan führten den Kampf gegen die neuen Invasoren fort. Auch die bürgerlichen Kräfte versuchten erneut, den Kampf für nationale Befreiung aufzunehmen. Im Januar 1899 riefen sie in Malolos die Republik der Philippinen aus, mit Aguinaldo als Präsident. Für die US-Imperialisten war das erneuter Anlaß, die Offensive gegen die revolutionären Truppen zu eröffnen. Bis 1901 hielten sie das Land mit einer Militärregierung und Konzentrationslagern unter ihrer Herrschaft. Trotz 600000 gefallener Kämpfer weitete sich der bewaffnete Widerstand der revolutionären Guerilla-Einheiten und der im Süden des Landes operierenden Moslem-Minderheiten weiter aus, und aus den Kämpfen der Gewerkschaften entstand 1930 die Kommunistische Partei der Philippinen. Mit dem Setzer Cristanto Evangelista, der 1920 den ersten politischen Streik der Drucker geleitet hatte, als erstem Sekretär. 1934 mußten die USA der Errichtung eines philippinischen Staates zustimmen, dessen Außen- und Militärpolitik aber bis 1946 unter Aufsicht der USA bleiben sollte. 1942 fanden diese Pläne ein vorzeitiges Ende.

,,Tötet sie alle!" lautete die Anweisung des US-Generals Smith an seine Truppen bei der Eroberung der Philippinen. Zeichnung des Evening Journal, 5. Mai 1902

1942 – 1945: Kampf gegen die japanische Invasion und erneute Besetzung durch den US-Imperialismus

z.cht. Im zweiten imperialistischen Krieg um die Weltherrschaft beginnt im Dezember 1941 die japanische Invasion der Philippinen. Die US-Besatzer verlassen kampflos die Inseln, die Marionettenregierung flieht und wird von den US-Imperialisten in Washington als Exilregierung unterhalten. Im März 1942 gründet die Kommunistische Partei der Philippinen die ,,antijapanische Volksarmee" Hukbalahap oder HUK, die aus Organisationen der Arbeiter und Bauern in Luzon hervorgeht und schnell an Kraft und Größe gewinnt. Die HUK organisiert die Bewaffnung mit gut geplanten Angriffen auf japanische Waffenlager. Sie organisiert mit der Partei die Sicherung der Ernte vor den japanischen Besatzern und gründet Selbstverteidigungseinheiten in den Dörfern, Kerne für lokale Selbstverwaltungsorgane in befreiten Gebieten. Obwohl die japanischen Besatzer 1943 mit Kollaborateuren eine neue Republik der Philippinen ausrufen, können sie bis zum Schluß nur höchstens 12 der 48 philippinischen Provinzen kontrollieren. Die erstarkende Befreiungsarmee verfügt 1944 über 30000 Soldaten und kann im September 1944 zur Großoffensive gegen die japanischen Besatzer übergehen.

Diese Politik wurde jedoch von der KP unter dem Vorzeichen einer Einheitsfront, die auch die ehemaligen US-Invasoren umfassen sollte, verfolgt. Die US-Imperialisten warten bis zum Erfolg der HUK-Offensive, um dann als ,,Befreier" erneut mit ihren Truppen zu landen. Während die HUK schon Luzon kontrolliert, die Städte Concepcion, Victoria, La Paz, Magalang und Angeles schon befreit und die japanischen Truppen überall auf der Flucht sind, marschieren die US-amerikanischen Truppen ein. Sie entwaffnen gewaltsam die Befreiungsarmee und sichern die Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die Marionettenregierung, die 1947 mit den USA ein Abkommen über die Gewährung von Stützpunkten auf den Philippinen schließt.

Modernes Wandgemälde in Manila über den langen Unabhängigkeitskampf der Völker der Philippinen, zum Jahrestags des Sieges über die Spanier 1896

Die Abteilungen der Polizei und ihre Aufgaben

Aufbau der Länderpolizeien

Vollzugspol.
- Schutzpolizei
- Kriminalp.
- Verkehrsp.
- Wasserschutzp.
- Bereitschaftsp.
- Grenzpolizei (Bayern)

Sonst. Landesbehörden mit z. T. vollz-pol. Aufgab.
- Verfassungsschutzb.
- Steuerfahndungsb.
- Feuerwehren
- Unfallhilfe / Katastrophenschutz / Zivilschutz

Verwaltungspolizei der Länder
- Bauaufsicht
- Straßenaufsicht
- Wasseraufsicht
- Deichpolizei

Sonderpolizei-(Ordnungs-)behörden
- Bergämter
- Gewerbeaufsicht
- Eichämter
- Gesundheitsa.
- Straßenverkehrsämter
- Forstämter
- Jagdämter
- Fischereiämter
- Hafenämter
- Deichpolizei
- Präsidenten d. Landtage

Wahrnehmung poliz. Aufgaben durch Hilfspersonen u. Selbständige
- unselbständige Hilfspersonen: Hilfspolizisten, Schülerlotsen, Aufstellung v. Verkehrszeichen durch die Bauunternehmer
- selbständige Wahrnehmung: Seeschiffskapitän, Luftfahrzeugführer, Omnibusfahrer, Schaffner, Jagdaufseher, Lebensmittelsachverständige, Bezirksschornsteinfeger
- Übernahme aus eig. Initiative: DRK, DLRG, ADAC-Straßenwacht usw. (Ohne Hoheitsbefugnisse)

Die Polizei als besondere Formation des Staatsapparats ist ein Kind des kapitalistischen Fabriksystems. 1829 wurden von Robert Peel 3000 Polizisten aufgestellt, die nach ihm ,,Bobbies'' genannt wurden. 1848 stellte die preußische Reaktion in Berlin die erste ,,Schutzmannschaft'' auf. In der Verfassung von 1871 blieb die Polizeigewalt in der Hauptsache Länderrecht; das Reich erhielt nur einzelne Polizeirechte wie Paßwesen, Gewerbeaufsicht, Bahnpolizei. Die Faschisten zentralisierten die Polizei; dies wurde von den Alliierten ausdrücklich verboten (Polizeibrief 1949). Sie forderten ferner eine ,,Entpolizeilichung'' der Verwaltung, also Trennung von Schutzpolizei und Verwaltungsbehörden. Die westdeutsche Bourgeoisie benannte einige Polizeiabteilungen in ,,Ordnungsbehörde'' um, stellt aber in ihren Polizeilehrbüchern fest, daß ,,überwiegend für Verwaltungs- und Vollzugspolizei die gleichen Gesetze'' gelten. Aufgabe der Polizei sei die ,,gefahrenabwehrende Staatsverwaltung''. Und die geht in alle Poren der Gesellschaft. Bis hin zum Schornsteinfeger.

Die Aufgaben und Rechte der Polizei sind in verschiedenen Bundes- und Landesgesetzen umschrieben. So für Hessen im Hessischen Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) von 1972, im Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG) und in der Strafprozeßordnung (StPO).

§1 Abs. 1 HSOG: ,,Die zuständigen Behörden (Verwaltungsbehörden, Polizeibehörden) und die Vollzugspolizei haben im Rahmen der geltenden Gesetze die nach pflichtmäßigem Ermessen notwendigen Maßnahmen zu treffen, um von der Allgemeinheit oder dem einzelnen Gefahren abzuwenden, durch die die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedroht wird (Gefahrenabwehr).'' Das ist die sogenannte Generalermächtigung, vom preußischen Staat in das Polizeirecht eingeführt. Ferner ist die Polizei zuständig für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten (§53 OWiG), die Verfolgung von Straftaten (§163 StPO), Verwaltungspolizeiaufgaben entsprechend der Zuweisung durch die Landesregierung sowie ,,aushilfsweises Tätigwerden für nichtpolizeiliche Stellen'' und ,,Schutz privater Rechte''. In allen diesen Tätigkeiten ist sie darüberhinaus ,,eingriffsbefugt'', kann also auch auf eigene Faust tätig werden. – Im Kommentar zum HSOG erklärt der frühere Staatsminister Krollmann: ,,Die polizeiliche Generalklausel ist unentbehrlich. Es ist zwar zuzugeben, daß ins einzelne gehende Regelungen vorzuziehen sind. Es ist aber unmöglich, sämtliche Aufgaben der Gefahrenabwehr spezialgesetzlich zu erfassen. Die ständige Entwicklung der menschlichen Gesellschaft erzeugt zudem immer neue Gefahrensituationen, mit denen die Verwaltung fertig werden muß, ohne auf eine besondere gesetzliche Ermächtigung warten zu können.'' Beschränkt ist die Polizeigewalt nur durch den ,,Rahmen der geltenden Gesetze'', es ist ihr also alles erlaubt, was nicht gesetzlich ausdrücklich verboten ist.

1974 verabschiedete die Innenministerkonferenz das ,,Programm für die innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland'', in dem gefordert wird, unbeschadet der Polizeihoheit der Länder ein einheitliches Führungs- und Einsatzverhalten aller Sicherheitskräfte anzustreben. Bereits im Oktober 1975 war das Ergebnis beschlußfertig: die Polizeiliche Dienstvorschrift PDV 100. Der Unzugänglichkeit dieses Textes wegen, der doch auf breites Leserinteresse rechnen darf, zitieren wir aus dem Abschnitt ,,Arbeitskämpfe'': ,,Bei Arbeitskämpfen hat sich die *Polizei unparteiisch* zu verhalten. Bei etwa notwendigem Tätigwerden soll dies nach außen deutlich erkennbar sein. Gegen gesetzwidriges Verhalten ist einzuschreiten. *Notdienstarbeiter* und *Arbeitswillige* sind zu schützen. Soweit erforderlich, ist die Sicherheit der An- und Abfahrtswege zum und vom Arbeitsplatz zu gewährleisten.'' Aus dem Kommentar dazu: ,,Die Aufgaben der Polizei bei Arbeitskämpfen ergeben sich aus der gesetzlich begründeten *Pflicht zur Gefahrenabwehr* sowie der

Land	Schutzpol. Soll	Schutzpol. Ist	Kriminalpol. Soll	Kriminalpol. Ist	Bereitschpol. Soll	Bereitschpol. Ist	P.schul. Ist	Insgesamt Ist
Baden-Württ.	13403	12446	2565	2287	3876	3688	66	18487
Bayern	21011	19671	3610	3048	4785	4669	79	27467
Berlin	10222	9741	–	–	3407	3317	670	13698
Bremen	2301	2079	510	489	660	649	20	3237
Hamburg	5185	5071	1176	1097	752	752	851	7771
Hessen	8885	8825	2145	2014	2894	2109	134	13082
Nieders.	10247	10140	2592	2308	2308	1984	878	15432
Nordrh.-W.	27057	26042	5813	5520	4994	4478	1567	37607
Rheinl.-Pf.	5172	5081	1309	1400	1458	1427	41	7949
Saarland		2002	–	391	–	588	199	3180
Schlesw.-H.	4437	4250	827	785	1030	971	125	6131
Insgesamt	98351	96247	20547	19461	26164	24632	13701	154041

Bund (Ist): BKA 1143, BGS 20909, Bundestag 81, Bahnpolizei 3028, Gesamt 25161

Erforschung und *Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten* ... Der Schutz ist den Arbeitswilligen u.U. auch auf dem Wege von und zur Arbeitsstelle, evtl. auch in ihren Wohnorten sowie während der Arbeitszeit auf der Arbeitsstelle zu gewähren ... Auch das befriedete *Besitztum des Arbeitgebers* wie Werksanlagen oder Betriebsstätten ist strafrechtlich gegen Hausfriedensbruch geschützt ...''

,,Die Polizei hat bei Arbeitskämpfen frühzeitig mit den Beteiligten *Verbindung* aufzunehmen ... Soweit es möglich ist, soll durch Aufklärung und in Besprechungen festgestellt werden insbesondere: Umfang und Ausmaß des Arbeitskampfes einschließlich Verhandlungsstand; Zahl und Zusammensetzung der Streikwilligen und der Arbeitswilligen; bisheriges und voraussichtliches Verhalten der Beteiligten; Erkenntnisse über radikale Gruppen.''

Die Bereitschaftspolizei ist sowohl ka-

lizeibehörden) und die Vollzugspolizei haben im Rahmen der geltenden Gesetze die nach pflichtmäßigem Ermessen notwendigen Maßnahmen zu treffen, um von der Allgemeinheit oder dem einzelnen Gefahren abzuwenden, durch die die öffentliche Sicherheit

wie ,,aushilfsweises Tätigwerden für nichtpolizeiliche Stellen'' und ,,Schutz privater Rechte''. In allen diesen Tätigkeiten ist sie darüberhinaus ,,eingriffsbefugt'', kann also auch auf eigene Faust tätig werden. – Im Kommentar zum HSOG erklärt der frühere Staats-

waltung fertig werden muß, ohne auf eine besondere gesetzliche Ermächtigung warten zu können.'' Beschränkt ist die Polizeigewalt nur durch den ,,Rahmen der geltenden Gesetze'', es ist ihr also alles erlaubt, was nicht gesetzlich ausdrücklich verboten ist.

1974 verabschiedete die Innenministerkonferenz das ,,Programm für die innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland'', in dem gefordert wird, unbeschadet der Polizeihoheit der Länder ein einheitliches Führungs- und Einsatzverhalten aller Sicherheitskräfte anzustreben. Bereits im Oktober 1975 war das Ergebnis beschlußfertig: die Polizeiliche Dienstvorschrift PDV 100. Der Unzugänglichkeit dieses Textes wegen, der doch auf breites Leserinteresse rechnen darf, zitieren wir aus dem Abschnitt ,,Arbeitskämpfe'': ,,Bei Arbeitskämpfen hat sich die Polizei unparteiisch zu verhalten. Bei etwa notwendigem Tätigwerden soll dies nach außen deutlich erkennbar sein. Gegen gesetzwidriges Verhalten ist einzuschreiten. Notdienstarbeiter und Arbeitswillige sind zu schützen. Soweit erforderlich, ist die Sicherheit der An- und Abfahrtswege zum und vom Arbeitsplatz zu gewährleisten.'' Aus dem Kommentar dazu: ,,Die Aufgaben der Polizei bei Arbeitskämpfen ergeben sich aus der gesetzlich begründeten Pflicht zur Gefahrenabwehr sowie der

Land	Schutzpol. Soll	Schutzpol. Ist	Kriminalpol. Soll	Kriminalpol. Ist	Bereitschpol. Soll	Bereitschpol. Ist	P.schul. Ist	Insgesamt Ist
Baden-Württ.	13403	12446	2565	2287	3876	3688	66	18487
Bayern	21011	19671	3610	3048	4785	4669	79	27467
Berlin	10222	9741	–	–	3407	3317	670	13698
Bremen	2301	2079	510	489	660	649	20	3237
Hamburg	5185	5071	1176	1097	752	752	851	7771
Hessen	8885	8825	2145	2014	2894	2109	134	13082
Nieders.	10247	10140	2592	2308	2308	1984	878	15432
Nordrh.-W.	27057	26042	5813	5520	4994	4478	1567	37607
Rheinl.-Pf.	5172	5081	1309	1400	1458	1427	41	7949
Saarland		2002	–	391	–	588	199	3180
Schlesw.-H.	4437	4250	827	785	1030	971	125	6131
Insgesamt	98351	96247	20547	19461	26164	24632	13701	154041

Bund (Ist): BKA 1143, BGS 20909, Bundestag 81, Bahnpolizei 3028, Gesamt 25161

Erforschung und Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten ... Der Schutz ist den Arbeitswilligen u.U. auch auf dem Wege von und zur Arbeitsstelle, evtl. auch in ihren Wohnorten sowie während der Arbeitszeit auf der Arbeitsstelle zu gewähren ... Auch das befriedete Besitztum des Arbeitgebers wie Werksanlagen oder Betriebsstätten ist strafrechtlich gegen Hausfriedensbruch geschützt ...''

,,Die Polizei hat bei Arbeitskämpfen frühzeitig mit den Beteiligten Verbindung aufzunehmen ... Soweit es möglich ist, soll durch Aufklärung und in Besprechungen festgestellt werden insbesondere: Umfang und Ausmaß des Arbeitskampfes einschließlich Verhandlungsstand; Zahl und Zusammensetzung der Streikwilligen und der Arbeitswilligen; bisheriges und voraussichtliches Verhalten der Beteiligten; Erkenntnisse über radikale Gruppen.''

Die Bereitschaftspolizei ist sowohl kasernierte Eingreif- und Bürgerkriegsreserve als auch Ausbildungszentrum der Polizei. Die Teilung in Schutz- und Bereitschaftspolizei ist der Versuch der Bourgeoisie, mit dem Problem fertigzuwerden, daß einerseits ihre Polizeikräfte ortskundig und vielfach verbunden mit der örtlichen Bourgeoisie sein müssen, andererseits Polizisten, die gemeinsame Erfahrungen mit den Volksmassen haben, sich wenig zum Draufhauen und Schießen auf diese eignen. 1971 beschloß die Bundesregierung ein Verwaltungsabkommen mit den Ländern zum Ausbau der Bereitschaftspolizeien. Der Bund verpflichtete sich, die Beschaffung zu finanzieren, wofür er zwischen 1969 und 1976 allein 161 Mio. DM aufwandte: Funkgeräte, Kraftfahrzeuge, ,,sonstiges technisches polizeitaktisches Gerät''. Dazu gehören z.B. Ausgaben für Munition bis 1981 in Höhe von 12 Millionen, und zwar, wie im Haushalt 1978 vermerkt wird, ,,*mehr* wegen erhöhten Ersatzbedarfs''. 1972 war der Stand 18000 Bereitschaftspolizisten, 1978 26000. Die Bundesregierung betreibt die Vergrößerung und die Vereinheitlichung von Ausbildung und Bewaffnung dieser Polizeitruppe. 1974 verlangt der Inspekteur der Bereitschaftspolizeien in seinem Bericht: ,,Ausbildung und Einsatz werden weitgehend voneinander getrennt, damit optimale Bildungserfolge erzielt werden und hinreichend ausgebildete Beamte, die mindestens das 18. Lebensjahr vollendet haben, zum Einsatz kommen.'' Von den Schwierigkeiten der Bourgeoisie bei der Verwendung dieser Truppe für Unterdrückung gibt selbst der Jahresbericht der Bundesregierung 1978 eine entfernte Widerspiegelung: ,, Durch notwendige Trennung von Ausbildung und Einsatz bei den Bereitschaftspolizeien wurde die Aufstellung weiterer Einsatzeinheiten mit voll ausgebildeten Beamten beschleunigt.''

Hess. Innenminister — Regierungspräs. Landräte
Hess. Pol. Schule
LKA - - - weisungsbefugt - - - Kriminalpol.

Wasserschutzpol.
– wie Schutzpol. auf Wasserwegen, Werften, Häfen usw.

Bereitschaftspol.
– fachl. u. techn. Ausbildung d. Nachwuchsbeamten der uniformierten Vollzugspolizei
– Unterstützung der Polizeidienststellen bei besond. pol. Einsätzen

Kriminalpol.
– vorbeugende Verbrechensbekämpfung, Bearbeitung von Strafsachen
– Erforschung von ,,großen'' und politisch motiv. Verbrechen

Schutzpol.
– vorbeugende Abwehr von Gefahren für die öffentl. Sicherheit und Ordnung
– Überwachung ... d. Straßenverkehrs, V.-Unfälle
– Ordnungswidrigkeiten

dunkel unterlegt: Gliederungen der Vollzugspolizei

BGS: ,,Eingreifreserve'' der Länderpolizeien. 1951 verabschiedete der Bundestag das 1. Gesetz über den Bundesgrenzschutz (BGS). Unter der Aufgabenstellung ,,Polizeiliche Sicherung der Grenzen'' wurde eine Vorläuferorganisation der Bundeswehr geschaffen: durch das 2. Gesetz zum BGS (1956) gingen von 16000 Mann 9600 zur Bundeswehr. – Zeitweilig waren bis 1973 von den ca. 19000 Mann rd. 7000 Wehrpflichtige. ,,Eine aus der damaligen Situation notwendige, polizeifachlich aber unerfreuliche Entwicklung.'' (Min.Dir. Reuter, Bonn 1976) In ihrem ,,Gemeinsamen Programm'' (1972) legten die Innenminister fest: ,,Der BGS muß noch mehr als bisher personell, materiell und organisatorisch in die Lage einer Eingreifreserve versetzt werden.'' Im selben Jahr wurde durch Gesetz der BGS eindeutig als Polizei des Bundes definiert und die Aufgaben erweitert: Grenzschutz; polizeiliche Schutz- und Sicherungsaufgaben im inneren Notstand, im Verteidigungsfall sowie bei Katastrophen; Objektschutz; Fahndung. Am 1.9.1973 war die bereits 1972 aufgestellte Sondereinheit GSG 9 einsatzbereit. – Ab 1973 wurden nur noch Freiwillige zum BGS genommen, mit dem Personalstrukturgesetz von 1976 ,,wurde ... der Beruf des Polizeivollzugsbeamten im BGS als Lebensberuf ausgestaltet''. (Tätigkeitsbericht BGS 1976) Bis 1976 wurde auch die Ausrüstung des BGS umgestellt (Transporthubschrauber, Fernmeldeanlagen, Schutzschilder, Helme, Wasserwerfer, Sperrgerät, Anschluß an die EDV-Anlage des BKA). Personelle Stärke 1979: 21782. Das bis 1981 geplante Ausbauprogramm ,,Innere Sicherheit'' sieht die Erweiterung um rd. 3000 Mann vor zum Ausbau der GSG 9 und des neuen Grenzschutzkommandos West mit Einsatzabteilungen in Bonn, Frankfurt und Karlsruhe.

Im Zuge der Zentralisierung des Polizeiapparates – mit der die letzten Gemeindepolizeibeamten abgeschafft wurden – verabschiedet 1976 die Innenministerkonferenz den ,,Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes für Bund und Länder''. Der Musterentwurf erweitert die Möglichkeiten der jederzeitigen Überprüfung und Festnahme bei ,,Personen ohne erforderliche Aufenthaltserlaubnis'', an gefährdeten Objekten und Orten; die erkennungsdienstliche Behand-

Die Widersprüche im Polizeiapparat kommen in Bewegung

z.frb. Mit der Ausdehnung des Staatsapparates und der Ausdehnung der Unterdrückungstätigkeit des Staatsapparates nimmt natürlich auch das Personal zu, das die Staatsgewalt repräsentiert und Polizeifunktion ausübt. Die Erhebung des Statistischen Bundesamtes über das Personal in Öffentlichen Diensten gibt für den 30.6.1978 222201 Vollbeschäftigte und 5864 Teilzeitbeschäftigte im Bereich Öffentliche Sicherheit und Ordnung bei Bund und Ländern an. 1971 gab dieselbe Statistik das Personal mit rd. 175000 Vollbeschäftigten und gut 3000 Teilzeitbeschäftigten an. Eine Steigerung um rund 27% also.

Größeres Personal, erweiterte Tätigkeiten, Verschärfung des Klassenkampfes mit vermehrten Einsätzen zur Unterdrückung politischer Bewegungen konnten nicht ohne Auswirkungen auf den Polizeiapparat bleiben. Berichte über Unzufriedenheit mit dem Dienstherrn und Zersetzungserscheinungen finden in die Presse. Krankmeldungen bis zu 50% vor Sondereinsätzen, Versetzungsgesuche (in Frankfurt 20% der Vollzugspolizei), Demonstrationen wie am 25. Januar von 3400 Beschäftigten der Hamburger Polizei oder wie jene auf unserem Titelbild dargestellte. Unter der Masse der Beamten entwickelt sich eine gewerkschaftliche Bewegung, eine Tendenz, wie sie sich übrigens in den meisten europäischen Ländern und den USA findet. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) zählt jetzt 160000 Mitglieder. Seit zwei Jahren organisiert sie auch die Beamten des Bundesgrenzschutzes (BGS). Dieses Jahr schloß sie sich dem Deutschen Gewerkschaftsbund an. Die

sentiert und Polizeifunktion ausübt. Die Erhebung des Statistischen Bundesamtes über das Personal in Öffentlichen Diensten gibt für den 30.6.1978 222201 Vollbeschäftigte und 5864 Teilzeitbeschäftigte im Bereich Öffentliche Sicherheit und Ordnung bei Bund und Ländern an. 1971 gab dieselbe Statistik das Personal mit rd. 175000 Vollbeschäftigten und gut 3000 Teilzeitbeschäftigten an. Eine Steigerung um rund 27% also.

Größeres Personal, erweiterte Tätigkeiten, Verschärfung des Klassenkampfes mit vermehrten Einsätzen zur Unterdrückung politischer Bewegungen konnten nicht ohne Auswirkungen auf den Polizeiapparat bleiben. Berichte über Unzufriedenheit mit dem Dienstherrn und Zersetzungserscheinungen finden in die Presse. Krankmeldungen bis zu 50% vor Sondereinsätzen, Versetzungsgesuche (in Frankfurt 20% der Vollzugspolizei), Demonstrationen wie am 25. Januar von 3400 Beschäftigten der Hamburger Polizei oder wie jene auf unserem Titelbild dargestellte. Unter der Masse der Beamten entwickelt sich eine gewerkschaftliche Bewegung, eine Tendenz, wie sie sich übrigens in den meisten europäischen Ländern und den USA findet. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) zählt jetzt 160000 Mitglieder. Seit zwei Jahren organisiert sie auch die Beamten des Bundesgrenzschutzes (BGS). Dieses Jahr schloß sie sich dem Deutschen Gewerkschaftsbund an. Die

sozialdemokratische Führung, die die GdP kontrolliert, tut alles, um die Bewegung im Polizeiapparat politisch einzuschnüren, und forderte noch nach jedem Knüppeleinsatz im Namen der beanspruchten Polizeibeamten Ausbau des Polizeiapparates, bessere Ausrüstung, Verbotsmaßnahmen, Unterbindung der Kritik an der Polizeiunterdrückung. Während des Streiks der Stahlarbeiter schickte sie ihre Funktionäre von Streikposten zu Streikposten, um die peinliche Einhaltung der reaktionären Rechtsprechung zu Streik, Demonstration und Kundgebung zu propagieren. Daß sie trotzdem Forderungen nach besserer Bezahlung und besseren Arbeitsbedingungen vertreten und Aktionen hierfür organisieren muß, zeigt gerade die unaufhaltsame Verschärfung der Widersprüche zwischen Dienstherrn und seinem Polizeipersonal, die in der verschärften Ausbeutung der Arbeitskraft der Polizeibeamten und der knechtischen Unterdrückung ihren Nährstoff hat. *Spontan* aber kann diese Bewegung sich genausogut gegen die ,,Störer'' entwickeln, zumal wenn der Störer der öffentlichen Ordnung auf einer Stufe erscheint mit dem Kriminellen oder dem Raufbold, der, zwar Produkt der bürgerlichen Gesellschaft, den ordentlichen Verlauf des gesellschaftlichen Verkehrs stört und dem Polizisten den gewöhnlichen Arbeitsgegenstand liefert.

Der Polizist ist Beamter und damit wie alle Beamten zur Treue gegenüber seinem Dienstherrn verpflichtet. Für ihn gilt Befehl und Gehorsam. Zusätzlich gelten Sonderbestimmungen. §102 Beamtenrechtsrahmengesetz: ,,Durch Gesetz kann bestimmt werden, daß der Polizeivollzugsbeamte ohne seine Zustimmung in ein anderes Amt des Polizeivollzugsdienstes, auch bei einem anderen Dienstherrn, versetzt werden kann ...'' Entsprechende Regelungen enthalten die Ländergesetze und das Bundespolizeibeamtengesetz, dessen entsprechende Bestimmungen dem staatlichen Dienstherrn dazu dienten,

propagieren. Daß sie trotzdem Forderungen nach besserer Bezahlung und besseren Arbeitsbedingungen vertreten und Aktionen hierfür organisieren muß, zeigt gerade die unaufhaltsame Verschärfung der Widersprüche zwischen Dienstherrn und seinem Polizeipersonal, die in der verschärften Ausbeutung der Arbeitskraft der Polizeibeamten und der knechtischen Unterdrückung ihren Nährstoff hat. Spontan aber kann diese Bewegung sich genausogut gegen die ,,Störer'' entwickeln, zumal wenn der Störer der öffentlichen Ordnung auf einer Stufe erscheint mit dem Kriminellen oder dem Raufbold, der, zwar Produkt der bürgerlichen Gesellschaft, den ordentlichen Verlauf des gesellschaftlichen Verkehrs stört und dem Polizisten den gewöhnlichen Arbeitsgegenstand liefert.

Der Polizist ist Beamter und damit wie alle Beamten zur Treue gegenüber seinem Dienstherrn verpflichtet. Für ihn gilt Befehl und Gehorsam. Zusätzlich gelten Sonderbestimmungen. §102 Beamtenrechtsrahmengesetz: ,,Durch Gesetz kann bestimmt werden, daß der Polizeivollzugsbeamte ohne seine Zustimmung in ein anderes Amt des Polizeivollzugsdienstes, auch bei einem anderen Dienstherrn, versetzt werden kann ...'' Entsprechende Regelungen enthalten die Ländergesetze und das Bundespolizeibeamtengesetz, dessen entsprechende Bestimmungen dem staatlichen Dienstherrn dazu dienten,

das zur Bewachung der Regierungshäupter in Bonn 1975 neu geschaffene Grenzschutzkommando West mit hunderten von BGS-Beamten aufzufüllen. Der Polizeibeamte ist auf Anordnung verpflichtet, in einer Gemeinschaftsunterkunft zu wohnen. Verheirateten kann diese Verpflichtung auferlegt werden bei Einsätzen und Lehrgängen. Andererseits gilt Residenzpflicht, d.h.

Hessische Laufbahnverordnung für Polizeibeamte 1953

Eintrittsalter: 19-21 Jahre
Polizeiwachtmeister

Polizeifachschule
Grundausbild./Probezeit
- Prüfung -
Polizeioberwachtmeister

Bereitschaftspolizei
4 Mon. Lehrgang
1. Fachprüfung
Polizeihauptwachtmeister

Einzeldienst (uniformiert)
1 Jahr für Stammpers. Bereitpol. — 3 Jahre — 2½ Jahre — 2 Jahre
3 Mon. Lehrgang
2. Fachprüfung
Polizeimeister
2 Jahre Einzeld.
bes. befähigt

Eignungsprüfung
Vorbereitungsdienst
Prüfung
Polizeikommissar
⋮
Polizeirat

Kripo
1 Jahr probeweise Abordnung
Bewerber aus freien Berufen
1 Jahr Probezeit
Eignungsprüfung
2. Fachprüfung
- *Kriminalsekr.*

lung zur Identitätsfeststellung. Die Polizei kann „eine Person vorübergehend von einem Ort verweisen", Hausdurchsuchungen anordnen, wenn „auf Grund tatsächlicher Anhaltspunkte anzunehmen ist, daß dort Personen Straftaten verabreden". Gesondert festgehalten wird die Verpflichtung der Polizeibeamten, auf Anweisung von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Schußwaffen und Handgranaten können ohne Androhung angewandt werden. Der gezielte Todesschuß als Mittel „zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr" wird legalisiert. Einige Länder haben diesen Entwurf bereits weitgehend übernommen. – Zur „vorbeugenden Gefahrenabwehr" werden „Kontaktbeamte" eingesetzt, die uniformiert oder in Zivil in die Arbeiterstadtteile und Jugendzentren eingeschleust werden. – 1978 verabschiedet der Bundestag das Kontaktsperregesetz, mit dem politische Gefangene isoliert und „Kontrollstellen", d.h. Abriegelungen ganzer Stadtteile und Straßen errichtet werden können. Ist eine Kontrollstelle aufgebaut, so muß „jeder" die Identitätsfeststellung, Durchsuchung oder Festnahme bis zu 48 Stunden „dulden". Bundeskriminalamt und Sondereinheiten werden ausgebaut.

der Beamte muß seinen Wohnsitz am Dienstort nehmen, damit er kurfristig jederzeit einsatzfähig ist. Ob er im Winter einen Rollkragen unterm Hemd tragen darf, regelt die Kleiderordnung. §23 (1) Beamtenrechtsrahmengesetz legt fest: „Der Beamte ist zu entlassen, ... 3. wenn er seine Entlassung schriftlich verlangt." Die Entlassung kann so lange hinausgeschoben werden, bis der Beamte seine Amtsgeschäfte ordnungsgemäß erledigt hat, längstens drei Monate. So das Hessische Beamtengesetz (HBG), §41 (2). Mit Entlassung verliert er seinen Anspruch auf Versorgung (§45).

Ausbildung und polizeiliche Hierarchie regelt die Laufbahnverordnung, die wir unten für Hessen dargestellt haben. Sie ist so ausgeklügelt, daß nur bewährte Polizeihunde in Befehlsfunktion kommen und doch für die Mannschaften nicht jede Hoffnung auf Beförderung schwindet. Der Polizeivollzugsdienst gliedert sich in den mittleren, gehobenen und höheren Dienst. In allen Bundesländern existierte bislang die „Einheitslaufbahn", bei der jeder Polizist zunächst im mittleren Dienst eingestellt wird. Niedersachsen allerdings hat zum 1. Oktober eine Verordnung in Kraft gesetzt, nach der bis zur Hälfte des Personals direkt in das Eingangsamt des gehobenen und höheren Dienstes aufgenommen wird. Noch bevor er eingestellt wird, muß sich der Bewerber einem Eignungsauswahlverfahren unterziehen. Durchfallquoten Hessen 1978: ärztliche Prüfung 22,5%; Sport 22,7%; Intelligenz 23,7%; Rechtschreiben 36,1%. Der Bewerber muß einen guten Leumund besitzen, in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen leben, geistig und körperlich geeignet erscheinen. Erscheint er geeignet, so wird er in eine Ausbildungseinheit der Bereitschaftspolizei gesteckt.

lich verlangt." Die Entlassung kann so lange hinausgeschoben werden, bis der Beamte seine Amtsgeschäfte ordnungsgemäß erledigt hat, längstens drei Monate. So das Hessische Beamtengesetz (HBG), §41 (2). Mit Entlassung verliert er seinen Anspruch auf Versorgung (§45).

Ausbildung und polizeiliche Hierarchie regelt die Laufbahnverordnung, die wir unten für Hessen dargestellt haben. Sie ist so ausgeklügelt, daß nur bewährte Polizeihunde in Befehlsfunktion kommen und doch für die Mannschaften nicht jede Hoffnung auf Beförderung schwindet. Der Polizeivollzugsdienst gliedert sich in den mittleren, gehobenen und höheren Dienst. In allen Bundesländern existierte bislang die „Einheitslaufbahn", bei der jeder Polizist zunächst im mittleren Dienst eingestellt wird. Niedersachsen allerdings hat zum 1. Oktober eine Verordnung in Kraft gesetzt, nach der bis zur Hälfte des Personals direkt in das Eingangsamt des gehobenen und höheren Dienstes aufgenommen wird. Noch bevor er eingestellt wird, muß sich der Bewerber einem Eignungsauswahlverfahren unterziehen. Durchfallquoten Hessen 1978: ärztliche Prüfung 22,5%; Sport 22,7%; Intelligenz 23,7%; Rechtschreiben 36,1%. Der Bewerber muß einen guten Leumund besitzen, in geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen leben, geistig und körperlich geeignet erscheinen. Erscheint er geeignet, so wird er in eine Ausbildungseinheit der Bereitschaftspolizei gesteckt.

Die Grundausbildung dauert in der Regel ein Jahr, nach 6 Monaten wird erstmals die weitere Eignung getestet. Kommt er durch die Schlußprüfung, so darf er an der weiteren polizeilichen Ausbildung teilnehmen. Erreicht er ihr Ziel, so wird er zu einem sechsmonatigen Lehrgang zugelassen, der mit der 1. Fachprüfung endet. Erst nach dieser Hürde endet die Probezeit und der Eingang in den mittleren Dienst ist geschafft. Von den 1975 neu eingestellten Beamten in Hessen sind bis zur 1. Fachprüfung 12,4% ausgeschieden. Für den Übergang in den gehobenen und höheren Dienst muß die 2. bzw. 3. Fachprüfung abgelegt werden. Über die Zulassung zu diesen Prüfungen entscheidet der Innenminister. Die Kriminalpolizei wird aus der uniformierten Polizei ergänzt. Zur Ausbildung kann zugelassen werden, wer die 1. Fachprüfung bestanden hat und mindestens ein Jahr im Einzeldienst tätig war. Im Verlaufe dieses Jahres setzte die GdP durch, daß bei A9 in 30% der Stellen eine Zulage von 234 DM gezahlt wird. Das Spitzenamt im mittleren Dienst macht damit (für ca. 8% erreichbar) 2160 bis ca. 3135 DM aus.

85% der Polizisten sind im mittleren Dienst eingestuft. Rufbereitschaft, Bereitschaftsdienst in der Dienststelle, Überstunden, Wechselschicht sind für sie Dauerzustand. 8 Stunden Rufbereitschaft wird als eine Stunde Arbeitszeit gezählt. Bereitschaftsdienst wird zur Hälfte gezählt, Bereitschaftsdienst plus Arbeitszeit können regelmäßig auf bis zu 212 Stunden in vier Wochen ausgedehnt werden. Nachtdienst kann bis 10 Stunden gehen, bis 20 Stunden Dienst an Sonntagen werden ohne Ruhepause verlangt, über 20 Stunden gibt es vier Stunden Ruhepause, diese ist Bereitschaftsdienst. Eine Umfrage bei Beamten der Schutzpolizei in NRW ergab, daß 72% der Befragten in Wechselschicht arbeiten, 63% mit Nachtschicht. 71% der Beamten im Außendienst mit Nachtschicht sind unter 40 Jahre alt. Jeder 4. von ihnen hat keine warme Mahlzeit im Dienst, 38% der Befragten haben keinen Pausenraum an ihrem Arbeitsplatz. 73% hatten höchstens zwei freie Wochenenden im

entscheidet der Innenminister. Die Kriminalpolizei wird aus der uniformierten Polizei ergänzt. Zur Ausbildung kann zugelassen werden, wer die 1. Fachprüfung bestanden hat und mindestens ein Jahr im Einzeldienst tätig war. Im Verlaufe dieses Jahres setzte die GdP durch, daß bei A9 in 30% der Stellen eine Zulage von 234 DM gezahlt wird. Das Spitzenamt im mittleren Dienst macht damit (für ca. 8% erreichbar) 2160 bis ca. 3135 DM aus.

85% der Polizisten sind im mittleren Dienst eingestuft. Rufbereitschaft, Bereitschaftsdienst in der Dienststelle, Überstunden, Wechselschicht sind für sie Dauerzustand. 8 Stunden Rufbereitschaft wird als eine Stunde Arbeitszeit gezählt. Bereitschaftsdienst wird zur Hälfte gezählt, Bereitschaftsdienst plus Arbeitszeit können regelmäßig auf bis zu 212 Stunden in vier Wochen ausgedehnt werden. Nachtdienst kann bis 10 Stunden gehen, bis 20 Stunden Dienst an Sonntagen werden ohne Ruhepause verlangt, über 20 Stunden gibt es vier Stunden Ruhepause, diese ist Bereitschaftsdienst. Eine Umfrage bei Beamten der Schutzpolizei in NRW ergab, daß 72% der Befragten in Wechselschicht arbeiten, 63% mit Nachtschicht. 71% der Beamten im Außendienst mit Nachtschicht sind unter 40 Jahre alt. Jeder 4. von ihnen hat keine warme Mahlzeit im Dienst, 38% der Befragten haben keinen Pausenraum an ihrem Arbeitsplatz. 73% hatten höchstens zwei freie Wochenenden im

Monat, jeder zweite nur ein Wochenende. 90% gaben an, daß sie zu Überstunden verpflichtet werden, 10% machen mehr als 20 Überstunden monatlich. Der Dienstherr zahlt 1,25 DM / Stunde. 55% waren mit ihrer Entlohnung nicht zufrieden, 39% antworteten auf Frage, könnten sie entscheiden, würden sie nicht nochmals ihre Arbeitskraft für den Polizeidienst verkaufen.

Hessische Laufbahnverordnung für Polizeivollzugsbeamte 1976

Eintrittsalter: 16-25 Jahre
Polizeiwachtmeister/Beamter auf Probe
Eignungsprüfung
mittl. Dienst — gehob. Dienst — höh. Dienst
Polizeifachschule / Bereitschaftspolizei / Prüfung — Hauptschüler: 1 ½ Jahre; Realsch./Gym.: 1 Jahr
weitere pol. Ausbildung / 1. Fachprüfung / *Beamter auf Lebenszeit* — Regeldauer: 1 Jahr; Reifezeug./Fachhochschulr.: ½
Polizeivollzugsdienst — 1 Jahr Einzeld. — geeignet — Kripo
Pmeister / *Pobermeister* / *Phauptmeister* — 10 Jahre Bewährung
Bewährung — 2. Fachprüfung
Pkommissar / *Poberkomm.* / *Phauptkomm.* / *1. Phauptkomm.*
2 Jahre Ausbildung BKA/Führungsakademie 3. Fachprüfung — *Polizeirat* — *Direktor d. Landeskriminalamtes*
Kripo: 1 Jahr Ausbild. Prüfung — mittl. Dienst
1 Jahr Ausbild. *Kriminalkomm.* — gehob. Dienst
1 Jahr Ausbild. *Kriminalrat* — höh. Dienst

Hinterhältige Absichten

Friedhelm Werremeier: Trimmel hält ein Plädoyer – Kriminalroman

z.bil. Die Hauptpersonen von Friedhelm Werremeiers Kriminalroman „Trimmel hält ein Plädoyer" sind der Sexualmörder Brüske (ein Bauarbeiter), seine 5 Opfer, von denen eines überlebt, mit den überlegten Namen Ruth Greuchlich, Brigitte Rosenberg (Biggi), Susanne Ehrmann (Susie), Angelika Brock (Angy), Irene Marcks und Silke Langwasser; der reiche Maklersohn, Konrad Schiefelbeck (Conny), der vom Konto des Vaters 160000 sich hat schenken lassen; ein unschuldig Einsitzender namens Hees, und schließlich der nach Gerechtigkeit suchende Kommissar Trimmel mit seinen Polizisten Petersen, Laumen und Krombach.

Über Sexualmorde läßt die Kapitalistenklasse ihre Journaille gern schreiben. Statistisch steht selten einer der ihren vor Gericht, wie jener Baron aus Frankfurt, der die von ihm bezahlten Mädchen im Badezimmer umbrachte. Vergewaltigung und Perversion regeln sich bei der Kapitalistenklasse über das Geld. Das ist gang und gäbe und endet seltener mit Totschlag. Sofern Perversion im Austausch gegen Geld erzwungen werden kann, stellt sie den Normalfall dar, als abartig und Verbrechen bezeichnet die herrschende Klasse die Fälle, wo nicht mit Geld bezahlt wird. Diese „Verbrechen gegen die sexuelle Selbstbestimmung" werden statistisch gepflegt und gewöhnlich der Arbeiterbevölkerung, aus deren Reihen der Kapitalismus gesetzmäßig verlumpte Elemente hervorbringt, zwecks Demütigung zugerechnet.

An der gezielten Verbreitung von Fällen von „Sexualbestien" und dem

seine 5 Opfer, von denen eines überlebt, mit den überlegten Namen Ruth Greuchlich, Brigitte Rosenberg (Biggi), Susanne Ehrmann (Susie), Angelika Brock (Angy), Irene Marcks und Silke Langwasser; der reiche Maklersohn, Konrad Schiefelbeck (Conny), der vom Konto des Vaters 160000 sich hat schenken lassen; ein unschuldig Einsitzender namens Hees, und schließlich der nach Gerechtigkeit suchende Kommissar Trimmel mit seinen Polizisten Petersen, Laumen und Krombach.

Über Sexualmorde läßt die Kapitalistenklasse ihre Journaille gern schreiben. Statistisch steht selten einer der ihren vor Gericht, wie jener Baron aus Frankfurt, der die von ihm bezahlten Mädchen im Badezimmer umbrachte. Vergewaltigung und Perversion regeln sich bei der Kapitalistenklasse über das Geld. Das ist gang und gäbe und endet seltener mit Totschlag. Sofern Perversion im Austausch gegen Geld erzwungen werden kann, stellt sie den Normalfall dar, als abartig und Verbrechen bezeichnet die herrschende Klasse die Fälle, wo nicht mit Geld bezahlt wird. Diese „Verbrechen gegen die sexuelle Selbstbestimmung" werden statistisch gepflegt und gewöhnlich der Arbeiterbevölkerung, aus deren Reihen der Kapitalismus gesetzmäßig verlumpte Elemente hervorbringt, zwecks Demütigung zugerechnet.

An der gezielten Verbreitung von Fällen von „Sexualbestien" und dem

Abscheu der Massen daran knüpft Werremeiers Kriminalroman an: „ ‚Man könnte alle Voyeure und vielleicht noch die Exhibitionisten einsperren und damit Triebmorde verhindern?' ‚Darauf würd's hinauslaufen', sagt Trimmel. ‚Bloß, dann könnten wir ja auch gleich wieder die KZ's einrichten.' Die Idee hat was für sich, sagt sich Petersen. Natürlich kann man nicht jeden auf Nummer sicher bringen, wenn man mal einen gefangen hat, der als Sexualmörder verdächtig ist ..."

Als ob die von den Kapitalisten diskutierte Sicherungsverwahrung, das Arbeitslager *diesen* Zweck verfolgen würde. „Deutsche Frauen können nachts wieder allein auf die Straße gehen." Die Beschreibung der „Opfer" soll diese Forderung nahelegen:

„Nach Biggi Rosenberg und Ruth Greuchlich tötete er Susanne Ehrmann. Susie, wurde sie gerufen, eine frühreife, bildhübsche Schülerin aus der dritten Oberschulklasse, noch nicht 14, ein kokettes, aber auch braves Kind. Als Susie Ehrmann am 17. Februar 1973 ermordet aufgefunden wurde, kam bei der Mordkommission schon auf der Fahrt zur Fundstelle die große Verzweiflung auf, noch bevor ihre Mitglieder auch nur einen Blick auf die zierliche, verkrümmt daliegende schlimm zugerichtete Leiche geworfen hatten ... Die Vergewaltigung war wahrscheinlich an einer Toten begangen worden. Auch die zwölf Messerstiche hatte der Täter seinem Opfer erst auf der Wiese zugefügt."

Die Handlung beginnt gezielt anders: mit der Vernehmung des Millionärssohnes „Conny", der seinen Vater auf der Tasche liegt, Bürgerinitiativen- und Tennissporterfahrung besitzt. Er hat wie der „S-Mann" die seltene Blutgruppe AB und wird vorerst als Sexualmörder behandelt. Gefaßt wurde er nach dem 4. Mord, an Angelika Brock.

„ ‚Wir kommen dann nochmals zu Ihrer Herkunft und ihrem Werdegang. Sie haben verschiedentlich Gelegenheitsarbeiten angenommen und außerdem regelmäßig finanzielle Unterstützung erhalten?'

Er hob bedauernd die Schultern. ‚Sollte ich die Alten noch mehr ins Unglück

mörder behandelt. Gefaßt wurde er nach dem 4. Mord, an Angelika Brock.

„ ‚Wir kommen dann nochmals zu Ihrer Herkunft und ihrem Werdegang. Sie haben verschiedentlich Gelegenheitsarbeiten angenommen und außerdem regelmäßig finanzielle Unterstützung erhalten?'

Er hob bedauernd die Schultern. ‚Soll-

thriller rororo Friedhelm Werremeier Trimmel hält ein Plädoyer

te ich die Alten noch mehr ins Unglück

stürzen? Sie waren doch froh, daß ich wenigstens noch Geld von ihnen nahm.'

‚Aber ist es nicht so, daß Sie in den letzten 4 Jahren an die 160000 Mark vom Konto ihres Vaters genommen haben, ohne sich auch nur ein einziges Mal mit ihm in Verbindung zu setzen?' "

Werremeier nimmt diese Figur und knüpft dabei an den Erfahrungen der Massen mit den Kapitalisten an, um die Ziele des Staatsapparates zu propagieren, die an der Arbeiterbevölkerung *durchgeführt* werden.

So ist Conny der immer Fröhliche, dem 4tägige Vernehmungen Spaß machen, während Trimmel „rotgeränderte Augen am 4. Tag dieser Vernehmung hat". Verteidigung erscheint so in Gestalt des Rechtsanwaltes Zanck als Hindernis: „Zanck sah aus wie der Schauspieler Romuald Pekny, der unlängst in einer Advokatenrolle brilliert hatte. Er erhielt von der ersten Stunde an Akteneinsicht und machte sich alle Kopien, die er brauchte; Trimmel fluchte mehrfach fürchterlich, wenn er Protokolle herausgeben mußte, die er sehr gern für sich behalten hätte, aber man bewilligte dem prominenten Herrn Zanck sogar von Anfang an auch eine praktisch unbegrenzte Sprecherlaubnis mit seinem Mandanten ... Niemals suchte Zanck Streit mit den Ermittlungsbehörden aus Prinzip, wie er bei allen möglichen Gelegenheiten zu sagen pflegte, – aber es gelang ihm immer wieder Zwietracht unter die Beamten zu säen, seine ‚natürlichen Gegner' wie er sie nannte."

Schließlich passiert der 5. Mordversuch – das Opfer überlebt – obgleich „Conny" in U-Haft sitzt. Kommissar Trimmel vermutet, daß Conny, um seinen Mord an der Prostituierten Angy zu verdecken, die ihm lästig geworden war, nach dem Muster des „S-Mannes" vorgegangen ist. Mit Hilfe des überlebenden Opfers, der Hanna Marcks, gelingt es, den wahren „S-Mann", den ehemaligen Bauarbeiter Brüske, zu stellen. Noch dezenter wird dabei der Todesschuß propagiert:

„Der Mann namens Brüske sitzt in der obersten Etage ... In diesem Augenblick kommt ein Oberkommissar von der MEK-Truppe ... Wie ich Sie kenne, wollen Sie den Mann lebendig, was?' Da muß Portheine natürlich einschreiten. ‚Ich wüßte nicht', sagt er frostig, ‚warum der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit aufgehoben sein sollte!' Der ‚Meck' begreift sofort, daß er hier der Staatsanwaltschaft, der Herrin des Verfahrens, gegenübersteht und antwortet präzise: ‚die Bestimmungen über den Schußwaffengebrauch gehören zu unserer Ausbildung' ... ‚Also ich würde jetzt stürmen', schlägt der ‚Ober-Meck' vor, ‚dieses Risiko ist ja noch kalkulierbar' ... ‚Herr Staatsanwalt', sagt Petersen, ‚der Chef von den MEK-Leuten hat ihn selber gesehen ... diese Scharfschützen könnten ihn jederzeit erledigen. Aber das soll ja gerade nicht sein, sie werden ihn also lebendig herausholen.' ‚Handeln Sie', sagt Portheine. Der MEK-Mann spricht überdeutlich: ‚Plan B freigeben.' Ein Fenster wird geöffnet, ein Mann wird sichtbar, schutzlos den Gewehren der Scharfschützen preisgegeben. ... Brüske

war, nach dem Muster des „S-Mannes" vorgegangen ist. Mit Hilfe des überlebenden Opfers, der Hanna Marcks, gelingt es, den wahren „S-Mann", den ehemaligen Bauarbeiter Brüske, zu stellen. Noch dezenter wird dabei der Todesschuß propagiert:

„Der Mann namens Brüske sitzt in der obersten Etage ... In diesem Augenblick kommt ein Oberkommissar von der MEK-Truppe ... Wie ich Sie kenne, wollen Sie den Mann lebendig, was?' Da muß Portheine natürlich einschreiten. ‚Ich wüßte nicht', sagt er frostig, ‚warum der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit aufgehoben sein sollte!' Der ‚Meck' begreift sofort, daß er hier der Staatsanwaltschaft, der Herrin des Verfahrens, gegenübersteht und antwortet präzise: ‚die Bestimmungen über den Schußwaffengebrauch gehören zu unserer Ausbildung' ... ‚Also ich würde jetzt stürmen', schlägt der ‚Ober-Meck' vor, ‚dieses Risiko ist ja noch kalkulierbar' ... ‚Herr Staatsanwalt', sagt Petersen, ‚der Chef von den MEK-Leuten hat ihn selber gesehen ... diese Scharfschützen könnten ihn jederzeit erledigen. Aber das soll ja gerade nicht sein, sie werden ihn also lebendig herausholen.' ‚Handeln Sie', sagt Portheine. Der MEK-Mann spricht überdeutlich: ‚Plan B freigeben.' Ein Fenster wird geöffnet, ein Mann wird sichtbar, schutzlos den Gewehren der Scharfschützen preisgegeben. ... Brüske

schaut auf die Straße, dann kurz ins Zimmer und dann springt er, erst im Fall schreit er. Ein blutiges Bündel, nur das Gesicht ist relativ unverletzt.

‚Wieviele haste totgemacht', schreit Trimmel plötzlich.

‚Vi ... vier', stöhnt der Mund.

‚Drei', schreit Trimmel und gerät in ein Handgemenge mit dem Arzt.

‚A ... A ... alle vier.'

‚Aber die Vierte lebt,' schreit Trimmel.

‚Nein', sagt der Mund lautlos."

Der Kommissar ermittelt weiter und stößt auf einen alten Fall, den Fall Silke Langwasser. Brüske hat in dem Verfahren als Zeuge ausgesagt. Hees, ein anderer Arbeiter, sitzt seit 18 Jahren unschuldig dafür. Trimmel weiß jetzt, Brüske hat 4 Sexualmorde gemacht, „Conny" den einen an Angy Brock. „ ‚Ob's diese langen Mordpausen bei Mehrfachmördern gibt. Die Idee ist Klasse, Chef', sagt Petersen. ‚Die Pause gibt's. Bei Bartsch und Wittmann. Erst'n Mord, dann der Schock und die Pause – und dann erst die Serie ..."

Trimmel macht dem unschuldig einsitzenden Hees Hoffnung auf eine Wiederaufnahme. Durch ungeschicktes Verhalten eines Wachtmeisters begeht Hees zum Schluß Selbstmord. Der Roman endet mit Trimmel: „Zugegeben, ich habe diese schmutzige Wahrheit letzten Endes nur deshalb gefunden, weil ich wie ein Verrückter danach gesucht habe ... ich und die Wahrheit, diese geschundene Hure." So verkörpert denn Trimmel die tragische Figur, die die Gerechtigkeit suchende Staatsmacht, deren Polizeiapparat so geläutert ist, daß *alle* Maßnahmen gerechtfertigt sind ...

Christlich soziale Gewerkschaftsvarianten

z.sst. Nachdem Strauß die direkte Spaltung der Einheitsgewerkschaft ins Gespräch gebracht hat, steckt die bürgerliche Klasse weiter das Vorfeld. Ein ,,Dilemma'' christlicher Arbeitnehmerpolitik konstatiert das ,,Handelsblatt'' vom 13.12. in der Tätigkeit der Sozialausschüsse der CDU, die ihr christlich-soziales Spaltwerk innerhalb der bestehenden DGB Gewerkschaften betreiben. Die Gewerkschaftspolitik ist die Speerspitze der christlichen Reaktion innerhalb der Arbeiterbewegung. Ob diese in den bestehenden Gewerkschaften oder in eigenen gelben Verbänden agiert, ist eine Frage des politischen Kräfteverhältnisses und der Chancen, die sie sich mit der Spaltung der Einheitsgewerkschaft ausrechnen.

Jedenfalls haben sie in der BRD gleich 1959 mit dem Christlichen Gewerkschaftsbund (CGB) einen Verband aufgebaut, der nach dem Prinzip der berufsständischen Vertretung seine Mitglieder innerhalb der Gewerke getrennt nach Arbeitern, Angestellten und Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes organisierte. ,,Die Anerkennung der Würde der Person und des politischen Friedens als oberste Grundwerte des demokratischen Verfassungsstaates schließt jedoch Klassenkampf als Mittel der Interessenauseinandersetzung aus'', steht in den Leitsätzen des CGB von 1977. Nennenswerten Einfluß innerhalb der Arbeiterbewegung hat diese Organisation seit ihrer Gründung nicht gewinnen können. Ende 1978 hatte der CGB insgesamt 249200 Mitglieder, in den DGB Gewerkschaften waren 7,47 Millionen organsiert. Die ca. 250000 CGB-Mitglieder verteilen sich auf 7 Arbeitergewerkschaften, 5 Angestelltengewerkschaften und 5 Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes. Seine soziale Basis hat der CGB vor allem in einer schmalen Schicht höherer Beamter und Angestellter. Während der Anteil des CGB an den gewerkschaftlich Organisierten insgesamt Ende 1977 bei 2,7 % lag, war er bei den Arbeitern bei 1,5 %, bei den Angestellten bei 4,0 % und bei den Beamten bei 4,9 %. Allein auf diese Spalterverbände gestützt mußte christlich soziale Arbeiterpolitik nahezu unwirksam sein. Die Sozialausschüsse der CDU unter Norbert Blüm wirken als Agenten der christlichen Reaktion innerhalb der DGB Gewerkschaften, um von innen die einheitlichen Klasseninteressen der Arbeiter zu zersetzen und somit eine Zutreiberrolle für die gelben Verbände zu spielen.

Gemeinsame ideologische Grundlage beider Varianten christlicher Gewerkschaftspolitik ist die christliche Soziallehre, die seit ihrem Entstehen Ende des 19. Jh. gegen die sich entwickelnde Arbeiterbewegung gerichtet war. Mit der Theorie von der Gottgegebenheit des Eigentums sollte die Beseitigung des Privateigentums verhin-

Leitsätzen des CGB von 1977. Nennenswerten Einfluß innerhalb der Arbeiterbewegung hat diese Organisation seit ihrer Gründung nicht gewinnen können. Ende 1978 hatte der CGB insgesamt 249200 Mitglieder, in den DGB Gewerkschaften waren 7,47 Millionen organsiert. Die ca. 250000 CGB-Mitglieder verteilen sich auf 7 Arbeitergewerkschaften, 5 Angestelltengewerkschaften und 5 Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes. Seine soziale Basis hat der CGB vor allem in einer schmalen Schicht höherer Beamter und Angestellter. Während der Anteil des CGB an den gewerkschaftlich Organisierten insgesamt Ende 1977 bei 2,7 % lag, war er bei den Arbeitern bei 1,5 %, bei den Angestellten bei 4,0 % und bei den Beamten bei 4,9 %. Allein auf diese Spalterverbände gestützt mußte christlich soziale Arbeiterpolitik nahezu unwirksam sein. Die Sozialausschüsse der CDU unter Norbert Blüm wirken als Agenten der christlichen Reaktion innerhalb der DGB Gewerkschaften, um von innen die einheitlichen Klasseninteressen der Arbeiter zu zersetzen und somit eine Zutreiberrolle für die gelben Verbände zu spielen.

Gemeinsame ideologische Grundlage beider Varianten christlicher Gewerkschaftspolitik ist die christliche Soziallehre, die seit ihrem Entstehen Ende des 19. Jh. gegen die sich entwickelnde Arbeiterbewegung gerichtet war. Mit der Theorie von der Gottgegebenheit des Eigentums sollte die Beseitigung des Privateigentums verhin-

dert werden. Mit der christlichen Fürsorge der Besitzenden und des Staates für die Armen sollte die Arbeiterklasse von einer revolutionären in eine bedürftige, von Almosen abhängige Klase verwandelt werden. Daß diese Fürsorge im wesentlichen in Unterdrückung besteht und nur die krassesten Widerspüche der Armut und des gesellschaftlichen Elends abstumpft, legt das christliche ,,Subsidiaritätsprinzip'' programmatisch fest. Die Menschen sollen sich in christlicher Nächstenliebe, insbesondere im Rahmen der Familie bei Notfällen selbst helfen, womit den Kapitalisten die Versicherungskosten für das Arbeiterleben erspart und den Arbeiterfamilien selbst aufgebürdet werden. Diese Theorie ist gegen die kollektiven Interessen der Arbeiterklasse gerichtet und in ihrem Wesen zutiefst antigewerkschaftlich.

In der geschichtlichen Entwicklung der Soziallehre haben deren Vertreter auch zunächst das ideologisch bekämpft, was der preußische Gewaltapparat praktisch unterdrückt hat: den Aufbau einheitlicher Klassenorganisationen der Arbeiter. Als die Arbeiterbewegung ihr Streik- und Koalitionsrecht erkämpft hatte, begannen die christlichen Reaktionäre mit der Gründung eigener Verbände. Und wenn Papst Paul VI. 1966 auf der 75-Jahr-Feier zur Sozialenzyklika ,,Rerum Humanum'' verkündet, daß die Kirche das Recht auf gewerkschaftliche Organisierung anerkenne und eine gewisse Vorliebe für ,,korporative und bipolare'' Formen überwunden habe, so handelt es sich dabei um die Einsicht, daß allein mit den Spalterverbänden kein Vorankommen innerhalb der Arbeiterbewegung war. Auf die Hochpäppelung und Züchtung dieser Verbände hat die christliche Reaktion allerdings nie verzichtet. Sie bilden stets das Auffangbecken für die Teile der Arbeiterbewegung, bei denen eine reaktionäre Mobilisierung gegen die Interessen der Arbeiterklasse gelungen ist.

Ob die Zeit reif ist für Neugründung oder Stärkung der bestehenden christlichen Gewerkschaften, hat Strauß mit der Bekanntmachung seiner 5 Möglichkeiten zur ,,Lösung der Gewerkschaftsfrage'', die auf dem CSU-Kongreß 1980 verhandelt werden sollten, getestet: Errichtung von Arbeitskammern, im DGB spaltend aktiv werden, Fraktionierung des DGB nach österreichischem Modell, Gründung neuer Gewerkschaften oder Förderung des CGB, wobei er seine Vorliebe für letztere beiden Modelle nicht verhehlt hat. Die Sache ist noch unbestätigt und wird ausgetestet. Biedenkopf hat die Rolle des CGB als Stoßkeil der Reaktion in der Arbeiterbewegung bereits 1977 auf dem CGB Kongreß vorgetragen: ,,Wer die Familie stärken will, muß der Familie im sozialen Bereich Verantwortung geben''. Es folgt ein Beispiel, daß einer trotz Aufforderung der Mutter nicht zur Arbeit geht mit dem Hinweis, der Staat zahle doch. Dann, wie Biedenkopf sich die Stärkung der Familie und das Neudurchdenken der sozialen Frage vorstellt: ,,Wenn diese gleiche Familie eine Gruppenversicherung hätte und die Mutter sagen würde, du bist nicht

Vorankommen innerhalb der Arbeiterbewegung war. Auf die Hochpäppelung und Züchtung dieser Verbände hat die christliche Reaktion allerdings nie verzichtet. Sie bilden stets das Auffangbecken für die Teile der Arbeiterbewegung, bei denen eine reaktionäre Mobilisierung gegen die Interessen der Arbeiterklasse gelungen ist.

Ob die Zeit reif ist für Neugründung oder Stärkung der bestehenden christlichen Gewerkschaften, hat Strauß mit der Bekanntmachung seiner 5 Möglichkeiten zur ,,Lösung der Gewerkschaftsfrage'', die auf dem CSU-Kongreß 1980 verhandelt werden sollten, getestet: Errichtung von Arbeitskammern, im DGB spaltend aktiv werden, Fraktionierung des DGB nach österreichischem Modell, Gründung neuer Gewerkschaften oder Förderung des CGB, wobei er seine Vorliebe für letztere beiden Modelle nicht verhehlt hat. Die Sache ist noch unbestätigt und wird ausgetestet. Biedenkopf hat die Rolle des CGB als Stoßkeil der Reaktion in der Arbeiterbewegung bereits 1977 auf dem CGB Kongreß vorgetragen: ,,Wer die Familie stärken will, muß der Familie im sozialen Bereich Verantwortung geben''. Es folgt ein Beispiel, daß einer trotz Aufforderung der Mutter nicht zur Arbeit geht mit dem Hinweis, der Staat zahle doch. Dann, wie Biedenkopf sich die Stärkung der Familie und das Neudurchdenken der sozialen Frage vorstellt: ,,Wenn diese gleiche Familie eine Gruppenversicherung hätte und die Mutter sagen würde, du bist nicht

krank und der junge Mann würde die gleichen Argumente bringen, dann würde die Mutter sagen können, dann ist die Jahresprämie gefährdet und damit dein Weihnachtsgeld.'' Hier liege die Zukunftschance der gelben Gewerkschaften.

,,Da also das ganze System nicht friedlich umzustoßen ist, so kommt es darauf an, es zu mildern, für alle einzelnen schlimmen Folgen desselben die entsprechenden Heilmittel zu suchen und auch die Arbeiter, soweit möglich, an dem, was an dem Systeme gut ist, an dessen Segnungen Anteil nehmen zu lassen ... die Übelstände des Fabrikwesens zu beseitigen, ohne die Interessen der Fabrikbesitzer zu schädigen.''

(W. E. v. Kettelers Schriften Bd. III, S. 149ff)

,,Oft schreiten die Arbeiter zu gemeinsamer Arbeitsniederlegung, weil ihnen die Arbeit zu schwer, die Arbeitsdauer zu lang und die Entlohnung zu niedrig scheint. Diesem Mißstand, der ziemlich häufig und schwerwiegend geworden ist, sollte man öffentlicherseits abhelfen, weil dieses Verfahren nicht nur Arbeitgeber und Arbeitnehmer schädigt, sondern auch ein Schaden für die Wirtschaft und das Allgemeinwohl ist. Ferner ist dies erfahrungsgemäß häufig Anlaß zu Gewalttaten und stört so den Frieden im Staate. Die erfolgreichste und beste Art der Abwehr der Schäden besteht darin, daß man durch entsprechende Verordnungen und Gesetze dem Übel zuvorkommt und sein Aufkommen durch Beseitigung jener Ursachen verhindert, die den Streit zwischen Unternehmerschaft und Arbeiterschaft hervorrufen.''

(Jostock, Die sozialen Rundschreiben: Rerum Novarum)

,,Bis zur Stunde dauert ja der unnatürliche gewaltsame Zustand der Gesellschaft fort und ermangelt infolgedessen der Dauerhaftigkeit und Festigkeit, ist doch die heutige Gesellschaft geradezu aufgebaut auf der Gegensätzlichkeit der Interessenlage der Klassen und damit auf dem Gegensatz der Klassen selbst, der allzuleicht in feindseligen Streit ausartet ... Durchgreifende Abhilfe aber hat die Ausräumung diese Gegensatzes zur Voraussetzung und erscheint kaum anders möglich als dadurch, daß wohlgefügte Glieder des Gesellschaftsorganismus sich bilden, als ‚Stände', denen man nicht nach der Zugehörigkeit zur einen oder anderen Arbeitsmarktpartei, sondern nach der verschiedenen gesellschaftlichen Funktion des einzelnen angehört. Denn genau, wie die nachbarschaftliche Verbundenheit die Menschen zur Gemeinde zusammenführt, so läßt die Zugehörigkeit zum gleichen Beruf – gleichviel ob wirtschaftlicher oder außerwirtschaftlicher Art – sie zu Berufsständen oder berufsständischen Körperschaften zusammenschließen. Das eine ist so natürlich wie das andere.''

(Quadragesimo Anno, 1931)

,,Die Verabschiedung der Grundsätze des christlichen Gewerkschaftsbundes (CGB) auf einem außerordentlichen Bundeskongreß am 13. und 14. April 1964 in Bonn war eine eindrucksvolle Widerlegung der Gerüchte über die bevorstehende Fusion der christlichen Gewerkschaften mit dem DGB. Ungeachtet aller Identität der Arbeitnehmerinteressen in den praktischen Fragen der täglichen Gewerkschaftspolitik zeigt dieses Programm, daß die Politik der christlichen Gewerkschaften von einem anderen Ordnungsbild ausgeht als die der DGB-Gewerkschaften. Schon das Bekenntnis zu einer sozialpartnerschaftlichen Haltung und die Ablehnung des Klassenkampfes, wie sie im übrigen bereits in den Mainzer Leitsätzen der alten christlichen Gewerkschaften von 1899 verkündet wurden, unterscheidet den CGB von den DGB-Gwerkschaften. Unmißverständlich wird der politische Streik abgelehnt. Und während die DGB-Gwerkschaften sich als den ‚entscheidenden Integrationsfaktor der Demokratie' und als unentbehrliche Kraft für eine demokratische Fortentwicklung auf politischem und kulturellem Gebiet ansehen, erklären die christlichen Gewerkschaften, weder Gegenspieler des Staates noch Ersatz für Parteien und Parlament sein zu wollen. Die christlichen Gewerkschaften haben seit ihrer Neugründung die Politik der Sozialen Marktwirtschaft, wie sie von der CDU/CSU vertreten wird, mitgetragen. ''

(,,Rheinischer Merkur'', Köln 17.4.1964; aus: CGB – Weg und Ziel, Leitsätze des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands, S. 90ff)

nen gesellschaftlichen Funktion des einzelnen angehört. Denn genau, wie die nachbarschaftliche Verbundenheit die Menschen zur Gemeinde zusammenführt, so läßt die Zugehörigkeit zum gleichen Beruf – gleichviel ob wirtschaftlicher oder außerwirtschaftlicher Art – sie zu Berufsständen oder berufsständischen Körperschaften zusammenschließen. Das eine ist so natürlich wie das andere.''

(Quadragesimo Anno, 1931)

,,Die Verabschiedung der Grundsätze des christlichen Gewerkschaftsbundes (CGB) auf einem außerordentlichen Bundeskongreß am 13. und 14. April 1964 in Bonn war eine eindrucksvolle Widerlegung der Gerüchte über die bevorstehende Fusion der christlichen Gewerkschaften mit dem DGB. Ungeachtet aller Identität der Arbeitnehmerinteressen in den praktischen Fragen der täglichen Gewerkschaftspolitik zeigt dieses Programm, daß die Politik der christlichen Gewerkschaften von einem anderen Ordnungsbild ausgeht als die der DGB-Gewerkschaften. Schon das Bekenntnis zu einer sozialpartnerschaftlichen Haltung und die Ablehnung des Klassenkampfes, wie sie im übrigen bereits in den Mainzer Leitsätzen der alten christlichen Gewerkschaften von 1899 verkündet wurden, unterscheidet den CGB von den DGB-Gwerkschaften. Unmißverständlich wird der politische Streik abgelehnt. Und während die DGB-Gwerkschaften sich als den ‚entscheidenden Integrationsfaktor der Demokratie' und als unentbehrliche Kraft für eine demokratische Fortentwicklung auf politischem und kulturellem Gebiet ansehen, erklären die christlichen Gewerkschaften, weder Gegenspieler des Staates noch Ersatz für Parteien und Parlament sein zu wollen. Die christlichen Gewerkschaften haben seit ihrer Neugründung die Politik der Sozialen Marktwirtschaft, wie sie von der CDU/CSU vertreten wird, mitgetragen. ''

(,,Rheinischer Merkur'', Köln 17.4.1964; aus: CGB – Weg und Ziel, Leitsätze des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands, S. 90ff)

Arbeitshaus im ,,Rauhen Haus'', Hamburg. 1833 eröffnet von Wichern, dem Gründer der Inneren Mission.

Arbeiterwohl.

Organ des Verbandes

katholischer Industrieller und Arbeiterfreunde.

Redigirt vom General-Secretair

Franz Hitze.

1881. Erster Jahrgang. Drittes Heft. **März.**

Die Arbeiterkasse.

Jede Fabrik repräsentirt eine sociale Körperschaft. Sie soll eine „Familie" bilden, wo die Gemeinsamkeit des Arbeitens auch persönliche Bande stiftet, die Gefühle persönlicher Freundschaft und Fürsorge die Arbeitenden unter sich wie mit dem Herrn verknüpfen. Wie Knecht und Magd, so sollen auch die Arbeiter — wenn auch in weiterem Sinne — sich als zum „Hause" des Herrn gehörig betrachten und betrachten dürfen. „Familiär" sollen sie sich nahe stehen.

Gewiß ist das ein Ideal, das nie in seiner Reinheit erreicht ist und auch nie vollkommen erreicht werden wird. Wenn wir dieses Ideal aufstellen, so wissen wir recht gut, daß namentlich unsere auf die Concurrenz und absolute „Arbeitsfreiheit" aufgebaute Gesellschaftsordnung eine adäquate Realisirung nicht erhoffen läßt und gerade unsere Arbeiter selbst diesem Ideal noch fern stehen. Allein der Gedanke ist zu wahr, zu schön und zu christlich, um ihn nicht auszusprechen.

Es ist dasselbe, wie mit dem Gedanken der christlichen Brüderlichkeit. Wir Alle sind „Brüder in Christo", so wahr wie der „Menschensohn" unser Bruder und Gott unser Vater ist. Es ist das nicht bloß Phrase, sondern geoffenbarte Wahrheit, und es bleibt Ideal, Aufgabe der Kirche, diese „Kindschaft" Gottes und gegenseitige „Brüderlichkeit" der Menschen immer mehr zur Ausgestaltung im Leben zu bringen. Wenn man die wirkliche Welt betrachtet, so sollte man an dem Ideal verzweifeln. Aber das hält die Kirche nicht ab, stets wieder das Ideal den Menschen vor die Seele zu führen, und sie verhütet so nicht bloß das totale Versinken der Menschheit in den groben Egoismus, sondern führt auch einzelne Seelen zu der vollen Höhe des Ideals.

Kaiser Wilhelm II. bei Papst Leo XIII. im Vatikan 1888.

Gewiß ist das ein Ideal, das nie in seiner Reinheit erreicht ist und auch nie vollkommen erreicht werden wird. Wenn wir dieses Ideal aufstellen, so wissen wir recht gut, daß namentlich unsere auf die Concurrenz und absolute „Arbeitsfreiheit" aufgebaute Gesellschaftsordnung eine adäquate Realisirung nicht erhoffen läßt und gerade unsere Arbeiter selbst diesem Ideal noch fern stehen. Allein der Gedanke ist zu wahr, zu schön und zu christlich, um ihn nicht auszusprechen.

Es ist dasselbe, wie mit dem Gedanken der christlichen Brüderlichkeit. Wir Alle sind „Brüder in Christo", so wahr wie der „Menschensohn" unser Bruder und Gott unser Vater ist. Es ist das nicht bloß Phrase, sondern geoffenbarte Wahrheit, und es bleibt Ideal, Aufgabe der Kirche, diese „Kindschaft" Gottes und gegenseitige „Brüderlichkeit" der Menschen immer mehr zur Ausgestaltung im Leben zu bringen. Wenn man die wirkliche Welt betrachtet, so sollte man an dem Ideal verzweifeln. Aber das hält die Kirche nicht ab, stets wieder das Ideal den Menschen vor die Seele zu führen, und sie verhütet so nicht bloß das totale Versinken der Menschheit in den groben Egoismus, sondern führt auch einzelne Seelen zu der vollen Höhe des Ideals.

Kaiser Wilhelm II. bei Papst Leo XIII. im Vatikan 1888.

Zeittafel Christliche Soziallehre

1846	9. November. ,,Enzyklika ,,Qui pluribus'' verwirft Sozialismus, Kommunismus geheime Gesellschaften und ,,alle verderblichen Lehren'' deren Art, denselben Inhalt haben die ,,Allucutio ,,Quibus quantisque'' vom 20.4. 1849, die Enzyklika ,,Nostis et nobiscum'' vom 8.12.49 und die Allucutio ,,Singulari quadam'' vom 9.12.54, die von Pius IX erlassen worden waren
1868	Unter Einfluß von Ketteler entstehen christliche und soziale Vereine an Rhein und Ruhr
1869	Kettelers Gutachten über soziale Fragen für die Bischofskonferenz In Deutschland wird die Eisenacher Partei unter August Bebel gegründet
1890	Gründung konfessioneller evangelischer Arbeitervereine 23. August: Preußische Bischöfe empfehlen in einem Hirtenschreiben die Gründung von Arbeitervereinen
1890	Gründung der sozialen Gesamtorganisation der Katholiken Deutschlands als ,,Volksverein für das Katholische Deutschland''
1891	Die Sozialdemokratische Partei verabschiedet das Erfurter Programm, das einen Sieg über den Opportunismus darstellt Leo XIII. gibt die Enzyklika ,,Rerum Humanum'', ,,Über die Arbeiterfrage'' heraus Der Verein zur Förderung der Sozialreform wird in München gegründet
1899	1. Kongreß der Christlichen Gewerkschaft in Mainz
1912	Enzyklika ,,Singulari quadam'' erlaubt den Katholiken, außer den Katholischen Arbeitervereinen auch den konfessionell gemischten christlichen Gewerkschaften anzugehören
1929	Der Vatikan schließt mit Mussolini den Lateranvertrag ab
1931	Pius XI. erläßt die Enzyklika ,,De Quadragesimo Anno'': ,,Über die gesellschaftliche Ordnung, ihre Wiederherstellung und ihre Vollendung nach dem Heilsplan der Frohbotschaft''
1941	Pfingstbotschaft des Papstes Pius II
1945	Im September wird die CDU Rheinland und Westfalen in Wenningsen gegründet
1947	3. April. 24stündiger Warnstreik von 334000 Ruhrarbeitern für die Enteignung der Grubenbesitzer Die CDU verabschiedet ihr Ahlener Programm
1961	Auf die wachsenden Fortschritte der Völker der Dritten Welt reagiert die Katholische Kirche. Johannes XXIII. erläßt die Enzyklika ,,Mater et magistra'', ,,Uber die günstige Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens und seine Gestaltung im Lichte der christlichen Lehre'', in der die Entwicklunghilfe als ,,eine der größten unserer Zeit gestellten Aufgaben'' bezeichnet wird
1965	Das II. Vatikanische Konzil verabschiedet die Pastoralkonstitution ,,Gaudium et spes'': ,,Die Kirche in der Welt von heute''
1967	Paul VI. erläßt die Enzyklika ,,Populorum Progressio'' ,,Über den Fortschritt der Völker''
1968	Grundsatzprogramm der CSU verabschiedet
1971	14. Mai. Sozialbrief ,,Octogesimo adveniens'' von Papst Paul VI
1975	Mannheimer Parteitag der CDU und Verabschiedung des Mannheimer Programms
1978	Ludwigshafener Programm der CDU 23.2. Programm der Europäischen Volkspartei